

# Badische Heimat

September  
3/1996

Zeitschrift für Landes- und Volkskunde  
Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz

*Sch*  
*BW*  
*Hts*



# Badische Kunstschatze jetzt preisgünstig zu erwerben

Für alle Kulturliebhaber und Kunstsammler, die bei der Auktion von Sotheby's 1995 leer ausgingen.

Die wichtigsten Erwerbungen des Badischen Landesmuseum aus der Sammlung der Markgrafen und Großherzöge von Baden auf einen Blick.

"Für Baden gerettet", Katalogbuch  
Großformat, 344 Seiten, gebunden  
257 Farbabbildungen, DM 58,-  
Erhältlich in Ihrer Buchhandlung!

**G. BRAUN** BUCHVERLAG **B**

Karl-Friedrich-Straße 14-18 · 76133 Karlsruhe  
Tel. 0721 / 165-0 · Fax 0721 / 165-7-345



# Badische Heimat

MEIN HEIMATLAND  
ISSN 0930-7001

Herausgeber:  
Landesverein Badische Heimat e.V.  
für Heimatkunde und Heimatpflege, Natur- und Denkmalschutz,  
Volkskunde und Volkskunst, Familienforschung

Präsident:  
Ludwig Vögely

Schriftleitung und Redaktion:  
Heinrich Hauß  
Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe  
Fax 07 21-2 07 82

Geschäftsstelle:  
Haus Badische Heimat,  
Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg  
Tel. (07 61) 7 37 24

Geschäftszeiten:  
Mo. 14.00–18.00 Uhr,  
Di. 8.00–12.00Uhr,  
Do. 8.00–12.00 Uhr

Diese Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten. Jahrespreis für Einzelmitglieder 50,00 DM; Preis des Heftes für Nichtmitglieder 12,00 DM.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Zahlstellen des Landesvereins:  
Postbank Karlsruhe,  
Konto-Nr. 16468-751, BLZ 660 100 75  
Sparkasse Freiburg,  
Konto-Nr. 20 032 01, BLZ 680 501 01  
Spenden bitte an das  
Konto der Stadt Freiburg  
Nr. 2010012 bei der Sparkasse Freiburg  
Vermerk „Spende Badische Heimat“  
bitte nicht vergessen

Gesamtherstellung:  
G. Braun Printconsult GmbH  
Anzeigenverwaltung: Rolf Dambach  
Karl-Friedrich-Str. 14–18  
76133 Karlsruhe  
Tel. (07 21) 1 65-2 59, Fax (07 21) 1 65-8 38  
Zur Zeit Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig  
Reproduktionen: G. Braun GmbH

# Inhalt

<b>I. Heidelberg</b>	
<i>1196–1996 Heidelberg feiert</i>	
Christoph Bühler, Heidelberg . . . . .	343
<i>Die Entstehung Heidelbergs im Zuge der Kultivierung und Christianisierung</i>	
Norbert Bosslet, Heidelberg . . . . .	345
<i>Zwischen Hof und Universität</i>	
Jürgen Miethke, Heidelberg . . . . .	355
<i>„Toute la ville est brûlée“ – Heidelbergs Zerstörung 1693</i>	
Roland Vetter, Eberbach . . . . .	359
<i>Am Karlstor legten einst Schiffe an</i>	
Ludwig Merz, Heidelberg . . . . .	377
<i>Heidelberg 2010 – Siedlungsentwicklung und Wohnungsbau</i>	
Joachim B. Schultis, Heidelberg . . . . .	381
<b>II. Freiburg</b>	
<i>Freiburg und das neue „Konzerthaus“</i>	
Adolf Schmid, Freiburg . . . . .	391
<b>III. Zweiter Weltkrieg</b>	
<i>Erzwungene Begegnung</i>	
<i>Ausländer und Deutsche während des 2. Weltkriegs</i>	
Bernd Boll, Freiburg . . . . .	403
<b>IV. Universitäten</b>	
<i>Die Satzungen des Collegiums zur „Weisheit“, Freiburg 1497</i>	
Heinz Schumacher, Freiburg . . . . .	413
<b>V. Bad Herrenalb</b>	
<i>Die ehemalige Klosterkirche in Bad Herrenalb</i>	
Gerhard Kaiser, Ettlingen . . . . .	425
<b>VI. Varia</b>	
<i>Hartmann Hermanni von Eppingen d. Ä. (1495–1547)</i>	
Bernd Röcker, Eppingen . . . . .	437
<i>„Dieser Stolz mußte gebeugt werden“</i>	
<i>Zum Freiburger Metzgerstreit von 1838</i>	
Johannes Werner, Elchesheim . . . . .	449
<i>Über die Grenzen</i>	
<i>Kardinal Tisserant und seine badische Verwandtschaft</i>	
Johannes Werner, Elchesheim . . . . .	457
<i>Gewerbeförderung und technische Bildung im Großherzogtum Baden</i>	
Wolfram Förster, Mannheim . . . . .	467
<i>Zur Feier des 175jährigen Jubiläums der Evangelischen Landeskirche in Baden am 2. Juli 1996 in Karlsruhe</i>	
Rede von Ministerpräsident	
Erwin Teufel . . . . .	485
<b>VII. Landesverein</b>	
<i>Mitgliederversammlung am 9. Juni 1996 in Baden-Baden</i>	
<i>Auszug aus dem Geschäftsbericht des Landesvorsitzenden</i>	
Ludwig Vögely, Karlsruhe . . . . .	489
<b>VIII. Buchbesprechungen</b>	496

## 1196—1996 Heidelberg feiert

1196. Heinrich, Pfalzgraf (*comes palatinus reni*), beurkundet, daß sein Schwiegervater (so-  
cer) Konrad, *comes palatinus reni*, und dessen  
Gemahlin Hirmengardis, der Kirche der selig-  
sten Jungfrau und Gottesgebälerin Maria in  
Schönau (*Schonaugia*), wo beide ihre Grablege  
erbeten und erwählt hatten, ein Gut in Oppau  
(*Opphauue*) mit allen Rechten geschenkt habe.  
Die ersten Erträge aus diesem Gut sollten zum  
Bau des Kapitels der genannten Kirche dienen.  
Darüber hinaus habe er allen Bewohnern sei-  
nes Machtbereiches (*sue ditionis*) erlaubt, sich  
oder etwas aus ihrem beweglichen oder unbe-  
weglichen Besitz der Kirche zu eigen zu geben.  
Er habe auch festgelegt, daß aus den Erträgen  
jenes Besitzes zwei Jahrzeiten zu seinem und  
seiner Frau Gedächtnis gefeiert werden sollten.  
Nach seinem Tod habe seine Gemahlin die dem  
Gut benachbarten Rheininseln zu seinem und  
ihrem Seelenheil dem Kloster geschenkt, aus  
ihrem Ertrag sollen die Lichter für den Micha-  
els- und den Nikolausaltar besorgt werden.  
Seine Schwester Liutgard habe der Küsterei  
(*custodia*) der genannten Kirche einen Wein-  
berg im Wert von 20 Mark geschenkt, aus dem  
der Meßwein genommen werden solle.

Diese Schenkungen seines Schwiegervaters  
bestätigt Pfalzgraf Heinrich, auch für seine  
Gemahlin Agnes, und fügt hinzu, daß auch alle  
die, die sich künftig niederlassen werden, das  
Recht zur Hingabe an das Kloster haben soll-  
ten.

### Siegelankündigung des Ausstellers.

Zeugen: die Äbte Sigehard von Lorsch,  
Meffrid von Eberbach, Diepold von Schönau,  
Propst Volkert von S. Cyriak, Notar Rudolf,  
Mönch von S. Ägidien, Pleban Konrad von  
Heidelberg, Notar Albert, die Pröpste Mar-  
quard von Neuburg und Helfrich von Loben-

feld, Pleban Heinrich von Bacharach, dann die  
Grafen Symon von Saarbrücken, Heinrich von  
Zweibrücken, Walrav von Nassau, Berthold  
von Ramsberg, Konrad von Eberbach, Boppo  
von Lauffen, schließlich Bligger von Steinach  
mit seinen Söhnen und andere.

*1196, Indictione quintadecima.*

*Kop. Karlsruhe, GLA 67/1302; Kop. vid.  
(Kg. Ruprecht 1404) Luzern, Staats-A. GA 1013  
(Gatterer-Apparat)*

Die Aussagekraft dieser Urkunde ist, was  
Heidelberg angeht, relativ gering: Es gibt eine  
Siedlung Heidelberg, die eine Kirche mit einem  
Pleban hat. Die Kirche ist unzweifelhaft die  
Peterskirche, der Pleban (auf deutsch Leutpriester)  
ist der Seelsorger und Inhaber der Pfarrei.  
Wo diese Siedlung genau liegt, welchen Um-  
fang sie hat, welche innere Struktur, welche  
Rechtsstellung – das wird aus der Urkunde  
nicht deutlich.

Hier aber beginnt die Interpretation: Ple-  
ban Konrad und Pleban Heinrich von Bacha-  
rach sind die einzigen Priester, die hier auftre-  
ten, und der Priester von Bacharach kommt  
aus dem „ursprünglich“ pfalzgräflichen Be-  
reich. Beide dürften also zum pfalzgräflichen  
Gefolge gehören. Die Peterskirche geht mit  
ihrem Peters-Patrozinium möglicherweise auf  
das Bistum Worms zurück, von dem der Pfalz-  
graf Heidelberg zu Lehen nimmt. Diese Kirche  
ist bereits von der Kirche in Bergheim ge-  
trennt, zu der der dazugehörige Ort möglicher-  
weise einmal gehört hat. Das Peters-Patrozini-  
um aber ist auf jeden Fall früher entstanden als  
im 12. Jahrhundert, damit dürfte auch der  
Burgweiler „Ur-Heidelberg“ auch zu dieser Zeit  
(1196) schon eine Weile bestanden haben –  
vielleicht als Burgweiler einer Wormser Burg  
am Talausgang.

Das Patronatsrecht der Peterskirche (wie auch der Patronat der Bergheimer Pfarrkirche) wird von Pfalzgrafen im 14. Jahrhundert an das Kloster Schönau geschenkt – offenbar galten beide als frei verfügbares Eigentum (Allodialgut). Das würde der Theorie vom Wormser Eigentum an Heidelberg widersprechen. Die Lösung könnte in einem Allodialbesitz des Pfalzgrafen, vielleicht als Rechtsnachfolger der Salier, am alten Burgweiler „Ur-Heidelberg“ mitsamt dem Gelände am Talaustrang (Bergheim) liegen. Dann müßte aber der Ursprung der Siedlung noch weiter hinaufgerückt werden – etwa an den Ausgang des 11. Jahrhunderts. Den historischen Zusammenhang dazu gäbe die expansive Filiationspolitik des Klosters Lorsch mit seinen Tochterklöstern auf dem Heiligenberg und mit Neuburg (1130/1165), mit dem Lorsch bereits ins Nekartal vorgedrungen war.

Worms seinerseits schlägt einen „Nagel“ ein, als es 1142 das Kloster Schönau gründet, und gleichzeitig werden die Herren von Steinach und Graf Boppo von Lauffen auf dem Dilsberg faßbar. Wer auch immer den Talaustrang an der Peterskirche in der Hand hatte – spätestens jetzt, 1142, war die Notwendigkeit da, hier Anwesenheit und politisches Durchsetzungsvermögen zu demonstrieren – zum Beispiel mit der Gründung der Siedlung um die Peterskirche, zum Beispiel mit der Befestigung eines Burgplatzes.

Die Lehnspflicht wegen Stadt und Schloß Heidelberg gegenüber dem Bistum Worms könnte dann erst begründet worden sein, als vor 1225 der Pfalzgraf östlich des Burgweilers die Stadt Heidelberg gründete – und wahrscheinlich das „Untere Schloß“ dazu.

**1225 belehnt Bischof Heinrich von Worms Pfalzgraf Ludwig mit Heidelberg.** Die Urkunde darüber hat folgenden Inhalt:

Heinrich, von Gottes Gnaden Bischof von Worms, grüßt den Herrn Ludwig, den vornehmen Herzog von Bayern und Pfalzgrafen bei Rhein. Gott hat ihm und der Frau Agnes, der Gemahlin seines Sohnes, die Macht gegeben, durch die sie beide der Wormser Kirche helfen und in ihren Angelegenheiten beistehen können. Um ihre Nachfolger, nämlich die männlichen Nachkommen der Agnes, zu dieser Hilfe für immer zu verpflichten, gibt er ihnen mit

Zustimmung des Kapitels die Burg in Heidelberg mit dem burgus derselben Burg und die Grafschaft auf dem Stahlbühl mit allem, was dazugehört, zu Lehen.

Gegeben in Worms, im Jahr des Herrn 1225, am 9. Tag vor den Kalenden des April, in der 14. Indiction.

Am selben Tag erklären Propst Heinrich und das gesamte Kapitel der Wormser Domkirche ihre Zustimmung zu der Belehnung.

*Ausfertigung im Generallandesarchiv Karlsruhe, [alte Sign. 43/83]*

*J.F.Schannat: Historia episcopatus Wormatiensis. Band 1, 1734 S. 232*

Die einzelnen Punkte dieser Urkunde hat M. Schaab bereits 1958 herausgehoben:

1. Herzog Ludwig handelt für seinen unmündigen Sohn Otto, dessen Stellung durch seine Ehe mit der Welfentochter Agnes, der Erbin der Pfalzgrafschaft, bestimmt wird.

2. Mit dem Lehen ist ausdrücklich die Hilfeleistung des Pfalzgrafen für die Wormser Kirche verbunden, was auf eine innere Beziehung zur alten pfälzischen Hochstiftsvogtei über Worms deutet.

3. Was als Lehen übergeben wird, ist die Burg Heidelberg mit einer *burgus* genannten Ortschaft und die Grafschaft auf dem Stahlbühl, die aus der alten Lobdengau-Grafschaft hervorgegangen ist. Frühere Urkunden belegen einen pfälzischen Besitz von Heidelberg bereits vor 1224, aber nicht den Besitz der Grafschaft. Daß das Lehen übergeben und nicht etwa erneuert wird, hat nichts zu sagen, da im Rechtsformalismus des Mittelalters jede „Erneuerung“ einer Belehnung einer Neuverleihung gleichkommt. Außerdem legt die Zufügung der Stahlbühl-Grafschaft diesen Charakter einer Neu-Übergabe nahe.

4. Verschiedene Nennungen des *advocatus* (Vogt) Sibodo und *der burgenses* (Bürger) Ortlieb und Meingot 1220, 1217 und 1214 sowie des Plebans Heinrich 1196 legen nahe, daß Heidelberg nicht erst 1224, auch nicht 1196, sondern schon früher an den staufischen Pfalzgrafen Konrad kam.

5. *burgus* und *civitas* sind in juristischem Sinn synonym gebraucht, erlauben also keinen Rückschluß auf etwa fehlende oder unvollständige Elemente der Stadt.

# Die Entstehung Heidelbergs im Zuge der Kultivierung und Christianisierung

Die geschichtlichen Wurzeln der Stadt Heidelberg liegen auf lange Strecken hin im Dunkeln. Der Historiker tut sich deshalb schwer, in allen Punkten der Forschung zu letzter Klarheit zu kommen.

Da ist schon einmal der Name der Stadt. Rührt er von den Heiden, den vorgeschichtlichen Bewohnern unserer Gegend, her oder von der Heide, die hier einst Berg und Tal bedeckte? Kann man ihn gar auf die Heidelbeere zurückführen, wie dies seit Mitte des 15. Jahrhunderts gemutmaßt wird? Auch hinter die Meinung, das Wort „Heiligenberg“ habe sich durch den langen Sprachgebrauch in Heidelberg verwandelt, kann man ein Fragezeichen setzen. Derartiges Rätselraten gibt denn auch für den Zeitpunkt der Entstehung der Stadt nichts her. Die Recherchen müssen schon in andere Richtung erfolgen.

## SPUREN FRÜHER BESIEDLUNG

Ihr eigenartiges Gepräge geben unserer Gegend zwei Berge: der Heiligenberg und der Königsstuhl. Sie beherrschen nicht nur das Landschaftsbild, sondern sind auch die Mittelpunkte ihrer frühesten historischen Entwicklung geworden. Weisen die Denkmäler des Heiligenberges in die graue Vorzeit und in die Frühzeit kirchlich-klösterlichen Lebens, so leiten die Burgen der Vorberge des Königstuhls, des Kleinen Gaisberges und des Jettenbühls, zur Entstehung des Gemeinwesens an ihrem Fuß, zur Geschichte Heidelbergs über.

Der Verfasser kann hier nicht im einzelnen auf die wertvollen Ergebnisse der seit der Jahrhundertwende durchgeführten Grabungen eingehen, er möchte nur erwähnen, daß Heidelbergs Kulturboden den Beweis ununterbrochener Besiedlung erbracht hat. Bedeutsame Zeugnisse der Bronzezeit aus Brand- und Ske-

lettbestattungen, reichliche Funde der La-Tène-Stufe, Reste des stolzen Kulturbesitzes der Römer, wie die eiserne Wehr ihrer Überwältiger, der Germanen, füllen die Räume der vor- und frühgeschichtlichen Abteilung des Kurpfälzischen Museums.

Eindringlicher redet zu uns von dem Werden und Vergehen all dieser Völker das unvergleichliche Freiluftmuseum unserer Stadt, der Heiligenberg, vor allem seine in ihren Trümmern noch beachtlichen Ringwälle und Ringmauern. In doppelter Umwallung, eine hervorragende vorgeschichtliche Feste bildend, umgeben sie beide Kuppen des Berges, der früher Aberinesberg hieß, ein Name wohl keltischen Ursprungs. Nur in Zeiten der Not scheinen die Wälle den Bewohnern der Ebene mit ihren Herden anfänglich zur Zuflucht gedient zu haben. Damals dürfte das berühmte Heidenloch ein Tiefbrunnen für Menschen und Tiere gewesen sein. Erst die Kelten mögen, wie die in regelmäßigen Abständen nachweisbaren Wohngruben zeigen, dauernder hinter den schützenden Wällen gewohnt haben. Ob das Heidenloch damals als Kultschacht gedient hat, wofür es Parallelen gibt, ist bis heute nicht völlig geklärt. Hauptsiedlungsstätte blieb weiterhin das Keltendorf unten in Handschuhsheim, wenn auch die Rückzugsmöglichkeit in die Bergbefestigungen zunehmende Bedeutung gewann.

Wandernde Cimbern und Teutonen beunruhigten das Land. Bald folgten andere deutsche Stämme von Norden und drängten die Kelten nach Süden ab. Dauernd vermochten auch diese Germanen sich hier nicht als Herren zu halten. Um die Mitte des 1. Jh. n. Chr. erscheinen römische Legionäre an den Abhängen des Odenwaldes. Wenige Jahre später gehört unsere Gegend zur römischen Provinz Germania superior.

## RÖMERKASTELL AM NECKAR UND BENACHBARTE HEILIGTÜMER

Unterhalb der heutigen Theodor-Heuss-Brücke ersteht auf dem rechten Neckarufer ein römisches Auxiliarlager, dessen strategische Bedeutung am Kreuzungspunkt von fünf wichtigen Militärstraßen sowie als Sperrfort des Tales gekennzeichnet ist.

In unmittelbarer Verbindung mit diesem Neuenheimer Kastell wird alsbald eine feste Neckarbrücke mit einem Neptuntempelchen gebaut. Nordöstlich auf dem Gelände der heutigen Ladenburger Straße bildet sich ein Lagerdorf mit lebhaftem Verkehr, in dem Römer, romanisierte Kelten und Germanen friedlich nebeneinander wohnen. Eine rein bürgerliche, römische Niederlassung ist auch jenseits des Kastells nachgewiesen.

Oben auf der Höhe des Heiligenberges erhebt sich, wo einst die Kelten ihren Visucius und die deutschen Stämme Wotan im heiligen Hain verehrt haben, vermutlich unter dem Schutz eines Wachtpostens ein römischer Merkurtempel. Zahlreich aufgefundene Votivsteine mit Weiheinschriften zeugen von der dauernden Bedeutung der alten Kultstätte.

Aber auch unten am Fuß des Berges entsteht ein Heiligtum. Im Dämmerlicht einer Höhle vereinigten sich hier die Gläubigen „des unbesiegtens Gottes“ zu feierlichen Mysterien des persischen Lichtgottes Mithras. Die Denkmäler dieses Neuenheimer Mithräums, viele aufgedeckte Grab- und Votivsteine, besonders aus Bergheim und Wieblingen, künden heute noch von der Kunstfertigkeit der römischen Steinmetzen.

Auch diese Kultur sank dahin. Sie wurde seit dem 3. Jh. mehr und mehr von landsuchenden alemannischen Stämmen bedroht und größtenteils vernichtet. Nach kurzer Besetzung der Neckarlandschaft erliegen die Alemannen den von Westen vordringenden Franken und werden, wie einst die Kelten, gezwungen, südwärts auf die schwäbisch-schweizerische Hochebene zu flüchten. Meist auf dem Boden der alten Siedlungen entwickeln sich nun die Frankendörfer, deren Namen uns zuerst die Lorsch'schen Geschichtsquellen überliefern: Hand-

shuhsheim seit 752, Neuenheim seit 765, Bergheim seit 769.

## FRÄNKISCHE KÖNIGSBURG UND CHRISTLICHE KLÖSTER AUF DEM HEILIGENBERG

Als neue Kulturmacht war mit den fränkischen Eroberern die christliche Religion eingezogen. Zentrale Bedeutung für die früheste christliche Entwicklung unserer Gegend gewann das im Jahre 764 von dem fränkischen Gaugrafen Cancor und seiner Mutter Williswinda auf einer Weschnitzinsel gegründete Benediktinerkloster Lorsch. Das von Mönchen aus Gorze bei Metz besiedelte Kloster erlangte rasch hohes Ansehen und wurde bereits 774 durch Karl den Großen zur Reichsabtei erhoben. Umfangreiche Schenkungen brachten der Abtei großen Besitz. In kurzer Zeit erstreckte er sich von den Niederlanden bis in die Schweiz. Mehr als 3800 Stiftungen nennt der Codex Laureshamensis, die Chronik und das Urkundenbuch. Weit und breit erwarb sich Lorsch durch Kirchengründungen und kolonisationsartige Tätigkeit für die ersten Jahrhunderte seines Bestehens eine beherrschende Stellung, so voran in Handschuhsheim, das in enges Patronatsverhältnis zu Lorsch tritt. Gleich dem dortigen Kloster war seine schon 765 genannte Kirche dem hl. Nazarius geweiht.

Unmittelbaren Einfluß auf unsere nächste Umgebung gewann die mächtige Abtei durch ihre Klostergründung auf dem Aberinesberg, dem heutigen Heiligenberg. Hier war nach der römischen Epoche eine fränkisch-königliche Burg entstanden, zu der nachweislich auch eine Kapelle gehörte. Im Jahre 882 schenkte Kaiser Ludwig der Deutsche den ganzen Komplex, dazu reichlich Land aus seinem Königsgut, der Reichsabtei Lorsch. Diese Schenkung bildete die wirtschaftliche Sicherung für die Umwandlung der Königsburg in ein Kloster, die bereits unter Abt Thiotroch (863–875) begonnen hatte. Wenn man sich auch allem Anschein nach zuerst mit der Burgkapelle begnügte, so begann man doch bald mit dem Bau einer größeren Kirche „zu Ehren des allmächtigen Erzengels Michael“ (Codex Laureshamensis). Sie erlebte nicht weniger als fünf Umbau-

ten, die manchmal fast Neubauten gleichkamen, bis in den Jahren um 1030 der vorläufige Endzustand mit der Klosteranlage Abt Reginbalds (1018–1033) erreicht war.

Das Michaelskloster, an dessen Spitze ein Propst stand, blieb nicht ohne Ausstrahlung. Es muß ein ansehnliches Skriptorium besessen haben, denn es ist überliefert, daß Lorsch einen Teil seines Buchbedarfs hier anfertigen ließ. Ein kostbares Psalterium, das in der Palatina-Ausstellung im Jahre 1986 zu sehen war, gibt Zeugnis davon. Im übrigen entwickelte sich die Propstei im Verlauf des Mittelalters zu einem vielbesuchten Wallfahrtsort. Vor allem am Allerheiligentag zogen Prozessionen die uralten Wege hinauf zum weit in das Land hinausschauenden Heiligtum.

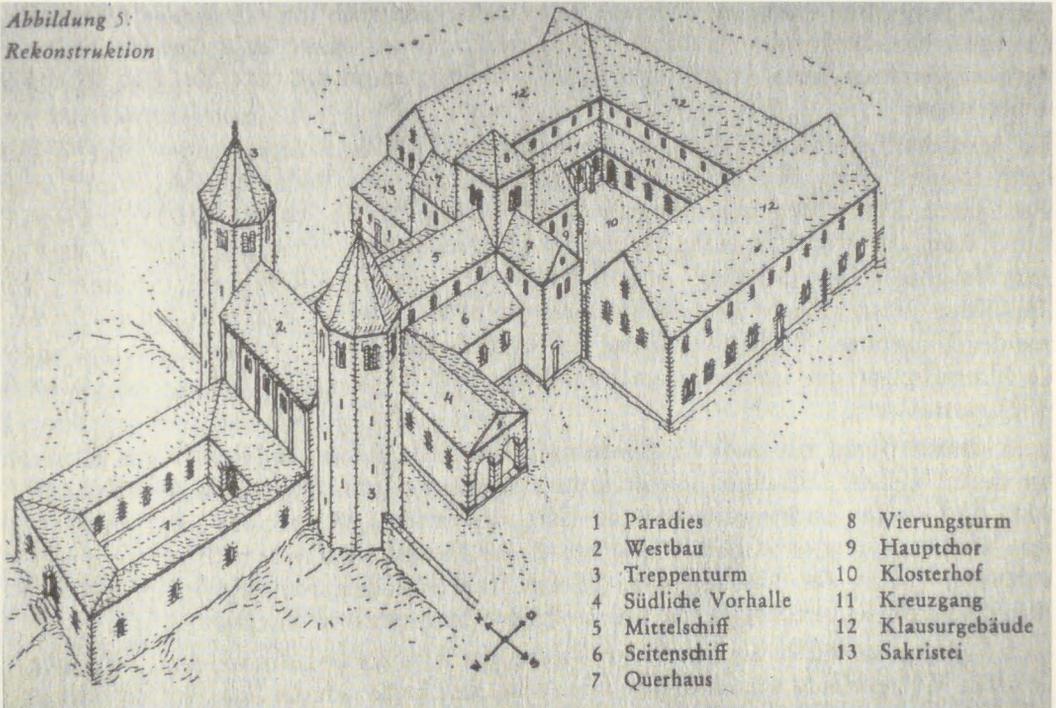
Etwa zwei Jahrhunderte nach der ersten Klostergründung Lorsch in unserer Gegend, nämlich im Jahre 1094, übernahm das Michaelskloster auf der Kuppe des vorderen Heiligenberges die Klausure eines gewissen Arnold, der kurz zuvor in den Orden St. Benedikts eingetreten war. Mit Erlaubnis und Unterstützung des Abtes Anselm (1088–1102) baute man

das Anwesen zu einem Filialkloster aus, das den Heiligen Stephanus und Laurentius geweiht war. In dieser Zeit diente das Heidenloch wohl als Klosterbrunnen. Im Unterschied zum oberen Kloster erlangte das Stephanskloster nur eine lokale Bedeutung, weshalb es in späteren Geschichtsquellen gar nicht mehr genannt wird.

## WEITERE KLÖSTER IN DER NÄHEREN UMGEBUNG

Eine weitere Lorschener Klostergründung, nämlich die von Kloster Neuburg im Neckartal, erfolgte um das Jahr 1130 unter Abt Diemo (1125–1139). Ein begüterter Laie namens Anselm war ins Kloster Lorsch eingetreten und hatte seinen Besitz im Neckartal für die Stiftung abgegeben. Es handelte sich wohl um eine bescheidene Burg, die die Aufgabe hatte, Lorschener Gebiet an einer Neckarfurt abzusichern. Die Räumlichkeiten wurden ausgebaut, durch eine Kirche ergänzt und mit Mönchen

Abbildung 5:  
Rekonstruktion



Michaelskloster

## Neuburg Kloster.



unter einem Propst besiedelt. Doch die „Zelle zu Niwenburg“ wollte nicht gedeihen. Schon um 1165 total verlassen, wurde sie mühsam neu besetzt, hatte aber zeitweise nur fünf Mönche und geriet bald völlig unter den Einfluß des Pfalzgrafen.

Konrad von Hohenstaufen, ein Halbbruder Kaiser Barbarossas, war von diesem im Jahre 1156 zum neuen Pfalzgrafen bei Rhein ernannt worden. Sein Wohnsitz war die Alzeyer Burg, die von Herzog Friedrich II. von Schwaben zum Schutz des salischen Erbes der Staufer gebaut worden war. Sie gilt als Ursprung der späteren Kurpfalz, weil Konrad von Hohenstaufen dem Lorschener Territorium ein Stück nach dem anderen entwand und so den Mittelpunkt seiner Hausmacht in unsere Gegend verschob.

Auf seinen Wunsch hin wird das Benediktinerkloster im Jahre 1195 in ein Nonnenkloster desselben Ordens umgewandelt, das fortan, besonders im Zuge innerer Umwälzungen, immer mehr auf die neue Heidelberger Residenz ausgerichtet wird. Wohl geschieht die Annahme der Zisterzienserreform durch die Nonnen um 1300 auf Wunsch des Wormser Bischofs und unter dem Einfluß des nahen Zisterzienserklosters Schönau, aber bei der Rückfüh-

rung Neuburgs zur benediktinischen Observanz in der Gestalt der Bursfelder Kongregation um 1460 ist Kurfürst Friedrich I. der Siegreiche die treibende Kraft. Die Verbindung des Klosters zum kurfürstlichen Hof verfestigt sich mit der Zeit derart, daß am Ende des Mittelalters eine Tochter des Kurfürsten Philipp, Katharina, sogar Äbtissin von Neuburg wird (†1526).

Diese Vorgänge bezeugen: Der Glanz der einst so blühenden, nun alternden Mutterabtei Lorsch ist verblichen. Die Pfalzgrafen sind es nun, die immer mehr das Sagen haben. Und da ist die andere schon genannte Macht, die von jetzt an in kirchlicher wie wirtschaftlicher Hinsicht unsere Gegend zu beherrschen strebt: der Bischof von Worms, namentlich seitdem Kaiser Heinrich II. im Jahre 1011 Bischof Burkhard I. mit dem Lobdengau vom Rhein bis in die Gegend von Eberbach a. N. beschenkt hat.

Wieder war es eine Klostergründung, durch die nun das Hochstift Worms sich Einfluß zu sichern mußte. Auf der schönen Aue im Steinachtal stiftete Bischof Burkhard II., der dem Reformorden von Cîteaux gewogen war, im Jahre 1142 ein Kloster, eben das Kloster Schönau. Unter der Führung eines Abtes sandte die Zisterzienserabtei Eberbach im Rhein-

gau, eine Gründung des hl. Bernhard von Clairvaux, zwölf Mönche zu seiner Besiedlung. Die anfänglichen Holzbauten wichen nach und nach Steinbauten, deren Entstehung in dem zweiten der zehn aus Schönau stammenden Bilder zu sehen ist, die sich heute im Besitz des Germanischen Museums in Nürnberg befinden.

Mit der Bautätigkeit geht das wirtschaftliche Wachstum Hand in Hand. Schon früh werden Güter in Handschuhshaus und Neuenhaus erworben, in Neuenhaus besonders der Mönchshaus, der um den Besitz der alten Klöster auf dem Heiligenberg vermehrt wird. Dazu kommt noch das Eigentum an der Neckarfähre, der einzigen Verbindung über den Fluß, und der Besitz einiger Mühlen, wodurch größter Einfluß auf die Wirtschaft dieses Gebietes gegeben ist. Die Schönauer Güter und Grundstücke rahmen gleichsam den späteren Grund und Boden Heidelbergs ein, während von Stadt und Bürgerschaft noch nicht die Rede ist.

Trotzdem sind die Pfalzgrafen, die noch in Alzey und anderswo regieren, schon jetzt die Schutzzögte des Klosters im Steinachtal und fanden deshalb in dieser frühen Zeit dort ihre Begräbnisstätte. Dies sind nicht nur der erste Pfalzgraf bei Rhein, Konrad von Hohenstaufen, dessen Gemahlin Irmengard und dessen Enkel Heinrich der Jüngere, sondern auch Pfalzgraf Adolf, Pfalzgräfin Anna, Kurfürst Ruprecht II. und dessen Gattin Beatrix. Nach der Gründung der Universität im Jahre 1386 durch den Kurfürsten Ruprecht I. schickt dann die Abtei ihre Kleriker zum Studium nach Heidelberg, wo sie in einem Kolleg bei St. Jakob am Fuß des Schloßberges wohnen.

Zuletzt sei noch das Kloster Lobenfeld erwähnt. Ein vom Reich lehenrühriges Hofgut wurde im Jahr 1152 dem Bischof Burkhard II. von Worms zwecks Gründung eines Klosters übergeben. Nach der Bestätigung der Schenkung durch Kaiser Friedrich I. im Jahre 1187 wurden vermutlich die Augustiner-Chorherren bald durch Chorfrauen desselben Ordens abgelöst, die aber dann um das Jahr 1270 zum Zisterzienserorden überwechselten. Seitdem stand Kloster Lobenfeld in geistlichem Kontakt mit Schönau und wohl auch mit Neuburg. Um die Mitte des 15. Jh. sollen dessen Nonnen wegen mangelnder Zucht auf päpstliche Order hin nach Lobenfeld versetzt werden, was aber

Kurfürst Friedrich I. der Siegreiche zu vereiteln weiß.

Richard Benz faßt in seinem poetisch ansprechenden, aber historisch nicht immer zuverlässigen Buch „Heidelberg – Schicksal und Geist“ diese Phase der Geschichte so zusammen: „Die Anfänge der Stadt Heidelberg wird man auf die Erschließung des Neckartals zurückführen, die durch die Gründung neuer Klöster geschah: Neuburg, eine halbe Stunde oberhalb Heidelbergs, nur wenig über den Fluß erhöht; Schönau, tiefer im Wald, im Steinachtal; und Lobenfeld, südlich vom Dilsberg auf der linken Neckarseite. Mit den Jahren 1128, 1133, 1142 (richtig: 1130, 1142, 1152; d. Verf.) liegen diese Gründungen zeitlich nahe beisammen, und man wundert sich nicht, bald auch von Heidelberg selber erste Kunde zu hören.“ (S. 10)

## WORMSER BURG UND PFALZGRAFENSCHLOSS AUF DEM KÖNIGSTUHLMASSIV

Zu einer Zeit, als sich die geistlichen Burgen St. Michaels und der heiligen Märtyrer Stephanus und Laurentius auf dem Heiligenberg erhoben, bedeckten jenseits des Tales noch tiefe Waldungen die Berge. Nun aber entstand – wann, ist unbekannt – auch am Nordabhang des Königstuhls, auf der Höhe des Kleinen Gaisbergs, eine vermutlich vom Hochstift Worms erbaute Burg zur Beherrschung der Straße, die vom Elsenzgau über die Paßhöhe des Berges zum Klingenteich herunter an die Neckarfurt führte. Dienstmannen aus Worms werden zunächst hier oben gesessen haben.

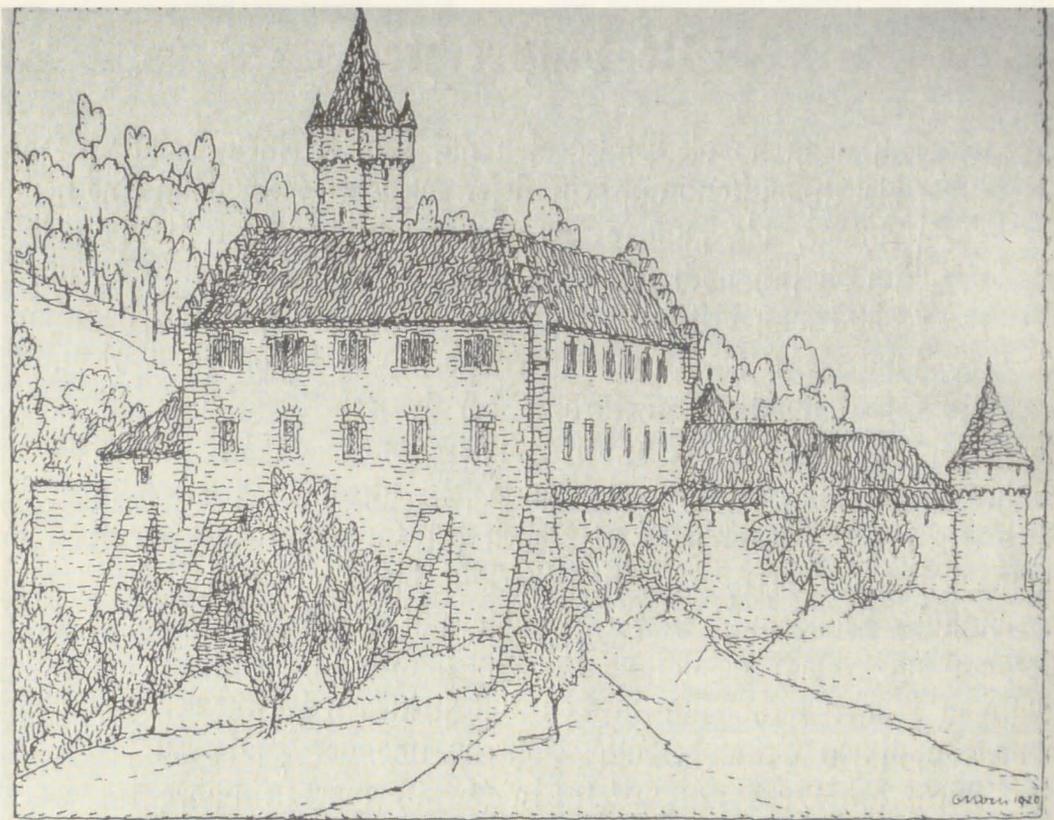
Inzwischen waren in der benachbarten Unteren Pfalz Veränderungen eingetreten. Auf den Pfalzgrafen Konrad von Hohenstaufen waren zwei Welfen gefolgt, von denen der letztere, Heinrich der Jüngere, kinderlos gestorben war. Daraufhin belehnte Kaiser Friedrich II. im Jahre 1214 seinen Freund Ludwig von Wittelsbach, Herzog von Bayern, mit der Pfalz. So kommt die Pfalz für die Dauer ihres Bestehens an das Haus Wittelsbach, zunächst noch mit dem Herzogtum Bayern vereint und von ihr regiert.

Das zweite bedeutende Datum ist das Jahr 1225: Da wird Otto, der Sohn Ludwigs von Wittelsbach, vom Bischof Heinrich von Worms mit „Burg und Burgflecken in Heidelberg“ (castrum in Heidelberg cum burgo ipsius castri) belehnt. Damit wollte der Bischof wohl die Dienste der Pfalzgrafen als Schutzvögte des Wormser Hochstiftes honorieren und zugleich von neuem dazu anhalten. Bisher war also der Bischof von Worms im Besitz von Heidelberg gewesen. Wie das Kloster Schönau ist auch Heidelberg auf ursprünglich Wormser Gebiet errichtet worden.

Welche Burg aber ist in der Urkunde über die Belehnung gemeint, die obere auf der Höhe des Kleinen Gaisberges, wo jetzt die Molkenkur steht, oder die untere auf dem Jettenbühl, unser heutiges Schloß? Die Entscheidung hängt wohl davon ab, welche Burg man als die ältere ansieht. Von der schriftlichen Beurkundung her ist die Erbauung einer zweiten Burg,

eben unseres Schlosses, erst zwischen 1294 und 1303 festzulegen (d. h. zwischen der letzten Nennung nur einer Burg und der ersten Nennung von zwei Burgen). Aber vom Baubefund her spricht die Aufdeckung einer Fenstergruppe mit spätromanischem Gepräge für die Existenz eines Bauwerkes aus dem beginnenden 13. Jh. an diesem Ort.

Dem Widerspruch wird abgeholfen, wenn die im Jahre 1897 aufgefundene Fenstergruppe nicht einem profanen, sondern einem kirchlichen Bauwerk zuerkannt werden könnte. Tatsächlich schreibt ein Hubert Thomas Leodius in seinen Annalen, er selbst habe noch die Trümmer der „Jettakapelle“ gesehen, an deren Stelle Kurfürst Friedrich II. den „Neuen Hof“ erbaut habe. Dabei kann es natürlich nicht um das Heiligtum der sagenumwobenen Seherin Jetta gehen, sondern um einen romanischen Nachfolgebau des aufstrebenden Christentums. Die Annahme, die Fenster gehörten einer



Die obere Burg

alten Kapelle an, bedeutet aber, daß die untere Burg, das heutige Schloß, später als die obere Burg erbaut worden ist. Schließlich darf daran erinnert werden, daß auch anderwärts die höher gelegenen Burgen älteren Ursprungs als die tiefer gelegenen sind (z. B. in Baden-Baden), und daß seit dem 16. Jh. unsere obere Burg in den Quellen als das „alte Schloß“ bezeichnet wird. Vieles spricht also dafür, daß die Belehnung von seiten des Wormser Bischofs sich auf die obere Burg bezieht, daß die untere Burg folglich noch gar nicht oder nur in Anfängen bestand.

Dennoch ist nicht auszuschließen, daß die spätromanische Fenstergruppe und weitere stilgleiche Architekturstücke, die inzwischen entdeckt worden sind, einem profanen Bauwerk, also einer früheren Burg an derselben Stelle, angehören. Dann könnte die Schenkungsurkunde des Wormser Bischofs sich durchaus auf die untere Burg, das heutige Schloß, beziehen, unter der Bedingung, daß die obere Burg von ihrem Zustand her so

bedeutungslos geworden war, daß sie in der Urkunde nicht mehr erwähnt werden mußte. Diese Theorie vertritt Richard Benz in seinem Buch „Heidelberg – Schicksal und Geist“. So sehr sie der Verfasser mit triftigen Argumenten auch unterbaut, so bleibt sie doch nicht über alle Zweifel erhaben. Abschließend läßt sich zu der Kontroverse Folgendes sagen: Ein gewisses Nebeneinander zweier Burgen ist wohl möglich und denkbar, sofern eine der beiden Burgen schon fast verfallen oder noch längst nicht vollendet war, weshalb sie in den Urkunden nicht eigens genannt wurde.

Jedenfalls werden erst seit dem Jahr 1303 urkundlich zwei Burgen am Königstuhlhang genannt. Die untere Burg wurde immer mehr zur repräsentativen Wohnung der Pfalzgrafen, späterhin der Kurfürsten, und ihres Hofes ausgebaut. Rudolf I., Ruprecht III., Ludwig V., Ottheinrich, Friedrich IV. und Friedrich V. trugen je ihren Teil bei zu dem wunderbaren Gebilde des Heidelberger Schlosses, wie es uns heute trotz der verheerenden Zerstörungen



Die untere Burg – das Schloß

von 1689 und 1693 noch entgegentritt. Das alte Schloß dagegen, das anfangs bewohnt war, diente später – in erneuertem Zustand – fast nur noch fortifikatorischen Zwecken, als zusätzliche Absicherung der Stadt nach Süden hin. Die letztendliche Verwendung als Munitionsdepot hatte katastrophale Folgen. Bei einem Blitzeinschlag im Jahre 1537 kam es zu einer heftigen Explosion, die die ganze Burg in Trümmer legte.

## FISCHERDORF UND BÜRGERSTADT IM TAL

Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß mit der oberen Burg gleichzeitig eine bürgerliche Niederlassung geplant war, so steht doch die bald aufsprießende Siedlung unten im Tal in ursächlichem Zusammenhang mit jener. Am Ausgang des Klingentalles hatte das Bergwasser im Laufe der Jahrhunderte einen Schuttkegel angeschwemmt, der sich als hochwasserfreier Siedlungsplatz darbot. Es waren wohl Fischer und Schiffer von Bergheim, die sich hier unter dem Schutz der Wormser Burg auf eigenem Grund und Boden angesiedelt hatten. Man kann nun annehmen, daß hier schon in der Bekehrungszeit eine Kapelle entstand, um die sich später die Neusiedler anbauten. Ob sie identisch ist mit einer urkundlich erwähnten Kapelle „Maria in deserto“ (Maria in der Einöde), ist nicht gewiß. Jedenfalls erscheint die spätere Kirche – wohl an der gleichen Stelle – in den Urkunden stets unter dem Patronat des hl. Petrus, des Schutzherrn der Fischer.

Erstmals erwähnt wird der Name des Fischerdorfes in einer Urkunde des Pfalzgrafen Heinrich des Langen, des Schwiegersohns Konrads von Hohenstaufen, für das Kloster Schönau. In ihr bestätigt er das Vermächtnis seiner Schwiegereltern, die dem Kloster große Stiftungen gemacht haben. Von deren Erträgen solle der Kapitelsaal errichtet werden, für sie selber aber solle man Gedächtnistage halten und Lichter in der Kirche brennen, da beide dort ihre Grablege bestimmt haben.

Auf dieser Urkunde von 1196 finden sich nicht nur die Siegel des neuen Pfalzgrafen und verschiedener Adliger und Geistlicher, sondern neben dem Propst von Neuburg und Lobenfeld

auch die Unterschrift eines „Cunradus plebanus in Heidelberch“ (Konrad, Leutpriester in Heidelberg). Aus dieser für unsere Stadt so wichtigen Urkunde ergibt sich, daß damals in Heidelberg ein Leutpriester seines Amtes waltete, ohne Zweifel in der Peterskirche, die nach einer zuverlässigen Quelle ein Filial, d. h. eine Tochterkirche, der Pfarrkirche des nahen Bergheim war.

So war nun zu den alten Siedlungsstätten am Abhang des Odenwaldes zur Ebene hin eine neue im Tal getreten, die bald die Frankendörfer an der Bergstraße überflügeln sollte. Man kann jedoch kaum von einer Stadtgründung durch die Pfalzgrafen in so früher Zeit sprechen. Pfalzgraf Konrad von Hohenstaufen mag als Kloostervogt von Schönau gewiß gelegentlich in unserer Gegend geweilt haben, urkundlich ist er für Heidelberg nicht nachzuweisen. Er stirbt und findet in Schönau seine Ruhestätte ein Jahr, bevor uns der Name Heidelbergs im Jahre 1196 entgegentritt. Eine persönliche Beziehung zu Heidelberg wäre höchstens dadurch gegeben, daß er im letzten Lebensjahr, 1195, die Propstei Neuburg in ein Benediktinerinnenkloster umwandelte.

Auch unter den Nachfolgern Konrads, Heinrich dem Langen und Heinrich dem Jüngeren, dürfte nichts in Richtung einer Stadtgründung geschehen sein. Am ehesten wäre noch Ludwig, dem ersten wittelsbachischen Pfalzgrafen (um 1231), eine Stadtgründung zuzutrauen. Unter ihm wird in einer Urkunde von 1229 Heidelberg zum erstenmal „civitas“ (Stadt) genannt. Es fragt sich nur, ob daraus eine förmliche Stadtgründung gefolgert werden kann. Bei solch einer verzögerten Stadtentwicklung ist es zu verstehen, warum die alte Peterskirche, die spätere „parochialis ecclesia sancti Petri extra muros“ (Pfarrkirche des hl. Petrus außerhalb der Mauern) nicht innerhalb der sicher erst von den Pfalzgrafen errichteten Stadtmauer lag, weil sie eben schon vor deren Erbauung gestanden hatte.

Trotz der lückenhaften Beweislage gibt es Hinweise dafür, daß Heidelberg mit Unterstützung der Pfalzgrafen allmählich eine Stadt geworden ist. Zunächst kommt die wachsende Bedeutung des jungen Gemeinwesens in seiner kirchlichen Organisation zum Ausdruck. An Stelle des „plebanus“, des Leutpriesters, in

Heidelberg wird seit 1223 ein „archipresbyter“ (Dekan) genannt, Beweis genug, daß die Peterskirche von ihrem Filialverhältnis zur Bergheimer Mutterkirche entbunden worden ist. Damit stimmt überein, daß der Rang der Peterskirche ständig erhöht wurde. Aus einer Tochterkirche war eine Pfarrkirche geworden, nun wird sie selber Mutterkirche der Heiliggeistkirche. Im Jahr 1392 wird das Dorf Bergheim eingepfarrt, und um 1400 erhält die Universität das Patronatsrecht über St. Peter. Jene veranlaßt im Jahre 1484 einen Kirchenneubau, der bis 1554 Universitätskirche sein wird.

Auch ihre politische Unabhängigkeit von Bergheim muß wohl schon damals die junge Gemeinde erreicht haben mit der Abgrenzung ihres Gebietes durch den alten Graben, die Linie, die heute die Sophienstraße zieht. Die Heidelberger Gemarkung umfaßte also bezeichnenderweise nur das Gebiet der späteren Kernstadt um die Heiliggeistkirche und ihrer westlichen Vorstadt bis zum alten Graben.

Für den Charakter einer Stadt sprechen ferner die turmbewehrten Stadtmauern, die vermutlich erst nach der im Jahre 1225 vollzogenen Belehnung des Wittelsbachers mit „Burg und Burgflecken in Heidelberg“ gebaut wurden. Auch der Schloßbau auf dem Jettenbühl machte Fortschritte. Aber erst vom Pfalzgrafen Ludwig II. hören wir, daß er für dauernd in Heidelberg seinen Aufenthalt nahm, wo er in derselben Kemenate gestorben sei, in der er das Licht der Welt erblickt hatte (1253–1294). Unter ihm wurde Heidelberg, das er sehr begünstigte, erst richtig zur Stadt erhoben.

Das befestigte Schloß, die von ihm ausgehenden Stadtmauern, innerhalb derer sich durch Straßen und Gassen geordnete Häuser und Kirchen bergen, dazu die feste Brücke, die seit 1284 spätestens die Fähre abgelöst hat, bilden jedenfalls ein geschlossenes Ganzes und verraten eine klare Konzeption, die eines Stadtgründers würdig ist. Zum Schluß soll Dr. Karl Pfaff, der gründliche Erforscher der Heidelber-



ger Geschichte, in seinem Buch „Heidelberg und seine Umgebung“ selbst zu Wort kommen: „Heidelberg entstand vermutlich in Anlehnung an die obere Burg auf dem Kleinen Gaisberg (dem Molkenkurhügel), später auch an die ‚untere Burg‘, dem heutigen Schlosse. Bedeutung gewann der Ort erst, nachdem er . . . im Jahr 1225 aus bischöflich Wormsischem Besitze in den der rheinischen Pfalzgrafen Wittelsbachischen Stammes (als Lehen ) übergegangen und zur Stadt und Residenz des Pfalzgrafen erhoben worden war . . . Erst von dieser Erhebung von Burg und Stadt Heidelberg zur pfälzischen Residenz datiert ihre Bedeutung, beginnt ihre Entwicklung.“ (S. 63)

---

*Benutzte Literatur:*

Karl Pfaff, Heidelberg und Umgebung. Heidelberg, Nachdruck 1995  
Adolf von Oechelhaeuser, Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Heidelberg. Tübingen 1913

Wilhelm Zählinger, Mein Heidelberg. Bühl 1921  
Richard Benz, Heidelberg – Schicksal und Geist. Konstanz 1961  
Jochen Goetze, Das Heidelberger Schloß. Heidelberg 1988  
Adolf Zopf, Der Altstadtwanderer. Heidelberg o. J.  
Wolfgang von Moers-Messmer, Der Heiligenberg bei Heidelberg. Heidelberg 1987  
Meinrad Schaab, Die Zisterzienserabtei Schönau im Odenwald. Heidelberg 1963

Der Aufsatz erschien 1996 als Nr. 153 der Hauszeitschrift „Wort in die Zeit“ der Benediktinerabtei Neuburg. Die gekürzte Form erschien in der Rhein-Neckar-Zeitung und wird im Herbst 1996 in der Sonderveröffentlichung „Kirchengeschichte Heidelbergs“ abgedruckt.

Anschrift des Autors:  
P. Norbert Bosslet  
Benediktiner-Abtei Neuburg  
69118 Heidelberg

# Zwischen Hof und Universität

## Die Heidelberger Kirche im Spätmittelalter

Heidelberg spielte in der Kurpfalz nicht immer die erste Geige. Zwar weilten der Pfalzgraf und sein Hof seit dem beginnenden 13. Jahrhundert zunehmend häufig im Schloß über dem Neckar, eigentliche Residenz wurde die Stadt aber erst im Laufe des 14. Jahrhunderts. Noch Ruprecht I. (+1390) ließ sich in Neustadt (a. d. Weinstraße) begraben, wo er, dem testamentarischen Willen seines älteren Bruders Rudolf II. (+1353) folgend, noch 1356 die Pfarrkirche durch zusätzliche Ausstattung in ein Kanonikerstift umgewandelt hatte, eine Kirche, an der mehrere (in diesem Fall waren es acht) Priester gemeinsam Gottesdienst verrichteten.

Freilich, gerade Ruprecht I. hat in seiner langen Regierungszeit dafür gesorgt, daß Heidelberg sich unumkehrbar zum Herrschaftsmittelpunkt des Landes entwickelte. Ruprecht II. (+1398) noch ließ sich im Zisterzienserkloster Schönau bestatten, erst Ruprecht III. (+1410) ist in Heidelberg in der Heiliggeistkirche begraben, die er seit 1398 aufführen ließ (Abschluß des Chores 1408, des Hallenbaus 1441); seine Grabplatte zeugt als bedeutendes Denkmal gotischer Grabplastik noch heute von den weitreichenden Ambitionen dieses Wittelbachers, das schöne Wappenfresko der ritterlichen Turniergesellschaft „zum Esel“ aus der Frühzeit des Baus (1422/50) im südlichen Chorseitenschiff beweist die bleibende Loyalität des pfälzischen Adels zur Grabkirche des Herrschers.

Im 14. Jahrhundert bot Heidelberg, ein Städtchen von 3000 bis 5000 Einwohnern auf einem Areal von ca. 20 Hektar, auch kirchlich keine besonderen Glanzpunkte. Die Pfarrkirche St. Peter, die außerhalb der Stadtmauern, doch im ältesten Siedlungsgebiet lag, hatte noch nicht ihre heutige Gestalt (die sie erst seit

dem späten 15. und im 19. Jahrhundert erhielt), ein Kollegiatstift gab es nicht. Immerhin fanden sich Niederlassungen der Bettelorden: die Franziskaner (seit ca. 1250) und die Augustinereremiten (seit ca. 1270) hatten hier schon früh einen Konvent. An kirchlichen Einrichtungen zählt man außer dem Hospital und den Stadthäusern der größeren Klöster ringsum (Lorsch, Sinsheim, Maulbronn, Schönau) auch Häuser der Bischöfe von Worms und Speyer, die bei ihren Geschäften bei Hof eine eigene Bleibe wünschten. Doch war dies alles naturgemäß eher für die Wirtschaftsgeschichte von Bedeutung als auch für das kirchliche Leben.

Je intensiver der Hof des Pfalzgrafen in die Verwaltung des werdenden Territoriums eingriff, desto stärker kamen auch Kirchenmänner zum Zuge, die als Räte oder Schreiber des Pfalzgrafen tätig waren. Der Bischof von Worms (zu dessen Diözese Heidelberg gehörte) und der Bischof von Speyer hielten bald stetige Verbindung; beide Bistümer wurden schon im 14. Jahrhundert zwar nicht förmlich, wohl aber faktisch zu „Hausbistümern“ der Pfalzgrafen, so daß der Heidelberger Hof dort bei jeder Frage ein gewichtiges, oft das entscheidende Wörtlein zu sprechen hatte.

## DIE UNIVERSITÄTSGÜNDUNG UND IHRE FOLGEN

In Heidelberg war kirchliche Präsenz somit zwar unübersehbar, eigentlich geprägt jedoch wurde es vom Kurfürsten und seinem Hof. Die Sphären lassen sich nicht leicht voneinander sondern. In diese Gemengelage brachte die Gründung der Heidelberger Universität eine neue Gewichtsverteilung. Auch für das kirchliche Leben bedeutete das starke Veränderungen: Gewiß, die Universität war keine aus-

schließlich kirchliche Einrichtung, sie sollte aber entschieden auch kirchlichen Zwecken dienen. Papst Urban VI. äußerte sich im päpstlichen Gründungsprivileg ausdrücklich: „damit dort der Glaube verbreitet, die Einfältigen gebildet, Gerechtigkeit des Gerichts gewahrt, Vernunft bestärkt und Sinn und Verstand der Menschen erleuchtet werde“.

Jedoch sollten die Mitglieder der Universität zum kirchlichen Rechtskreis gehören, die Gerichtsbarkeit lag nicht beim weltlichen Richter, dem Heidelberger Vogt und Schultheißen, sondern beim Rektor der Universität und bei ihrem Kanzler, als welcher der Propst des Wormser Domkapitels eingesetzt war. Der Personenkreis, der sich um die Universität sammelte, war nicht erdrückend groß. Eine durchschnittliche jährliche Immatrikulationszahl von etwa 130 (die jedoch bisweilen auf 36 sinken konnte) hielt sich fast bis zum Ende des 15. Jahrhunderts. Insgesamt haben sich (von der Gründung bis zum Jahre 1505) 15 327 Personen in die Matrikel eingeschrieben. Von den 204 832 in Deutschland nachgewiesenen Universitätsbesuchern sind das ca. 7,5 Prozent, womit Heidelberg einen guten Mittelplatz einnimmt (den 7. unter 17 Universitäten). Für die kleine Stadt am Neckar war das eine ansehnliche Leistung.

Die kirchliche Organisation wurde durch die zahlreichen Universitätsangehörigen – „pfaffen“ werden sie in den zeitgenössischen deutschen Urkunden genannt – nicht allein quantitativ verändert, auch qualitativ brachte die Universität Bewegung. Die Stadt reicherte sich durch neue Einrichtungen an. Das Zisterzienserkloster Schönau etwa gründete ein eigenes Studienhaus in Heidelberg. Auch bei der Verteilung kirchlicher Amtseinkünfte, der sogenannten „Pfründen“, wurden Universitätsbesucher bemerkbar: An der Universität gebildete Theologen und Kirchenjuristen tauchen auf dem Pfründenmarkt der näheren und weiteren Umgebung mit ihren Ansprüchen auf. Die erhaltenen Listen mit Bittschriften um päpstliche Pfründenverleihung geben uns davon Zeugnis. Umgekehrt wurde etwa im Speyerer Domstift das „biennium“ (ein Studium von zwei Jahren als Voraussetzung zur Erlangung einer Stiftspfründe) im Laufe des 15. Jahrhunderts immer häufiger geübt.

In Heidelberg selbst beteiligte sich die Universität unmittelbar an der seelsorgerlichen Betreuung der Stadtbevölkerung, die Stadtpfarrei war schon 1392 der Universität rechtlich „inkorporiert“ worden, das heißt die Einkünfte kamen den universitären Bedürfnissen zugute, während die Dienstpflichten von einem Universitätsangehörigen zu versehen waren. Der Entschluß Ruprechts II., sofort nach seinem Regierungsantritt die Juden aus der Pfalz zu vertreiben, bescherte der Universität einen reichen Zuwachs an wertvollem Vermögen, überstellte doch der Kurfürst nicht nur die konfiszierten Bücher, sondern auch die Häuser der brutal Vertriebenen an die Universität, die sie Magistern als Dienstwohnung anwies und aus dem größten ein Studentenwohnheim bildete.

Schließlich hat Ruprecht III. während seiner Regierungszeit als deutscher König die Zusammenfassung des universitären Pfründvermögens in einem Universitätsstift (dem Heiliggeiststift) vorbereitet. Die eigentlich rechtliche Gründung konnte dann erst sein Sohn 1413 vollziehen. Heidelberg hatte jetzt endlich ein Stift zukunftsweisender Art, das wichtigen Professoren eine wirtschaftliche Grundlage gab. Das kirchliche Leben wurde in Heidelberg künftig von dem Kräftedreieck von Stadt, Universität und kurfürstlichem Hof bestimmt.

Bisweilen ergab sich daraus Aufsehenerregendes, es entstanden aber auch scharfe Konflikte und dauerhafte Belastungen. Für ersteres mag die Tatsache stehen, daß im Heidelberger Schloß für jeweils ein paar Tage (1415 und 1419) der vom Konstanzer Konzil abgesetzte Papst Johannes XXIII. gefangen gehalten wurde, bevor er auf längere Dauer in Mannheim verwahrt worden ist. Ludwig III. als dem Schirmherr des Konzils war er von König Siegmund anvertraut und wurde nun in sicherer Haft bewacht: Die deutschen Wachmannschaften verstanden nur Pfälzisch, nicht Italienisch oder Latein; das hat jeden Fluchtplan vereitelt, da sich der hohe Gefangene mit ihnen nur durch Zeichen verständigen konnte. Später wird er sich bitter über die strenge Behandlung beschweren: Er habe mit angezogenen Gliedern in engem Bett schlafen müssen und nur schmutzige Kleidung gehabt. Sein kurzer Aufenthalt in Heidelberg blieb Episode wie sein längerer in Mannheim.

## UNIVERSITÄT UND STADT

Bereits bei der Gründung der Universität war freilich absehbar, daß das Zusammenleben in der Stadt Schwierigkeiten machen würde. Ruprecht I. hat seine insgesamt fünf Gründungsurkunden ausdrücklich von seinen mitregierenden Neffen mitbesiegeln lassen. Alle Pergamente sind außerdem auch mit dem Stadtsiegel bekräftigt worden. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß eine deutsche Zusammenfassung „alle jar offenlichen vor dem volke gelesen werde off aller heiligen tag oder uff den nehstin suntag dar nach“, sie sollten „jährlich in der Pfarrkirche der Stadt innerhalb der Messe in Anwesenheit des Volkes in deutscher Sprache vorgelesen und erläutert werden und an den Türen der Kirche für eine volle Woche angeschlagen bleiben“. Jeder Heidelberger sollte also Bescheid wissen können, welche Freiheiten der Universität der Pfalzgraf wollte. Vogt und Schultheiß sollten bei Strafe des Amtsverlustes den Gerichtsstand der Universität respektieren. Zur Sicherheit sollten sie jährlich dem Rektor einen Eid leisten.

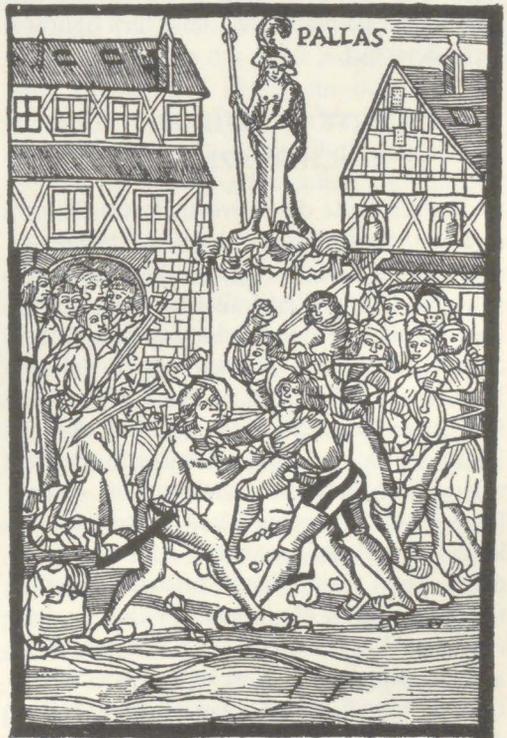
### „STUDENTENKRIEGE“

Konflikte, ja blutige Auseinandersetzungen blieben gleichwohl nicht aus. Im Juni 1406 prallten erboste Bürger, Schloßknechte und Universitätsleute zusammen. Der Theologe Johannes von Frankfurt hat das selber im Rektorbuch festgehalten: Bei einer Schlägerei nach dem Abendessen werden auf dem Marktplatz zwei Studenten „schwer verwundet“. Am nächsten Abend kommt es erneut zu einer Rauferei zwischen zwei Studikern und einem Waffenknecht des Schlosses, der ein „schreckliches Geschrei“ erhob. Die Sturmglocke wird geläutet, „das Volk wurde zornig“, mit dem Ruf „Tod den Scholaren, Tod allen Tonsurierten, Rasierten und Trägern langer Talare!“ machte man sich daran, die am Ausgang zum Schlosse liegende Studentenburse des Johannes von Frankfurt mit Äxten, Spießen und Steinschleudern aufzubrechen. Vergeblich wollte der Bürgermeister die Menge beruhigen. Dem Morden konnte nur der (zufällig anwesende) Bischof von Speyer Einhalt gebieten, indem er sich mit seiner Begleitung unter

die Wütenden mischte und mit blanker Waffe Ruhe schaffte.

Die Professoren und Studenten machten durch einen Vorlesungstreik und die Androhung der Abwanderung klar, daß sie ihre Rechte verteidigen wollten. So mußte die Stadt Genugtuung leisten: Öffentlich wurde von „den Ratsleuten, Bürgern und anderen Einwohnern“ im Augustinerkloster ein neuerlicher Schutzeid geschworen. Damit schien der gefährliche Streit beigelegt.

Nicht auf immer. Der „Studentenkrieg“ 1422 hat erneut hohe Wellen geschlagen. Wieder war eine Prügelei zwischen einem Studen-



ten und einem der Roßknechte des Fürsten entbrannt. Diesmal war es „Meister Heinrichs Burse in der Judengasse“, die von einer bewaffneten Menge zur Rache ausgesucht war. Man wirft die Fenster ein, erbricht das Haus, verfolgt die Scholaren, die sich mit Mühe in Nachbarhäuser retten. Man hört rufen, „daz sie lieber erslagen und doden wolden studenten und paffen dan die Hussen [d. i. Hussiten] und glaubten, daz sie me lones davon heten“. Und

wieder ist es Johannes von Frankfurt, dem ein Armbrustschütze entgegenschreit: „Dich wollte ich als allerersten erschießen!“ Doch Begleiter fallen ein: „aber du gehörst ja zum fürstlichen Hof (wie wir)!“

Betrachten wir nicht die mühsamen Aufräumarbeiten, die den stets neu aufflammenden Zwist auch diesmal förmlich, doch mühsam beileigten. 1426 wird – wiederum im Sommer – vom Hofgesinde ein Student kurzerhand und diesmal rechtsfolgenlos aufgeknüpft. Auch später reißen die Konflikte nicht ab. Die fürstlichen Rechtsgarantien waren für die Universität nur ein pergamentener Schutz, sie mußten stetig neu ertrotzt und behauptet werden. Die allgemeine Kirchenkritik und Klerusfeindschaft des Spätmittelalters fand hier Nahrung besonderer Art.

## GELEHRTE POLITIKBERATUNG IN DER SCHISMAZEIT

Freilich hatte die Universität dem Fürsten und der Stadt auch anderes zu bieten als unangenehme Beunruhigung. Die Professoren gehörten in aller Regel als geschworene Räte zum fürstlichen Hof. In der Zeit des großen abendländischen Schismas waren gelehrte Fachleute zur Erläuterung der komplizierten Rechtslage dringend nötig. Die Heidelberger Politik wurde damals von Theologen und Kirchenjuristen fachkundig mitformuliert. In ganz Europa war das grundsätzlich ähnlich, nur konnte der Heidelberger Hof jetzt formal mit den Zentren der übrigen Christenheit mithalten, konnte seine Position, nicht immer erfolgreich, wohl aber vernehmlich und auf einem angemessenen Niveau vertreten. Wie andere Universitäten Europas schickten auch die Heidelberger Abgesandte auf die großen Konzilien von Konstanz und Basel. In Konstanz hat bei der Wahl Martins V. (1417) Job Vener, ein Heidelberger Hofmann, unter den Deutschen zunächst als ernsthafter Papstkandidat gegolten und auch im ersten und zweiten Wahlgang insgesamt vier (von 57) Stimmen erhalten.

## VERBRENNUNG VON KETZERN

Die minuziöse Genauigkeit, mit der Glaubensartikel von einer gelehrten Theologie

durchdacht wurden, zeigte im Spätmittelalter ihre Kehrseite: auch die Identifikation von Abweichung und Irrtum schien jetzt exakter möglich, dementsprechend leichter auch ihre Ausmerzung. 1394 entschieden Heidelberger Gelehrte noch im Streit zwischen Bettelorden und der Mainzer Inquisition zugunsten des bedrohten Wanderpredigers Konrad von Malkaw. Beim Konstanzer Hus-Prozeß waren sie auf der Seite der Konzilsmehrheit, die den Prager Magister verbrennen ließ.

An der Ketzerverfolgung in den Zeiten der hektischen Hussitenfurcht haben dann Heidelberger Universitätslehrer, vom Kurfürsten gedrängt und von den Bischöfen von Worms und Speyer berufen, ihren traurigen Anteil gehabt. Am 17. Februar 1425 wurde in Heidelberg – wahrscheinlich auf dem Schindwasen (im Bereich des heutigen HSB-Depots an der Bergheimer Straße) – der adlige Wanderprediger Johannes Drändorf nach einem kurzen Prozeß von nur fünf Tagen verbrannt, sein Freund, der Leiter der Speyerer Domschule Peter Turnau, ist am 29. Juli in Udenheim (heute Philippsburg) gleichfalls auf dem Scheiterhaufen gestorben. An beiden Verhören hatten Heidelberger Professoren, darunter wiederum Johannes von Frankfurt, maßgebenden Anteil.

So hat Heidelberg auch an den dunklen Seiten der mittelalterlichen Kirchengeschichte seinen Anteil, ohne daß das als Zufall erscheinen will. Hof und Universität bestimmten die kirchliche Entwicklung der Stadt im Spätmittelalter in hohem Umfang, wie sie das auch noch lange Zeit fortsetzen sollten.

\* Der Beitrag wird mit freundlicher Genehmigung der Rhein-Neckar-Zeitung, Heidelberg, abgedruckt und erscheint im Spätjahr zusammen mit den anderen Artikeln der Reihe „Kirchengeschichte Heidelbergs“ als Sonderveröffentlichung.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Jürgen Miethke,

Direktor am Historischen Seminar  
der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Grabengasse 2  
69117 Heidelberg

# „Toute la ville est bruslée“ — Heidelbergs Zerstörung 1693

Militärische und politische Ziele Frankreichs im fünften Jahr des  
Pfälzischen Erbfolgekrieges

„Ich fordere von Euch nichts Unmögliches oder Unvernünftiges, ich wünsche nur, daß Ihr diesen Feldzug nicht als eine gewöhnliche Kampagne betrachtet, deren Erfolg oder Mißerfolg wenig bedeutet, sondern in gewisser Hinsicht als einen Feldzug der Entscheidung und der Krise“, ermahnte Ludwig XIV. am 15. Mai 1693 aus Versailles seinen Cousin Marschall de Lorge. Dieser schickte sich gerade in Straßburg an, den Oberbefehl über die aus den elsässischen und lothringischen Winterquartieren zusammengezogene Deutschlandarmee anzutreten.

Im fünften Kriegsjahr hatte der französische König allen Grund, mit dem Verlauf des von ihm angezettelten Konfliktes unzufrieden zu sein. Der Streit um das pfälzische Erbe hatte dabei nur als Vorwand für einen Waffengang erhalten müssen, mit dem Ludwig XIV. 1688 die Investitur des von ihm protegierten Straßburger Bischofs Egon von Fürstenberg in Köln durchsetzen, die Türken durch die Eröffnung einer „zweiten Front“ entlasten und durch einen zu seinen Bedingungen herbeigeführten Frieden Frankreichs Erwerbungen an seiner Ostgrenze und dessen Vormachtstellung in Europa konsolidieren wollte. Aber was im Herbst 1688 so furios als Blitzkrieg entlang der gesamten Rheinlinie und am Neckar begonnen hatte und als Präventivschlag gegen Kaiser und Reich in einem von Truppen fast völlig entblößten Südwestdeutschland geplant war, hatte auf dem Kriegstheater schon wenige Monate später den Charakter eines entscheidungsarmen Belagerungs- und Manöverkriegs angenommen. Die ebenso planmäßige wie rücksichtslose Zerstörung von zahlreichen Städten und Dörfern der heutigen rechts- und linksrhei-

nischen Pfalz im Jahr darauf hatte nicht die erhofften militärischen Früchte getragen. Die kalt berechnete Defensivstrategie der „verbrannten Erde“ konnte den Frieden nicht herbeizwingen. Denn das 1689 zwischen Kinzig, Nahe, Tauber und Saar mehr oder weniger intensiv verwüstete Glacis vor Frankreichs Ostgrenze behinderte nicht nur die weiteren Operationen der Verteidiger, sondern auch die der Angreifer.<sup>2</sup>

Bald hatte der als Pfälzischer Erbfolgekrieg eigentlich unzutreffend etikettierte Konflikt europaweite Dimensionen angenommen, in dem sich der größte Teil des Kontinents, darunter zum ersten Mal auch England unter Wilhelm von Oranien, dem Expansionsstreben Ludwigs XIV. entgegenstellte. Seit April 1689 hatten Frankreich und fast alle seine Nachbarn sich den Krieg erklärt. Die Schauplätze der militärischen Auseinandersetzung verlagerten sich schon bald darauf nach Flandern, Savoyen, Katalonien, Norditalien, Irland, auf die Ozeane und schließlich selbst bis in die indischen und westindischen Kolonien.

Am Oberrhein hatten die Kampfhandlungen hingegen von der Mitte des Jahres 1689 an nahezu alle Dynamik verloren. Den Franzosen gelang es einfach nicht, ihre organisatorische, numerische und militärtechnische Überlegenheit in dauerhafte, kriegsentscheidende Erfolge umzusetzen, obwohl es auf deutscher Seite bei den zusammengewürfelten Reichs- und Kreistruppen eigentlich an allem fehlte, um den Invasoren erfolgreich Paroli bieten zu können. Das 1688 mühsam von Vauban eroberte Philippsburg war der Sammelpunkt und das Einfallstor der Franzosen in die Offenlandschaften Südwestdeutschlands, in denen sie

sich scheinbar nach Belieben bewegten. Im Jargon der Militärs jener Zeit bekam die Rheinebene deshalb auch den Spitznamen „französische Reitschule“.

Des ewig unentschiedenen Hin und Hers auf den Schlachtfeldern überdrüssig forderte nun aber Ludwig XIV. im Frühjahr 1693 von Marschall de Lorge gebieterisch eine „action d'éclat.“<sup>3</sup> Das Kriegsglück mußte endlich mit einer militärischen Kraftanstrengung erzwungen werden.

Aber das Geld für die Finanzierung des Krieges ließ sich in Frankreich nur noch mit Mühe und mit großem Erfindungsreichtum beschaffen. Ludwig XIV. mußte nun schon zum 2. Mal seit 1689 den Ausweg einer Zwangsanleihe über eine Münzverschlechterung einschlagen, er ließ sein Tafelsilber in die Münze bringen und Pontchartrain, Ludwigs „controleur général des finances“, verfiel auf die nicht ganz neue Idee, sowohl die bereits verliehenen, als auch die zur Geldabschöpfung extra neugeschaffenen Ämter bis in die kleinsten Gemeinden hinunter meistbietend zu verkaufen. Aber alle Finanzierungsakrobatik konnte das sich ständig vergrößern Loch im Staatshaushalt nicht stopfen; zwei Jahre später erschütterte die deshalb eingeführte Kopfsteuer Gesellschaft und Ökonomie Frankreichs.

Im Frühjahr 1693 wurden außerordentliche Truppenaushebungen befohlen und selbst die bis dahin nur beim Garnisonsdienst oder bei Sicherungsaufträgen eingesetzte Miliz sollte nun regulär kämpfen. Durch das Offizierskorps ging im Frühjahr 1693 eine wahre Beförderungslawine als Motivationsschub und Ausdruck hochgesteckter königlicher Erwartungen auf künftige militärische Höchstleistungen; allein sieben neue Marschälle wurden ernannt und mit dem Orden des Heiligen Ludwig eine Tapferkeitsauszeichnung besonderen Rangs ins Leben gerufen.<sup>4</sup>

Es war nur zu natürlich, daß der französische König dem Krieg die alles entscheidende Wendung im schwach verteidigten Südwestdeutschland und nicht etwa am schwer befestigten niederländischen Barriersystem in Flandern geben wollte. Denn in den Laufgräben und auf den Bastionen der niederländischen Sperrbefestigungen erwarteten schon seit dem Frühjahr kampfbereite Soldaten den

Anmarsch der Franzosen, während sich die buntscheckige Truppe der deutschen Verteidiger nur langsam aus den weit verstreuten Winterquartieren zu lösen begann, um sich in Süddeutschland dem Feind entgegenzustellen.<sup>5</sup> Auf die üblichen Streifzüge vor Eröffnung der alljährlichen Kampagne wurde diesmal bei den Franzosen fast ganz verzichtet. Mehrmals hatte der im März 1693 endlich zum Generalleutnant und Gouverneur von Landau beförderte Haudegen Ezéchiel de Mélac dem König vorgeschlagen, im Raum Durlach, bei Ladenburg und in der Umgebung des 1689 dem Erdboden gleichgemachten Mannheim zu brennen und Geld einzutreiben. Aber in Paris befürchtete man den vorzeitigen Verschleiß der eigenen Truppen und Mélac wurde mit der wahrscheinlich zutreffenden Begründung an seinen Überfällen gehindert, ihre Majestät wolle die Truppen noch ausruhen lassen, da sie noch immer „trop fatigués“ seien<sup>6</sup>. Der ebenfalls frisch zum Generalleutnant beförderte Duc de Tallard konnte am 25. April aus Kaiserslautern nach Versailles melden, ihm hätte ein durchreisender Bürger Heidelbergs zuverlässig berichtet, daß auf der anderen Rheinseite noch immer Ruhe herrsche und bei den deutschen Truppen keinerlei Bewegung festzustellen sei. Lediglich die Magazine seien bereits von Frankfurt und Mainz per Schiff nach Heidelberg und Heilbronn gebracht worden<sup>7</sup>.

Der französische Operationsplan des Jahres 1693 zielte zunächst auf Heidelberg und im Anschluß daran ins Herz Südwestdeutschlands, auf Heilbronn. Beide Städte sollte de Lorge möglichst schnell einnehmen.<sup>8</sup>

Warum aber Ludwig XIV. von Anfang an ausgerechnet Heidelberg als erstes Teilziel des neuerlichen Feldzuges ausgewählt hatte, das seit 1690 eher im Windschatten der militärischen Auseinandersetzungen am Oberrhein gelegen hatte, können wir nur vermuten. Ungestillte „Rachegefühle“ oder der insgeheim gehegte Wunsch des französischen Königs, die mißglückte und vor allem durch den Comte de Tessé hintertriebene Zerstörung der kurfürstlichen Residenz vom März 1689 gleichsam nachzuholen, werden dabei wohl die geringste Rolle gespielt haben.<sup>9</sup>

Wahrscheinlicher ist, daß Ludwig unter dem Erfolgszwang, den er sich im Frühjahr



GUY, DE, DV RASFORT CHLER COMTE, DE, LORGE  
Conseiller du Royen Ses Con<sup>de</sup> Capitaine des Gardes du Corps  
de Sa Majeste Marechal de France. &c.

*Guy – Aldonce II de Durfort (-Duras), Comte de Lorge, Duc de Quintin, genannt: Duc de Lorge (1630–1702),  
Marschall, Oberbefehlshaber der Deutschlandarmee 1693*

1693 selbst auferlegt hatte, einen militärisch risikolosen, aber eindeutigen und für die Öffentlichkeit eindrucksvollen Erfolg seiner Waffen inszenieren wollte. Das trotz der zahlreichen Siege an anderen Fronten beschädigte Image des königlichen Feldherrn konnte dann durch die Einnahme der Stadt und die beabsichtigte Zerstörung des Schlosses am eigenen Hofe wie auch bei seinen Gegnern wieder in neuem Glanz erstrahlen. Ludwig und seine Marschälle wußten natürlich um den jammervollen Verteidigungszustand Heidelbergs und um seine schwache Garnison. Die weitgehend noch mittelalterlichen Heidelberger Befestigungen – Louvois hatte die Stadt als „ne fortifié qu'à l'antique par une simple muraille“<sup>10</sup> beschrieben – waren in das Korsett einer denkbar ungünstigen Topographie eingeschnürt und widersprachen mit ihrer Lage, Architektur und ihrem Erhaltungszustand nahezu allen Grundsätzen des damals von Vauban perfektionierten Festungsbaus. Mit dem für ihn greifbaren, fast sicher kalkulierbaren Erfolg vor Augen zog Ludwig für die Belagerung der Stadt sogar noch Truppenteile vom zäh umkämpften Hauptkriegsschauplatz aus Flandern ab.<sup>11</sup>

Allerdings beherrschte Heidelberg im Frühjahr 1693 das strategische Kalkül des Sonnenkönigs nicht völlig. Er klammerte sich keinesfalls an die Heidelberger Unternehmung, teilte er de Lorge mit. Sie sei ihm zunächst nur wichtig, damit die Armee sich in der Stadt „bequem“ einrichten und aus deren Magazinen gepflegt werden könne.<sup>12</sup> De Lorge sollte die Gunst der Stunde nutzen, denn Ludwig war nicht verborgen geblieben, daß die Aufstellung der deutschen Einheiten an den Sammelplätzen in der Gegend um Heilbronn selbst Mitte Mai noch immer im Gange war. Der französische Marschall wurde aber auch deshalb zur Eile angetrieben, weil auf deutscher Seite nach dem alljährlichen Wechsel beim Oberkommando nun mit dem Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden endlich ein ernstzunehmender und auch sieggewohnter Feldherr gegen die Franzosen Front machte.

Ein schneller Zugriff auf Heidelberg eröffnete de Lorge in dieser frühen Eröffnungsphase der neuen Kampagne mehrere Optionen. Das belagerte Heidelberg konnte als Köder

dienen, um Ludwig Wilhelm zu einem unüberlegten Entsatzunternehmen aus der Tiefe seines Aufstellungsraums am Mittleren Neckar nach Westen an den Rhein in die Fänge der französischen Übermacht zu locken, deren Gros man wie einen Pfropfen vor die Ausgänge des Kraichgaus legen wollte. Für diesen Fall war de Lorge von Ludwig unmißverständlich befohlen worden, die Belagerung Heidelbergs sofort abbrechen, die numerische Überlegenheit der Franzosen auszuspielen und unter Aufbietung aller verfügbaren Truppen die Entscheidung auf dem Schlachtfeld zu suchen.<sup>13</sup>

Mit einer Massierung ihrer Armee im Raum Heidelberg konnten die Franzosen aber auch die Stoßrichtung auf ihr eigentliches Operationsziel verschleiern. Und wirklich hat es den Anschein, als habe sich der Markgraf über die Absichten der Franzosen sowohl vor als auch nach dem Fall Heidelbergs täuschen lassen. Er sah nämlich durch deren Aufmarsch vor allem das wieder in kaiserlicher Hand befindliche Mainz und auch Frankfurt bedroht.<sup>14</sup>

Wenngleich in Versailles eine ungestüme Entschlossenheit zum kriegsentscheidenden Vorstoß in das Herz Südwestdeutschlands an den Tag gelegt wurde, so dürfte dem Sonnenkönig dennoch bewußt gewesen sein, daß dem gewünschten militärischen Blitzerfolg eine Reihe von hausgemachten Risiken entgegenstand. Vor allem fehlte es am Geld für den Sold der Truppen, dessen Auszahlung zu Beginn des Feldzugs fällig war.

Noch vier Tage vor dem Beginn der Kampagne beschwerte sich Marschall de Lorge massiv beim König darüber und sprach die Befürchtung aus, daß es wegen des rückständigen Soldes schon bald zu einer „großen“ Desertionswelle kommen könne.<sup>15</sup>

Die Kriegskasse der Deutschlandarmee konnte schließlich mit Mühe für einen Monatssold gefüllt werden, wobei die „officiers généraux“ sogar erst nach Ablauf des ersten Feldzugsmonats Geld und Rationen erhalten sollten. Ein Teil der Infanterie und der Kavallerie hatte entgegen dem Brauch nur für zwei Wochen Löhnung bekommen. Natürlich bestärkte dies die Absicht aller, sich bei nächster Gelegenheit kräftig selbst zu bedienen. Das Geld war bei der französischen Militärverwaltung so knapp, daß das Elsaß als französisches

Zollausland nach vergeblichem Protest des dortigen Intendanten ganz allein für die Kosten des enormen Trains aufkommen mußte.<sup>16</sup> Zum Transport von Verpflegung, Futter, Kriegs- und Schanzgerät einschließlich des umfangreichen Gepäcks der Offiziere waren etwa 4000–5000 Fuhrwerke mit den entsprechenden Mannschaften notwendig. Die französischen Magazine konnten aber nur für 25 Tage Mehl und Brot liefern. Die halb-militärischen, überwiegend von Privatunternehmen gestellten Nachschubeinheiten erhielten hingegen nur eine Minimalverpflegung zugestanden.<sup>17</sup>

Wie knapp es um die Truppenverpflegung bestellt war, geht auch aus einem Streit zwischen dem elsässischen Intendanten de la Grange und dem dortigen Oberkommandierenden, dem Marquis d'Huxelles von Anfang Mai hervor. De la Grange hatte nämlich kurzerhand die Herausgabe von Getreide untersagt, das die Bauern aus den deutschen Oberrheingebieten schon seit den ersten Kriegsjahren vor dem Zugriff der französischen Truppen im rettenden Elsaß eingelagert hatten. Durch den 1691 verstorbenen Kriegsminister Louvois war ihnen zudem erlaubt worden, jeweils im Frühjahr 50 Sack Korn pro Woche aus Straßburg zu beziehen. Huxelles sah in der Maßnahme de la Granges einen „Vertrauensbruch“ und fügte an, daß unter diesen Umständen die französische Armee während der neuen Kampagne jenseits des Rheins Schwierigkeiten haben würde, die notwendige Fourage und die Kontributionen einzutreiben, wenn die deutschen Bauern nicht wie gewohnt ihr elsässisches Saatgut bekämen. Die aus ihren Winterquartieren in Lothringen und den drei Bistümern anrückenden französischen Truppen strömten also nicht nur mit leerem Beutel, sondern teilweise auch mit leerem Magen ins Aufmarschgebiet. Huxelles verlangte wegen der mangelhaften Vorbereitung des Aufmarsches durch die „étapiers généraux“ deren „strenge Bestrafung“, weil die Magazine an den einzelnen Etappenstationen nur „schlecht bestückt“ waren<sup>18</sup>.

Wieder einmal sollten und mußten Sold, Fourage und Truppenverpflegung aus dem Feindesland herausgepreßt werden. Die Fähigkeit des Invasionsheeres zu schnellen und effektiven Operationen war damit aber späte-

stens nach dem Verbrauch des anfangs noch mitgeführten Nachschubs stark eingeschränkt. Mit etwa 50 000 Mann bewegte sich de Lorges Armee ohnehin an der Obergrenze eines damals noch einsatzfähigen Großverbandes, dessen Versorgung und Nachschubbeschaffung mit den Hilfsmitteln jener Zeit organisatorisch und technisch gerade noch mit Mühe zu bewältigen war.<sup>19</sup>

Die Schwerfälligkeit von Troß und Train fand an der Spitze der französischen Armee eine Entsprechung ganz anderer Art. Die Führungsqualitäten des bedächtigen Marschalls de Lorge standen in krassem Gegensatz zu dem vom König geforderten zupackenden Elan bei der Führung des Invasionsheeres. Ludwig war das zaudernde Naturell von de Lorge bekannt, hatte er sich doch bereits im Jahr zuvor als militärische „nullité désespérante“ erwiesen.<sup>20</sup> Für einen „coup de force“ nach der vom König gewünschten Art war er von Anfang an der falsche Mann, denn vom Genie und Draufgängertum seines Onkels Turenne hatte er nichts geerbt. Er führte seine Truppen rückversichernd und schematisch nach Kriegsschulmanier und Dienstvorschrift. Ludwig hat deshalb von Versailles und später von der flandrischen Front her mit einer imposanten Flut von minutiösen Depeschen versucht, die Operationen seines Marschalls mit dem nötigen Schwung zu versehen. Das unablässige Wechselbad königlicher Ermahnungen, Forderungen und Bitten hat aber die Entscheidungskraft und den letzten Rest taktischer Spontaneität des Marschalls wahrscheinlich mehr gelähmt als inspiriert. Trotz seiner verbal entschlossen zur Schau gestellten Risikofreudigkeit blieb aber auch der König selbst nicht frei von Ängsten um den Erfolg der Kampagne. Schon in ihrem Vorfeld bangte er immer wieder um „den Ruf seiner Waffen“ und die „Wahrung seines Ansehens“.<sup>21</sup> Immer wieder ermahnte er de Lorge, während der Kampagne so lange wie möglich jenseits des Rheins zu bleiben und keinesfalls durch eine vorzeitige Rückkehr den „vollständigen Ruin“ seiner Untertanen heraufzubeschwören. Ein solches Ereignis hätte eine „peinliche Wirkung“ auf die Fürsten des Reiches und würde seinem persönlichen Ansehen schaden, formulierte er seine Befürchtungen.<sup>22</sup>

Ungeachtet aller geschilderten Widrigkeiten bot der Truppenaufmarsch auf französischer Seite ein für die damalige Zeit fast musterträgliches Bild militärischer Organisation.

Auf deutscher Seite zeigte sich hingegen auch im Frühjahr 1693 bei den nur zäh anlaufenden Vorbereitungen für den neuen Waffengang wieder das gewohnte Bild aus kleinem Egoismus und beschämendem Gezänk, als es darum ging, die Kriegslasten zu verteilen, Gelder für Sold und Ausrüstung zu beschaffen und die Truppenkontingente aus den weit im Hinterland verstreuten Winterquartieren zusammenzuziehen. Auch die Wiener Kriegskasse war leer, die versprochenen Subsidien des englischen Königs blieben aus und die nicht unmittelbar bedrohten Reichskreise wollten nichts in die außerordentliche Kriegskasse zahlen, so daß schließlich die Hauptlast der Rüstungsanstrengungen auf den Schwäbischen und Fränkischen Kreis zurückfiel.<sup>23</sup> Aber wenigstens hatte man auf deutscher Seite inzwischen die dringende Notwendigkeit eines einheitlichen und uneingeschränkten Oberkommandos am Rhein erkannt, das dem unsäglichen Kompetenzwirrwarr der Kreiskriegsverfassung mit dem zeitweiligen Luxus von manchmal zwei gegeneinander arbeitenden Oberkommandierenden ein Ende setzte. Der legendäre Heerführer gegen die Türken, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, im Volksmund Türkenlouis genannt, fand sich trotz des hinhaltenden Widerstands des Kaisers zur Übernahme der alleinigen Kommandogewalt im Südwesten bereit. Aber erst am 9. April stimmte der allgemeine Kreistag dem absoluten Oberkommando Ludwig Wilhelms über die Kreismiliz und den Train zu und noch ein weiterer Monat mußte verstreichen, bis die Befehle zum Sammeln der Truppen bei Heilbronn herausgehen konnten. Das Gros der Infanterie konzentrierte sich im Raum Heilbronn, die Reiterei bei Großgartach und Dürrenz. In das vorgeschobene Eppingen wurden 800 Mann gelegt, um Streifpartien der Franzosen den Weg zum Aufstellungsraum der Kreistruppen zu versperren.<sup>24</sup> Aber noch bevor die Aufstellung der deutschen Truppen richtig in Gang gekommen war und Ludwig Wilhelm seine absolute Befehlsgewalt hatte durchsetzen können, überschritt das französische Heer

am 16. Mai den Rhein. Mit seinen etwa 50 000 Mann war es ungefähr doppelt so stark wie die Truppen des Türkenlouis, der sich deshalb wie schon seine Vorgänger von Anfang an in eine Defensivhaltung gedrängt sah.<sup>25</sup>

Der Sonnenkönig wollte Ludwig Wilhelm schon bei der Aufstellung seiner Armee durch einen raschen Vorstoß aus dem Konzept bringen und hatte dazu eine weit stärkere Armee als in den Jahren zuvor nach Deutschland in Marsch gesetzt. Obwohl de Lorge sich mit „tausend Einwänden“<sup>26</sup> gegen einen überstürzten Vormarsch ohne ausreichende Magazinvorräte und Logistik gewehrt hatte, wollte Ludwig keinen Widerspruch hören und trieb seinen Marschall trotz der leeren Kriegskasse und des bedenklichen Munitionsmangels zur Eile an.<sup>27</sup> De Lorge setzte schließlich seine Armee in Bewegung, obwohl seine großkalibrige Belagerungsartillerie in den sumpfigen, durch Hochwasser noch schwerer als sonst passierbaren Rheinauen nicht vorwärtskam. Mit Recht hatte er von vornherein bezweifelt, daß die schweren Geschütze bei der Belagerung Heidelbergs „wegen der Berge und der engen Pfade“ an die von Vauban vorgeschlagenen Höhenstellungen zu bringen seien<sup>28</sup>. Schließlich schickte de Lorge den ortskundigen Mélac mit 3000 Dragonern zur Erkundung der Wegeverhältnisse voraus. Dieser sollte klären, ob die schweren Geschütze doch irgendwie auf den Königstuhl geschafft werden konnten<sup>29</sup>.

Schon am 19. Mai stand die Belagerungsarmee der Franzosen unter dem Befehl von Chamilly vor Heidelberg, der Rest des Heeres blockierte die Kraichgauzugänge.

Die in Heidelberg stationierten Truppenteile und die Befestigungen von Stadt und Schloß stellten eigentlich nur eine Karikatur von Verteidigungsbereitschaft dar. Sicherlich war die französische Armeeführung über den völlig unzureichenden Zustand der Befestigungen und die desolote Stimmung der dort zusammengezogenen Truppen informiert. Nicht umsonst konnte Ludwig XIV. mit erwartungsvoller Selbstsicherheit den Zauderer de Lorge aufmuntern, daß der Fall der Stadt so gut wie „gewiß“ sei.<sup>30</sup> Heidelbergs Stadtmauern waren seit ihrer teilweisen Zerstörung im Jahre 1689 nur notdürftig geflickt worden. Die Schanzarbeiten für eine moderne Befestigung an der

offenen Westfront der Stadt wurden bis ins Frühjahr 1693 planlos und mangels Geld ohne Nachdruck unbegreiflich lässig betrieben. Anfang März war die neue „Fortification“ vor dem Speyrer Tor erst zur Hälfte errichtet. Die Baulücke konnte nur deshalb in letzter Minute notdürftig geschlossen werden, weil schließlich auch Soldaten zum Schanzen herangezogen wurden. Von der fronpflichtigen Bevölkerung der Umgebung drückte sich, wer immer es nur konnte.<sup>31</sup> General von Thüngen, der Festungskommandant von Mainz, mußte persönlich auf die kläglichen Verteidigungsanstrengungen in der kurpfälzischen Residenzstadt hinweisen und energisch den für ihn absolut notwendigen Heidelberger Flankenschutz einfordern. Auch auf dem im März 1689 teilweise gesprengten Schloß war an den Mauern nur wenig repariert worden. Noch immer klafften dort die von den Sprengungen des Jahres 1689 gerissenen Lücken und niemand hatte es seitdem für nötig befunden, die damals nicht in die Luft geflogenen Minengänge der Franzosen zu verstopfen.<sup>32</sup>

Weit schwerer noch wog allerdings die geradezu katastrophale Personalentscheidung, den Posten des Heidelberger Stadtkommandanten mit dem Deutschordensritter und fränkischen Feldmarschallleutnant von Heddersdorf zu besetzen. Er kümmerte sich weder besonders nachdrücklich um die Instandsetzung der Befestigungen, noch verstand er sich auf die Kunst der Menschen- und Truppenführung. Viel wendiger zeigte er sich dagegen am Vorabend der Belagerung bei der Mehrung seines Vermögens durch einen schwunghaften Handel mit Pässen und Abzugserlaubnissen. Auch legte er auffallenden Eifer an den Tag, als es darum ging, seine persönliche Habe vor den anrückenden Franzosen in Sicherheit zu bringen. Die Bevölkerung der Stadt vertraute ihm nicht, erschien er doch über das übliche Maß hinaus bestechlich. Die Stimmung unter den Soldaten der Garnison war nicht besser, denn diese hatten bis unmittelbar vor Belagerungsbeginn ihre Löhnung nur in schlechter, untergewichtiger Münze bekommen. Heddersdorf selbst muß die Unzulänglichkeit seiner militärischen Führungsqualitäten und der desolate Verteidigungszustand der Stadt ständig beschäftigt und psychologisch auch schwer bela-

stet haben, sonst hätte er nicht wiederholt um Urlaub gebeten und dies sogar selbst dann noch, als die Franzosen schon im Anmarsch waren. Zur Verteidigung von Stadt und Schloß verfügte er anfangs nur über 1100 reguläre Soldaten, die teilweise erst in letzter Minute Montur, Ausrüstung und Munition durch Nekarschiffe erhielten. Die Bürgerschaft und die Studenten stellten weitere 700 Mann. Nur Stunden vor der Abschnürung der Stadt konnten noch 500 Soldaten eines fränkischen Regiments die Reihen der Verteidiger stärken. Mehr als eine moralische Aufrüstung bedeutete ihr Kommen jedoch nicht. Für eine erfolversprechende Verteidigung der Heidelberger Befestigungen wären mindestens 4000–5000 Mann notwendig gewesen. Die vorhandenen 2300 Bewaffneten konnten kaum die Wälle und die wichtigsten Außenwerke besetzen, für Ablösungen und Eingreifreserven reichte die Mannschaftsstärke nicht.<sup>33</sup> Den Heidelberger Bürgern bot sich damit wieder einmal das gewohnte Bild einer Streitmacht von einer „militärischen Minderwertigkeit, die . . . bei . . . kriegerischer Verwendung bis zur völligen Wehrunfähigkeit herabsank.“<sup>34</sup> Der Ausgang der Belagerung war vorhersehbar, der Fall der Stadt nur eine Frage der Zeit. Und vor allem um Zeit und Zeitgewinn ging es in den folgenden Tagen auf beiden Seiten.

Unmittelbar vor Belagerungsbeginn war von Esslingen aus der strikte Befehl des Markgrafen an Heddersdorf unter vager Ankündigung eines Einsatzversuches ergangen, daß die Garnison „ohne Einzige Widerredt und exception . . . sich biss auf den letzten Mann defensiren“ solle.<sup>35</sup> Heddersdorf eröffnete diesen Befehl seinen Offizieren aber erst am 22. Mai, als sich die erfolglosen Verteidiger bereits auf das Schloß geflüchtet hatten. Eine nachgeschobene Ordre vom 20. Mai verlangte abermals Widerstand bis zum letzten Mann und dazu ausdrücklich die Vernichtung der magazinierten Lebensmittelvorräte beim vorhersehbaren Rückzug der Verteidiger auf das Schloß.

Die Schlußbemerkung Ludwig Wilhelms: „Übrigens wünsch [ich] sämtlicher guarnison viel glück, ich werde thun was möglich ist,“<sup>36</sup> mußte dem überforderten Heddersdorf wie Hohn vorkommen. Er dürfte gewußt haben,

daß ihm der Türkenlouis außer Durchhalteparolen nicht viel mehr bieten konnte. Die unklaren Absichten der Franzosen und die Sorge um die deutsche Schlüsselfestung Mainz ließen dem Markgrafen auch keine andere Wahl, als seine immer noch nicht vollständig versammelten Truppen zusammenzuhalten. In falscher Einschätzung der französischen Absichten war ja sogar ein darmstädtisches Regiment zur Festung am Rhein in Marsch gesetzt worden, das man noch kurz vor dem Anmarsch der Franzosen aus Heidelberg abzog. Daß „der Feind diesen Ort wirklich zu attackieren gedacht gewesen seye,“ hatte Ludwig Wilhelm offenbar zu lange für unwahrscheinlich gehalten, wie er sich nach dem Fall der Stadt bei Kaiser Leopold rechtfertigte.<sup>37</sup> Für den emotionslosen Militärtechnokraten Ludwig Wilhelm war Heidelberg ohnehin nur „ein gar schlechter Ort“, also bei einem entschlossen vorgetragenen Angriff kaum erfolgreich zu verteidigen und dazu noch von untergeordneter strategischer Bedeutung.<sup>38</sup> In seinen Augen war Heidelberg nicht mehr als ein unvermeidbares Bauernopfer auf dem strategisch wohlgeordneten Schachbrett des militärischen Aufmarsches für die neue Kampagne, das Häuflein der Verteidiger Heidelbergs war dabei als Kanonenfutter ausersehen. Die bei der Belagerung und deren Absicherung gebundenen französischen Truppen verschafften ihm die bitter notwendige Galgenfrist, um seine Armee endlich in die gewünschte „ordre de bataille“ zu bringen. Möglicherweise hat Heddersdorf diesen zynischen Schachzug durchschaut, was seine Kopflosigkeit und Apathie bei der Verteidigung von Stadt und Schloß erklärlicher machen würde.

Über die fortifikatorischen Mängel in Heidelberg wußten de Lorge und der mit der Belagerung betraute Generalleutnant Chamilly zwar Bescheid, den Widerstandswillen der darin eingeschlossenen Bürger und Soldaten überschätzten sie hingegen gewaltig. Der im Nachhinein überdimensioniert wirkende Aufmarsch der Franzosen erklärt sich aus der übervorsichtigen militärischen Lagebeurteilung durch de Lorge. Er ging nicht nur von der Wahrscheinlichkeit einer effektiveren und entschlossenen Verteidigung aus, sondern er fürchtete bei einer längeren Belagerung auch einen Vorstoß des Markgrafen auf Heidelberg.

De Lorge wollte die Stadt möglichst schnell als Standquartier für weitere Aktionen in die Hand bekommen. An eine sofortige Zerstörung des Schlosses und ein Nachholen der mißglückten Niederbrennung der Stadt als Ziel der Operation dachte dabei niemand. Nach dem verheerenden publizistischen Echo auf die systematische Verbrennung der Pfalz von 1689 in ganz Europa, ja selbst in Frankreich und wegen der negativen Rückwirkungen der Verwüstungen auf den Aggressor selbst, hatte beim Generalquartiermeister Chamlay und Kriegsminister Louvois bereits 1690 ein Umdenken über den militärischen und psychologischen Nutzen ihrer flächendeckenden Strategie der verbrannten Erde eingesetzt. Man befahl statt dessen von nun an zu sprengen und nicht mehr zu verbrennen, „ein Verfahren, das geringeres Ärgernis erregt und [nur] ein wenig mehr Zeit erforderte.“<sup>39</sup>

Seine weiteren Pläne mit Heidelberg umriß Ludwig XIV. in einem Schreiben vom 24. Mai an seinen Marschall „à l'avance“. Würden sich die Mauern von Stadt und Schloß nach der Einnahme als zu beschädigt erweisen, dann sollten sie schleunigst zerstört werden, nachdem alles militärisch brauchbare aus ihnen entfernt worden war. „Sorgen Sie vor allem dafür, daß man die Befestigungen dieses Ortes schleift, ohne dabei die Behausungen zu zerstören, damit der Feind von nun an nicht mehr auf den Gedanken kommt, sich dort wieder festzusetzen; es sei denn, unter großen Mühen und mit wenig Aussicht darauf, dort sicher bleiben zu können.“<sup>40</sup> Doch als der Sonnenkönig diesen Brief diktierte, lag die Stadt bereits in Schutt und Asche. Heidelberg war den völlig überraschten Franzosen wie eine überreife, faule Frucht zugefallen.

Die Einnahme Heidelbergs am 22. und 23. Mai 1693 ist sowohl von Zeitgenossen als auch von Historikern immer wieder in allen Einzelheiten beschrieben worden. Die Fakten sind dabei so gut wie unstrittig, nicht immer jedoch deren Interpretation.<sup>41</sup>

Zum Ablauf der Ereignisse sei an dieser Stelle nur soviel gesagt:

Ursprünglich hatte die französische Generalität beabsichtigt, mit der Belagerungsarmee über Wiesloch nach Neckargemünd zu marschieren und Heidelberg von dort und vom



Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden (1655–1707), kaiserlicher Oberbefehlshaber im Türkenkrieg 1689–1692, gen. Türkenlouis. Ab 1693 Oberkommandierender der Reichsarmee im Westen

Königstuhl her zu berennen. Die schlechten Wegverhältnisse, vor allem aber das Hochwasser der Elsenz machte diesen Plan jedoch zunichte. Das Angriffskonzept wurde geändert. Der Hauptstoß sollte nun von der Rheinebene her unternommen werden, obwohl hier die Stadt vor dem Speyerer Tor am besten befestigt war, wie de Lorge mit Unbehagen seinem König mitteilte. Mélac hatte den Auftrag, mit seinen Dragonern bis zum Neckarufer gegenüber dem Kloster Neuburg vorzustoßen und sich dort festzusetzen. Die Überquerung des Flusses mißlang, die Anwesenheit der Franzosen im Rücken der Stadt verhinderte aber eine weitere Verstärkung der Heidelberger Besatzung<sup>42</sup> (SHAT 1213, 167).

Die Stadt war nach einigem Geplänkel in der Nacht zum 21. Mai endgültig abgeschnürt worden. In der darauffolgenden Nacht brachte Mélac am Klingentor zwischen Schloß und Oberstadt eine Batterie leichter Feldgeschütze in Stellung. Es sah so aus, als sollte der eigentliche Hauptstoß der Franzosen von dort erfolgen, in Wahrheit wurde daraus nur ein Scheinangriff.<sup>43</sup> Heddersdorf erkannte die taktische Klugheit dieses Manövers, denn Schloß und westliche Vorstadt waren dadurch ganz unmittelbar und zu gleicher Zeit bedroht, kam jedoch zu einer falschen Bewertung. Ohne sich über die Stärke und die Bewegungen der am Klingentor gesichteten französischen Einheiten weiter zu informieren, faßte er in Panik den Entschluß, die Westfront und damit die gesamte Vorstadt zu räumen. Auch die als Flankenschutz dienende Sternschanze am Ausgang des Heidelberger Taltrichters befahl er gegen den Widerstand des dort kommandierenden Offiziers aufzugeben. Bei Tagesanbruch des 22. Mai begann in großer Hast und unter Mißachtung elementarster militärischer Regeln der Rückzug der Verteidiger. Die ungeordnete Absetzbewegung wurde aber schon auf halbem Weg von empörten Offizieren zum Stehen gebracht und man zwang Heddersdorf, den unüberlegten Rückzug in ein ebenso überstürztes Vorrücken auf die alten Stellungen zu verwandeln. Mitten in dieses chaotische Hin und Her stießen eher zufällig die Franzosen, welche die unbesetzten Wälle zunächst als teutonische Kriegslist gedeutet hatten und nach einigem Zögern schließlich im Bewußtsein des sicheren Kriegsglücks energisch nachsetzten. In

wilder Flucht stürzten daraufhin am frühen Morgen des 22. Mai Bürger wie Soldaten zum Schloß, wo es nur mit Mühe und unter Verlusten an Soldaten und Zivilisten gelang, die Franzosen am sofortigen Eindringen zu hindern.

Trotz der von Ludwig XIV. vorsorglich bereits im April verschärften Disziplinarvorschriften<sup>44</sup> hatte sich unten in der Stadt eine offenbar völlig entfesselte und durch kein Machtwort der Offiziere und Generale mehr lenkbare Belagerungsarmee ans Plündern gemacht. Vor allem die irisch-jakobitischen Söldner kannten nach überreichlichem Weingenuß kein Halten mehr, die Ausschreitungen und Greuelthaten an der wehrlosen Bevölkerung nahmen kein Ende. Viele Heidelberger versuchten, sich vor der Willkür der Sieger in den nahen Odenwald zu retten. Eine Reihe von Flüchtlingen ertrank dabei in den stark angeschwollenen Fluten des Neckars. Gleichzeitig brach während der Plünderungen in vielen Häusern Feuer aus, das im Laufe des Tages fast die ganze Stadt verzehrte. Glaubwürdige Heidelberger Augenzeugen und auch der Lagebericht von de Lorge betonen, daß der Brand durch betrunkene Soldaten entfacht wurde und man im allgemeinen Durcheinander nicht mehr habe löschen können. Ausdrücklich bedauerte der Marschall die Niederbrennung der Stadt, die zu diesem frühen Zeitpunkt der Kampagne und angesichts der ihr darin zugedachten strategischen Rolle keinen militärischen Sinn ergab. Noch intensiver war jedoch das Bedauern de Lorges darüber, daß auch die kursächsischen und kaiserlichen Magazine in der Stadt von den Flammen verzehrt worden waren. Für den ständig um seinen Nachschub besorgten Marschall war dies wohl ein herberer Schlag als der unvorhergesehene Brand der Stadt.<sup>45</sup> Andere Berichte vom gleichen Tag über den Fall Heidelbergs bestätigen die Version von de Lorge. Huxelles betont besonders die Brandstiftung durch betrunkene Soldaten. Ein Chevalier de Verilly erzählt von der acht Stunden währenden Plünderung der Stadt durch die Armee und resümiert: „Cela leur a fait un grand plaisir.“ Einzig Chamilly beschreibt ungeschminkt die Disziplinlosigkeit der Soldaten, von denen er einige auf der Stelle hinrichten ließ, weil sie ihn im Vollrausch nicht mehr erkannten<sup>46</sup>.

Die defätistische Stimmung unter den kopflosen Verteidigern auf dem völlig überfüllten und äußerst mangelhaft gerüsteten Schloß ließ es dort nicht einmal zum Versuch einer weiteren Verteidigung kommen. Während der sofort eingeleiteten Kapitulationsverhandlungen spielte de Lorge mit Heddersdorf Katz und Maus. Die Franzosen konnten die soldatische Unfähigkeit ihres Gegenübers nicht fassen und machten aus ihrem Spott und ihrer Verachtung über soviel Feigheit auch keinen Hehl. Trotzdem bewilligten sie der Schloßbesatzung rasch einen ehrenhaften Abzug mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel, fürchteten sie doch noch immer das Anrücken eines Entsatzheeres von Heilbronn her. Nach Ansicht de Lorges wäre es der Schloßbesatzung selbst unter den genannten ungünstigen Bedingungen möglich gewesen, sich mindestens sechs oder sieben Tage halten zu können.<sup>47</sup> Am Ergebnis der Belagerung hätte dies allerdings kaum etwas geändert. Am 23. Mai zogen die deutschen Einheiten aus dem Schloß über den Wolfsbrunnen nach Neckargemünd ab, nicht jedoch ohne ihrerseits nach dem gerade überstandenen Schrecken dort lebhaft zu plündern.

Für den französischen König und seine Armee bedeutete der unerwartet schnelle Fall der kurpfälzischen Residenz ein Geschenk des Himmels. Als Ruhmesblatt für die französischen Fahnen hat man diesen Sieg jedoch nicht empfunden. In den Annalen des damals an der Erstürmung der Stadt beteiligten und heute noch bestehenden Traditionsregiments „Picardie“ findet sich deshalb auch kein Wort darüber.<sup>48</sup>

Auch Elisabeth Charlotte, die Herzogin von Orléans, blieb diesmal angesichts des endgültig besiegelten Schicksals ihrer Heimatstadt Heidelberg stumm. Ihre ganz persönliche Sorge galt ihrem Sohn Philipp, der in jener Zeit die Kavallerie der Flandernarmee befehligte.<sup>49</sup>

Der ruhmlose militärische Erfolg hinderte Ludwig XIV. nicht, die ersehnte propagandistische Gelegenheit zu nutzen und den schalen Sieg wie eine Entscheidungsschlacht feiern zu lassen. Bereits am 27. Mai ordnete er von der flandrischen Front aus an, daß in den Kirchen aller französischen Diözesen ein feierliches Te Deum abzuhalten sei. Die Beamten erhielten den Befehl, in corpore und in Gala zu den

Dankgottesdiensten zu erscheinen, wo man Gottes Segen auf die Pläne des König herabflehte, welche seinem Volk den Frieden sichern sollten.<sup>50</sup> Außerdem ließ Ludwig eine Gedenkmedaille mit der Inschrift „Heidelberga Deleta“ schlagen, an deren Existenz man sich bei Hofe später nicht mehr so gern erinnern wollte.<sup>51</sup> Beides, Te Deum wie Medaille, waren vielfach erprobte Instrumente der Selbstinszenierung Ludwig XIV. und zählten in der Spätzeit des Sonnenkönigs zum erstarrten, längst nicht mehr glaubwürdigen Ritual königlicher Imagepflege nach innen und außen. Darüber konnte auch der durch Barbézieux redigierte Kriegsbericht von de Lorge nicht hinwegtäuschen, der als Flugschrift den Ruhm der königlichen Waffen zusätzlich verherrlichen sollte.<sup>52</sup>

Natürlich erfüllte den französischen König die „überraschende Einnahme“ der Stadt mit „großem Vergnügen“. Dieser erste Achtungserfolg zum Auftakt der neuen Kampagne schien ihn das geeignete Instrument zu sein, nun „Furcht und Schrecken“ in ganz Südwestdeutschland zu verbreiten.<sup>53</sup> Offenbar schneller als erhofft ging die Saat seiner strategischen Überlegungen auf und die beabsichtigte Einnahme Heilbronnns nahm in seinen Augen nun ganz realistische Züge an. Die Chance schien greifbar nahe, den Schwäbischen Kreis und die Württembergischen Stände wie geplant zur Neutralität zu zwingen, was den gewünschten Wendepunkt des Krieges bedeuten konnte. Noch auf den rauchenden Trümmern Heidelbergs erhielt de Lorge deshalb die selbstsichere Weisung seines Königs, eine solche Bitte um Neutralität wohlwollend entgegenzunehmen. Warnende Stimmen, sich nach diesem Paukenschlag wieder über den Rhein zurückzuziehen, fegte der Sonnenkönig in euphorischer Siegerlaune vom Tisch.<sup>54</sup> Und auch der vom Marquis d'Huxelles am Tag der Kapitulation des Schlosses gemachte Vorschlag, die Armee in zwei Stoßeile zu teilen und nach Heilbronn bzw. nach Frankfurt und Mainz zu marschieren, stieß auf taube Ohren. Huxelles wollte die Truppen Ludwig Wilhelms entlang der Tauber in die Wetterau locken, auf deren ebenem Gelände dann die überlegene Stärke der französischen Kavallerie ausgespielt werden konnte. Doch in Versailles blieb man Gefangener des einmal formulierten strategi-

schen Konzepts und richtete alles Augenmerk auf Heilbronn<sup>55</sup>.

Auf die mit Windeseile verbreitete Nachricht von der Niederbrennung Heidelbergs zeigte sich der in den Niederlanden stehende Wilhelm von Oranien „konsterniert“<sup>56</sup>; in Frankfurt, wo man sich als eigentliches Ziel der französischen Operationen verstand, brach allgemeine Panik aus. Der inmitten seiner noch immer nicht vollständigen „ordre de bataille“ bewegungslos am Mittleren Neckar sitzende Ludwig Wilhelm mußte in dieser kritischen Situation am unfähigen Befehlsverweigerer Heddersdorf ein Exempel statuieren, sollten sein Ansehen als Oberkommandierender und die Disziplin seiner mühsam zusammengezogenen Truppen nicht von Anbeginn an in die Brüche gehen. Wegen Feigheit und soldatischem Unvermögen wurde Heddersdorf nach kurzem Prozeß zum Tode verurteilt, aus dem Deutschritterorden ausgestoßen und erst in letzter Minute auf dem Schinderkarren begnadigt. Unter schimpflichen Begleitumständen jagte man ihn auf Lebenszeit aus den Schwäbischen, Fränkischen und Österreichischen Landen.

Schon unmittelbar nach der Einnahme Heidelbergs Ende Mai hatten die Franzosen begonnen, mit 4000 Arbeitern die Ruinen der Stadt einzureißen und weitere Minengänge an den Schloßbefestigungen zu graben.<sup>57</sup> De Lorge ließ nur eine Besatzung von 300 Grenadiere im Schloß<sup>58</sup>.

Die Hoffnung Ludwigs XIV., schon aus der schnellen Einnahme Heidelbergs politisches Kapital schlagen zu können, erfüllte sich nicht. Der überraschende, aber mehr symbolische als militärische Anfangserfolg in Heidelberg konnte den Widerstandswillen seiner Gegner nicht lähmen. Das Strohfeuer des wohlfeilen Sieges über das wehrlose Heidelberg erstarb im Anschluß an die beschriebene „action d'éclat“ sogleich wieder. Denn mit seinem Abmarsch aus dem für einen erfolgreichen Feldzug letztlich peripheren Heidelberger Raum ließ sich de Lorge zu lange Zeit. Ihm fehlten noch immer 150 elsässische Zugpferde für seine sechs schweren Belagerungsgeschütze, die erst nach dem Fall der Stadt im Rohrbacher Feldlager angekommen waren. Für de Lorge bestimmten aber vor allem die Notwendigkeiten der Nach-

schubbeschaffung die Taktik und Strategie, das „Heil des Heeres“ war ihm „das höchste Gesetz.“<sup>59</sup> Indem sich de Lorge der „Tyrannei der Logistik“<sup>60</sup> beugte, nicht aber dem ungeduldrigen Drängen seines Königs nach sofortiger Weiterführung der Operationen nachgab, verpaßte er wohl wirklich die Gelegenheit, dem Kriegsglück vor Heilbronn die entscheidende Wendung zu geben.

Erst am 30. Mai rückten die Franzosen durch den Kraichgau nach Heilbronn ab, wobei überall eifrig geplündert und fouragiert wurde und diejenigen befestigten Orte, die nicht als Magazinstandorte geeignet waren, zerstört oder für ein künftiges Winterquartier des Feindes unbrauchbar gemacht wurden. Am 5. Juni trafen die gegnerischen Armeen bei Klingenberg–Horkheim an der Neckarlinie aufeinander, doch entwickelte sich aus dem zögernden Angriff der Franzosen keine Entscheidungsschlacht. Vielmehr zog sich de Lorge trotz massiver Vorwürfe des Königs wieder bis Bruchsal/Bretten zurück. Kleinere Einheiten erhoben derweil im Württembergischen Kontributionen, verbrannten und plünderten.

Trotz dieses enttäuschenden Rückschlages nach dem Heidelberger Blitzerfolg de Lorges winkte in den Planspielen Ludwigs XIV. der Siegeslorbeer auch weiterhin bei Heilbronn und am mittleren Neckar. Die französische Hauptoffensive des Jahres 1693 sollte daher auch jetzt noch auf dem südwestdeutschen Kriegsschauplatz stattfinden. Am 7. Juni erging an de Lorge das Schreiben, daß der Dauphin mit einer „beträchtlichen Armee“ ihm zu Hilfe geschickt werde, „um etwas Spektakuläres“ zu vollbringen und „um eine so machtvolle Anstrengung zu unternehmen, daß die Fürsten des Reiches und der Kaiser selbst gezwungen seien, Frieden zu schließen“<sup>61</sup>. War das Reichsheer bei Heilbronn zerschlagen, so Ludwigs Überlegungen, dann waren der schwäbische und fränkische Kreis, aus deren Kontingenten sich das Heer des Türkenlouis im wesentlichsten rekrutierte, den Franzosen hilflos ausgeliefert und die Front am Oberrhein mußte von anderen Mitgliedern der Großen Allianz innerhalb der armierten Reichsstände übernommen werden. Ludwig XIV. baute darauf, daß er sich die Opposition mehrerer Reichsfürsten gegen den Kaiser wegen der Vergabe der

Entwurf  
Landauischer Bedenck-Künig!



Welche

Während der harten Belagerung Mons: Melac/  
umb / die arme Soldatesca zu bezahlen / auß seinem eigenen  
Tafel-Silber / in dem Form wie im Kupffer zu sehen / in dem Werth und  
Gewicht zweyen Livres / oder eines Guldens / hat schlagen lassen.

Sambt

Einem scharffen Wort-Wechsel zwischen dem  
Catinat und Villars mit dem Melac, wegen Ubergab der  
von Frankreich vermeinten unüberwindlichen Bestung Landau/  
im Jahr 1702.

Ezéchiel Comte de Mélac (ca. 1630–1704), Brigadier de Cavalerie seit 1681, Maréchal de Camp 1690, Gouverneur von Landau und Generalleutnant 1693

9. Kur an Hannover zunutze machen und sie zum Ausscheren aus der Großen Allianz bewegen konnte. Die unmittelbare Wirkung, die sich der französische König 1693 vom Kurstreit erhoffte, war der offene Ausbruch von innerdeutschen Streitigkeiten, sobald die vom Kaiser gehaltene Front am Oberrhein gesprengt war. Denn boten Württemberg und die beiden südwestdeutschen Reichskreise ihre Neutralität an, dann war dieser Abfall von Kaiser und Reich Auslöser einer Kettenreaktion, die Kaiser Leopold zur Annahme eines Separatfriedens zwingen würde.

Was aber in Wirklichkeit folgte, ist rasch erzählt. Um Verpflegung außerhalb des Kampfgebietes zu requirieren und den Anmarsch des Dauphin aus Flandern zu decken, zog ihm de Lorge an die Bergstraße entgegen. Ludwig Wilhelm konnte so in letzter Minute seine Truppen verstärken und seine Stellungen ausbauen. Ende Juli stießen die beiden vereinigten Heersäulen der Franzosen auf die befestigten Stellungen des wesentlich schwächeren Reichsheeres an den Ausläufern der Löwensteiner Berge. Diese waren im Norden durch Heilbronn und im Süden durch den Taleinschnitt der Schozach gedeckt. Am 2. August traten die Franzosen zur Schlacht an, doch scheiterte der Angriff im schweren Abwehrfeuer der deutschen Geschütze. Der Dauphin und de Lorge brachen die Operation schnell ab und zogen mit dem Gros ihrer vereinigten Armeen zur Rheinebene hin ab, während kleinere Einheiten sich an die Ausfouragierung Württembergs machten.

Was daraufhin den August über im Kraichgau und in Württemberg, bis November dann noch am Rhein folgte, war nicht mehr als eine Kopie des bisherigen entscheidungsarmen, für die betroffenen Landstriche aber ruinösen Kleinkriegs, nämlich nur „une fort médiocre campagne.“<sup>62</sup> Die Disziplin der Armeen nahm dabei beträchtlichen Schaden. Der spätere Marschall Villars schrieb dazu in seinen Erinnerungen: „Man ließ damals unter den Augen des Dauphin und von drei Marschällen die größte Unordnung und die schrankenloseste Freiheit zu, die man je erlebt hat. Die ganze Armee machte sich ans Plündern, verbrannte Dörfer und kleine Städte. Eine große Anzahl von Soldaten wurde unter den brennenden Ruinen

begraben, andere in den Weinkellern erschlagen. Bestrafungen erfolgten dennoch häufig; es kam vor, daß man an einem Tage bis zu 20 aufhängen ließ.“<sup>63</sup> Viel genützt hat das nicht und auf seiten der Kreistruppen Ludwig Wilhelms sah es nicht besser aus.

Ende August erzwang die Niederbrennung der französischen Heeresbäckerei in Vaihingen schließlich den Rückzug der Franzosen über den Rhein und Württemberg konnte aufatmen.

Der Entscheidungsschlag gegen das Reich war damit trotz französischer Überlegenheit mißlungen, die erhoffte politische und militärische Signalwirkung für einen Separatfrieden blieb aus. Die letzte große Offensive des Sonnenkönigs in Südwestdeutschland war nicht zuletzt wegen der mißlungenen Eroberung Heilbronn und der unerschütterten Defensivtaktik Ludwig Wilhelms gescheitert.

Gegen Ende der Kampagne, am 6. September, wurden wegen der anrückenden deutschen Truppen in großer Eile die Sprengsätze auf dem Heidelberger Schloß gezündet. Ihre Wirkung war wegen des dabei verwendeten, fast unbrauchbaren Beutepulvers relativ schwach. Als kurpfälzisches Militär eine Woche später aus der sicheren Etappe des Odenwalds in die Reste dessen, was einst Heidelberg gewesen war, einrückte, fand man das Schloß „nit so gar übel ruiniert.“<sup>64</sup> Im November hausten schon wieder 153 Familien, die sich in die umliegenden Wälder gerettet hatten, in den Kellern und Ruinen der Stadt. Der größte Teil der Bevölkerung hatte sich jedoch „beiderseits des Rheins verlossen“ und kehrte nicht zuletzt wegen der einseitigen Religionspolitik des Kurfürsten Johann Wilhelm auch nach dem Frieden von Rijswijk nicht mehr zurück.<sup>65</sup>

Unter dem frischen Eindruck der Zerstörung Heidelbergs und der dabei begangenen entsetzlichen Greuelthaten entstand vor allem in Frankfurt, wohin sich Teile der kurpfälzischen Regierung und der Bürgerschaft rechtzeitig geflüchtet hatten, in schneller Folge eine Reihe von Flugschriften, die einem breiten Publikum den schmachlichen Fall der Stadt, die Schändung und Plünderung der kurfürstlichen Gräber und die Gewalttaten der entfesselten Soldateska in drastischen Worten schilderten.<sup>66</sup> Die Texte, meist überarbeitete Augenzeugenberichte an die pfälzische Regierung, erzielten eine

nachhaltige Wirkung bei der Bevölkerung und verstärkten im Volke einen Reichspatriotismus, der „aus den Türken die Franzosen zum Erbfeinde machte und der in den Nationalismus des 19. Jahrhunderts mündete.“<sup>67</sup> Als besonders zählebig erwies sich die propagandistische Wirkung eines Augenzeugenberichtes des reformierten Pfarrers Johann Schmidtman, in dem von einer absichtlichen Einäscherung der Stadt durch die Franzosen geredet wurde.<sup>68</sup> Heute wissen wir, daß die Niederbrennung Heidelbergs eher ein unzeitiges Mißgeschick als ein Menetekel für die auch von der eigenen Führung beklagte „Verrohung und Verrottung der französischen Truppen“ gewesen ist.<sup>69</sup> Daß Schmidtman den wahren Sachverhalt kannte und er gezielt und ganz bewußt antifranzösische Propaganda in die Welt setzte, geht aus seiner Korrespondenz hervor.<sup>70</sup>

Eine abschließende historiographische Bewertung von Heidelberg's zweiter Zerstörung steht aus vielerlei Gründen noch immer aus. Gering wiegt bei diesem an anderer Stelle ausführlicher erläuterten Forschungsdefizit<sup>71</sup> der Umstand, daß bis heute eine baugeschichtliche Bestandsaufnahme fehlt, welche die immer noch herrschende Unklarheit über den kriegsbedingten architektonischen Substanzverlust in der Stadt endlich ausräumt. Weit schwerer wiegt dagegen, daß wir trotz der guten Zugänglichkeit des französischen Militärarchivs in Vincennes noch immer recht wenig über den Gang der Ereignisse aus zeitgenössischer französischer Perspektive wissen.

Die Tragweite von Heidelberg's Zerstörung für die geschichtliche Kontinuität der Stadt und das pfälzische Staatswesens kann deshalb hier nur in groben Umrissen nachgezeichnet werden:

Durch die Zerstörung des Schlosses verloren die pfälzischen Kurfürsten ein sichtbares Symbol ihres dynastischen Anspruchs und ihres politischen Gewichts im Reich. Sie markiert für Heidelberg zugleich den Anfang eines schleichenden Funktionsverlustes sowohl als Residenz, wie auch als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum am Unteren Neckar.

Der Brand der Stadt signalisiert ferner das städtebauliche Ende des mittelalterlichen Heidelberg und ist Anstoß für seine Wiedergeburt als Barockstadt auf gotischem Grundriß.

Durch Vertreibung, Flucht und Zuwanderung erfuhr die demographische Struktur der Stadt einschließlich ihres Umlandes den wahrscheinlich radikalsten Umbruch während ihrer neueren Geschichte.

Dazu erlebte Heidelberg's Umland kriegsbedingt einen Kulturlandschaftswandel, der sich in ökologischer wie auch in ökonomischer Hinsicht vor allem im Agrarsektor niederschlug.

In Frankreich konnte sich der König im Widerschein des brennenden Heidelberg's der kurzfristigen Selbsttäuschung hingeben, endlich einen spektakulären Sieg errungen zu haben. Für seine Militärs hatte die Stadt am Rande des Kriegstheaters hingegen nur eine klägliche Statistenrolle gespielt. Geradezu verheerend wirkte sich der durch den Stadtbrand und die Sprengung des Schlosses angerichtete psychologische und politische Flurschaden bei der Bevölkerung im Reich aus. Die zeitgenössische Flugschriftenliteratur geißelte Ludwig XIV. als „Nero Gallicanus, französischen Attila und allerchristlichsten Türken“<sup>72</sup> und sorgte mit dafür, daß die Erinnerung an die französischen Untaten im kollektiven Gedächtnis vor allem der pfälzischen Bevölkerung auf Dauer negative Spuren hinterließ. Geprägt von einem traumatischen Zerstörungserlebnis und dem Gefühl des hilflosen Ausgeliefertseins zählten in weiten Kreisen der Pfälzer und Württemberger Bevölkerung die tradierten antifranzösischen Gefühle bis tief in unser Jahrhundert hinein zur politischen Kultur. Und die Ruinen des Heidelberg's Schlosses, immer wieder als mahnendes Symbol französischer Gewaltpolitik angerufen, verhinderten bis in die jüngste Vergangenheit hinein eine emotionslose historiographische Annäherung an die Fakten und Quellen zum damaligen Kriegsgeschehen nicht nur in der Kurpfalz.

---

#### Anmerkungen

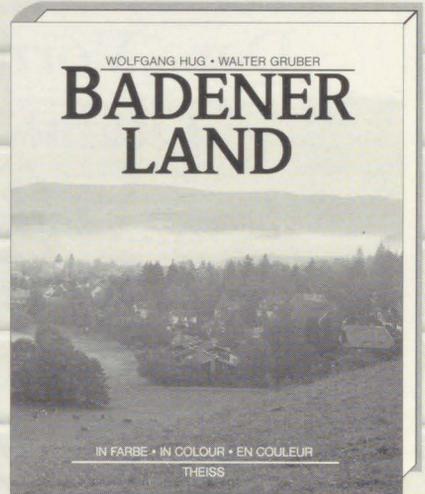
- 1 Recueil de Lettres pour servir d'éclaircissement à l'Histoire militaire du Regne de Louis XIV. La Haye 1760–1764, 8 Bde. (Hrsg. P. Griffet); künftig zitiert als „Rec.“ und Bandnummer. Hier: Bd. 8, S. 197.

- 2 Die französische Geschichtsschreibung hat immer wieder den rein defensiven Charakter der Pfälzzerstörung betont. Neuerdings wird sie auch als militärisch notwendige Abschirmung des Elsaß gedeutet, da Landau als französische Sperrfestung noch nicht völlig fertiggestellt war. Vgl. Jean Doise, *Histoire militaire de l'Alsace: La défense du pays. Première partie. De la Guerre de Trente Ans à Napoleon*. In: *Saisons d'Alsace* Jg. 28, Nr. 84, Strasbourg 1984, S. 9–112; hier: S. 50.
- 3 Rec. 8, S. 205.
- 4 Camille Rousset, *Histoire de Louvois et de son administration politique et militaire depuis la paix de Nimègue*. Paris <sup>3</sup>1863, 4 Bde. Hier: Bd. 2, S. 517 f.
- 5 Ebenda, S. 518.
- 6 Shat A 1, 1213, 77 & 109. (Service Historique de l'Armée de Terre im Château de Vincennes, Série A 1, Nr. 1213, pièces 77 & 109); künftig in Kurzform zitiert.
- 7 Shat A 1, 1213, 128
- 8 Rec. 8, S. 195.
- 9 Gleichwohl wird dieses Motiv immer wieder angeführt. Zuletzt bei Meinrad Schaab, *Geschichte der Kurpfalz*. Band 2: Neuzeit. Stuttgart 1992, S. 153.
- 10 Rec. 5, S. 15 f.
- 11 Rec. 8, S. 195.
- 12 Rec. 8, S. 196.
- 13 Ebenda, S. 196.
- 14 Vgl. dazu Aloys Schulte, *Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich 1693–1697*. Bd. 1, Darstellung. Heidelberg <sup>2</sup>1901, S. 114.
- 15 Shat A 1, 1213, 148.
- 16 Rec. 8, S. 198 f.
- 17 Siehe dazu Léon Mention, *L'armée de l'Ancien Régime de Louis XIV à la Révolution*. Paris. o. J., S. 268.
- 18 Shat A 1, 1213, 135.
- 19 Zur Bedeutung der Logistik bei Kriegführung und Kriegsverlauf in der Zeit des Absolutismus vgl. u. a. Martin van Creveld, *Supplying War. Logistics from Wallenstein to Patton*. Cambridge Univ. Press. Cambridge 1977, S. 3 ff. u. S. 25 ff.
- 20 Rousset 2 (Anm. 4), S. 520.
- 21 Rec. 8, S. 196.
- 22 Rec. 8, S. 197.
- 23 Schulte 1 (Anm. 14), S. 110.
- 24 Ebenda, S. 114.
- 25 Die Oberrheinlinie ließ sich mit den Heeren der Zeit nur offensiv, d. h. durch Angriff auf französisches Gebiet erfolgreich verteidigen. Dafür war das Reichsheer zu schwach und die Kreistruppen sahen sich dazu organisatorisch wie logistisch überhaupt nicht in der Lage. Vgl. Hans Schmidt, *Die Verteidigung des Oberrheins und die Sicherung Süddeutschlands im Zeitalter des Absolutismus und der Französischen Revolution*. In: *Hist. Jahrbuch* 104 (1984), S. 46–62; hier: S. 61.
- 26 Rec. 8, S. 203.
- 27 Rec. 8, S. 195.
- 28 Shat A 1, 1213, 148.
- 29 Shat A 1, 1213, 160/161.
- 30 Rec. 8, S. 209.
- 31 GLA 77/3550
- 32 Schulte 1 (Anm. 14), S. 113.
- 33 Vgl. dazu Schulte 1 (Anm. 14), S. 115 und Robert Salzer, *Das Schloß gesprengt, die Stadt verbrannt. Zur Geschichte Heidebergs in den Jahren 1688 und 1689 und von dem Jahre 1689 bis 1693*. Nachdr. d. Ausg. von 1878 und 1879. Kommentiert von Roland Vetter. Heidelberg 1993 (künftig zitiert als: *Salzer/Vetter*), S. 86 ff.
- 34 D. Fahrmbacher, *Die pfälzischen Truppen im orléans'schen Krieg 1688–1697*. In: *Mannheimer Geschichtsblätter* XIII (1912), Sp. 75–84; hier: Sp. 76.
- 35 Schulte (Anm. 14), Bd. 2, Quellen, S. 14.
- 36 *Salzer/Vetter* (Anm. 33), S. 109, Anm. 36.
- 37 Schulte 2 (Anm. 14), S. 22.
- 38 Schulte 1 (Anm. 14), S. 114.
- 39 Kurt von Raumer, *Die Zerstörung der Pfalz von 1689 im Zusammenhang der französischen Rheinpolitik*. Bad Neustadt a. d. Saale <sup>2</sup>1982, S. 270, Anm. 577. Ebenso Rousset 2 (Anm. 4), S. 394.
- 40 Rec. 8, S. 208.
- 41 Eine genaue Beschreibung der Erstürmung Heidebergs aus französischer Sicht findet sich bei Roland Vetter, *Heideberga Deleta. Heidebergs zweite Zerstörung im Orléansschen Krieg und die französische Kampagne von 1693*. Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg H. 1. Heidelberg <sup>2</sup>1990. und in *Salzer/Vetter* (Anm. 33), S. 83 ff.
- 42 Shat A 1, 1213, 167.
- 43 Shat L I B 376 (Kartensammlung); transkribiert bei Vetter (Anm. 41), S. 54 und Reproduktion des Angriffsplans S. 27.
- 44 *Ordonnance ... sur la bonne discipline que S. M. veut que l'on garde dans ses armées. Versailles 1693* April 25.
- 45 Vetter (Anm. 41), S. 31.
- 46 Shat A 1, 1213, 175/176.
- 47 Vetter (Anm. 41), S. 30.
- 48 Ebenda, S. 46, Anm. 52.
- 49 Dirk van der Cruysse, „Madame sein ist ein ellendes Handwerk.“ *Liselotte von der Pfalz – Eine deutsche Prinzessin am Hofe des Sonnenkönigs*. München 1990, S. 392.
- 50 *Lettre ... à Mgr. l'archevesque de Paris ... pour faire chanter le Te Deum à l'église Nostre-Dame, en action de graces de la prise de la ville et chasteau d'Heidelberg par l'armée du Roy, commandée par M. le mareschal duc de Lorge. Le Quesnoy 1693* Mai 27.“ Otto Cartellieri beschreibt in einer Notiz die Übernahme dieser königlichen Ordre auf die Provinz. In: *Mannheimer Geschichtsblätter* XXV, (1924), Nr. 8/9, Sp. 169 f.
- 51 Siehe dazu Peter Burke, *Ludwig XIV. Die Inszenierung des Sonnenkönigs*. Berlin 1993, S. 153 und S. 246.
- 52 Ihr Text in Vetter (Anm. 41), S. 56 f.
- 53 Rec. 8, S. 219.

- 54 ebenda.  
 55 Shat A 1, 1213, 175.  
 56 Shat A 1, 1213, 192.  
 57 Vetter (Anm. 41), S. 55.  
 58 Shat A 1, 1313, 193.  
 59 Zitiert nach Vetter (Anm. 41), S. 15.  
 60 Van Creveld (Anm. 19), S. 36.  
 61 Rec., 8, S. 224.  
 62 Schreiben von Chamlay an Ludwig XIV. vom 20. August 1693, Shat A 1, 1215, 41.  
 63 zitiert nach Schulte I, (Anm. 14), S. 148.  
 64 Fahrmbacher (Anm. 34), Nr. 5, Sp. 111.  
 65 Salzer/Vetter (Anm. 33), S. 131.  
 66 Vgl. Kurtze Beschreibung der uralten Chur-Pfälzischen Residentz-Stadt Heidelberg . . . Nachdr. d. Ausg. von 1693. Hrsg. Walter Sauer, Heidelberg 1993.  
 67 Volker Press, Die Oberrheinlande zwischen Westfälischem Frieden und Französischer Revolution. In: Barock am Oberrhein. Hrsg. Volker Press. Oberrhein. Studien Bd. 6, Karlsruhe 1985, S. 3–18; hier: S. 5.  
 68 Siehe Salzer/Vetter (Anm. 33), S. 111–113.  
 69 von Raumer (Anm. 39), S. 266, Anm. 542.  
 70 GLA 77/3550.  
 71 Salzer/Vetter (Anm. 33), S. 188 ff.  
 72 Burke (Anm. 51), S. 177 und S. 249.

Anschrift des Autors:  
 Dr. Roland Vetter  
 Am Linkbrunnen 32 a  
 69412 Eberbach

## Eine Entdeckungsreise durch Baden...



Als »das gesegnetste Land der Welt« hat Dorothea von Schlegel einmal Baden bezeichnet. Dies haben Autor und Fotograf auf meisterhafte Weise eingefangen: Prägnante Texte und eindrucksvolle Bilder zeigen dieses historisch gewachsene Land in seiner ganzen Vielseitigkeit. Das Buch ist eine Liebeserklärung an Baden. Es lädt dazu ein, dieses Land näher kennenzulernen, Unbekanntes wahrzunehmen oder Bekanntes aus neuer Perspektive zu sehen. Von Wolfgang Hug und Walter Gruber. 112 Seiten mit 80 Farbtafeln. Dreisprachig. **Jubiläumspreis DM 49,80.**

Im Buchhandel erhältlich.

Konrad Theiss Verlag  
 GmbH & Co.

**40**  
 Jahre  
**THEISS**

Villastraße 11,  
 70190 Stuttgart

# Vorabend zur Revolution 1848-49

## Der „Vormärz“ in Politik, Literatur und Kunst

Vortragsreihe 1997  
des Forums für  
Stadtgeschichte und Kultur.

In Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat  
und der Volkshochschule der Stadt Karlsruhe.

Jene Epoche zwischen 1830 und 1848, die wir heute oft als betuliches Biedermeier bezeichnen, war für den Historiker Jakob Burckhardt ein „Revolutionszeitalter“. Nicht nur die Früh-Industrialisierung begann Deutschland zu verändern; Landwirtschaft, Verkehr, Handel waren im Umbruch, mit der „Leserevolution“ begann ein modernes Bildungssystem, und Wertewandel beherrschte die politische Diskussion.

Das ist also nicht nur Ouvertüre zur Revolution 1848/49, deren wir besonders in Baden in den kommenden Jahren gedenken wollen. Es ist auch eine Zeit, in der die Menschen sich in ähnlicher Weise auf neue Verhältnisse umstellen mußten, wie wir in unseren Tagen.

Die Vorträge am 23. Januar, 13. und 27. Februar finden – jeweils donnerstags um 20 Uhr – im **Ulrich Bernays-Saal der Volkshochschule, Kaiserallee 12 e**, statt. Der Eintritt ist für alle Veranstaltungen frei.

23. Januar

**Prof. Dr. Wolfgang Hug**

Pädagogische Hochschule Freiburg

**Am Vorabend zur Revolution 1848**

Politische Strömungen und Konflikte  
im badischen Vormärz

13. Februar

**Dr. Hans Georg Schmidt-Bergmann**

Privatdozent an der Universität Karlsruhe

**Literatur und Revolution**

Herwegh, Gutzkow, Freiligrath und andere

27. Februar

**Dr. Jutta Dresch**

Badisches Landesmuseum Karlsruhe

**Kunst und Zeitgeist**

Aspekte zur Bildenden Kunst in der ersten Hälfte  
des 19. Jahrhunderts (mit Dia)

28. Juni

**Stadtgeschichtlicher Rundgang**

**Dr. Gerhard Kabierske**

Wiss. Mitarbeiter am Südwestdt. Archiv

für Architektur, Universität Karlsruhe

**Spuren badischer Geschichte 1815-1871**

Ein Rundgang auf dem Alten Karlsruher Friedhof

Treffpunkt: chem. Friedhofskapelle,  
Kapellenstraße, 15 Uhr

# Am Karlstor legten einst Schiffe an

Das Bauwerk, von dem in der folgenden Abhandlung berichtet wird, ist das Karlstor am östlichen Ende Heidelbergs. Daß an seinem Fuße einmal eine Schiffsanlage zu sehen war, erfuhr ich aus der Betrachtung von alten Stadtansichten im Zusammenhang mit meinen vergleichenden stadttopographischen Forschungen. Es geht mir darum, die Wandlungen des Stadtbildes im Laufe der Jahrhunderte zu zeigen und topographische Vergleiche anzustellen. Der Grundriß der alten Stadt Heidelberg hat sich wenig verändert. Eine starke Wandlung des Stadtbildes selbst geschah durch zwei große vernichtende Stadtbrände. Einem Großbrand fiel 1278 das mittelalterliche Heidelberg zum Opfer, und die Brände von 1689 und 1693 im Orléanischen Erbfolgekrieg zerstörten die Stadt, wie sie noch auf dem Kupferstich von Merian von 1620 zu sehen ist. Diese Stadtansicht ist mir eine zuverlässige Unterlage für meine alttopographischen Erkundungen der Altstadt. Sie bestätigt auch den urkundlichen Wert von alten Stadtansichten. Mit der vergleichenden topographischen Betrachtung eines Kupferstiches von Merian begann auch meine Erkundung und Anlage des „Historischen Pfads“ durch den Heidelberger Stadtwald. Es ist die Darstellung des Kupferstechers und Chronisten der Belagerung und Einnahme der Stadt Heidelberg durch Tilly im Jahre 1622. Merian war zwar nicht als Berichterstatter an Ort und Stelle. Er hat jedoch, wie ich feststellen konnte, den zeitgenössischen Bericht, die *RELATIO HISTORICA POSTHUMA OBSIDIONIS HEIDELBERGENSIS*, genau gelesen und für seine Bestimmung der Örtlichkeiten des Geschehens die ebenfalls zeitgenössischen Pläne als Unterlage benutzt. Anhand des Kupferstichs und ebensolchen Plänen konnte ich nun meinerseits Schanze der Angreifer und Befestigungen der Verteidiger im Stadtwald erkun-

den. Sie sind auf farbigen Schautafeln mit Darstellungen und Text an Ort und Stelle gekennzeichnet. Außerdem wurde dazu ein Wanderplan mit Abbildungen gedruckt.

Als Beispiel für meine vergleichende topographischen Betrachtungen wähle ich ein Bauwerk, das noch steht und das man kennt, das Karlstor. Es wurde unter Kurfürst Karl Theodor von 1775 bis 1781 nach dem Entwurf und unter der Leitung von Nikolaus de Pigage erbaut. Zum inneren Ausbau des Tores sei folgendes gesagt: Die beiden Räumlichkeiten links und rechts der Toreinfahrt dienten der Torwache und der Abwicklung des Torzolls. Räume im Untergeschoß waren einmal Gefängnis, in dem auch Mitglieder der Hölzerlips-Bande eingekerkert waren. Auf dem Boden dieses Raumes befindet sich eine mit starken Eisenstäben vergitterte quadratische Öffnung. Unter dieser liegt ein Kanal, der Bergwasser aus dem Granit in den Neckar leitete. Auch heute sieht man es noch in der Tiefe blinken. Vielleicht war die Öffnung im Boden einmal die (äußerst zugige) Latrine. Das Gefängnis und der Bergwasserkanal liegen im Sockel des Tores, von dem heute nichts mehr zu sehen ist. Ich sage heute; das war jedoch nicht immer so. Das beweist eine Stadtansicht, wie sie dieser Abhandlung um die Mitte des letzten Jahrhunderts beigefügt ist. Das Bild ist ein Ausschnitt aus dem Panorama Heidelbergs entlang dem linken Neckarufer, dessen Maler nicht bekannt ist. Es entstand nach einer Zeichnung von Verhas und ist im Besitz des Kurpfälzischen Museums Heidelberg. Man blickt von Norden auf die Uferseite des Karlstors, so wie sie sich uns heute noch bietet. Nicht mehr sehen können wir heute den fast festungsartigen Unterbau des Tores. Der Sockel springt auf den schmalen Uferstreifen vor und hat die Form eines Pyramidenstumpfes. Im Innern birgt er

die Räumlichkeiten, die ich zuvor beschrieben habe.

Die Pforte am Fuße des Torsockels führte das Bergwasser in dem genannten Kanal auf das Ufergelände. Von diesem führen Treppen hinauf, sowohl vor als auch hinter das Tor. Hier legten bei „Lustfahrten“ und „Jagdvergnügen“ die Schiffe an, welche die Gäste des Kurfürsten in das Tal und wieder zurück brachten. Dabei wurde ihnen am Tor ein großer Empfang bereitet. Zur Festigung des Torsockels und der Zufahrten zum Tor zieht stromaufwärts und -abwärts eine mächtige Kaimauer aus behauenen und profilierten Quadern. Die massive Anlage war der beste Schutz bei Hochwasser oder gar Eisgang. Über weitere Einzelheiten gibt ein Gemälde des Malers Vulcanus im Heidelberger Kurpfälzischen Museum Aufschluß. Es schildert die Grundsteinlegung für das Tor mit großem Gepränge unter Anwesenheit des Kurfürsten nebst geistlichen und weltlichen Vertretern. Auf diese heute nicht mehr sichtbare Anlage wurde ich aufmerksam durch die Betrachtung weiterer Gemälde, Zeichnungen und Kupferstiche. Noch aber konnte archäologisch keine Beweisführung erbracht werden.

Im Jahre 1968 begann man, das Karlstor-Rondell, d. h. den Platz und die Umfahrung des Karlstors zu gestalten. Dabei wurde unter anderem in kurzer Entfernung vom Tor, zwischen Torsockel und Bundesstraße 37, eine Unterführung ausgehoben. Dadurch kam der obere Teil des Fundaments zu Tage, so daß eine schießschartenartige Öffnung, nämlich die Belüftung des Torgefängnisses zu erkennen war.

Als ehrenamtlicher Mitarbeiter der Stadtverwaltung (mit entsprechendem Dienstausschweis) machte ich den Vorschlag, man möge die Unterführung so nahe an den Torsockel heranzuführen, daß dieser ein Stück weit sichtbar wird. Das war leider nicht möglich, da dort zahlreiche Versorgungsleitungen vorbeiführten, die alle hätten umgeleitet werden müssen. Als Erinnerung an die Kaimauer wurde aus einem ihrer Quader an der Ostseite der Anlage ein Gedenkstein mit Inschrift gesetzt. Die Verdrängung des Neckars vom Tor hat sich bei verschiedenen Vorgängen abgespielt. Da wurde zunächst, wie auf dem Bildausschnitt sichtbar, der Kanal zur Herrenmühle gefestigt und

dadurch der Uferstreifen verbreitert. Einige Zeit danach beschloß man, an der Uferseite des Karlstors einen Umgehungsweg anzulegen. Dazu wurde eine Maßnahme notwendig, die das Gesamtbild des Torsockels einschließlich der Kaimauer optisch veränderte. Sie wurde zugeschüttet. Ich selbst habe in meiner Jugend diesen Weg benutzt, wenn wir baden gingen. Durch das Tor fuhr die elektrische Straßenbahn nach Schlierbach, wie zuvor auch die Pferdebahn. Die tiefgreifendste Veränderung brachte jedoch der Bau der Schleusen und der Ausbau der Bundesstraße 37, so daß heute der Neckar in mehr als 50 Meter Entfernung am Tor vorbeifließt.

Das Karlstor sollte damals die Krönung eines groß angelegten straßenbaulichen Unternehmens des Kurfürsten Karl Theodor sein. Er wollte Heidelberg talaufwärts über Schlierbach und Neckargemünd mit dem gut ausgebauten Straßennetz im Kraichgau verbinden. Das war bei dem Zustand des bisherigen Uferwegs unmöglich. Man kann das gut auf alten Plänen und Stadtansichten, z. B. bei Merian erkennen. Der Uferweg ist schmal und führt holperig zwischen den steilen Granitwänden und dem Fluß entlang. Deshalb ließ der Kurfürst Straßenbauer aus Italien kommen, während Bauern der Umgebung mit Pferdefuhrwerken das Schüttmaterial heranzuführten. Mit einer Inschrift dankte so manches Dorf dem Kurfürsten, daß es durch den Bau einer neuen Straße erschlossen worden war.

Aber auch die Hauptstraße selbst als Zufahrt zum Karlstor mußte erhöht und verbreitert werden. Die Erhöhung verlangte eine Stabilisierung gegen das Ufer. Sie bestand aus sogenannten Blindbogen, die zum Fluß offen, aber am Rand des erhöhten Straßenkörpers stabil geschlossen waren. Einige dieser Blindbogen kamen bei der genannten Gestaltung des Karlstors-Rondells zum Vorschein. Um einen freien und nicht durch Häuser eingeengten Blick auf das Tor zu ermöglichen, erwarb man Grundstücke beiderseits des Torzuganges. Das alles mußte vor der Erbauung des Tores geschehen. Die Verbreiterung und Planierung der Uferstraße taleinwärts bot auch eine Möglichkeit, dort Häuser zu bauen. Eines der schönsten war die *Villa Prestinari*. Als 1815 die Vertreter der „Heiligen Allianz“ gegen Napole-

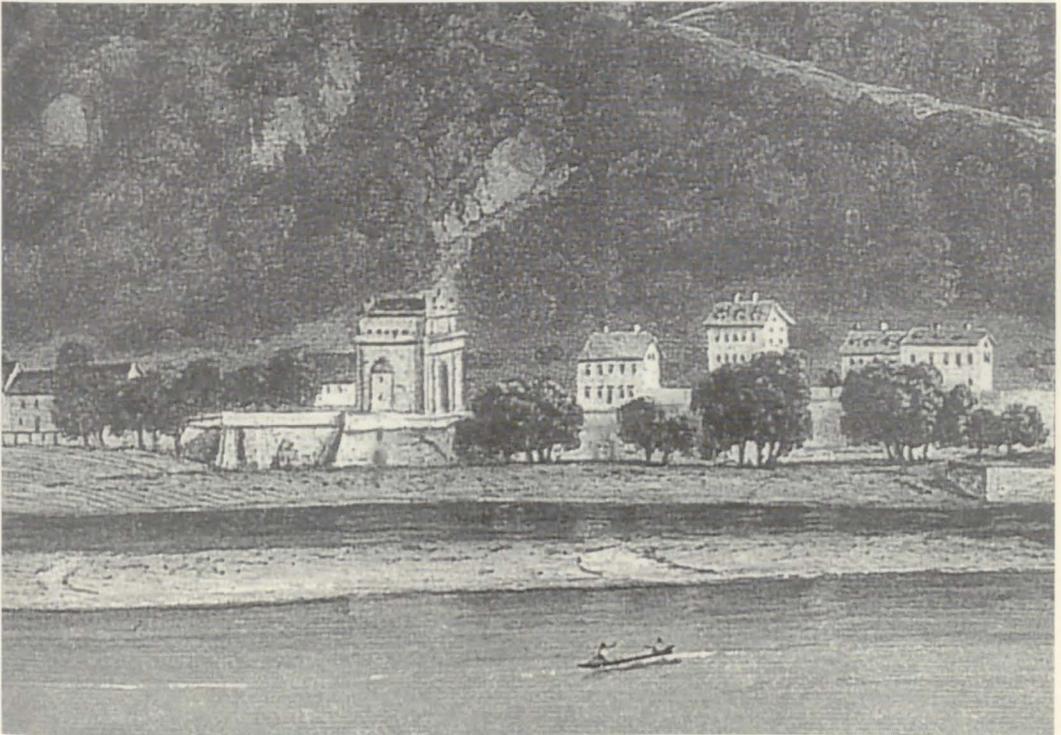
on, der Kaiser von Österreich und der Zar von Rußland sich in Heidelberg trafen, wohnte Zar Alexander als Gast eines englischen Lords in dieser Villa. Das Haus wurde in eine erneute Erhöhung der Landstraße einbezogen. Sein Eingang war über Treppen zu erreichen. Zwei Säulen links und rechts stützten einen über dem Eingang liegenden Balkon. Nach der Aufschüttung der Straße konnten die Treppen nicht mehr nach oben geführt werden, sondern nach unten. Dementsprechend „versanken“ auch die Säulen ein Stück nach unten. Das trug dazu bei, daß die Villa den Namen „Haus mit den versunkenen Säulen“ erhielt. Sie mußte dem Bau der Neckartalbahn weichen.

Der Ausbau dieser Bahnstrecke hat vieles verändert, auch in der Umgebung des Karlstors. Da entstand etwas abgesetzt vom Karlstor der verhältnismäßig kleine Bahnhof am Tunnel. Das war eine äußerst gefährliche Lage, bei der sogar einmal ein Stationsvorsteher ums Leben kam. Der zunehmende Eisenbahnverkehr erforderte einen größeren Bahnhof.

Den setzte man vor das Tor, genau in die Talsicht.

Über die letzte, tiefgreifende Veränderung durch den Schleusenbau und die Bundesstraße 37 habe ich bereits berichtet. So wurde aus dem Tor ein „Denkmal“ mit zwei Bäumen vor den Seitenflügeln. Da Heidelberg zur Zeit der Erbauung des Karlstors eine unbefestigte, also offene Stadt war, konnte der Baumeister auf fortifikatorische Anlagen verzichten. Es bedurfte auch keines Anschlusses an eine Stadtmauer. Trotzdem war der Torbau nicht zu umgehen. Vom Berg herunter schloß sich ein Granitriegel dicht an das Tor an, und an der Uferseite fiel der Torsockel steil zum Ufervorland ab.

Zum Schluß möchte ich die Beurteilung des Karlstors aus der Feder von zwei Fachleuten anführen: Adolf Oechelhaeuser schreibt in seinen „Kunstdenkmälern des Amtsbezirks Heidelberg“ über das Karlstor: „Ein in vornehmen klassizistischen Formen, durchaus in rotem Sandstein erstelltes Bauwerk.“ Karl Pfaff schreibt in seinem Buch „Heidelberg und Um-



Unbekannter Künstler, Panorama der Stadt Heidelberg von Norden (Ausschnitt)

gebung“ 1910: „Vom Karlstor ab engt das weit gegen den Fluß vorspringende Gebirge mit seinen zerklüfteten, schroff abstürzenden Granitmassen das Ufer mehr und mehr ein.“ Das Karlstor selbst beurteilt Pfaff so, daß es der östlichen Hauptstraße einen wirkungsvollen Abschluß verleiht.

Goethe schildert in seiner Schweizer Reise 1797, am Karlstor stehend, das er als „Neues Tor“ bezeichnet, einen Blick auf das jenseitige Ufer: „Hier hat die Lage und Gegend . . . einen sehr natürlich schönen Anblick . . . Gegenüber sieht man die hohen, gut gebauten Weinberge

in ihrer ganzen Ausdehnung; die kleinen Häuser darin machen mit ihren Lauben sehr artige Parteien, und es sind einige, die als die schönsten malerischen Studien gelten könnten.“ Das Malerische bei einem Blick auf das Karlstor zeigt sich auch auf Bildern, wo z. B. Spaziergänger aus dem Tor kommend durch die schattigen Allee wandeln. – So war es einst.

Anschrift des Verfassers:

Ludwig Merz

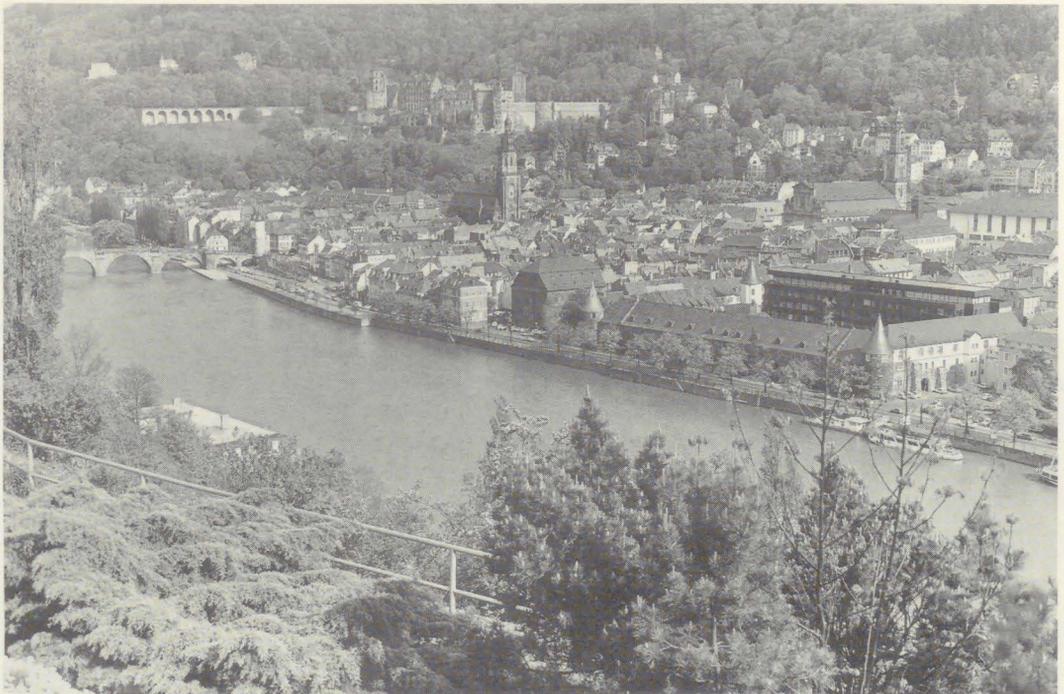
Quinckestr. 18

69120 Heidelberg

# Heidelberg 2010 — Siedlungsentwicklung und Wohnungsbau

*„Was hat man ihm (dem kleinen Mann) nicht alles  
versprochen: das Land Utopia, den kommunistischen  
Zukunftsstaat, das Neue Jerusalem, selbst ferne  
Planeten. Er aber wollte immer nur eines: ein  
Haus mit Garten.“*

*Gilbert Keith Chesterton (1874–1936)<sup>1</sup>*



*Heidelberg-Altstadt. Blick vom Philosophenweg auf die Altstadt.*

Foto: Stadtarchiv Heidelberg

Mit der Stadt verbindet sich eine Emanzipationshoffnung, dort ein selbständigeres, schöneres und glücklicheres Leben führen zu können. Neben einer intakten Umwelt, einem sicheren Lebensunterhalt und vielfältigen sozia-

len Beziehungen nimmt die Qualität des Wohnens einen hohen Stellenwert bei der Frage ein, ob die Städte – hier geht es um Heidelberg – dieser Emanzipationshoffnung gerecht werden.

Die Entwicklung des Städtebaus in Heidelberg von der Nachkriegszeit bis heute ist von der Unzerstörtheit der Stadt geprägt. Sie ist neben der Kleinteiligkeit, den landschaftlich prägenden Elementen, dem Wechselspiel zwischen Urbanität, wissenschaftlichem und internationalem Flair und nahezu dörflicher Zurückgezogenheit eine der Schlüsselkomponenten für das Heidelberg weltweit gilt: als Synonym für die Romantik in Deutschland. Nachdem sich nicht wie bei vielen anderen Städten die Frage stellte, ob ein Wiederaufbau auf historischer Grundlage oder als einschneidende Neuplanung erfolgen sollte, stand eher die strukturelle Weiterentwicklung unter Einsatz neuer Planungsinstrumente im Vordergrund. Die Ziele sind entsprechend aktuell; dazu gehören die Berücksichtigung ökologischer Bedingungen, der Denkmalschutz in Zusammenhang mit dem Bauen in alter Umgebung bzw. die Stadterneuerung und die Planung neuer Siedlungsräume ohne größere Belastungen für die natürlichen Ressourcen.

Heidelberg hat, mit vielen anderen Städten vergleichbar, in der Vergangenheit eine Stadtentwicklung hinter sich, die von einem steigenden Flächenverbrauch gekennzeichnet ist.

Die vorstehende Abbildung vergleicht die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Heidelberg zwischen 1961 und 1995 mit der Einwohner-, Erwerbstätigen- und Arbeitsplatzentwicklung.<sup>2</sup>

Während sich die Siedlungs- und Verkehrsflächen im Betrachtungszeitraum kontinuierlich erhöhten, bildet sich bei der Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung ein unterschiedlicher Verlauf ab. Wanderungs- und Konjunkturwellen haben zu Einbrüchen, aber auch zu positiven Entwicklungssprüngen geführt. Unmittelbar davon betroffen ist die Zahl der in Heidelberg wohnenden Erwerbstätigen, die im Gegensatz zur deutlich angestiegenen Arbeitsplatzzahl langfristig gesunken ist.

Prägend für die Arbeitsplatzentwicklung ist eine deutliche Erhöhung mit hohen Zuwäch-

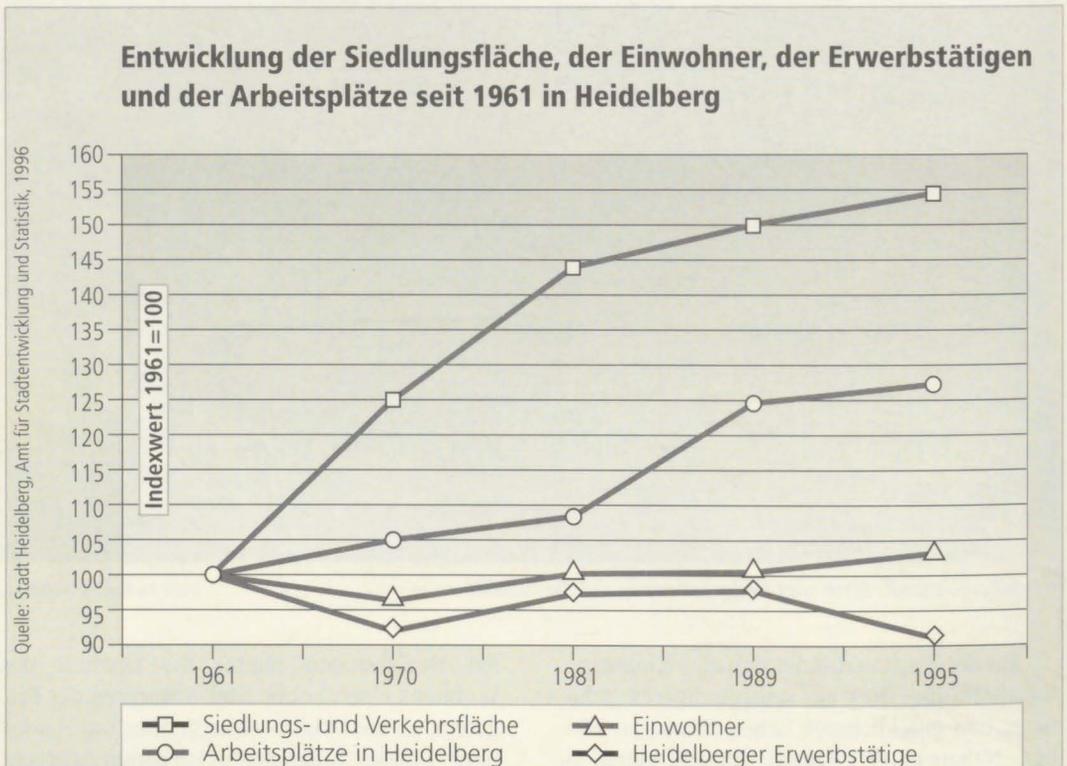


Abbildung 1

sen ab 1980. Die gegenwärtige Strukturkrise bildet sich wegen des hohen Dienstleistungsanteils in Heidelberg weniger deutlich ab als anderswo. Erst 1995 ergeben sich leichte Arbeitsplatzeinbußen. Zwischen 1961 und 1995 hat sich die Arbeitsplatzzahl von 73 500 auf 93 500 erhöht. Der Scheitelpunkt war 1992, wo sie knapp unter 95 000 Arbeitsplätzen lag.

Die Einwohnerentwicklung ist nach Verlusten Ende der siebziger Jahre wieder stark angestiegen und erhöhte sich durch Zuzüge unter anderem von Aussiedlern und Asylbewerbern bis zum Ende der achtziger Jahre auf 140 200 Einwohner (1992), um danach relativ rasch wieder auf 138 300 Personen abzusinken. Der heutige Wert liegt „nur“ um knapp 5000 Einwohner über dem Ausgangswert von 1961.

In der Abbildung wird vor allem deutlich, wie weit sich die Siedlungs- und Verkehrsent-

wicklung von der Einwohner- und Arbeitsplatzbewegung abgekoppelt haben. Durch die Indexbildung mit dem Basisjahr 1961 = 100 wird augenfällig, daß sich aufgrund der gestiegenen Ansprüche (Wohlstandseffekt) an das Wohnen, der Ausdehnung der individuellen Mobilität und des Technologieschubs in der Arbeitswelt das Flächenwachstum überproportional zur Bevölkerung und zur Beschäftigtenzahl entwickelt hat.

Ende 1995 lag der Entwicklungsindex für die Siedlungs- und Verkehrsflächen bei 155 und für die Arbeitsplätze bei 127. Deutlich niedriger fiel dagegen die Indexplazierung bei der Einwohner- und Erwerbstätigenentwicklung mit Werten von 104 bzw. 91 aus.

Maßgeblich für die Flächenentwicklung in Heidelberg war demnach neben den oben geschilderten Effekten die Stärkung der oberzentralen Funktion. Die Zahl der Dienstleistungs-



*Wohnanlage der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH) „Im Hüttenbühl“ (III. Bauabschnitt) im Stadtteil HD-Kirchheim (Baujahr 1991) Architekten Hansjörg Schröder und Hans-Peter Sticks*

Foto: Foto Gärtner (Heidelberg)

arbeitsplätze ist im Betrachtungszeitraum wesentlich stärker als die Zahl der Einwohner gewachsen. Kam man in den fünfziger Jahren noch mit 15 qm Wohnfläche/Kopf aus, so liegt der Pro-Kopf-Wert heute in Heidelberg mit rd. 33 qm (bezogen auf die Bevölkerung mit Haupt- und Nebenwohnsitz) mehr als doppelt so hoch<sup>3</sup>. Ähnlich ist die Situation im gewerblichen Bereich. Fazit: Immer weniger Menschen leben auf immer mehr Siedlungsfläche, die Arbeitsplätze benötigen durch den hohen technologischen Standard immer mehr Fläche.

Falsch wäre es jedoch, mit den Werten demonstrieren zu wollen, daß man in Heidelberg auf zu „großem Fuß“ lebt und arbeitet. Die Entwicklung gilt bundesweit. Eher ist man in Heidelberg durch den hohen Anteil an Studenten, die an den Wohnungsstandard geringere Ansprüche stellen, noch bescheiden.

Die Abkoppelung der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung mit einem hohen Abstand zur Einwohner- und Arbeitsplatzentwicklung zeigt jedoch auch, daß es richtig ist, sich mit Strategien einer behutsamen Stadtentwicklung und einer die natürlichen Ressourcen schonenden Flächenpolitik auseinanderzusetzen. Dies geschieht zur Zeit, indem man in einem intensiven Dialog mit der Bevölkerung ein neues Stadtentwicklungskonzept mit dem Zielhorizont 2010 erstellt<sup>4</sup>.

Seine städtebaulichen Ziele lauten:

#### **Heidelbergs Einzigartigkeit bewahren**

Heidelberg ist durch seine einzigartige naturräumliche Lage, sein weltoffenes, von der Universität geprägtes Flair sowie seine Kulturdenkmäler weltberühmt. Es gilt für viele Besucher als Synonym für die Romantik in Deutschland.

Heidelbergs Image mag romantisch verklärt sein, es spiegelt jedoch das Bild „erreichter Harmonie“ und „urbaner Lebensqualität“ wider. Dieses Image gilt es um die „Wissenschaftsstadt“ fortzuentwickeln. Daraus erwächst auch für die weitere städtebauliche Entwicklung eine besondere Verpflichtung.

Es gilt für alle Stadtteile, nicht nur für die Altstadt, die (historische) Identität und den eigenständigen Charakter zu bewahren.

Trotz vieler Umstrukturierungen stellt sich das Erscheinungsbild der „Inneren Stadt“ (Altstadt, Bergheim, Weststadt, Neuenheim) weitgehend homogen dar. Die eigentlichen Problemzonen der städtebaulichen Entwicklung konzentrieren sich auf die Äußere Stadt und die Peripherie. Gerade in diesen Bereichen müssen in Zukunft Siedlungskonzepte umgesetzt werden, die dazu beitragen, die in Teilen „verlorene Struktur“ der Stadt neu zu bestimmen. Dies gilt um so mehr, als die zunehmende Flächenknappheit den Druck sowohl auf den Innenbereich als auch den Außenbereich erhöht und die Zielkonflikte verschärfen wird.

#### **Bauland ist sparsam zu verwenden**

Dabei ist die Mobilisierung der Innenentwicklungspotentiale von zentraler Bedeutung. Diese stößt in Heidelberg jedoch gerade in den landschaftlich empfindlichen Bereichen an ihre Grenzen, so daß der Aktivierung von Stadtbaupotentialen neben der behutsamen Stadtrundierung eine ganz erhebliche Bedeutung zukommen wird. Um den Zuwachs der Siedlungsfläche so gering wie möglich zu halten, muß in allen Bereichen auf eine intensivere Flächenausnutzung hingewirkt werden.

#### **Die Einheit von Stadt- und Landschaftsraum als wichtiges Strukturmerkmal der Stadtentwicklung ist auch zukünftig zu bewahren**

Durch die besondere Lage im Neckartal wird das Bild der Stadt neben der Qualität des historischen Stadtbildes nachhaltig durch die landschaftsräumliche Einbindung geprägt. Sowohl unter stadt- und landschaftsgestalterischen Gesichtspunkten als auch unter den Aspekten einer ökologisch sinnvollen Weiterentwicklung ist dieses vorhandene Potential langfristig zu sichern.

#### **Die für die Stadt wesentlichen groß- und kleinräumigen Freiflächen sind zu erhalten und zu entwickeln**

Dabei sind die Abhängigkeiten zwischen landschaftsräumlichen und siedlungsstrukturellen Qualitäten zu berücksichtigen. Die für das Stadtbild in weiten Teilen typische offene Bebauung mit hohen Vegetationsanteilen verbietet in weiten Teilen der Stadt eine zusätzli-

che bauliche Verdichtung; dies gilt insbesondere für die empfindlichen Hangbereiche beidseits des Neckars.

Trotz Verdichtung und Arrondierung der bebauten Stadtfläche muß Heidelberg seinen Charakter als Stadt im Grünen mit hochwertigen Erholungsflächen und einem funktionsfähigen Naturhaushalt bewahren.

**Gebietsprägende und erhaltenswerte kleinräumige städtebauliche Qualitäten sind bei der zukünftigen**

**Siedlungsentwicklung zu respektieren**

Mit der planungsrechtlichen Sicherung zu erhaltender städtebaulicher Strukturen ist die Entwicklung der kleinräumigen Identität zu gewährleisten. Dabei ist die gegenwärtige gebietsprägende Bebauungsform als „Leityp“ maßgebend. Die „stadtbildprägenden Quartiere“ sind langfristig in ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild zu sichern. Sie sind aufgrund ihrer Gestaltungselemente in Form des Quartiersgrundrisses sowie der Bau- und Freiflächenstruktur durch eine vergleichsweise homogene Maßstäblichkeit geprägt. Sie sind typische Beispiele einer spezifischen, dem jeweiligen Zeitgeist unterworfenen Architektur- und Städtebauvorstellung.

**Die Stadtteilzentren sind als Versorgungsschwerpunkte und als Identifikationsräume der Stadtteile zu stärken**

Aus den historischen Siedlungskernen der einzelnen Stadtteile, die bis heute im Stadgefüge ablesbar sind, haben sich lokale Zentren entwickelt, deren Bedeutung unter dem Grundsatz der Förderung der „Stadt der kurzen Wege“ zunehmen wird. Sie unterliegen jedoch heute mehr denn je der Gefahr, durch die Konkurrenz auf der „Grünen Wiese“ ihre Funktion als Angebotsschwerpunkt zu verlieren. Diesen Funktionsverlust gilt es zu verhindern.

Heidelberg strebt demnach unter Bewahrung seines eigenständigen Charakters eine nachhaltige, sozial und wirtschaftlich verträgliche Entwicklung an. Isolation und Ausgrenzung sollen vermieden, die Kommunikationsmöglichkeiten und die Nähe des Versorgungsangebotes verbessert werden. Der künftige

Wohnungsbau ist dazu ein wesentliches Schlüsselement. Wie sieht diese nun für Heidelberg aus?

### **Kommunale Wohnungspolitik – Herausforderungen und Ziele**

Die Sicherung der Wohnungsversorgung der Bevölkerung ist eine wesentliche kommunale Aufgabe. Die Stadt Heidelberg bekennt sich sowohl in den Stadtteilrahmenplänen für alle vierzehn Stadtteile als auch in dem oben zitierten Stadtentwicklungskonzept dazu. Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage weichen in Heidelberg sowohl hinsichtlich der Anzahl verfügbarer bzw. nachgefragter Wohnungen als auch hinsichtlich der Preisstruktur deutlich voneinander ab. Heidelberg steht in Gefahr, so wird in einem Gutachten von empirica formuliert, eine Stadt der Reichen mit Segregationsproblemen zu werden<sup>5</sup>. Ursache hierfür sind zum einen Wanderungsgewinne, die sich auf die hohe Attraktivität und die positive Wirtschaftsentwicklung Heidelbergs wie auf den weiteren Ausbau der Universität und anderer Forschungseinrichtungen zurückführen lassen. Einen Flaschenhals stellen auch die rückläufigen Baufertigstellungen und der Rückzug des Landes und des Bundes aus der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus dar.

1990 wurde vom Gemeinderat mit dem Wohnungsentwicklungsprogramm 1990–1995 (WEP 1) ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zum Abbau des strukturellen Wohnungsbedarfs beschlossen. Als quantitatives Ziel wurde die Fertigstellung von 4000 Wohneinheiten bis zum Jahr 1995 festgeschrieben. Umgerechnet sollen im Programmzeitraum pro Jahr etwa 800 Wohnungen bezugsfertig werden; davon 200 im sozialen Wohnungsbau. Im Programmzeitraum wurde diese Vorgabe nur 1991 vollständig erfüllt. In den Jahren 1992/93 konnte die angestrebte Zahl fertiggestellter Wohnungen annähernd erreicht werden (s. Abb. 2).

Wie bereits angedeutet, sind die individuellen Ansprüche in bezug auf die Wohnfläche seit langem im Steigen begriffen; bei zunehmender Anzahl der Haushalte sinkt ihre durchschnittliche Größe<sup>6</sup>. Infolgedessen steigt die Nachfrage nach Wohnraum auch dann, wenn kein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen ist.

Der vorherrschende Trend zu steigendem Wohnflächenverbrauch bei stagnierender Bevölkerungszahl darf auf keinen Fall unbesehen fortgeschrieben werden.

Die Gründe für die Zielabweichung sind vielschichtig. Das Erlahmen der privaten Bautätigkeit ist einerseits auf die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage zurückzuführen, hängt aber auch mit der zögerlichen Bereitstellung von Wohnbauflächen zusammen. Eine „Nachverdichtung“ im Bestand stößt auf Widerstand in der Bevölkerung, und Neubauflächen stehen aufgrund einer restriktiven Flächenpolitik nur in begrenztem Ausmaß zur Verfügung. Die exorbitant hohen Grundstückspreise verstärken diese Entwicklung.

Die unterschiedliche Attraktivität der Stadtteile, die sich nicht zuletzt in erheblichen Preisdifferenzen bei Grundstücken und Gebäuden niederschlägt, führt zu einer stark ungleichmäßigen Verteilung von Wohnungen, die der Sozialbindung unterliegen, über das Stadtgebiet.

In den Stadtvierteln Neuenheim und Ziegelhausen mit gesuchter Wohnlage sind die Anteile sehr gering (0,6 v. H. bzw. 2,4 v. H. des Wohnungsbestandes). Die Stadtteile Boxberg und Emmertsgrund dagegen überschreiten den unter dem Aspekt einer gesunden Mischung sinnvollen Grenzwert von 25 v. H. deutlich (40,4 v. H. bzw. 48,1 v. H. des Wohnungsbestandes)<sup>7</sup>. Um das soziale Ungleichgewicht zwischen den Stadtteilen zukünftig nicht weiter anwachsen zu lassen, muß sich die Neuausweisung von Bauflächen stärker als bisher an dem vorgegebenen Richtwert von 25 v. H. für den Sozialwohnungsanteil orientieren. Dies bedeutet aber auch, daß in Stadtteilen mit weit unterdurchschnittlichen Anteilen diese erhöht werden müssen.

Im Diskussionsentwurf zum Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010 wird der quantitative Rahmen für den Wohnungsbedarf bis zum Jahre 2010 mit 8000 bis 10 000 Wohnungen angegeben. Vorausgesetzt wird dabei, daß

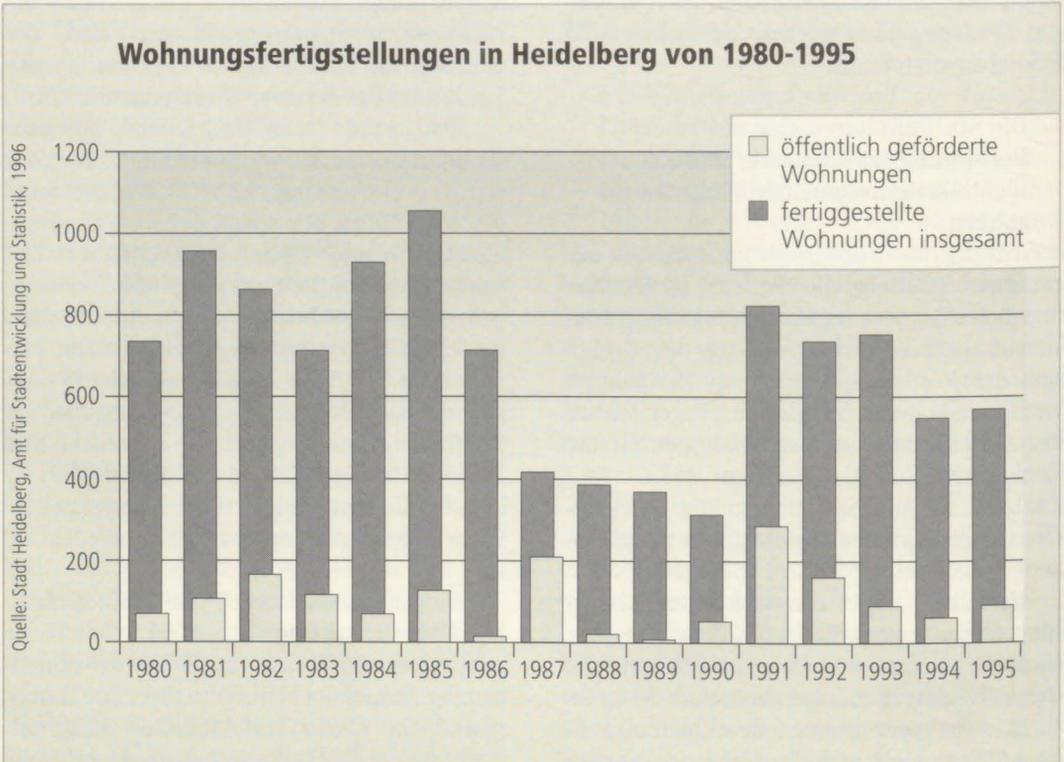


Abbildung 2

## Wohnungsbestand in Heidelberg nach Stadtteilen am 31.12.1995

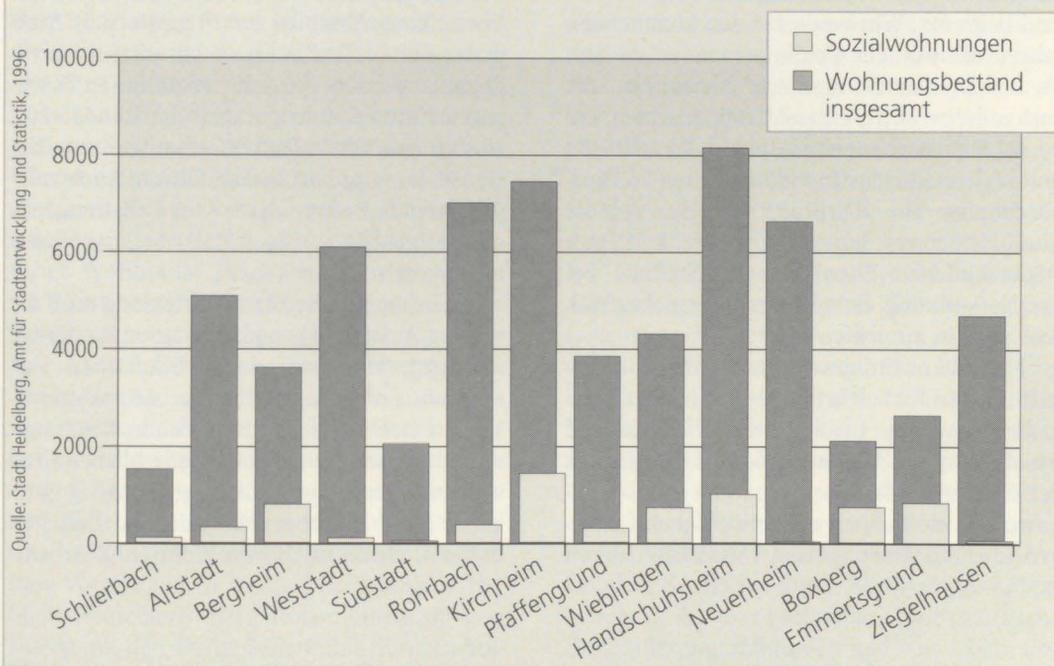


Abbildung 3

Maßnahmen zur Reduzierung des Wohnflächenzuwachses pro Kopf erfolgreich sind und dieser nicht über 2,5 qm pro Kopf ansteigt.

Grundsätzlich muß die Prämisse gelten, daß jeder Haushalt für die Beschaffung seiner Wohnung eigenverantwortlich ist. Auf der anderen Seite gilt: Will man den sozialen Frieden erhalten, muß die Versorgung mit Wohnraum vorrangiger Gegenstand der Politik sein. Die kommunale Wohnungspolitik muß ihr Augenmerk insbesondere auf jene Haushalte richten, die – aus welchen Gründen auch immer – wegen spezifischer Eigenschaften keinen ungehinderten Zugang zum Wohnungsmarkt haben und/oder nicht über ein Haushaltseinkommen verfügen, das für die Beschaffung einer angemessenen Wohnung ausreicht. Alle, die diese Bedingungen erfüllen, haben einen Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft. Alle aber, die sie nicht erfüllen, müssen sich am Markt selbst versorgen.

Die kommunale Wohnungspolitik der Stadt Heidelberg sieht ihre Schwerpunkte in folgenden Bereichen:

- Versorgung einkommensschwacher Haushalte mit preiswertem Wohnraum;
- der Unterstützung kinderreicher Familien beim Erwerb von Wohneigentum;
- der Förderung von Familien mit mittlerem Einkommen, die an der Schwelle zum Eigentum stehen, insbesondere junge Familien;
- der Verbesserung der Wohnungsversorgung Alleinerziehender;
- der Schaffung von geeignetem Wohnraum für Senioren und Behinderte.

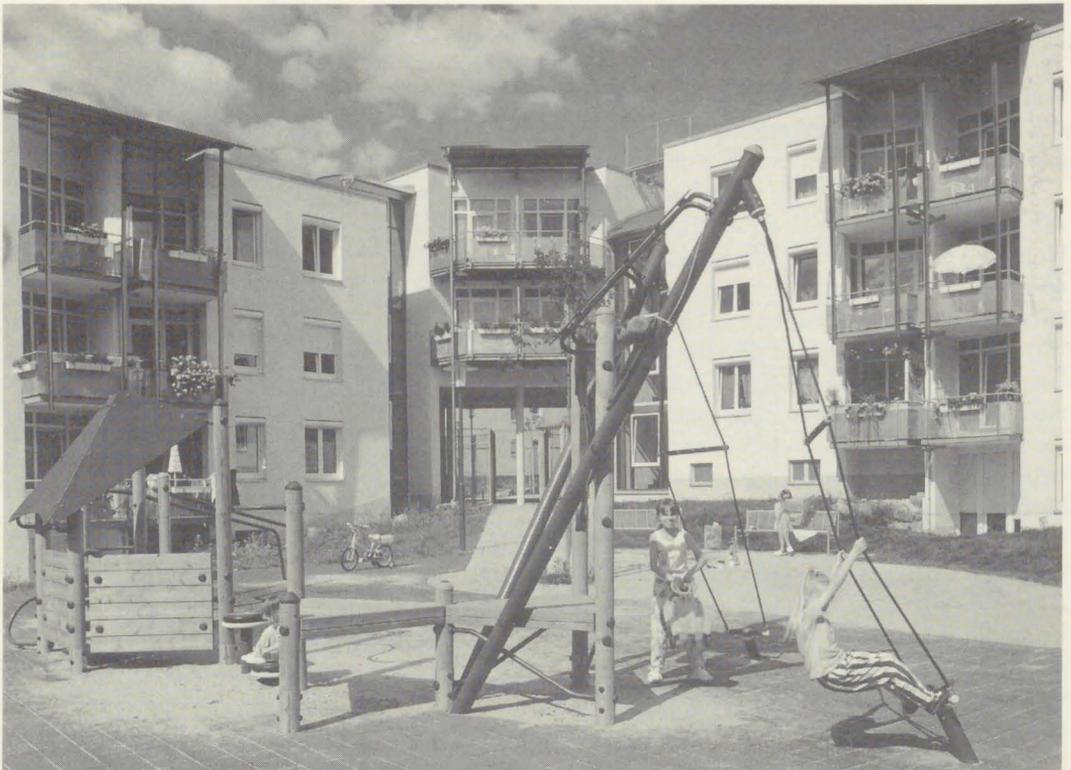
Bedauerlicherweise hat die Wohnungspolitik in den achtziger Jahren nicht unbeträchtlich dazu beigetragen, durch die Förderung einer überzogenen Modernisierung preiswerten Wohnraum zu verknappen. Ein ganzes System komplizierter Regelungen macht Neubauten in Deutschland fast doppelt so teuer wie in den meisten Nachbarländern. Vor diesem Hintergrund sollten nicht alternative Finanzierungsmodelle im Blickfeld stehen, sondern Überlegungen, wie der Wohnungsbau

preiswerter gestaltet werden kann. Die dem Staat und den Kommunen für wohnungspolitische Zwecke zur Verfügung stehenden Mittel sind begrenzt. Wir werden in den kommenden Jahren mit weniger Geld auskommen müssen als bisher, deshalb sind wir gezwungen, die vorhandenen Mittel effizienter einzusetzen. Dazu gehört, das bestehende planungsrechtliche und bodenpolitische Instrumentarium voll auszuschöpfen. So überprüft zum Beispiel die Stadt Heidelberg derzeit die Möglichkeit einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme bei der Neunutzung einer Industriebranche. Weitere werden zu prüfen sein.

Menschenwürdiges Wohnen setzt die Einhaltung gesellschaftlich gesetzter Mindeststandards für Lage, Größe, Beschaffenheit und Ausstattung der Wohnung voraus. Angesichts der schwindenden Bezahlbarkeit von Wohnungsbau müssen wir uns jedoch auch Gedanken über die Reduzierung von Kosten durch

Reduzierung von Standards machen, ohne zu definierende Minima zu unterschreiten. Hier wäre es zum Beispiel denkbar, von der alten Vorstellung Abschied zu nehmen, daß Stellplätze unmittelbar auf dem Grundstück bereitgehalten werden, was sehr oft zu teuren Tiefgaragen führt. Sammelgaragen am Rande eines Neubauquartiers könnten wesentlich zur Kostensenkung pro Wohnung führen. Auch energiesparende Baustandards – in Bebauungsplänen festgesetzt – tragen dazu bei, die Wohnnebenkosten zu senken.

In bezug auf die Stadtentwicklung muß die bessere Ausnutzung und qualitative Weiterentwicklung schon besiedelter Bauflächen Vorrang vor der Inanspruchnahme neu ausgewiesener Flächen haben. Bestehende Siedlungsstrukturen weisen z. T. einen erheblichen Grad von Unterausnutzung auf, bei gleichzeitig sichtbaren städtebaulichen Mängeln und Defiziten in der Umfeldqualität von Wohn- und Arbeits-



Wohnanlage der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH) „Im Emmertsgrund“ im Stadtteil HD-Emmertsgrund (Baujahr 1995) Architekten Paulo Joest und Horst Walther

Foto: Gärtner (Heidelberg)

stätten. Eine Fortsetzung der bisherigen Siedlungsstrategie und Flächeninanspruchnahme würde die Möglichkeit zur Wahrnehmung künftiger qualitativer Entwicklungschancen unweigerlich einschränken. Die Erweiterung bestehender Strukturen hat auch erhebliche stadt-wirtschaftliche Effekte im Hinblick auf die bessere und dauerhafte Auslastung der technischen und sozialen Infrastruktur.

Durch Maßnahmen der behutsamen Stadterneuerung und Nachverdichtung kann zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. So ist auch eine bessere soziale und demographische Durchmischung in einigen Quartieren erreichbar, indem z. B. jüngere Familien nachrücken. Zudem könnte die vorhandene Infrastruktur besser ausgelastet werden. Zur Bestimmung des Innenentwicklungspotentials sind z. T. umfangreiche Untersuchungen in Stadtquartieren mit städtebaulichen und sozialen Mängeln sowie Defiziten im Umfeld und seiner Ausstattung vorgenommen worden bzw. geplant. Die Stadt Heidelberg hat dafür zu einem offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aufgerufen. Die Stadtteilrahmenpläne und der sich in Arbeit befindende Dichteplan versuchen, integrative und sozial verträgliche Maßnahmen umzusetzen. Die Planung verfolgt das Ziel, bei geringstmöglichem Landschaftsverbrauch alle Möglichkeiten zu nutzen, neue Wohnungen in bestehenden Wohngebieten unter Ausnutzung und Ergänzung der vorhandenen Infrastruktur unterzubringen und damit gleichzeitig städtebauliche Mängel zu beheben und soziale Konflikte zu entschärfen.

Bei allen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sind die sozialen Auswirkungen sorgsam zu bedenken. Wo die Erhaltung der Zusammensetzung der Bevölkerung aus besonderen Gründen wünschenswert ist, können mit den zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln der Erhaltungs- und Milieuschutzsatzung

Verdrängungs- und Segregationsprozesse aufgefangen oder abgemildert werden. Die Sicherung der vorhandenen Wohnung ist eine wesentliche Aufgabe der vor nicht all zu langer Zeit eingerichteten „Fachstelle Wohnen“ beim Amt für soziale Angelegenheiten und Altenarbeit der Stadt Heidelberg. Auf diese Weise wird versucht, Wohnungsnotlagen vorzubeugen.

Die Stadt Heidelberg strebt an, neue Wohnformen zu fördern und zu unterstützen, die den geänderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen Rechnung tragen und wechselnden Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensalter und Lebensformen gerecht werden<sup>8</sup>. Ältere Menschen leben oftmals nach dem Auszug der Kinder und nach dem Tod des Partners in den ehemaligen Familienheimen oder -wohnungen weiter. Dabei werden die großen untergenutzten Flächen oft zur Last, so daß in vielen Fällen eine grundsätzliche Bereitschaft zum Umzug in eine kleinere Wohnung vorhanden ist. Hier kann die Kommune durch Förderungsmöglichkeiten für An- und Umbauten sowie praktische Unterstützung anknüpfen und versuchen, alte Menschen zum Umzug zu bewegen, um große Familienwohnungen für nachrückende Generationen verfügbar zu machen und dadurch den Neubaubedarf zu reduzieren. Dies setzt aber voraus, daß ein ausreichendes Angebot an attraktiven altengerechten Wohnungen im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung steht.

Auf der kommunalen Ebene allein ist Wohnungspolitik heute allerdings kaum mehr möglich. Der regionalisierte Wohnungsmarkt macht die Kooperation mit der Region sowohl hinsichtlich der Baulandausweisung als auch der räumlichen Verteilung des Arbeitsplatzwachstums unabdingbar. Ziel der gemeinsamen Anstrengungen in der Region muß es sein, daß sich wieder breitere Sektoren der Gesellschaft aus eigener Kraft am Wohnungsmarkt versorgen können.

## Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Kähler, Gert, Hg., Geschichte des Wohnens. Bd. 4: 1918–1945: Reform, Reaktion, Zerstörung. Stuttgart: 1996. 9.
- 2 Entwicklung der Siedlungsfläche, der Einwohner, der Erwerbstätigen und der Arbeitsplätze seit 1961 in Heidelberg

Jahr	Fläche (ha)	Einwohner	Erwerbstätige	Index Fläche	Index Einwohner	Index Erwerbstätige	Arbeitsplätze	Index Arbeitsplätze
1961	2016	133 566	60 336	100	100	100	73 540	100
1970	2529	129 697	55 939	125	97	93	77 110	105
1975	2856	129 368	56 350	142	97	93	75 600	103
1981	2909	134 386	58 994	144	101	98	79 600	108
1985	2968	134 724	58 317	147	101	97	82 500	112
1989	3022	134 496	59 254	150	101	98	91 500	124
1993	3073	139 429	57 431	152	104	95	94 000	128
1995	3117	138 257	55 200	155	104	91	93 500	127

Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 1996.

- 3 Stadt Heidelberg, Hg., Bautätigkeit 1995: Entwicklung und räumliche Verteilung des Wohnungsbestandes im Stadtgebiet. Schriften zur Stadtentwicklung. Heidelberg: 1996. 15.
- 4 Stadt Heidelberg, Hg., Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010: Vorschlag für Leitlinien und Ziele (Diskussionsentwurf). Schriften zur Stadtentwicklung. Heidelberg: 1995. 9–10.
- 5 empirica. Gesellschaft für Struktur- und Stadtforschung mbH. Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010: Stärken-Schwächen-Analyse. Schriften zur Stadtentwicklung. Heidelberg: 1995. 80 ff.
- 6 Wohnungsbestand und -belegungsdichte in Heidelberg

7 Wie Anm. 3.14.

8 Die städtische Wohnungsbaugesellschaft (Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH) realisiert derzeit auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei ein entsprechendes Wohnkonzept.

Jahr	Wohnungsbestand	Wohnungsbelegungsdichte*)
1961**)	40 083	3,33
1970**)	44 971	2,88
1975	49 001	2,77
1980	53 076	2,58
1987**)	60 526	2,32
1990	61 945	2,33
1995	65 376	2,25

\*) Zur Ermittlung der Belegungsdichte (Personen pro Wohneinheit) wurde die sogenannte Wohnberechtigte Bevölkerung (Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz) herangezogen.

\*\*) Volkszählung

Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, 1996.

Anschrift des Verfassers:  
 Prof. Dr. Joachim B. Schultis  
 Erster Bürgermeister und  
 Baudezernent der Stadt Heidelberg  
 Palais Graimberg  
 Kornmarkt 5  
 69117 Heidelberg

## Freiburg und das neue „Konzerthaus“

Das neue „Konzerthaus“ – so sieht es Cathérine Trautmann, die Bürgermeisterin von Strasbourg – „wird die Regio sicherlich zu einer Hochburg der Musik in Europa werden lassen“; Freiburg sei „nunmehr ein wichtiges Kettenglied zwischen Strasbourg, Mulhouse und Basel“. Für ihren elsässischen Kollegen in Mulhouse, Jean-Marie Bockel, ist „das neue Freiburger Konzerthaus nicht Konkurrenz, sondern ein weiterer bedeutender Baustein unserer Zukunft“. Und Mathias Feldger, der Basler Regierungsrat, stellt fest: „Das Freiburger Konzerthaus wird . . . in der lebendigen Kulturlandschaft am Oberrhein tonangebend sein“. Der Freiburger Regierungspräsident erhofft sich hier einen großen „Umschlagplatz der Ideen“. Der neue Freiburger Musentempel findet offensichtlich Zustimmung und Beifall in der ganzen oberrheinischen Nachbarschaft, und es scheint, daß sich Freiburg jetzt im urbanen Standortvergleich ganz gut sehen lassen kann – nach Meinung der politischen Prominenz.

„Dieser Saal ist wirklich ein Zeugnis dafür, daß Freiburg eine gesegnete Stadt ist“. So überschwenglich äußerte sich Yehudi Menuhin, der weitgereiste Meister, dessen Vitalität unversiegbar scheint, im Interview nach seinem ersten Auftritt im voll besetzten großen Saal im neuen „Konzerthaus Freiburg“ (28. Juli 1996), zu dessen Bau er selbst schon von 18 Jahren anlässlich eines Gastspiels den damaligen Freiburger Kulturbürgermeister Dr. Gerhard Graf ermuntert hatte. Freiburg hat nun in der Tat wieder eine prächtige, repräsentative Kunst- und Festhalle. In der gerade 150jährigen Geschichte der großen Freiburger Veranstaltungshallen ist dieser Neubau die Nr. 3.

1846 – 1954 – 1996

1846 sollte in Freiburg zum wiederholten Male das badische Sängerefest stattfinden. Der Bau der dafür nötigen Festhalle wurde geplant, im klassizistischen Stil nach Plänen des Karlsruher Professors Friedrich Eisenlohr, und es wurde auch mit dem dringend benötigten Bau begonnen im heutigen Stadtgarten. Aber die Zeiten waren unruhig, erst 1854 wurde die Freiburger „Festscheune“ fertiggestellt. Ihre Nutzung war vielfältig, sie bot immerhin 5000 Gästen Platz. In der Feuerkatastrophe vom 27. November 1944 wurde sie total zerstört.

Es dauerte nach Kriegsende einige Zeit, bis hierfür Ersatz geschaffen werden konnte. 3520 Sitzplätze und weitere Stehplätze hat die „Stadhalle“, die 1954 am Meßplatz nach dem Entwurf von Albert Maria Lehr erstellt wurde. Gut angenommen wurde diese „Robusthalle“ besonders für kulturell einigermaßen anspruchsvolle Unternehmungen nie, trotz der durchaus gefälligen Architektur.

1983 – ein Jahr zuvor war Dr. Rolf Böhme zum Oberbürgermeister der Stadt Freiburg gewählt worden – wurde im Stadtparlament nach heftiger Diskussion ein „Grundsatzbeschluß“ gefaßt, eine neue „Kultur- und Tagungsstätte“ zu bauen. Böhme war und blieb all die Jahre hindurch der wesentliche Motor in dieser Angelegenheit (und sonnte sich nun in diesen Tagen wie selten zuvor in gelöster Spannung). Gleich zu Beginn dieses Vorhabens hatte Ministerpräsident Lothar Späth die „entsprechende“ Unterstützung des Landes zugesagt; auch war schon eine Projektstudie, eine „Machbarkeitsstudie“ für den Standort am Hauptbahnhof erstellt worden. Das damals in Rede und Gegenrede benutzte Kürzel „KTS“



Abb. 1 Links Architekt Dietrich Bangert, rechts Dipl. Ing. Josef Diel, Geschäftsführer der Stadtbau GmbH.

Aufnahme: Rüdiger Buhl

prägte sich ein (bei den Gegnern ist es bis heute gebräuchlich geblieben).

Neben dem Rathauschef war es vor allem Josef Diel, Dipl. Ing. Architekt und Regierungsbaumeister, der als spiritus rector das große und heftigst umstrittene Unternehmen steuerte. Diel war seit 1983 (bis zu seiner Pensionierung 1995) Geschäftsführer der Freiburger Stadtbau GmbH, der zweitgrößten städtischen Gesellschaft, mit dem Hauptanliegen, die Innenstadt weiter zu entwickeln; Schwerpunkt seiner Tätigkeit wurde die kommunalpolitische Auseinandersetzung und die Realisierung des „Konzerthauses Freiburg“, und er betrieb dies mit Umsicht und Energie bis zum krönenden Abschluß. Ein zweistufiger Ideen- und Realisierungswettbewerb endete im November 1987 mit der Empfehlung der Preisrichter, den Entwurf des Berliner Architekten Dietrich Bangert auszuführen. Im Februar 1988 kam es zum definitiven Beschluß des Gemeinderats, die „KTS“ zu bauen; ein heftigst geführter „Bürgerentscheid“, der das ganze Unternehmen

blockieren wollte, blieb letztlich erfolglos. Am 2. Oktober 1992 kam es zur Grundsteinlegung, am 8. März 1994 wurde der neue Name verbindlich: „Konzerthaus Freiburg“. Nach etwa vierjähriger Bauzeit war nun am 28. Juni 1996 die medienrätliche Eröffnung des nach wie vor umstrittenen Bauwerks, mit Kosten von 147 Millionen DM die größte städtische Einzelinvestition seit Kriegsende.

### PASSEND IN DIE „LEBENSWELT FREIBURGS“?

„Das Haus, das eine ganze Stadt entzweite“: So titelte Wulf Rüska in der „Badischen Zeitung“ am Eröffnungstag. Das Interesse an diesem Bau hätte in der Tat nicht kontroverser sein können, Freiburgs „ehrgeizigstes Projekt der Nachkriegsgeschichte“ war auch über länger als ein Jahrzehnt der schlimme politische Zankapfel, über den dreizehn(!) mal im Gemeinderat abgestimmt wurde – umstritten wegen der finanziellen Dimensionen: in den Preisen

von 1987 war das ganze Projekt für 90 Millionen kalkuliert und immer wurde die „gigantische Fehlrechnung“ angeprangert, Bilanzen in der Gewinnzone konnte eh niemand ausmachen; – umstritten wegen des angeblich „grundsätzlichen Wertewandels“ in den kommunalpolitischen Ideen, wegen neuartiger Konzepte bzgl. der „Lebenswelt Freiburgs“ und seiner so überdurchschnittlichen Lebensqualität. Für viele war das „KTS“ das faßbare „Symbol eines falschen Wachstumsdenkens“ und vor allem eben nicht ein „Haus für alle“, sondern ein kulturell drapiertes „Schickimicki-Zentrum“. Daß dann die Eröffnungsfeier durch ein gewaltiges Polizeiaufgebot und eine „weiträumige Absperrung“ gesichert werden mußte, war für manche der deutliche Beweis. Ein „anderer“ Start hätte wohl die aggressive Atmosphäre und Gewaltbereitschaft entspannen können.

Aber keine Frage: die Zustimmung der Mehrheit war eindeutig; hierfür hatte sich seit Jahren die „Bürgerinitiative pro Kultur- und Tagungsstätte“ engagiert.

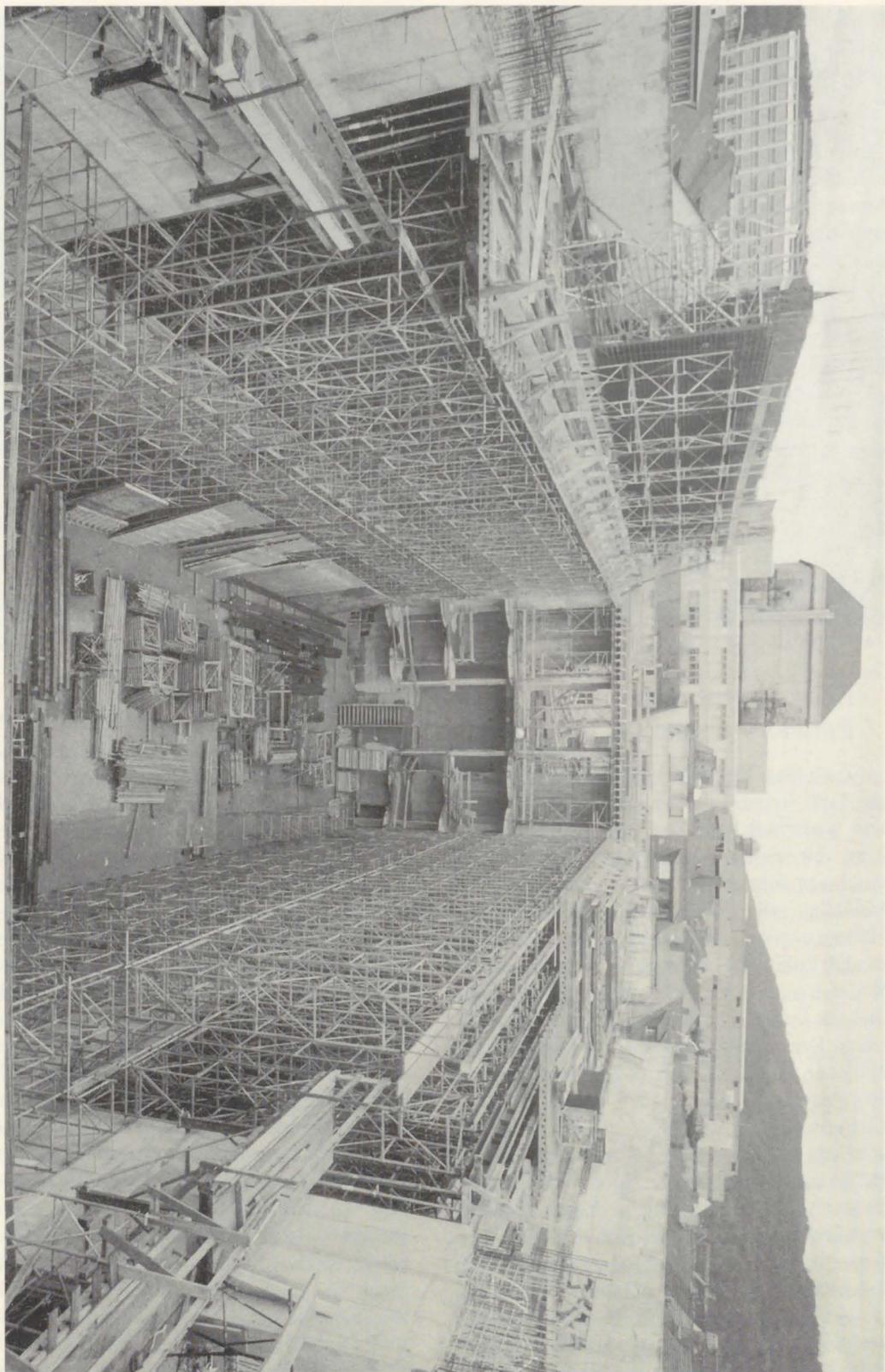
## ERÖFFNUNGSFEIER – ERÖFFNUNGSWOCHE

Zur offiziellen Eröffnung konnte OB Böhme 1600 Repräsentanten aus Politik, Kultur und Wirtschaft begrüßen bei einer Veranstaltung mit vielen harmonischen Gesten und durchweg gutgestimmten Gästen und mancher wohlklingenden Botschaft. Er nannte das 147 Millionen teure Gebäude eine „gute Investition in die Zukunft Freiburgs“, vor allem: „Das Konzerthaus ist ein Bekenntnis zur Offenheit und zur kulturellen Attraktivität“. Ministerpräsident Erwin Teufel erinnerte gerne an die 46 Millionen, mit denen Baden-Württemberg dieses ehrgeizige Unternehmen unterstützt hat. Und er fand, daß dieses Geld hier doch optimal angelegt sei. Der Architekt Dietrich Bangert/Berlin dankte bescheiden „für die wunderbare Bauaufgabe“. SWF-Intendant Peter Voß begründete den Umzug des großen SWF-Sinfonieorchesters von Baden-Baden nach Freiburg mit den unvergleichlich guten Möglichkeiten des neuen Freiburger Hauses und seiner glanzvollen Akustik. Ganz angemessen dieser städtebaulichen Singularität ist auch die Buchdoku-

mentation aus diesem Anlaß, herausgegeben von der Freiburger Stadtbau GmbH (Dr. Günther Petry, Hansjörg Oehm), in der Redaktion von Ulrich Homann und der Koordination von Rüdiger Mag, gestaltet von Margret Bangert und verlegt im Bangert-Verlag. Besonders wirkungsvoll und großartig: die Photographien von Rüdiger Buhl und Klaus Frahm. Von recht unterschiedlichem Gewicht sind die vielen Textbeiträge, auffällig dünn der Beitrag zur Kulturpolitik, eindrucksvoll dagegen die Fülle der technischen Daten.

Der „Tag der offenen Tür“ wurde zum erwarteten großen Volksfest und dies in wohlthuend gelöster Stimmung. Weit über 30 000 Besucher wurden gezählt – ein eindrucksvoller Abschluß einer i. ü. hochkarätigen, verheißungsvollen Eröffnungswoche, in der u. a. das Philharmonische Orchester, die Freiburger Barocksolisten, die SWF-Sinfoniker begeisterten und sich begeistern ließen; auch 1600 Ballgäste feierten eine Nacht lang in bester Stimmung. – Aber alles wurde übertroffen, als – endlich – „das Haus für alle“ geöffnet wurde, jeder sich informieren konnte über die multifunktionale Nutzung dieses „Konzerthauses“ – durch Musikkapellen verschiedensten Anspruchs, Chöre, Musikschulen, Tanzsportgruppen, Zirkusattraktionen u. a. m. Und das „Haus“ vermittelte ein gutes Gefühl von der Vielfalt der Möglichkeiten. Begeistert waren die Besucher von den Demonstrationen der aufwendigen Hebemechanik, der vielfach veränderbaren Situation vor allem im großen Saal mit seinen rund 1800 Plätzen, wo mit einzeln fahrbaren Segmenten sich nahezu jede wünschbare Gruppierung herstellen läßt; der große Saalboden selbst (850 qm) kann in verschiedenen Abstufungen gehoben und gesenkt werden. Dazu kommen noch verblüffende Beleuchtungsvariationen usw. Die Besucher waren fast einheitlich begeistert von der baulichen Qualität und den technischen Möglichkeiten. Vor allem haben auch die Versicherungen beruhigt, daß nicht nur die Veranstaltungen zu Beginn bestens besucht waren, sondern daß dieses Haus schon „bis weit ins nächste Jahr hinein“ völlig ausgebucht ist, vor allem auch für Tagungen verschiedenster Art. Die Erwartungen sind groß, daß dieser „Schlüssel für die Stadtentwicklung tatsächlich paßt“.

Abb. 2 Aus der Bauphase: Blick in den großen Saal.



Aufnahme: Rüdiger Buhl

## WESTENTWICKLUNG UND BAHNHOFSACHSE

Im März 1996 wurde in Freiburg nach langer Bauzeit der „West-Ring“ freigegeben, eine tiefgreifende Neugestaltung des Bahnhofsbereichs mit wichtigen Elementen der städtebaulichen Neuordnung, „die in Qualität und Quantität in den letzten Jahren ohne Beispiel ist“ (so Baubürgermeister von Ungern-Sternberg, seit 1977 Dezernent für das gesamte Bauwesen, seit 1984 Erster Bürgermeister). „Damit gelingt zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte eine echte Erweiterung der

Innenstadt“. Der Bürgermeister ist stolz darauf, daß Freiburg für die Planungskontinuität der sehr komplexen Westerweiterung in den vergangenen Jahren schon mehrfach ausgezeichnet wurde. Die Neugestaltung des Bahnhofsbereichs mit öffentlichen und privaten Investitionen von gut einer halben Milliarde Mark verlagert die Gewichte in dieser Stadt sehr deutlich, und behaglich wird man diese neue Stadtarchitektur im Gegensatz zum urbanen Ensemble der wiedererstandenen, „vor dem Zeitgeist geretteten“ Altstadt nicht nennen können. Aber die „Initialzündung“ zu dieser Umgestaltung muß man durchaus sehen in

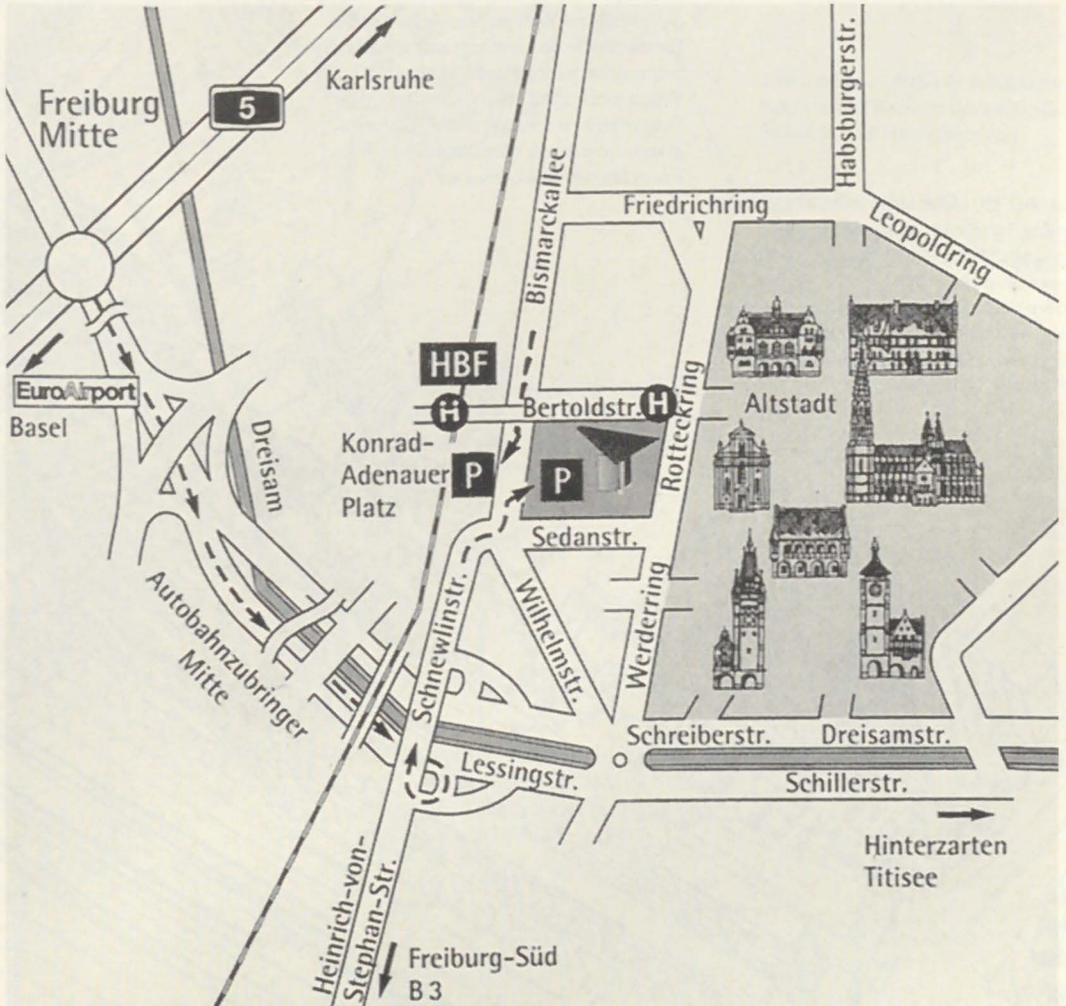


Abb. 3 Gut zur Orientierung in der Stadt: Lageplan des neuen Hauses

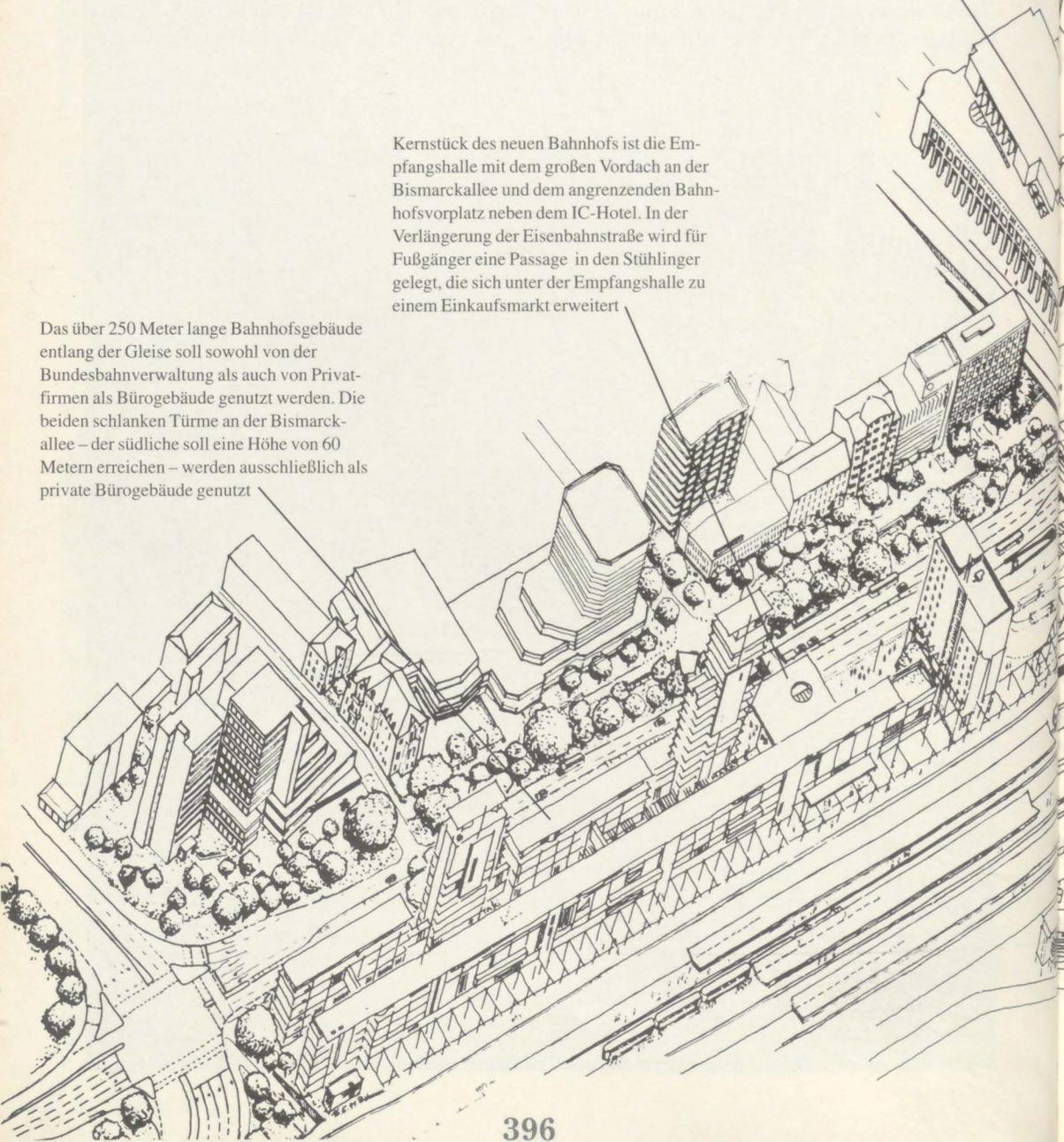
## VOGELPERSPEKTIVE

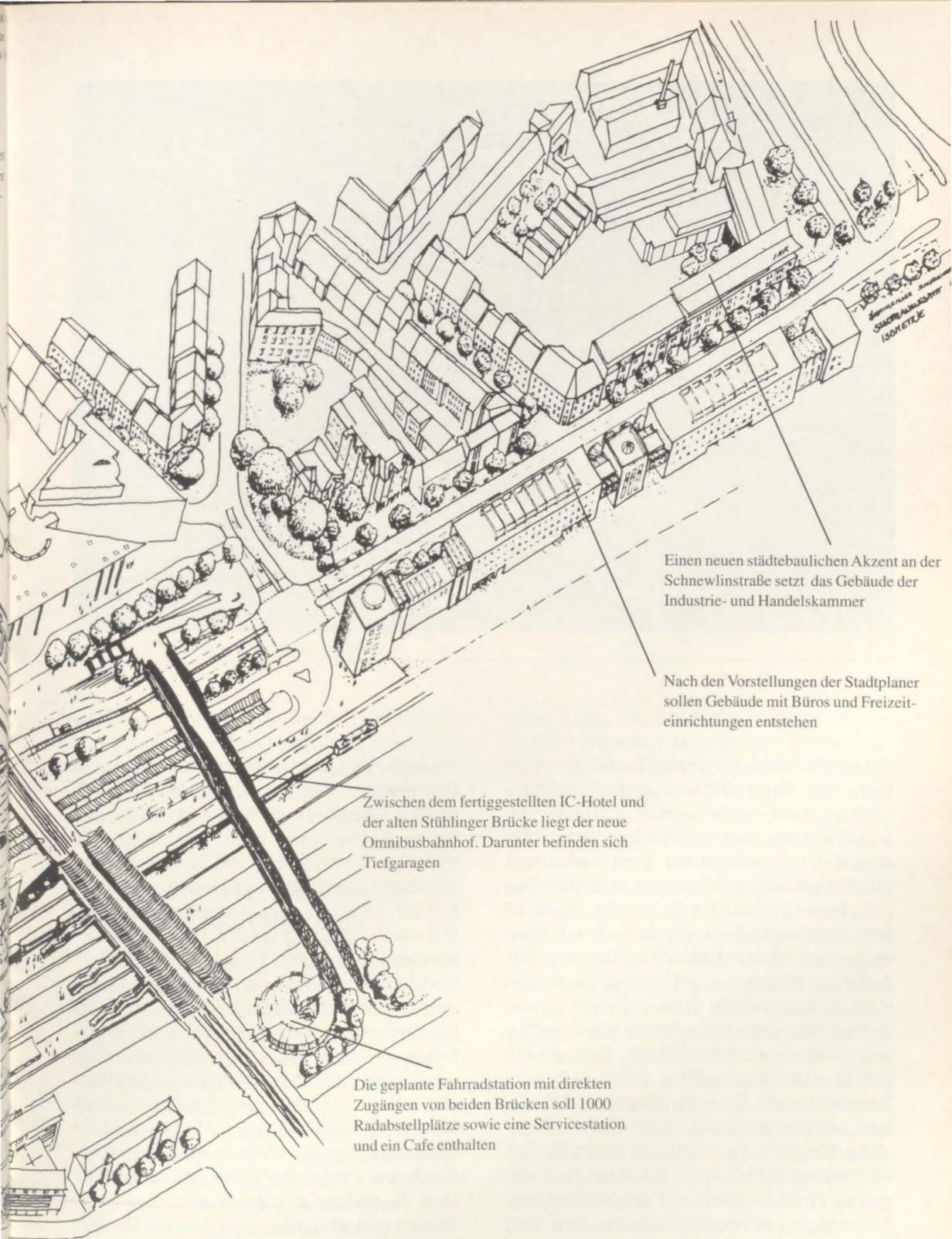
Einzelkartenverkauf für sämtliche K  
zerte ab 1. Juli 96 an allen bekannte  
Vorverkaufsstellen und Reisebüros  
START/KART.

Mit dem großen vorspringenden Dach öffnet  
das Konzerthaus den Blick in den Freiburger  
Westen. Durch die Verlegung der Bismarck-  
allee unter die alte Stühlinger Brücke ent-  
steht ein geräumiger Vorplatz, der Konrad-  
Adenauer-Platz

Kernstück des neuen Bahnhofs ist die Em-  
pfangshalle mit dem großen Vordach an der  
Bismarckallee und dem angrenzenden Bahn-  
hofsvorplatz neben dem IC-Hotel. In der  
Verlängerung der Eisenbahnstraße wird für  
Fußgänger eine Passage in den Stühlinger  
gelegt, die sich unter der Empfangshalle zu  
einem Einkaufsmarkt erweitert

Das über 250 Meter lange Bahnhofsgebäude  
entlang der Gleise soll sowohl von der  
Bundesbahnverwaltung als auch von Privat-  
firmen als Bürogebäude genutzt werden. Die  
beiden schlanken Türme an der Bismarck-  
allee – der südliche soll eine Höhe von 60  
Metern erreichen – werden ausschließlich als  
private Bürogebäude genutzt





Einen neuen städtebaulichen Akzent an der Schnewlinstraße setzt das Gebäude der Industrie- und Handelskammer

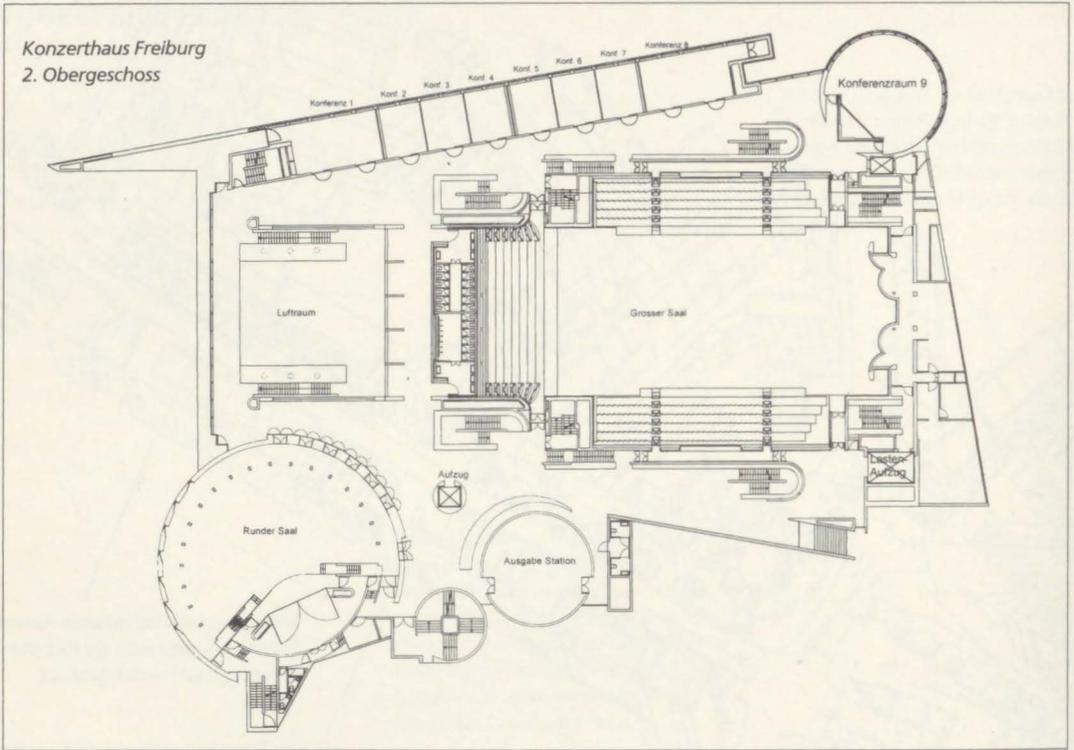
Nach den Vorstellungen der Stadtplaner sollen Gebäude mit Büros und Freizeiteinrichtungen entstehen

Zwischen dem fertiggestellten IC-Hotel und der alten Stühlinger Brücke liegt der neue Omnibusbahnhof. Darunter befinden sich Tiefgaragen

Die geplante Fahrradstation mit direkten Zugängen von beiden Brücken soll 1000 Radabstellplätze sowie eine Servicestation und ein Cafe enthalten

Abb. 4 Zeichnung Jürgen Dickmann, Stadtplanungsamt Freiburg

Konzerthaus Freiburg  
2. Obergeschoss



diesem Neubau des „Konzerthaus“. Es ist ein Kernstück dieser Öffnung, dieses „Brückenschlags“ nach Westen, exakt gebaut in Ost-West-Richtung, sowohl städtebaulicher Abschluß der Innenstadt wie auch Verbindung und gut gelungene Öffnung nach Westen. Das „unschöne Umfeld des Bahnhofs“ (FAZ) ist jetzt aufgewertet durch ein Bauwerk von überzeugender, vitaler Architektur; der Standort des Hauses kann nur als optimal bezeichnet werden. Verständlich, daß der Baubürgermeister ins Schwärmen kommt, wenn er von diesen neuen städtebaulichen Perspektiven spricht: „Das Konzerthaus öffnet sich nach Westen. Durch die hohe Glasfront fällt der Blick auf die Stühlinger Kirche über die Bahngleise hinweg in die westlichen Stadtteile. Das weit herausragende Dach führt aus dem verglasten Foyer ins Freie, auf den westlich vom Konzerthaus gelegenen Vorplatz. Von dort wendet sich der Schritt auf die Stühlinger Brücke, die die Gleise nach Westen überspannt“.

Auch der Architekt hat sich geäußert: „Die Dimensionen, die die Bahntrasse aufspannt, und als Gegenüber die Kirche im Stühlinger, hinter der die Sonne sinkt, zum andern die stadträumlich zerrissene und im Maßstab desorientierte Stadtkante zum Westen, offensichtlich auf der Suche nach dem eigenen Gesicht: Das war der Bauplatz vor dem Hintergrund der schönen Innenstadt . . .“. Dietrich Bangert hörte viel Lob für sein Werk, das Freiburg richtig „angemessen“ sei, ganz ohne Hang zum Spektakulären, trotz seiner imposanten Maße und seiner mächtigen Materialien nicht überwältigend, nicht „überragend“, nicht himmelstürmend. Den „Himmel in Stein“ haben die Freiburger seit dem Mittelalter, Freiburg bleibt Freiburg durch die unverwechselbare, unvergleichbare, einzigartige Silhouette seines Münsters, das für immer als das Wahrzeichen dieser Stadt stehen wird. Aber, nachdem der Freiburger Maßstab so geklärt ist: Die visuelle Auseinandersetzung mit diesem neuen ungewöhnlichen Bauwerk kann den Betrachter durchaus



Abb. 6 Luftaufnahme von Manfred Richter

faszinieren, vor allem ist es die Lebendigkeit und Transparenz dieses Gebäudes, das Leichtigkeit und Kraft zugleich ausstrahlt und mit vielen Ausblicken und vielen Einblicken eine gute Botschaft von Balance und Ausgleich vermitteln kann.

## FREIBURG — DIE KONGRESS- UND ORCHESTERSTADT?

Werden nun von diesem „Konzerthaus“ die Impulse ausgehen, die erwartet werden, die gefordert sind – für Freiburg, für die ganze Regio? Wird sich dieses Kulturzentrum gut plazieren auf einem doch sehr heftig umkämpften, konkurrierenden Markt der Konzerte, Konferenzen und Kongresse?

Man muß abwarten, mit Optimismus.

Sicher wird es in Freiburg nun wieder künstlerische Spitzenangebote geben. Aber vor allem soll doch dieses „Konzerthaus“ wohl zum seit langem gewünschten Mittelpunkt für ganz unterschiedliche musisch-kulturelle Wunschvorstellungen werden. Wenn die Freiburger sich 1846, als hier etwa 16 000 Men-

schen lebten, eine Stadthalle „leisteten“, die bis zu 5000 Menschen bequem Platz bieten konnte, werden die Freiburger und die Regio-Allemanden eineinhalb Jahrhunderte später hier doch wohl das „richtige“ Programmangebot zu schätzen wissen. Kongreß-Metropole, ja sicher! Man muß darauf setzen, daß das „Konzerthaus“ die Rolle der Stadt als „Brennpunkt des Informations- und Kulturaustauschs im Zentrum des Kontinents“ verstärken kann. Vor allem aber muß dieses „Konzerthaus“ auch eine Heimstatt, ein Festsaal der Bürgerschaft werden, den Zwecken eines gesellschaftsbewußten, vielschichtigen kommunalen Lebens dienen. Das „Konzerthaus“ wird die hohen Erwartungen nur erfüllen, wenn es zum offenen Ort der Begegnung wird – also sehr wohl, aber eben nicht nur für Yehudi Menuhin und die Berliner Philharmoniker und viele internationale Zelebritäten das noble Parkett und das schöne Ambiente bietet. Wer wird in diesem „Konzerthaus“ den richtigen Ton angeben?

Die städtischen Finanzen werden wohl dazu zwingen, daß dem „Druck der Popularisierung“ elastisch und dynamisch zugleich nach-

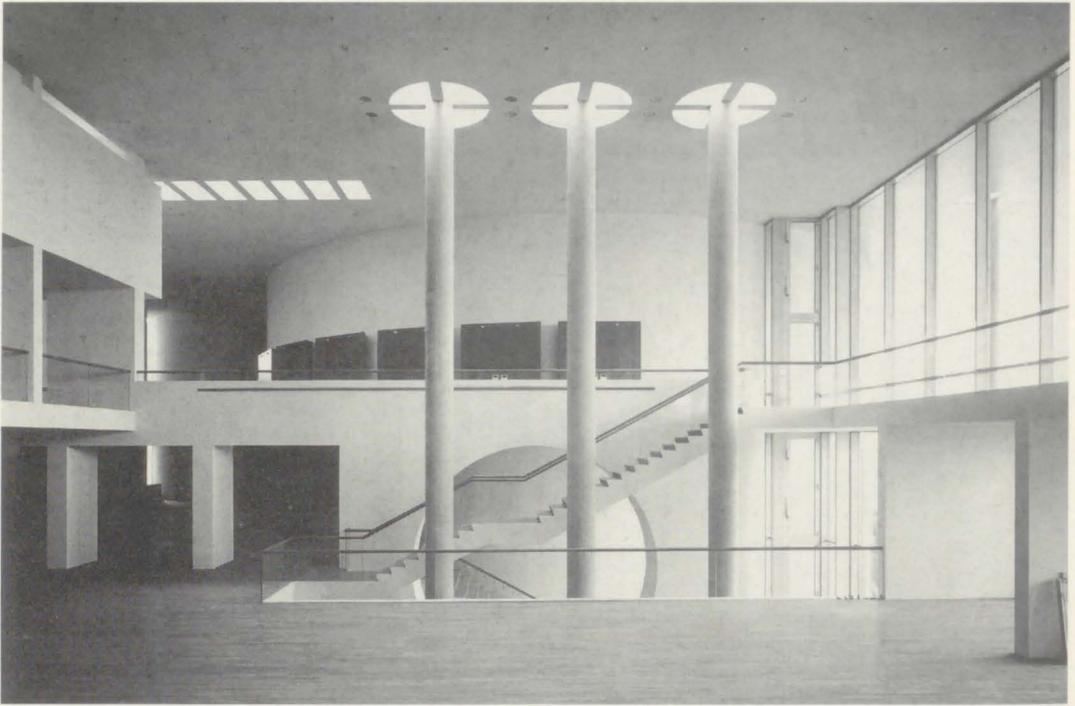


Abb. 7 Blick vom Saalfoyer zum Runden Saal

Aufnahme: Klaus Frahm



Abb. 8 Runder Saal mit Reihenbestuhlung (436 Plätze)

Aufnahme: Klaus Frahm

gegeben wird. Hans-Martin Gauger, der literarisch so glücklich ambitionierte Romanist, trifft den Kern, wenn er diesem Haus „Leben, viel Leben“ wünscht: „Keine abgeschottete Kulturburg, sondern eine lebendige, weiten Blick gewährende, mit vielen herabgelassenen Zugbrücken versehene, eine offene, eine in jeder Hinsicht freie Burg – für alle Freiburger und Freiburgerinnen!“ Auch der Landesvater Erwin Teufel hat die Nutzung angesprochen, die sehr facettenreich, sehr breit sein muß, „ein Haus für viele und vieles“. In einem Wettstreit von Phantasie und Produktivität und in einer in der Vielfalt gut getroffenen Mischung des Programmangebots muß der Erfolg gesucht

werden, ein lohnender Spagat. Das räumlich-bauliche Angebot dieses Freiburger „Konzerthauses“ (muß der Name so bleiben?) ist ungewöhnlich gut, läßt auf eine vortreffliche Zukunft hoffen. Wünschen wir, daß sie gelinge: die Balance zwischen Kunst und Kommerz, zwischen Geist und Geld.

Anschrift des Autors:  
Adolf Schmid  
Steinhalde 74  
79117 Freiburg

---

**CHRISTOPH DANIEL  
SCHENCK**



**BAROCKBILDHAUER  
VOM BODENSEE**

---

**AUSSTELLUNGSORTE  
UND ÖFFNUNGSZEITEN**

*21. September bis  
10. November 1996*

**Rosgartenmuseum Konstanz**  
Rosgartenstraße 3-5,  
78459 Konstanz

Öffnungszeiten:  
Di-Do 10-17 Uhr, Fr-So 10-16 Uhr  
Montags und an gesetzlichen  
Feiertagen geschlossen

Telefon: 0 75 31 / 90 02 46

*5. Dezember 1996 bis  
23. Januar 1997*

**Augustinermuseum Freiburg**  
Augustinerplatz, 79089 Freiburg

Öffnungszeiten:  
Di-So 10-17 Uhr

Telefon: 07 61 / 2 01 25 31

*23. Februar bis 13. April 1997*

**Württembergisches Landes-  
museum Stuttgart**  
Schillerplatz 6, 70173 Stuttgart

Öffnungszeiten:  
Di 10-13 Uhr, Mi-So 10-17 Uhr

Telefon: 07 11 / 2 79 34 00

## Erzwungene Begegnung

Ausländer und Deutsche während des 2. Weltkriegs

### „STAMMESGLEICHE, STAMMESFREMDE UND FREMDRASSIGE“

Unter dem Titel „Völkergemeinschaft im Lager“ brachte die Freiburger NS-Zeitung *Der Alemanne* im März 1943 einen Beitrag über ein Lager für ausländische Zwangsarbeiter in der Nähe von Wien. Es erschien dem Blatt geradezu als Modell für die Nachkriegszeit: „Das kommende Europa der Ordnung, der Sicherheit und der friedfertigen Arbeit, hier ist es auf kleinem Raum verwirklicht. Man arbeitet Schulter an Schulter, man lernt einander kennen, man versteht einander und man findet, daß man, alle nationalen Eigentümlichkeiten in Ehren, miteinander sehr gut auskommen kann. Das aber ist es, was die Achsenmächte wollen und wofür sie kämpfen: Arbeit, Ruhe, Ordnung! Daß das keine blutleere Utopie ist dafür sind solche Arbeitslager ein verheißungsvoller Beweis.“<sup>1</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt waren 6,5 Millionen Kriegsgefangene und zivile Ausländer zum „Arbeitseinsatz“ für die faschistische Kriegswirtschaft nach Deutschland deportiert worden.<sup>2</sup> Mit der Realität in den Zwangsarbeiterlagern hatte die Beschreibung des *Alemannen* zwar wenig Ähnlichkeit, aber eine Utopie war der „Ausländereinsatz“ in der Tat: zu ihrer Verwirklichung arbeiteten tausende von Experten daran, den „Arbeitsvölkern“ Europas auf Grund rassischer Merkmale ihren künftigen Platz im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich zuzuweisen.

Norweger, Schweden, Dänen, Holländer, Flamen und Engländer zählten nach der nationalsozialistischen Rassenanthropologie zu den „germanischen“ und damit „stammesgleichen“ Völkern. Als „stammesfremd“ galten dagegen die übrigen weißen, besonders die romani-

schen und die slawischen Völker, „deren Kern nicht nordisch ist.“ Noch unter diesen standen die als „fremdrassig“ bezeichneten Angehörigen „der übrigen Rassen und Rassengemischte außerhalb der weißen Rasse“. Nun liefen die Fronten im 2. Weltkrieg jedoch quer durch diese Kategorien, was eine Modifikation der Rassenlehre nach Maßgabe politischer bzw. militärischer Bündnisse unumgänglich machte. Trotzdem waren Verbündete wie Italiener, Spanier oder Ungarn als „Stammesfremde“ in dieser Hinsicht gegenüber erklärten Feinden wie den „stammesgleichen“ Holländern und Briten benachteiligt. Mehr als „gegenseitige Achtung und Wertschätzung“ durfte das Verhältnis der Deutschen zu ihren „minderwertigen“ Freunden nicht bestimmen, auf keinen Fall kam gar „eine blutliche Verschmelzung des deutschen Volkes mit den genannten Völkern befreundeter Nationen“ in Frage.<sup>3</sup>

Soweit die ideologischen Vorgaben. Doch inwieweit waren sie für den täglichen Umgang zwischen Deutschen und Ausländern tatsächlich maßgebend? Ließen sie sich mit virulenten Vorurteilen gegenüber bestimmten Ausländergruppen zur Deckung bringen oder entstanden Widersprüche? Die Beantwortung derartiger qualitativer Fragen ist naturgemäß schwierig, doch soll eine Annäherung zumindest versucht werden. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen von drei rassenideologisch unterschiedlich bewerteten Ausländergruppen:

1. Holländische Zivilarbeiter. Ausgewertet wurden schriftliche und mündliche Erfahrungsberichte einer Gruppe, die seit Sommer 1943 in der mittelbadischen Stadt Ofenbürg bei der Reichsbahn und bei Rüstungsbetrieben arbeiteten.
2. Italienische Zivilarbeiter und Militärinterne. Als Quellen wurden die Lageberich-

te des SD und veröffentlichte Erfahrungsberichte von Italienern herangezogen.

3. Mütter und Kinder aus der Sowjetunion und Polen. Die Darstellung stützt sich auf Veröffentlichungen zu Einzelaspekten und erhaltene Akten der NSDAP-Gauleitung Baden.

## „STAMMESGLEICHE“ FEINDE AUS HOLLAND

Daß auch zwischen „stammesgleichen“ Völkern Unterschiede bestanden, lernte eine Gruppe von Holländern schon einen Tag nach ihrer Ankunft in Offenburg. Bei einer Wanderung in der Umgebung hatten sie Äpfel von den Bäumen gepflückt; gleich am nächsten Tag drohte ihnen die Betriebsleitung mit Gefängnis, sollte das noch einmal vorkommen. Das war erst der Anfang: Da die neuen Arbeitskräfte des Rüstungsbetriebs weder Facharbeiter noch richtig angelernt waren, machten sie zwangsläufig bei der Arbeit Fehler. Stets bestellte sie der Meister dann umgehend zu sich und drohte ihnen wegen angeblicher Sabotage mit Konzentrationslager.<sup>4</sup> Jeder kleine Fehler bei der Arbeit diente als Vorwand zu Einschüchterungen: „Wenn bei uns etwas vorkam, war es immer Sabotage. Sie drohten immer gleich mit Einsperren, Arbeitslager, es war immer das gleiche.“<sup>5</sup> Der in Deutschland nicht nur bei Nazis übliche barsche Umgangston prägte die Erinnerungen der Holländer nachhaltig: „Es war nie möglich, in einem gewöhnlichen Ton mit ihnen zu sprechen oder sie etwas zu fragen. Sie schrien, beschimpften uns als faule Schweine, und drohten, drohten, drohten.“<sup>6</sup>

Da der Betriebsleitung für kleinere Verstöße disziplinarische Gewalt zustand, konnte sie Widersetzlichkeiten umgehend ahnden. Einen der Holländer versetzte sie zur Strafe in die Lackiererei, wo er ohne Gesichtsschutz arbeiten mußte, weil er im Winter draußen Holz in einem Faß angezündet hatte, um sich aufzuwärmen. Nach einem weiteren Zusammenstoß mit seinem Vorgesetzten mußte er mit den Russen Eisenträger schleppen: „Das war eine große Beleidigung, hat man gesagt, daß ich als Holländer, als Germane, mit dem Untervolk zusammenarbeiten mußte.“<sup>7</sup> Körperliche Mißhandlungen, bei Polen und Russen an der

Tagesordnung, waren bei Franzosen und Holländern zwar nicht die Regel, kamen aber dennoch vor. Nachdem eine Polin einen anderen Holländer wegen angeblicher Anstiftung zur Sabotage denunziert hatte, erschienen umgehend Meister und Obermeister, hielten ihn fest und schlugen ihn zusammen. Dann schleiften sie ihn zu einem Waschbecken und hielten ihn mit aufgepreßtem Mund unter den laufenden Wasserhahn, bis fast zum Ersticken. Mit geschwollenen Augen, einem Rippenbruch und kaputtgetretenem Kreuz brachten sie ihn anschließend als Betriebsunfall ins Krankenhaus.<sup>8</sup>

Aber nicht nur mit den Vorgesetzten, auch mit deutschen Kollegen gab es oft Probleme. Überdies ergaben sich kaum jemals ernsthafte Gespräche – oder höchstens heimlich, weil die Deutschen Angst hatten: selbst wenn sie in den Pausen umgänglich waren, paßten sie am Arbeitsplatz ihr Verhalten dem im Betrieb üblichen Ton an.<sup>9</sup> Das war in einem Betrieb, dessen Inhaber ebenso wie die Obermeister und Meister und viele Arbeiter Parteimitglieder waren und oft in Uniform zur Arbeit kamen, wohl unvermeidlich.<sup>10</sup> Bei anderen Firmen jedenfalls wurden „die Ausländer merklich besser behandelt, und die Kontakte mit den deutschen Mitarbeitern waren viel besser.“<sup>11</sup> Wie sich ein Holländer erinnert, war etwa bei der Reichsbahn „das Verhältnis zu den Deutschen“ während der Arbeit normal und meistens sachlich.<sup>12</sup> Es dürften hier internationalistische Traditionen der organisierten Arbeiterbewegung während des Krieges überwogen haben: Bedienstete der Reichsbahn und der Mitropa-Gesellschaft schmuggelten mindestens bis 1940 sozialdemokratische Druckschriften aus der Schweiz ein.<sup>13</sup> Aber auch hier herrschte ein Klima der Einschüchterung unter den Kollegen: „Im allgemeinen wagten sie es nicht, frei zu sprechen.“<sup>14</sup>

Drohungen und Gewalt waren auch im Lager an der Tagesordnung, an dessen Führer, einen städtischen Bediensteten, sich die Bewohner vor allem wegen einer Eigenschaft erinnern: „Immer schrie er die Menschen an, immer drohte er mit der Gestapo oder mit der Polizei, mit Einsperren.“<sup>15</sup> Daß die Lagerführung „durch Überspitzung des Autoritätsprinzips“ eine brisante Stimmung unter den 300

bis 400 Insassen erzeugt hatte, war auch der Stadtverwaltung bekannt, die das Lager als Treuhänder der örtlichen Wirtschaft errichtet hatte und unterhielt. In einem Fall hatte der Lagerführer einen jungen Mann grundlos ins Gesicht geschlagen.<sup>16</sup> Das war selbst dem Oberbürgermeister zuviel, der seinen Untergebenen bei der nächsten Besprechung dafür tadelte,<sup>17</sup> ohne allerdings viel zu erreichen.<sup>18</sup>

Umgekehrt konnte auch die deutsche Zivilbevölkerung mit den Ausländern in der Regel nicht viel anfangen. Sobald das Gespräch auf Politik, den Krieg, das Essen, die Arbeit oder das Lager kam, zeigten sich die Deutschen meist plötzlich reserviert. Dazu mochte das Mißverständnis beitragen, die Holländer seien als Freiwillige gekommen, um Deutschland den Krieg gewinnen zu helfen.<sup>19</sup> Allerdings wurden mit der Zeit Unterschiede deutlich: Gasthäuser, in denen vorwiegend die marginalisierten Schichten verkehrten, hinterließen angenehmere Erinnerungen als die eher gutbürgerliche Gastronomie: „Die Leute dort waren ganz anders als in der Umgebung des Bahnhofs. Man ließ uns in Ruhe, beim Essen wurden wir gut und freundlich bedient.“<sup>20</sup>

Kennzeichnend für dieses prekäre Verhältnis, das jederzeit umschlagen konnte, ist ein Vorfall in einem gehobenen Restaurant, in dem fast nur deutsche Offiziere verkehrten. Eine Gruppe Holländer, die von zu Hause Instrumente mitgebracht hatten, erhielt vom Wirt die Erlaubnis aufzutreten. „Am Anfang haben sie nur deutsche Lieder gespielt. Dann haben sie Jazz gespielt, amerikanische Musik, das durfte man nicht, den *Tiger Rag*, *In The Mood* – und die Deutschen . . . Der Chef war wütend, er ging zu den Musikern und zu uns und sagte: Raus, raus, raus, sonst rufe ich die Polizei! Wir sind alle raus, zu bezahlen brauchten wir nicht.“<sup>21</sup> Ein Holländer resümiert seine Erfahrungen mit dem Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen folgendermaßen: „Unser Verhältnis zu den Offenburgern war bei Stahlbau Müller sehr schlecht. Außerhalb der Fabrik, in Läden und Restaurants, war es kühl bis distanziert.“ Die Bereitschaft, für den Sieg Opfer zu bringen, war bis in die letzten Kriegsmomente das einigende Band, das die Deutschen hinter ihre Führung scharte. Die Holländer dagegen sahen, bis auf wenige Ausnahmen, der

deutschen Niederlage mit Ungeduld entgegen. Um die Jahreswende 1944/45 bestand keine realistische Aussicht auf einen deutschen Sieg mehr. Es ist deshalb verständlich, wenn derselbe Holländer, der Anfang Dezember mit seinem Betrieb in den Schwarzwald evakuiert worden war, bei der dortigen Bevölkerung eine ganz andere Einstellung zu den Ausländern beobachtete: „Später in Schramberg war die Haltung der Bevölkerung den Ausländern gegenüber vollkommen anders. Man war freundlich und zuvorkommend, auch gegenüber anderen Nationalitäten wie Franzosen, Italienern, Russen und Polen.“<sup>22</sup> Indem die Deutschen in letzter Minute noch freundlich zu ihren ehemaligen Zwangsarbeitern waren, konnten sie hoffen, nach der Besetzung durch die Alliierten, mit der bald zu rechnen war, vor ihrer Rache einigermaßen sicher zu sein.

## VON UNGELIEBTEN VERBÜNDETEN ZU VERACHTETEN FEINDEN: DIE ITALIENER

Komplizierter war die Situation der Zivilarbeiter aus Italien, auf die die deutsche Wirtschaft, der während der Kriegsvorbereitungen vor allem im Rüstungssektor Facharbeiter fehlten, seit 1938 hatte zurückgreifen müssen.<sup>23</sup> Abkommen zwischen Rom und Berlin verschafften den italienischen Arbeitern in Deutschland auf den ersten Blick einen privilegierten Status: damit sie dem Ruf der deutschen Waffenschmieden folgten, hatte man ihnen Auslösung, Lohnersparnistransfers, Ernährungszulagen, regelmäßige Heimfahrten, vor allem deutschen Arbeitern gleichgestellte Bezahlung und Rechtsstellung zugesagt. Aber bald mußten die „Gastarbeiter“ feststellen, was das in deutschen Betrieben etablierte Führerprinzip bedeutete: im Gegensatz zu Italien, wo sie durch ihre Syndikate auf Arbeitsbedingungen, Löhne und Preise Einfluß nehmen konnten, verfügten sie genausowenig wie ihre deutschen Kollegen über eine eigene Interessenvertretung.<sup>24</sup>

Auch sonst bot das stets an Devisenmangel leidende Deutsche Reich genug Anlaß zur Unzufriedenheit: Den auf 350,- Mark beschränk-

ten Gesamtbetrag für Lohnüberweisungen in die Heimat hatten im Herbst 1939 viele bereits ausgeschöpft, Verpflegung und kulturelle Betreuung ließen zu wünschen übrig, und Urlaubsheimfahrten wurden nach Kriegsbeginn eingeschränkt.<sup>25</sup> Nach und nach eskalierte das gespannte Verhältnis zum offenen Konflikt. Viele Italiener fühlten sich betrogen und verliehen ihren Forderungen nach höheren Löhnen und besserer Verpflegung mit Arbeitsniederlegungen Nachdruck. Manche Betriebe versuchten, allerdings vergeblich, bereits abgeschlossene Arbeitsverträge mit Italienern zu kündigen,<sup>26</sup> andere verhinderten durch Einsatz des Überfallkommandos, daß der Funke der Rebellion auf die deutsche Belegschaft übersprang.<sup>27</sup> Aber der Gestapo waren die Hände gebunden: Anfang 1941 intervenierte die italienische Regierung gegen die Mißhandlung italienischer Arbeiter in „Arbeitsziehungslagern“ und die öffentliche Diskriminierung deutscher Frauen wegen Beziehungen zu Italienern. Fortan blieben Belehrungen und Verwarnungen, äußerstenfalls die Abschiebung, einzige Disziplinierungsmittel gegen unbotmäßige Italiener.<sup>28</sup> Um sie in ihrer Freizeit wenigstens von der deutschen Bevölkerung fernzuhalten, sollten sie geschlossen in Lagern untergebracht werden, was angesichts fehlender Räume und Baracken vorläufig jedoch nicht generell durchführbar war.<sup>29</sup>

Angesichts beschränkter Disziplinierungsmaßnahmen häuften sich Beschwerden aus den Betrieben über die schlechten Arbeitsleistungen der Italiener, die schon im Oktober 1940 nur mit 65 Prozent derjenigen deutscher Arbeiter beziffert worden waren.<sup>30</sup> Auch klagten sie über die hohe Kosten, weil sie zum Lohn noch Auslösung zahlen, für zusätzliche Lebensmittel sorgen und überdies Hilfspersonal wie Lagerführer, Dolmetscher, Köche und Barackenwärter einstellen mußten.<sup>31</sup> Ins gleiche Horn stießen die deutschen Arbeiter, wenn sie sich immer wieder über die mangelnde Qualifikation, die Unzuverlässigkeit, vor allem über die vermeintlich höheren Löhne ihrer Kollegen aus dem Süden beschwerten; dies war allerdings ein Mißverständnis, da Italiener, von Trennungszulagen und Auslösung abgesehen, den selben Lohn wie deutsche Arbeiter erhielten.<sup>32</sup>

Bei großen Teilen der Bevölkerung galten Italiener als Drückeberger, die es sich in Deutschland gutgehen ließen, während im italienischen Nordafrika deutsche Soldaten kämpfen mußten.<sup>33</sup> In der Öffentlichkeit seien sie bis spätnachts „lärmend und gröhlend“ auf den Straßen anzutreffen, außerdem würden sie offen die Warenknappheit kritisieren.<sup>34</sup> Empörte Volksgenossen denunzierten Italiener wiederholt, daß sie „deutsches“ Essen verachteten und oft gar mit Absicht vergeudeten.<sup>35</sup> Daß Italiener Lebensmittelpakete aus der Heimat erhielten, brachte ihnen den Vorwurf ein, sie trieben Schwarzhandel damit und schickten den Erlös nach Hause.<sup>36</sup> Auch daß sie deutsche Frauen und Mädchen „belästigen“, wurde immer wieder kolportiert.<sup>37</sup> Obwohl ein Verbot von Beziehungen zwischen Deutschen und Italienern keine gesetzliche Grundlage hatte, sofern der italienische Partner nicht „mit einem Erbleiden behaftet“ war oder einen „fremdrasigen Einschlag“ zeigte, versuchte die Gestapo dennoch, durch Druck und Versetzung an einen entfernten Arbeitsplatz einzugreifen.<sup>38</sup> Gelegentlich wurden beide Motive verknüpft: mit Lebensmittelpaketen aus der Heimat würden Italiener deutsche Frauen kaufen.<sup>39</sup>

Als Italien am 8. September 1943 aus der Front mit Deutschland ausscherte, traf die deutsche Rache für den „Verrat“ der italienischen Armee mehr als 600 000 italienische Soldaten, die die Wehrmacht im Herbst 1943 entwaffnete und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppte.<sup>40</sup> Die Forderung nach Härte gegen die „Italienischen Militär-Internierten“ einte nun in Deutschland Führung und Bevölkerung auf selten einhellige Weise. Um „die dem deutschen Volk angetane Schmach“ zu tilgen, meldete der SD im Dezember 1943, fordere die Bevölkerung die rücksichtslose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf „formale Rechtsbestimmungen“. „Krüppel, Pack, Feiglinge, Badoglio-Schweine, Verräter, Schweinebande, dreckige Italiener“ – das sind nur einige Auszüge aus der Litanei der Beschimpfungen, die den ehemaligen Verbündeten aus der deutschen Bevölkerung entgegenschlug.<sup>41</sup> Daß der SD die Stimmung damit durchaus zutreffend wiedergab, belegen Erinnerungen von Italienern, die – wie in Bremerförde – von zehn- bis zwölfjährigen Jungen

bespuckt, mit Steinen beworfen und als „Bado-glios“ und „Schweine“ beschimpft<sup>42</sup> oder – beim Volkswagenwerk – auf dem Weg zwischen Lager und Fabrik von der Zivilbevölkerung beleidigt und verhöhnt wurden.<sup>43</sup> Auch an Schwerarbeiter teilte das Volkswagenwerk täglich nur 350 Gramm Schwarzbrot, 500 Gramm Kartoffeln, 15 Gramm Margarine, 15 Gramm Salami und eine wäßrige Steckrüben- oder Gerstensuppe aus, dazu ein- oder zweimal im Monat zusätzlich 300 Gramm Weißbrot und 56 Zigaretten – falls diese Ration nicht aus disziplinarischen Gründen gekürzt wurde.<sup>44</sup>

Aus schierer Verzweiflung klaubten die Militärinternierten Kartoffelschalen und selbst die ekelhaftesten Küchenabfälle aus den Müll-eimern zusammen. Bei Krupp in Rheinhausen verloren sie im ersten Quartal 1944 durchschnittlich 9 Kilo, in Einzelfällen bis zu 22 Kilo Gewicht, jeder vierte war wegen Unterernäh-rung nicht arbeitsfähig. Andere Betriebe mel-deten ähnliche Zustände.<sup>45</sup> Die miserable und unzureichende Ernährung verursachte Darm-krankheiten, Blasen- und Nierenentzündun-gen, Tuberkulose und Malaria, woran infolge der allgemeinen Schwäche viele starben.<sup>46</sup> Dreck, Gestank, Läuse und Flöhe machten das Leben in den Lagern vollends zur Hölle.<sup>47</sup>

Die Arbeitsleistung der italienischen Mili-tärinternierten blieb deshalb weit hinter der aller anderen Ausländer zurück. Sie gingen „unlustig, schlapp und faul an die Arbeit“, würden ständig versuchen, sich krankschrei-ben zu lassen, und auf den Arbeitsstellen mit den Händen in den Taschen zusehen, wie die deutschen Vorarbeiter arbeiten, und außerdem bei jeder Gelegenheit deutsche Frauen belästi-gen, meldete der SD im Dezember 1943.<sup>48</sup> Die beanstandeten Arbeitsleistungen hatten die Be-hörden allerdings selbst zu verantworten: von der schlechten Ernährung abgesehen, wurden italienische Militärinternierte bis zur Jahres-wende 1943/44 selten ihrem Beruf entspre-chend eingesetzt. Häufig waren Facharbeiter zur Aufräumungsarbeiten in bombardierten Städten eingesetzt, während der Rüstungs-in-dustrie Ungelernte oder Landarbeiter zugewie-sen wurden.<sup>49</sup>

Selbst den rund 186 000 „bündnistreuen“ italienischen Soldaten, die weiterhin an der Seite der Wehrmacht kämpften, erging es nicht

besser.<sup>50</sup> Deutsche Offiziere behandelten kämp-fende italienische Einheiten als „minderwertige Menschen“, selbst bei Verbänden der Waffen-SS wurden sie gedemütigt, erniedrigt und ge-quält, mit Vorliebe in Gegenwart von Angehöri-gen anderer Nationen.<sup>51</sup> Am Ende des Krieges waren 45 000 Militärinternierte tot, nicht ge-rechnet die an der Front Gefallenen. Davon waren mindestens 20 000 in Lagern verstor-ben, 5400 im östlichen Operationsgebiet ver-mißt oder getötet worden, 13 300 beim Unter-gang von Gefangenentransportern ertrunken, und bis zu 6300 ermordet worden.<sup>52</sup>

## UNERWÜNSCHTER NACHWUCHS AUS POLEN UND DER SOWJETUNION

Völlig schutzlos den nationalsozialistischen Bevölkerungsplanungen preisgegeben waren Frauen und Kinder aus dem Osten. Im Septem-ber 1944 waren zwei der sechs Millionen zivi-len ausländischen Arbeitskräfte in Deutschland Frauen, davon 586 000 aus Polen und 1,1 Millionen aus der Sowjetunion.<sup>53</sup> Angesichts dieser Größenordnung mußte die deutsche Wirtschaft durch Schwangerschaft und Geburt zunehmend auf einen Teil ihrer Arbeitskraft verzichten und überdies die Neugeborenen ver-sorgen. Zunächst hatten die Behörden deshalb schwangere Ausländerinnen in ihre Heimat zurückgeschafft,<sup>54</sup> aber als 1943 das Arbeits-kräftereservoir Sowjetunion zu schrumpfen be-gann, traten Maßnahmen im Rahmen der Sied-lungspolitik im Osten in den Vordergrund. Schon seit 1939 waren Schwangerschaftsunter-brechungen „aus rassischen Gründen“ erwo-gen, bis 1943 dann Schritt für Schritt die juristischen Sanktionen für Abtreibung bei Russinnen und Polinnen außer Kraft gesetzt worden.<sup>55</sup> Diese Entwicklung hatten seit 1940 unter der Bezeichnung „Generalplan Ost“ lau-fende Vorbereitungen begünstigt, die darauf hinausliefen, die „überschüssige“ Bevölkerung der besetzten Ostgebiete durch Vertreibung und Ausrottung um 31 Millionen Menschen zu reduzieren.<sup>56</sup> Längerfristig war die „völlige bio-logische Vernichtung des Russentums“ ge-plant, wozu jedes Mittel recht war, das sich eignete, die Bevölkerung zu dezimieren.<sup>57</sup> Ex-

perimente zur medikamentösen Sterilisation, zur Röntgenkastration und ein im Konzentrationslager Ravensbrück getestetes Verfahren zur Sterilisation durch intrauterine Einspritzung von Silbernitrat gehören in den Kontext dieser Pläne.<sup>58</sup>

Seit Anfang 1943 entschieden Gutachter bei den Ärztebezirksvereinigungen der Ärztekammern im Namen des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKFDV) über einen Schwangerschaftsabbruch.<sup>59</sup> War der Vater ein „nicht germanischer“ Mann, wurde die Zustimmung automatisch erteilt. In Fällen dagegen, in denen ein „germanischer Erzeuger“ vermutet wurde, auch bei Polinnen, die „einen rassisch guten Eindruck“ machten, war eine rassische Überprüfung nach den Richtlinien des RKFDV erforderlich, da „erbgesunder, germanischer“ Nachwuchs durchaus erwünscht war.<sup>60</sup> Die Kosten für den Eingriff trugen die Landesarbeitsämter.<sup>61</sup>

Die Maßnahmen erfaßten auch bereits geborene Kinder. Seit Mitte Dezember 1942 wurden schwangere Ausländerinnen, bei denen der Termin für einen Abbruch – er wurde bis zum vierten, manchmal bis zum fünften Monat vorgenommen – verstrichen war, wenn möglich nicht mehr heimgeschickt, sondern mußten in Ausländerbaracken von Krankenhäusern oder Krankenbaracken in Betrieben entbinden. Dazu waren Still- und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen „einfachster Art“ geschaffen worden.<sup>62</sup> Als „gutrassischer und erbgesunder Nachwuchs“ klassifizierte Kinder kamen „zur NSV-Betreuung in Kinderheime für Ausländerkinder oder in Familienpflege“. „Negative Fälle“ dagegen wurden von ihren Müttern getrennt und in „Ausländer-Kinderpflegestätten“ untergebracht.<sup>63</sup> Diese dienten dazu, den unerwünschten Nachwuchs möglichst unauffällig zu beseitigen. Krankheiten, Unterernährung, Ungeziefer und mehr oder weniger absichtliche Vernachlässigung ließen die Todesrate auf bis zu 100 Prozent steigen. Das waren jedoch nicht überall die einzigen Todesursachen. Nach Aussage einer polnischen Mutter wurde ihr Neugeborenes in einem Betriebskinderheim in Kelsterbach mit mehreren anderen durch Punktation des Rückenmarks getötet. Insgesamt starben in diesem Heim während

des Krieges 93 Kinder im Alter bis zu acht Jahren.<sup>64</sup>

Im Januar 1944 bilanzierte der SD, daß die Zunahme der Schwangerschaften sich insbesondere auf dem Land sowohl „volkspolitisch als auch arbeitseinsatzmäßig äußerst nachteilig“ auswirke, da dort von wenigen Ausnahmen abgesehen noch keine Ausländer-Kinderheime eingerichtet worden seien.<sup>65</sup> Man wird einen Zusammenhang mit dieser Kritik darin sehen dürfen, daß die Gauleitung von Baden sich kurz darauf als Vorreiter der Vernichtungspolitik im ländlichen Raum zu profilieren versuchte. Zwischen Januar 1943 und März 1944 waren in Baden mehr als 250 Ausländerkinder geboren worden,<sup>66</sup> insgesamt ging man von wenigstens 1000 ausländischen Kindern aus.<sup>67</sup> Bei einer Besprechung im Straßburger Gaustabsamt am 3. März 1944 diskutierten Vertreter zahlreicher NS-Organisationen, der Sicherheitspolizei, des SD und des SS-Führers Südwest Maßnahmen gegen schwangere Ausländerinnen in der badischen Landwirtschaft.<sup>68</sup> Die damit verfolgte Absicht verrät ein Satz aus dem Besprechungsprotokoll: „Aufgabe aller beteiligten Stellen ist nicht die Sorge um die Kinder, sondern möglichst einen Rückgang dieser Geburten herbeizuführen.“<sup>69</sup> Kurzfristig, so das Kalkül, würde auf diese Weise die Arbeitskraft ihrer Mütter der deutschen Landwirtschaft nicht verlorengehen, langfristig könnten Russen und Polen gemäß den Planungen der Bevölkerungsstrategen dezimiert werden. Die daraufhin ergangenen Richtlinien zur Behandlung schwangerer Russinnen und Polinnen lagen auf der bereits praktizierten Linie, immer dann automatisch eine Abtreibung vorzunehmen, wenn der Vater selbst ein Russe oder Pole war, und bei Polen die „Eindeutschungsfähigkeit“ zu überprüfen, bei Russen dagegen nicht. Aber selbst wenn der Vater „Germane“ war, wurde sein Nachwuchs dennoch vom Rasse- und Siedlungs-Hauptamt der SS nach rassischen und erbgesundheitlichen Kriterien selektiert – entweder für die NSV-Kinderheime, wo sie überleben konnten, oder für die Vernichtung in den „Ausländer-Kinderpflegestätten“.<sup>70</sup>

Es sind wenige Einzelheiten über die Durchführung des Abtreibungsprogramms bekannt. Eine Aufstellung vom März 1944 ver-

zeichnete 11 Entbindungs- und Säuglingsheime in Betrieben, 12 betriebliche Ausländer-Kinderhorte, 10 Entbindungs- bzw. Säuglingsstationen in Lagern und 12 Krankenhäuser mit getrennten Entbindungsstationen für Ausländerinnen.<sup>71</sup> Eine – allerdings unvollständige – Liste des Gaustabsamts verzeichnet für Baden-Elsaß 653 Geburten, 314 im Frühjahr 1944 bestehende Schwangerschaften und 42 bisher vorgenommene Abtreibungen (Bruchsal: 9; Donaueschingen: 15; Emmendingen: 9; Müllheim: 2; Villingen: 4; Wertheim: 3).<sup>72</sup> Das Bild ist indessen lückenhaft, da einige Kreisleitungen den Vollzug der Maßnahmen zwar bestätigt, jedoch keine Zahlen genannt hatten. Danach wurden Abtreibungen im Mai 1944 außerdem in den Kreisen Neustadt, Freiburg, Wolfach, Konstanz und Wertheim vorgenommen. Die Einrichtung von Kinderheimen bestätigten die Kreisleitungen Freiburg, Wolfach und Konstanz.<sup>73</sup>

Die Gesundheitsämter wälzten die Exekution ihrer Entscheidungen auf das Krankenhauspersonal ab. Im nordbadischen Sinsheim erhielt die Klinik vom Gesundheitsamt die Aufforderung, „Schwangerschaftsunterbrechungen bei Ostarbeiterinnen auszuführen, so wie sie das Gesundheitsamt laufend einweisen kann, d. h. so wie bei uns Betten frei werden.“<sup>74</sup> Die Kloostervorsteherin der Ordenskrankenschwestern wandte sich in ihrer Not an den Freiburger Erzbischof Groeber, der sich jedoch mit einem eher lauen Schreiben an Titularbischof Heinrich Wieneken, den Leiter des Commissariats des Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin, begnügte.<sup>75</sup>

Ins Stocken kam das Mordprogramm durch mangelnde Koordination der Maßnahmen. Nach einer Anordnung von Reichsgesundheitsführer Dr. Conti waren Abtreibungen nach Möglichkeit nur in Baracken für Ostarbeiter und durch russische Ärzte vorzunehmen. Darauf beriefen sich viele Klinikleitungen, um die Maßnahme sabotieren zu können. Da jedoch in Baden kaum russische Ärzte vorhanden waren, kam die Aktion teilweise, am Bodensee sogar vollständig zum Erliegen. Das Gauamt für Volksgesundheit forderte deshalb von Conti eine ergänzende Anordnung, die es ermöglicht hätte, bei Fehlen von russischen Ärzten die Zwangsabtreibungen ihren deutschen Kolle-

gen zuzumuten.<sup>76</sup> Eine abschließende Bilanz läßt sich mangels Quellen nicht ziehen. Wie viele Abtreibungen tatsächlich durchgeführt wurden, muß deshalb ebenso offen bleiben wie die Zahl der in Kinderheimen getöteten Opfer.

Das gilt auch für das gesamte Reichsgebiet, für das lediglich eine Reihe von Einzeluntersuchungen vorliegt. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Entwicklung in den einzelnen Regionen widerspruchsvoll und ungleichzeitig verlief und selbst von einzelnen Gauleitungen nicht forciert wurde. Gesichert ist unter anderem, daß im Gau Ost-Hannover mehr als zwanzig solcher Kinderlager existierten,<sup>77</sup> daß in Oberfranken zwischen Mai 1943 und April 1945 637 Anträge auf Schwangerschaftsabbruch bei Ostarbeiterinnen gestellt und mehr als 80 Prozent davon auch durchgeführt wurden,<sup>78</sup> und daß in Hamburg zwischen Oktober 1943 und Mai 1945 insgesamt 619 Genehmigungen für Abtreibungen erteilt wurden.<sup>79</sup> Unstritten ist, inwieweit betroffene Frauen der Abtreibung freiwillig zustimmten. Daß es mit der angeblichen Freiwilligkeit nicht weit her war, galt aber schon 1948 den Nürnberger Richtern als unbestreitbare Tatsache.<sup>80</sup> Und zumindest indirekt lassen die für Baden erhaltenen Dokumente erschließen, daß die Gauleitung systematisch die Dezimierung der slawischen Bevölkerung durch Abtreibungen einerseits, Wegnahme und „Eindeutschung“ der „guttrassigen“ Kinder andererseits betrieb.

## STAATLICH VERORDNETER RASSISMUS UND POPULÄRE VORURTEILE

Vergleicht man die Vorgaben der nationalsozialistischen Rassenideologie mit dem realen Verhältnis zwischen Deutschen und einzelnen Ausländergruppen, so lassen sich Diskrepanzen feststellen, die zu Reibungsverlusten führen konnten. Für die meisten Holländer waren die Deutschen Angehörige einer Besatzungsmacht, die sie unterdrückte. Sie suchten keine Kontakte, die sich allenfalls auf einer persönlichen Ebene ergeben konnten, auf der die politischen Implikationen ausgeblendet blieben. Das Verhältnis der Deutschen zu den Holländern dagegen ergibt ein differenzierte-

res Bild. Parteimitglieder, ob Vorgesetzte, Kollegen oder Lagerführer, sahen ungeachtet ihrer „germanischen“ Herkunft in ihnen zunächst Arbeiter, die sie durch Einschüchterung, teilweise auch durch körperliche Gewalt und Ausschöpfen aller Sanktionen zwingen, für den Sieg Deutschlands zu arbeiten. Da dieses Ziel der kleinste gemeinsame Nenner zwischen NS-Führung und der Mehrheit der Bevölkerung war, blieb eine generelle Fremdheit bestehen. Sie konnte sich mit zunehmender Distanz zu den Kriegszielen verringern, bei Kontakten mit ehemaligen sozialistischen oder kommunistischen Arbeitern beispielsweise oder mit Angehörigen des Subproletariats.

Hinsichtlich der Italiener versuchte die Führung, allerdings nur aus taktischen Gründen, bis 1943 vergeblich, die in der Bevölkerung verbreitete Vorurteilsstruktur durch Propaganda aufzubrechen. Die Angehörigen der verbündeten Achsenmacht galten als Drückeberger, als unqualifiziert, faul und anspruchsvoll, außerdem war vielfach die Angst vor der Konkurrenz des *latin lover* unübersehbar. Nach verbreiteter Meinung waren sie nicht Freunde, sondern, wo nicht rassistisch, so doch kulturell Minderwertige. Die Italiener ihrerseits sahen sich keineswegs als Hilfsarbeiter, sondern selbstbewußt als Partner der Deutschen, deren spontane Äußerung eigener Lebensart den Deutschen als unzulässige Kritik, wenn nicht Mißachtung deutscher Sitten erschien. Dieselben Vorurteile schlugen nach dem Kriegsaustritt Italiens den Militärinternierten entgegen, erweitert um den Vorwurf des Verrats, der sich in Formen äußerte, die unverhohlene Rachsucht erkennen lassen. Die auf Goebbels' Durchhalteparolen eingeschworenen Deutschen reagierten mit Unverständnis auf eine Mentalität, die vor dem Abgrund der totalen Niederlage Halt zu machen vermochte. Der staatliche Rassismus holte nun die Vorurteile der Bevölkerung ein, die den Freundschaftsgesten der Führungen nie gefolgt war.

Frauen aus der Sowjetunion und Polen und ihre Kinder waren doppelt Opfer der NS-Politik: Als ausgebeutete Arbeitskräfte entrechtet und zur Unterstützung des Krieges gegen ihre Heimat gezwungen, als (werdende) Mütter Objekte der Bevölkerungsplanungen für ein Europa unter nationalsozialistischer Hegemonie.

Diese Maßnahmen liefen da am reibungslosesten, wo Industriebetriebe die Entbindungsstationen und Kinderheime betrieben. Auf dem Land dagegen, wo öffentliche und vor allem kirchliche Einrichtungen einbezogen wurden, finden sich durchaus Beispiele dafür, daß die Propaganda vom „Untermenschen“ vor dem passiven Widerstand Einzelner haltmachen mußte, für die ein humanistisches Menschenbild unteilbar war. Doch auch sie fanden wenig Unterstützung durch ihre Organisationen und waren auf sich selbst gestellt. Daß das NS-Regime dies einkalkuliert hatte, zeigen die Pläne der badischen Gauleitung, die die Gründe ihrer Maßnahmen gegen schwangere Russinnen und Polinnen vor der Bevölkerung geheimhielt und ihre wahren Absichten verschleierte: statt von Arbeitskräftemangel und Ostsiedlungsplänen war von der Reinhaltung des Blutes die Rede, an Stelle von Zwang von Freiwilligkeit.

---

#### Anmerkungen

- 1 Der Alemanne, 14. 3. 1943.
- 2 Ulrich Herbert, Der „Ausländereinsatz“. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939–1945 – ein Überblick, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3, Berlin 1986, S. 13–54, hier S. 15.
- 3 Badisches Gauamt für Volkswohlfahrt an die Kreisamtsleiter/Leiter der Ämter für Volkswohlfahrt, 21. 7. 1942: Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 465d-899.
- 4 Interview d. Verf. mit A. van Buiten (Den Haag), 8. 11. 1988. Eine ausführliche Darstellung findet sich in meiner Dissertation: Bernd Boll, „Das wird man nie mehr los . . .“ Ausländische Zwangsarbeiter in Offenburg 1939 bis 1945. Pfaffenweiler 1994.
- 5 Interview A. van Buiten.
- 6 Interview d. Verf. mit P. Hendriks, 7. 11. 1988.
- 7 Interview P. Hendriks.
- 8 Schriftliche Mitteilung von C. v. H. an d. Verf., 30. 11. 1986.
- 9 Interviews P. Hendriks und A. van Buiten.
- 10 Interview P. Hendriks.
- 11 P. Hendriks, in: Bernd Boll, „... für praktisch jedermann die reine Sklaverei“. Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter aus Holland an ihren Alltag in Offenburg 1943/44, in: Allmende 21/22 (1988), S. 50-82, hier S. 65.
- 12 D. van Beijeren, in: Boll 1988, S. 65.

- 13 Bundesarchiv (BA) R 58/454.
- 14 D. van Beijeren, in: Boll 1988, hier S. 65; H. Chr. Hagg, in: Boll 1988, S. 60; Interviews H. Chr. Hagg (Den Haag), 29. 6. 1988 und 10. 11. 1988.
- 15 Interview P. Hendriks.
- 16 Aktennotiz, 15. 7. 1944: Stadtarchiv Offenburg (StAO) 5/6.562.
- 17 Aktennotiz, 16. 7. 1944: StAO 5/6.562.
- 18 Aktennotiz, 25. 7. 1944: StAO 5/6.562.
- 19 Ebd.
- 20 Interview A. van Buiten.
- 21 Ebd.
- 22 P. Hendriks, in: Boll 1988, S. 70.
- 23 Klaus-Jörg Siegfried, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945. Frankfurt/New York 1988, S. 110.
- 24 Siegfried 1988, S. 112 f.
- 25 Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin–Bonn 1985, S. 99.
- 26 Lagebericht der Rüstungsinspektion (RüIn) V, 15. 5. 1941; Schreiben des BfL an Fa. Werner & Pfeleiderer, Stuttgart-Feuerbach, 12. 6. 1941 (Abschrift): BA/MA RW 20-5/9; Meldungen aus dem Reich Nr. 230, 20. 10. 1941, in: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945. Herrsching 1984, Bd. 8, S. 2898.
- 27 Der Vorfall ereignete sich im April 1941 bei einer Jutespinnerei in Neckarsulm. Lagebericht der RüIn V, 15. 4. 1941: Militärarchiv Freiburg (BA/MA) RW 20-5/9.
- 28 Herbert 1985, S. 105.
- 29 Lagebericht der RüIn V, 15. 4. 1941: BA/MA RW 20-5/9.
- 30 Herbert 1985, S. 111.
- 31 Zusätzlich zu den üblichen Zuteilungen hatte jeder italienische Arbeiter Anspruch auf monatlich 3 Kilo Nudeln, einen halben Liter Olivenöl, eineinhalb Pfund Tomaten, ein Kilo Käse, zwei Kilo Reis, ein Kilo Trockengemüse, zehn Liter Rotwein, einen Liter Weinessig, 120 Zigaretten und 250 Gramm Pfeifentabak; Lagebericht der RüIn V, 15. 5. 1941: BA/MA RW 20-5/9.
- 32 Schreiben an Fa. Werner & Pfeleiderer, Stuttgart-Feuerbach, 12. 6. 1941 (Abschrift): BA/MA RW 20-5/9; Meldungen aus dem Reich Nr. 198, 30. 6. 1941: Boberach 1984, Bd. 7, S. 2469.
- 33 Lagebericht der RüIn V, 15. 5. 1941: BA/MA RW 20-5/9, S. 22 f.
- 34 Meldungen aus dem Reich Nr. 230, 20. 10. 1941: Boberach 1984, Bd. 8, S. 2895/96.
- 35 Meldungen aus dem Reich, Nr. 287, 28. 5. 1942: Boberach 1984, Bd. 10, S. 3762.
- 36 Meldungen aus dem Reich Nr. 348, 7. 1. 1943: Boberach 1984, Bd. 12, S. 4637 f.
- 37 Meldungen aus dem Reich Nr. 287, 28. 5. 1942: Boberach 1984, Bd. 10, S. 3761.
- 38 Dokumentation: Ausgrenzung – Deutsche, Behörden und Ausländer, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3 (1986), S. 131–141, hier S. 131 f.
- 39 Meldungen aus dem Reich Nr. 287, 28. 5. 1942: Boberach 1984, Bd. 10, S. 3762.
- 40 Gerhard Schreiber, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943–1945. Verraten – Verachtet – Vergessen. München 1990, S. 338.
- 41 SD-Berichte zu Inlandsfragen, 20. 12. 1943 (Blaue Serie): Boberach 1984, Bd. 15, S. 6179 ff.
- 42 Christoph Ulrich Schminck-Gustavus, Herrenmenschen und Badoglioschweine. Italienische Militärinternierte in deutscher Kriegsgefangenschaft 1943–1945. Erinnerungen von Attilio Buldini und Gigina Querzé in Buldini, aufgezeichnet von C. U. Schminck-Gustavus. In: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3 (1986), S. 55–102, hier S. 56.
- 43 Klaus-Jörg Siegfried: Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk. Frankfurt/M.-New York 1987, S. 130.
- 44 Siegfried 1988, S. 122.
- 45 Herbert 1985, S. 261.
- 46 Siegfried 1988, S. 123.
- 47 Schminck-Gustavus 1986, S. 79.
- 48 SD-Berichte zu Inlandsfragen, 20. 12. 1943 (Blaue Serie): Boberach 1984, Bd. 15, S. 6182 ff.
- 49 SD-Berichte zu Inlandsfragen (Weiße Serie), 9. 12. 1943: Boberach 1984, Bd. 15, S. 6125 ff.
- 50 Schreiber 1990, S. 338.
- 51 Schreiber 1990, S. 395 ff.
- 52 Schreiber 1990, S. 579.
- 53 Herbert 1985, S. 185 und 272.
- 54 Gauleitung Baden/Amt für Volkswohlfahrt an Kreisamtsleiter und Leiter der Ämter für Volkswohlfahrt, 21. 7. 1942: Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 465d-899.
- 55 Bernhild Vögel, „Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen“. Braunschweig, Broitzemer Straße 200. Hamburg 1989, S. 49.
- 56 Czeslaw Madajczyk, Besteht ein Synchronismus zwischen dem „Generalplan Ost“ und der Endlösung der Judenfrage?, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München–Zürich 1989, S. 844–857, hier S. 851. Vgl.: Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS. Frankfurt/M. 1991; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt/M. 1993.
- 57 Heim/Aly 1993, S. 403 und 416.
- 58 Alexander Mitscherlich/Fred Mielke (Hrsg.), Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Frankfurt/M. 1978, S. 232–241, 246–248.
- 59 Raimond Reiter, Unerwünschter Nachwuchs. Schwangerschaftsabbrüche bei „fremdvölkischen“

- Frauen im NSDAP-Gau Ost Hannover. In: Dachauer Hefte 4 (1988), S. 225–236, hier S. 227 f.
- 60 Robert M. W. Kempner, SS im Kreuzverhör. Die Elite, die Europa in Scherben schlug. Köln 1987, S. 173 f.; Vögel 1989, S. 49.
- 61 Reiter 1988, S. 228.
- 62 Siegfried 1988, S. 235.
- 63 Rundschreiben des Gaustabsamts der NSDAP Baden, 28. 3. 1944: Dok. 884-D, IMT Bd. 35, S. 634–647, hier S. 637–640.
- 64 Christoph Längerich u. a., Von „guttrassischen“ und „schlechtrassischen“ Kindern. Grausige Entdeckung in Kelsterbach, in: Die Kriegsjahre in Deutschland 1939 bis 1945 (Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte), Hamburg 1985, S. 95–120, hier S. 110.
- 65 SD-Berichte aus dem Inland, 13. 1. 1944 (Blaue Serie): Boberach 1984, Bd. 16, S. 6244 ff.
- 66 Dr. Roth/Gauamt NSBO an Gauhauptamtsleiter Schuppel, 23. 3. 1944: GLA 465c-16250.
- 67 Besprechungsnotiz (Abschrift), 8. 3. 1944; Gauamt NSBO Baden: Bericht über den Einsatz und die Betreuung der fremdstämmigen Arbeitskräfte einschließlich der Ostarbeiter im Monat Juni 1944, 17. 7. 1944: GLA 465c-16250.
- 68 Anwesenheitsliste zur Besprechung am 3. März 1944; Besprechungsnotiz (Abschrift), 8. 3. 1944: GLA 465c-16250.
- 69 Besprechungsnotiz (Abschrift), 8. 3. 1944: GLA 465c-16250.
- 70 Geheimes Rundschreiben Nr. 79/44 g des Gaustabsamtsleiters, 28. 3. 1944: Dok. 884-D, IMT Bd. 35, S. 634–647, hier S. 639. – Hinsichtlich schwangerer Ausländerinnen bzw. im Reich geborener Ausländerkinder war gemäß Rundschreiben Nr. 186/43 und 10/44 der NSDAP Reichsleitung – Hauptamt für Volkswohlfahrt (mit Anlage aus dem Erlaß des RFSSuChdDtP – S – IV D – 377/42 vom 27. 7. 1943) zu verfahren: Ebd.
- 71 Gauamt NSBO an Gauhauptamt, 23. 3. 1944: GLA 465c-16250.
- 72 Übersicht des Gaustabsamts Baden über Geburten, Schwangerschaften und Schwangerschaftsunterbrechungen, ca. Mai 1944: GLA 465c-16350.
- 73 Kreisleitung Neustadt an Gaustabsamt, 27. 4. 1944: Dok. 884-D, IMT Bd. 35, S. 643 f. Kreisleitung Freiburg an Gaustabsamt, 28. 4. 1944; Kreisleitung Wolfach an Gaustabsamt, 29. 4. 1944; Kreisleitung Konstanz an Gaustabsamtsleiter, 10. 5. 1944; Kreisleitung Wertheim an Gaustabsamt, 11. 5. 1944: GLA 465c-16250.
- 74 Krankenschwester Gumberta an ihre Klostervorsteherin in Sinsheim, 30. 3. 1944: Erzbischöfliches Archiv Freiburg (EAF) B2-35-128.
- 75 Erzbischof Groeber an Bischof Wieneken, 4. 4. 1944: EAF B 2-35-128.
- 76 Tätigkeitsbericht II/44 des Gauamts für Volksgesundheit, 24. 7. 1944 (Abschrift): Institut für Zeitgeschichte (IfZ) L 8.
- 77 Reiter 1988, S. 232.
- 78 Matthias Hamann, Erwünscht und unerwünscht. Die rassenpsychologische Selektion der Ausländer. In: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 3 (1986), S. 143–180, hier S. 171.
- 79 Herbert 1985, S. 421, Anm. 65.
- 80 Kempner 1987, S. 174.

Anschrift des Autors:  
 Dr. Bernd Boll  
 Reichstraße 9A  
 79102 Freiburg

# Die Satzungen des Collegiums zur „Weisheit“ Freiburg 1497

auszugsweise vorgestellt in Reimen  
Sub specie „Sozialgeschichte“ et humoris causa

## EINLEITUNG

*Als Moses, des Jehova Bote  
Den Menschen brachte 10 Gebote  
Da waren die, dieweil nur 10,  
Noch überschaubar, zu verstehn.*

*Jedoch als Bischof Johann KERER,  
An Freiburgs Uni strenger Lehrer  
gestiftet hat ein neues Haus  
– Es ward DOMUS SAPIENTIAE draus –  
Da waren alsdann, mittlerweile  
Den Einwohnern zu ihrem Heile  
Erforderlich weit mehr Gebote,  
Weil sonst ein wüstes Chaos drohte.*

*Um solches Unheil abzuwenden  
Und seine Stiftung zu vollenden  
Verfasste KERER, kurz und jäh,  
STATUTA SAPIENTIAE  
Wohl über 100 an der Zahl.  
Hiervon ein Viertel erst einmal  
Erfährst Du, Leser, folgend jetzt  
Auf Deutsch, und zwar in Reim gesetzt,  
Als Bild der Zeit, möglichst exakt  
In dem jetzt folgenden Extrakt.*

## VORWORT:

### ORIGINALTEXT VON JOHANNES KERER

Dies sind Statuten, die von dem ehrwürdi-  
gen Vater Johannes, Bischof der Adrimetischen  
Kirche, im Hinblick auf Ruhe, Frieden und

Nutzen der Inwohner des Collegiums Sapien-  
tia verfaßt und von einer gütigen Universität  
zu Freiburg gutgeheißen wurden.

*Im Namen Christi. Amen. Wir Johannes,  
kraft göttlichen Amtes Bischof von Adrimetum,  
in so ehrenvolle Gemeinschaft als Doktor der  
edlen und freien Künste sowie des päpstlichen  
Rechts berufen – wollte Gott, nach Würdigkeit!  
–, ehemals Seelenhirt der christlichen Gemein-  
de einer ausgezeichneten und hochblühenden  
Stadt Freiburg im Breisgau, Konstanzer Diöze-  
se, – wünschen denen insgesamt und einzeln,  
die das Nachfolgende lesen oder hören werden,  
immerwährendes Heil im Herrn. Kraft der uns  
von oben, aus dem Quell aller Weisheit, verlie-  
henen Einsicht haben wir in mannigfachem  
und fortdauerndem Nachsinnen immer wieder  
überdacht, daß allein durch die Beschäftigung  
mit der Wissenschaft das Wesen der himmli-  
schen, irdischen und unterirdischen Dinge von  
den Menschen erkannt wird; insgleichen, daß  
nur von der Menge der Weisen für die Glückse-  
ligkeit des Erdkreises Rat kommt und nicht  
anders als über echtes Verständnis der Schrif-  
ten der Weg der Weisheit und des Heiles  
offensteht. Darum haben wir zu der göttlichen  
Majestät Ehre, zu des rechten Glaubens glück-  
licher Mehrung, zur Erleuchtung der Seelen,  
zur Erhellung der Geister, endlich zu der gan-  
zen Kirche und des christlichen Gemeinwesens  
Vorteil in erwähnter gesegneter Stadt Freiburg  
in unserem Haus, das die Bezeichnung „Zur hl.  
Weisheit“ oder „Zur Sapienz“ trägt, ein Collegi-  
um für je zwölf arme, ehrbare Scholaren errich-  
tet, wobei ein gesetzter und besonnener wis-  
senschaftlich gebildeter Mann eben diesen  
Scholaren vorstehen soll. Und zwar haben wir*

es für solche, die im Allgemeinen Freiburger Collegium die Theologie, kanonisches und bürgerliches Recht sowie in den übrigen ehrsamten Fakultäten und Fächern zu allen Zeiten studieren, um Gottes Lohn freigebig mit Mitteln zu versehen, die dem Bedürfnis der Menschennatur genügen, und es obendrein mit zeitlichen Gütern, die uns von Gott, dem Besten und Höchsten, zugewendet und die vorgenanntes löbliches Collegium erhalten, bestellt und gegründet, errichtet und eingerichtet gemäß Wortlaut unseres letzten Willens. Außerdem haben wir darin eine Kapelle mit drei Altären bauen und mit Manual- oder ewigen Pfründen ausstatten lassen zur Abhaltung der kirchlichen Tagzeiten durch Kapläne, so aus der Zahl der vorgenannten Stiftsinwohner oder anders, wie es des weiteren in unserem letzten Willen erörtert wird, dazu abgeordnet werden sollen, in Frömmigkeit und Schicklichkeit Diener an den göttlichen Geheimnissen zu sein. Wiederum haben wir in eben diesem Haus eine Art Bibliothek eingerichtet zur Aufbewahrung unserer Bücher. . .

## INHALTSVERZEICHNIS

- 1 Einleitung
- 2 Dies sind Statuten, die von dem ehrwürdigen Vater Johannes, Bischof der Adriametrischen Kirche im Hinblick auf Ruhe, Frieden und Nutzen der Inwohner des Collegiums Sapientiae verfaßt und von einer gütigen Universität zu Freiburg gut geheißen würde.
- 3 Worte der Ankündigung
- 4 Den Scholaren soll in Gegenwart der Elektoren der Pedell besagter Universität mit aller vernehmlicher Stimme folgende Verbote vorlesen.
- 5 Von der Sitzordnung zu Tisch.
- 6 Von der Danksagung an den Schöpfergott wegen der empfangenen Gaben nach Beendigung der Mahlzeit.
- 7 Vom Friedenhalten.
- 8 Vom Waffentragen.
- 9 Von der Versöhnung.
- 10 Von der Zurichtung der Betten.
- 11 Von der Kammerkontrolle.
- 12 Vom Copieren von Urkunden.
- 13 Zur Zeit der Fruchtbarkeit soll man Wein und Frucht kaufen.
- 14 Kein Scholar des Hauses zur „Weisheit“ nehme außerhalb des Hauses Mittag- oder Abendessen.
- 15 Vom Verbot des Umgangs mit Frauen im Haus der „Weisheit“.
- 16 Von der Lampe, so im Haus, zu Erhellen hat.
- 17 Vom Hören der Sonntagspredigt.
- 18 Vom Inventarium.
- 19 Ob ein Geeigneter, der eine Würde annehmen will, in unserem Haus noch länger unterhalten werden muß.
- 20 Etwas von Kranken und für längere Zeit Weggehende.
- 21 Von der Rückerstattung des Darlehens.



Wenn Menschen dicht beisammen wohnen,  
ganz gratis, d. h. nichts entlohnen,  
Zum Beispiel, wie es einst geschah  
In Freiburgs SAPIENTIA.  
In der untern Herrengass  
Gab es einstmals so etwas.

Wer hat damals vorgelesen?  
War's der Herrgott selbst gewesen,  
Sitzend auf dem Königsthron,  
Auf dem Haupt die Königskron.  
Doch wohl kaum, denn hinter ihm  
Sitzen bereits frech und kühn  
Zwei Kobolde, welche sagen:  
„Viel Versuchung“ zu ertragen  
Gibt's in unseres Lebens Lauf.  
Also Freund, paß auf Dich auf!

Daß nun alles Ordnung habe,  
Müßte der Bewerberkabe,  
Respektive junge Mann,  
Vor der Zulassung sodann  
Anhör'n, was zu seinem Heil  
Förderhin ihm wird zu Teil  
Und wie er sich soll bequemen,  
Jede Mahnung ernst zu nehmen.

Damit sein Werk auch Wirkung tut,  
Erliebt der Stifter ein STATUT.  
Mit vielen, vielen Einzelheiten,  
Um böse Buben auszuschneiden.

War aufgenommen ein Scholar,  
Die erste seiner Pflichten war.  
Sich anzuhören was ab nun  
Verboten war, es je zu tun.  
Gelesen ward an würd'ger Stelle  
Mit lauter Stimme vom Pedelle.  
Als Zeugen dabei finden wir  
Dekane in der Anzahl vier.

Nachdem die Lesung absolviert,  
War der Scholar matrikuliert  
Und durfte jetzt mit den 5 Sinnen  
Sein Streben nach dem Ziel beginnen.



Dereinst genoß der Bischof KERER,  
 Der Wissenschaft großer Verehrer,  
 Manch Wohltat, die ihn weiterbrachte,  
 Sodaß den Fall er wohl bedachte,  
 Als er dann, füglich avanciert,  
 Sich dankbar spendend revanchiert:

Zu FREIBURG stiftete alsda  
 Die Burse er: „SAPIENTIA“.

Sie sollte den Begabten dienen,  
 Den armen nämlich unter ihnen!  
 In Pfaffengaß am End sie stand,  
 Im Weltkrieg dann ihr End sie fand.

12 Plätze jährlich, die vakant.  
 Sie würden wieder zuerkannt  
 Mit Kost, Logis, darin zu leben.  
 Auch eine Pfründe ward gegeben.  
 An Kandidaten ohne Sünde,  
 Was schwierig war, daß man sie finde.  
 Der Nachweis hierfür ward erreicht  
 Durch die Vergebung bei der Beicht.

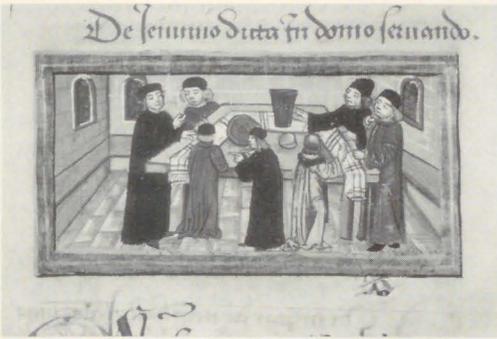


Der Mensch, nach menschlicher Erfahrung  
 Bedarf tagtäglich seiner Nahrung,  
 Die ihm der Schöpfer aller Welt  
 Wohltätig zur Verfügung stellt.

Erbitten wir nun dessentwegen  
 Zu unsrer Mahlzeit seinen Segen  
 Und danken nach dem Mahl daher  
 Für seine Gnad dem Schöpfer sehr.

Zur Speistafel schreit gemessen!  
 In Hast sollst Du Dein Mahl nie essen.  
 So iß Dein Mahl bedacht, manierlich.  
 Der Mensch eß menschlich und nicht  
 tierisch!

Und nach dem Essen ohne Schranken  
 Sollst Du beim Herrgott Dich bedanken,  
 Aus vollem Herzen, vollem Magen  
 Und würdig Deinen Dank ihm sagen.



Verwirrung sei im Haus verbannt!  
 So hat der Stifter es erkannt,  
 Daß es bei Tische üblich sei  
 Die Platzwahl sei dem Vorstand frei.  
 Es ist der Mensch, der auf dem Bild  
 Den Becher hält, daß man ihn füllt.  
 Ob alt, ob jung, ob groß, ob klein,  
 Zu Tisch soll jeder presens sein  
 Ein Mensch, der bereits gradniert,  
 Bekomm sein Mahl dann hübsch serviert  
 Im übrigen wird diskutiert,  
 Wie es der Maler illustriert.  
 Geht es um's Studium, geht's um's Essen,  
 liegt in des Einzelnen Ermessen.

Wer hier im Haus mit roh'Gewalt  
 Dem andern schuldig Antwort zahlt,  
 Und andern reißt die Haare aus,  
 Gehört nicht hier in dieses Haus.  
 Wer auf des Hauses Ordnung pfeift  
 Und dabei auch zur Waffe greift,  
 Der sei endgültig unter diesen  
 Umständen aus dem Haus gewiesen,  
 Des' Name „SAPIENTIA“  
 Nicht dulde, wenn sowas geschah.



Es hat der Waffe dräuend Macht  
 Dem Träger oft Unheil gebracht.  
 Denn, wenn einmal sein Sinn getrübt,  
 Er danach greift und's ihm beliebt,  
 Den Dolch zu zieh'n, oder das Schwert.

Damit solches vermieden werd'  
 Und Leidenschaft in großer Hast  
 Ihn ganz erfüllt und ihn erfaßt,  
 Bestimmen die STATUTA nun:  
 Die Waffe soll verschlossen ruhn,  
 Abseits vom Streit, gut aufbewahrt,  
 Nachdem Sie abgegeben ward.  
 Dies gilt für Herkunft jeden Standes  
 Und Königreiches oder Landes.

Das Waffentragen wär womöglich  
 Des Studiosen Heil abträglich.



Entsteht in strittigem Disput  
 Die Zwietracht, dann ist dies nicht gut.  
 Dann ist's geboten zweifelsfrei,  
 Es eilt ein Dritter noch herbei,  
 Den beide gerne akzeptieren,  
 Um Eintracht nun herbeizuführen.  
 Wie man's auch übt in Politik  
 – Bis heut – als einen guten Trick.  
 Dabei wird dann die Lehr gestützt,  
 Daß Zwietracht schadet, Eintracht nützt!

Und dabei fället ein heller Glanz  
 Manchmal auch ab auf Toleranz.



Es muß das eigne Kämmerlein,  
 Wenn man's verläßt in Ordnung sein.  
 Des Bettes Anblick sei erfreulich,  
 Gerümpelt Leintuch ist abscheulich.  
 Und was die größte Rolle spielt:  
 Das Nachtgeschirr sei ausgespült.

Trifft die Kontrolle hier Verstöße,  
 Wenn auch nur von geringer Größe,  
 Muß eine Strafe wirksam sein:  
 Entzug von Brot, Entzug von Wein!



Klopft unverseh'ns Kontrolle an,  
 So öffne der Bewohner dann  
 ohne Verzug die Kammertür.  
 Was darauf folgt, erfahren wir:  
 Von der Bestrafung ist nicht frei  
 Selbst einer, der schon Doktor sei.



Der cursus rerum hat ergeben,  
Abschriften braucht man oft im Leben,  
Kommt's irgendwie zu einem Zwist,  
Wo etwas nachzuweisen ist.

Um einen Nachweis dann zu führen,  
Sollt' eine Urkund man kopieren,  
Mit VIDIMUS und TRANSUMPTAT.  
Daß die Copie auch Geltung hat.  
Die Urkund selbst bleibt stets im Haus  
Nur die Copie gibt man heraus.

Das Bild hier zeigt uns einen Schreiber  
Ist er Angeber? Übertreiber?  
Er hält zu seines Handelns Ziel  
Jedhändig einen Federkiel!



Der Mensch lebt nicht von Brot allein,  
Für seinen Durst braucht er auch Wein!  
Zwar nur, wenn er dann mäßig trinkt  
Und nicht im Alkohol versinkt.  
Allein auch Wasser würd' genügen.  
Jedoch bringt Wein ihm mehr Vergnügen!

Der Vorrat liegt für Becher, Teller  
Zunächst in eines Hauses Keller.  
Der Keller sei auch dann gefüllt,  
Wenn es zu überbrücken gilt  
Ein „magres Jahr“. Nicht jedes Jahr  
Ist fruchtbar, wie das vor'ge war.  
Drum sei des Einkaufs stets bedächtig,  
In Jahren, wann die Ernte prächtig,  
Was dann auch der Ersparnis frommt.  
Und dem Scholar zu gute kommt.



Gepflastert sind die ird'schen Pfade  
 Mit viel Versunung, nachgerade.  
 Wirtshäuser, die am Wege stehen,  
 verlocken sehr, hineinzugehen.  
 Ob „Kreuz“, ob „Adler“ oder „Leu“,  
 Man kommt nicht leicht daran vorbei.

Häst du nun einen guten Freund,  
 Der es ja gut nur mit Dir meint,  
 Dann hör auf ihn, wenn er Dir predigt,  
 Denn dazu wird ein Freund benötigt!  
 Nimm'schau nach rechts an diesem Orte.  
 Denn links, der wünscht des Wirtshaus  
 Pforte.

PLENUS VENTER

NON STUDET LIBENTER

Doch „knurrt“ der Magen, daß man's hört,  
 Ist's Studium und Scholar gestört!  
 Drum sei durchaus nichts einzuwenden,  
 In Freizeit und an Wochenenden  
 Sich aufzutanken, aufzufrischen,  
 An wohlbekannten Wirtshaustischen.

Es ist ein biblisches Verständnis:  
 Die Frucht vom Baume der Erkenntnis  
 Wird dargeboten durch das Weib  
 Und bringt mit sich viel Zeitvertreib.  
 Studiosen aber ist indessen  
 Zeit stets nur kurz und knapp bemessen.  
 Die knappe Zeit soll er benutzen  
 Zu seines Lebens Heil und Nutzen  
 Und nicht etwa durch ird'sche Freuden,  
 Viel Zeit, die teuer zu vergeuden.

Ein Studiosus läßt hier ein  
 Ein elegantes Mägdelein.  
 Das Mägdelein aber weiß sehr gut,  
 Daß man Verbotenes nicht tut.

Wenn das Verbot er überträte,  
 Verschlossen blieb ihm alsdann jede  
 Der Türen dieses Domiziles,  
 Und er verpatzte sich dann vieles!  
 Der Maler zeigt hier den Disput,  
 Auf dem das Weitere beruht.



Ein Mensch, wenn er im Finstern wandelt,  
 Zwiefach für ihn gefährlich handelt.  
 Erstens sei's geistig nur bedacht,  
 Zweitens bei Notdurft in der Nacht.  
 Es sei deshalb in Sonderheit  
 Ein brennend Nachtlicht stets bereit,  
 Daß bei Bedarf mit seiner Helle  
 Es sei zur Hand, auf alle Fälle.  
 Für Jeden, der im Hause wandelt,  
 Damit sein Bett er nicht versandelt.  
 Besorgt zu jedermanns Gewinnst  
 Sei um dies Licht der „Wochendienst“.

Scholaren sind sehr streng genötigt,  
 Zu hören stets die Sonntagspredigt  
 (Die festgelegt in ihrer Länge  
 Durch einer Sanduhr „Riesellänge“).  
 Der Kirchbesuch aber nicht zählt,  
 Dem, der beim End der Predigt fehlt.  
 Wer dabei fehlt, des Straf soll sein:  
 Bei Tisch erhält er keinen Wein.  
 Sein Brot soll er dann trocken essen,  
 Um diese Straf nicht zu vergessen.

Der Maler hier hat, wie man sieht,  
 Sich wahr – und ernsthaft sehr bemüht.  
 Der Predigt Eindruck darzustellen,  
 Recht ungleich in diversen Fällen!



Damit ja nichts verschleudert wird  
 Und man sich in dem Wert nicht irrt,  
 Ist's unerlässlich aufzureihen,  
 Was für und wo die Dinge seien.  
 Die Anzahl auch hinzugefügt.  
 Wobei man all den Sachwert kriegt.  
 Wenn fliehend dann ein Jahr entschwand.  
 Nimmt man das Inventar zur Hand.  
 Die Differenzen dann bekunden,  
 Ob Mehrung / Mind' rung stattgefunden!  
 Und man zieht ohne Hindernisse  
 Per Saldo dann sequente Schlüsse!



Nicht jeder hat das gleiche Ziel.  
 Und in der off'nen Stellen Spiel  
 Läßt sich oft aus verschiedenen Gründen,  
 Nicht die erträumte Stellung finden.

Den Fall betreffend wird nun hier  
 Wie folgt bestimmt, nun merke Dir:  
 Wer hier in hoher Fakultät  
 Nach Abschluß in die Praxis geht.  
 Und wünscht auch Doktor noch zu werden  
 – Doch, wie's so zugeht auf der Erden –  
 Nicht Aussicht hat auf eine Stell',  
 Die passend wär' für ihn speziell  
 – Hat er in seiner Studien Tagen  
 Sich stets f'urtrefflich gut betragen –  
 Dem sei noch für ein Jahr gewährt,  
 Daß man im Haus ihn hier ernährt.



Wer irgend nicht im Hause weilt,  
Weil hurtig er von dannen eilt,  
Aus irgend zugestandnen Gründen,  
Wird wieder seinen Platz hier finden,  
So, wie er vorher hier gewohnt,  
In Frist bis höchstens zu 3 Mond.  
Jedoch zählt die Abwesenheit  
Dann nicht zu seiner Studienzzeit.

So auch, wer mal abwesend sei,  
Weil krank in der Infirmerei,  
Wo er zu seiner Sinn Verdruß,  
Weil krank, im Bette liegen muß,  
Dem bleibt im Haus SAPIENTIA  
Sein Wohnraum frei und es liegt nah,  
Auch wird für ihn sein' Kost bezahlt,  
Solang er sich im Bette aalt,  
Weil ihm der Arzt solches verschreibt,  
Und er nicht Langeweile treibt.

Und wiederum erkennt man da,  
Die Wohltat der SAPIENTIA!

All denen, die erst als Scholaren,  
Magister, dann Doktoren waren,  
Und denen wir zu Studentagen  
Zu ihrem Wohlstand beigetragen,  
Sei hier erinnert an den Eid,  
Daß später zu gegebner Zeit,  
Wenn Gott, der Herr, und vieles Glück  
Sie reich gemacht, sie dann zurück  
Zu zahlen hätten, was derzeiten  
Wir übernahmen zu bestreiten.  
Nun sollen sie die Schuld einlösen,  
Um sich der Ehr' nicht zu entblößen.  
Wie solche Rückzahlung geschah,  
Bringt uns der Maler bildlich nah.

Anschrift des Autors:  
Dipl.-Ing. Heinz Schumacher  
Rabekopfstr. 2  
79102 Freiburg

# Die ehemalige Klosterkirche in Bad Herrenalb

und das prunkvolle Fürstengrab für Bernhard I. Markgraf von Baden  
(1364–1431)

## DIE KLOSTERGESCHICHTE

Anno 1149 stifteten Graf Berthold III. von Eberstein und seine Gemahlin Uta das ehemalige Kloster Herrenalb „alba dominorum“. Aus Maulbronn kamen Zisterziensermönche in die Einsamkeit der Wälder, an den Quellfluß der Alb.

Die Ordensgemeinschaft der Zisterzienser fordert auch heute noch von ihren Mitgliedern strenge geistige und körperliche Arbeit bei äußerst einfacher Lebensführung. Die Ordens-tracht besteht aus einem weißen Hauptge-wand, darüber ein knöchellanges schwarzes Skapulier, das Brust und Rücken bedeckt. Die Kutte der Laienbrüder ist dunkelbraun. Der Abt, Vater der Klostergemeinschaft, hat Pflichten gegenüber Gott und seinen Mitbrüdern. Er darf ihren Unterhalt nicht vernachlässigen, und er muß ihre Existenz sichern. Außerdem gehört es zu seinen Pflichten für eine gute Verwaltung zu sorgen und die Verbindung zur Außenwelt, d. h. zur weltlichen Macht, aufrecht zu halten. Als erster Abt des Klosters Herrenalb wird für das Jahr 1150 Dietericus genannt.

Die Klöster des Mittelalters waren politisch selbständig und wirtschaftlich unabhängig. Aufgrund seines umfangreichen Territorialbesitzes stieg das Kloster Herrenalb sehr bald zur Reichsunmittelbarkeit auf und unterstand als Reichsabtei direkt dem Deutschen Kaiser. Die ersten Schutzvögte des Klosters waren die Grafen von Eberstein. Ab 1346 wählten Abt und Konvent die Grafen von Württemberg zu ihren Schirmherren. Am 14. September 1496 beurkundete König Maximilian die Verleihung

der Schirmherrschaft über Herrenalb an Markgraf Christoph von Baden. Die Folge waren jahrzehntelange Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fürstenhäusern Baden und Württemberg über Einflußnahmen auf das Kloster-geschehen und über den eng verzahnten Grenzverlauf der jeweiligen Herrschaftsgebiete. Im Jahre 1497 wurde dem Kloster die Reichsunmittelbarkeit durch Württemberg genommen. 1535 führte Herzog Ulrich von Württemberg in Herrenalb die Reformation ein. Der letzte Abt war von 1548–1555 Georg Tripelmann, genannt Paiß von Tübingen.

## DIE BAUGESCHICHTE DER KLOSTERKIRCHE

Einfach und streng wie der Lebenswandel zeigt sich auch die Baukunst der Zisterzienser. Ihre Bauvorschriften lassen den Bau von Kirchtürmen aus Stein nicht zu. Nur ein Glockentürmchen, in der Regel als hölzerner Dachreiter ausgebildet, ist erlaubt. Ebenso wird auf eine reiche Gestaltung der Außenfassade oder der Innenräume sowie auf farbige Kirchenfenster verzichtet.

Bald nach Gründung des Klosters Herrenalb im Jahre 1149 begannen die Mönche mit dem Bau der Kirche und der Klostergebäude. Es entstand eine dreischiffige flachgedeckte Pfeilerbasilika ohne Querschiff. Die drei gewölbten Ostchöre endeten in Apsiden. Von der romanischen Klosterkirche sind nur wenige Bauglieder, meist in Ersatzbauten des 15. und 18. Jahrhunderts erhalten geblieben.

Abt Albertus (1186–1207) ließ um 1200 im Westen der Klosterkirche eine stattliche Vor-



Abb. 1 Gedenkstein für die ersten Äbte des Klosters Herrenalb Foto: Gerhard Kaiser

halle, das so genannte Paradies, anbauen. Es diente vor allem als Aufenthaltsort für Büßer, als Prozessionsstation, für kirchliche Verkündigungen, teilweise auch als Begräbnisstätte. Grabplatten von Äbten des Klosters, von Würdenträgern der Kirche wie z. B. des Bischofs von Speyer, Conrad von Eberstein, gestorben 1245, und von adeligen Familien sind erhalten geblieben. Viele davon haben nunmehr ihren Platz in der Chorapsis gefunden. Das Paradies war Bestandteil der Kirche und damit auch mit dem Asylrecht belegt.

Im Rundbogenportal ist über dem Eingang ins Paradies ein Tympanon mit drei geometrischen „Zauberknöten“ eingesetzt. Die lateinischen Verse am unteren Rand des Bogenfeldes sind nur noch schwer zu erkennen; sie lauten:

*Ad portam vitae fratres properanter adite,  
Qui sunt condigni nunc intrent corde benigni.*

*Brüder, eilt hin zur Pforte des Lebens,  
die würdig sind, mögen nunmehr eintreten  
mit reinem Herzen.*

Fenster mit prächtigen Säulengruppen durchbrechen die Außenwand im Westen. Drei Fensterpaare mit doppelten Säulen befinden sich auf der Nordseite. Der hohe Giebel auf der Westseite mit seinem schönen Maßwerkfenster und mit einem spitzzulaufenden Dachreiter stammt aus der Umbauzeit der Spätgotik von 1462. Im oberen Bereich des Paradiesgiebels trägt eine Konsole, sie ist als ein auf der Posaune blasender Engel gestaltet, den Schmerzensmann. Darüber wurde die Jahreszahl 1462 eingemeißelt. Die Worte „soli/ deo“ – allein vor Gott – waren der Wahlspruch des Abtes Johannes von Udenheim. Links und rechts des Glockentürmchens stehen auf Stifterwappen Mönchsfiguren. Von der Vorhalle haben nur die Außenwände die Zeiten überdauert. Aber auch ohne Dach ist das Herrenalber Paradies ein Baudenkmal von malerischer Schönheit.

## DAS GRABDENKMAL (KENOTAPH) FÜR BERNHARD I. MARKGRAF VON BADEN

Bereits zu seinen Lebzeiten (1364–1431) ließ Bernhard I. Markgraf von Baden zwischen

1384 und 1391 sein Grabmal im Innern des Gotteshauses errichten. Die Wahl der Begräbnisstätte in der Klosterkirche in Herrenalber dürfte wohl damit zusammenhängen, daß zu dieser Zeit die alte Grablege der Markgrafen von Baden im Kloster Lichtental bei Baden-Baden noch nicht in seinem Herrschaftsreich lag und er mit zwei künftigen Dynastien in der Markgrafschaft Baden rechnete.

Das prächtige Fürstengrab befindet sich in einem portalähnlichen Wanddurchbruch auf der Nordseite des Chors; es besteht aus farbig gefaßtem Bundsandstein, ist etwa 7 m hoch, 3,40 m breit und 1,70 m tief. Das Grabdenkmal dokumentiert insbesondere im Dekor eine ausgezeichnete Steinmetzarbeit der Straßburger Bauhütte.

Unter einem reich verzierten Spitzbogen steht der auf der Längsseite mit elf gotischen Blendarkaden geschmückte Steinsarg (Tumba). Auf der Deckplatte liegt betend in einer hervorragend gestalteten Ritterrüstung die etwa lebensgroße Gestalt Bernhard I. Markgraf von Baden. Sein Haupt ruht auf Feldsteinen. Zu Häupten hält ein kniendes Engelpaar seinen Topfhelm, geschmückt mit einer Krone. Als Helmzier trugen die Markgrafen von Baden die Hörner eines Steinbocks. Die Rüstung besteht aus einem geflochtenen Kettenpanzer mit gewölbter Harnischbrust und einem Ketten-schutz über den Hüften. An der linken Körperseite liegt das Schwert des Fürsten. Die Füße stecken in spitzzulaufenden, mit Sporen besetzten Schuhen. Darunter sitzen zwei Löwen, Sinnbild für Tapferkeit, Mut und Stärke. Zu Füßen des Markgrafen halten, an der Seite der Grabnische angebracht, zwei Engel das Wappenschild des Landes Baden. Auf dem Rand der Grabplatte ist in gotischen Minuskeln, mit wenigen Großbuchstaben vermischt, folgende Inschrift eingehauen:

*Anno . d(omi)ni . m . ccccxxxi + terció +  
no(na)s + maii . o(biit) illustris / princeps .  
Bernhardus . marchio . de Baden*

*Im Jahre des Herrn 1431, an den Nonen des  
Mai (nach dem altrömischen Kalender ist  
dies im Monat Mai der fünfte Tag) starb der  
berühmte Fürst Bernhard Markgraf von  
Baden.*

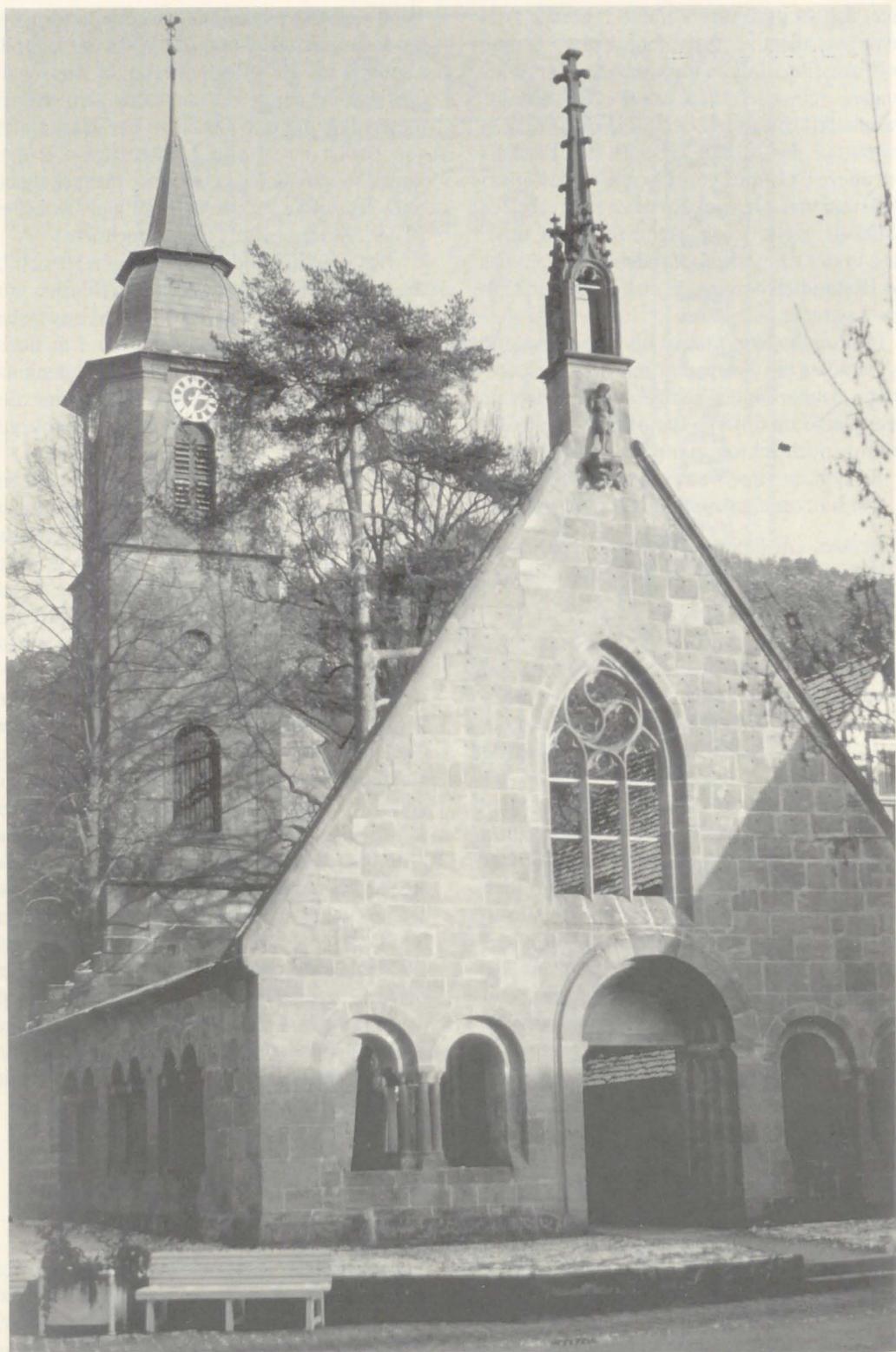


Abb. 2 Bad Herrenalb ehem. Klosterkirche, Paradies um 1200

Foto: Gerhard Kaiser



Abb. 3 *Bad Herrenalb ehem. Klosterkirche, Paradies, romanische Säulengruppe um 1200*

Foto: Gerhard Kaiser

Wie aus einer leicht veränderten Form der Schriftzeichen beim Sterbedatum des Markgrafen erkennbar ist, wurde dieses erst Jahre später eingesetzt.

Über dem Spitzbogen des Fürstengrabes schmückt reiches Bildwerk die Stirnwand des Denkmals. Die fünf größeren Skulpturen zeigen Heiligenfiguren. In der Mitte der Fassade steht auf einer Laubwerkkonsole die Gottesmutter Maria mit dem Jesuskind auf dem Arm. Links auf einer Blattmaskenkonsole ist die Hl. Barbara mit dem Turm dargestellt. Zur Rechten Marias steht die Hl. Katharina. Sie ist an ihren Attributen, dem Schwert und den Bruchstücken eines Rades, bestimmbar. Alle drei Frauen tragen Kronen aus Lilienblättern. Links außen ist der Hl. Jakobus der Ältere an seinem Pilgerstab und an den Jakobusmuscheln in der linken Hand sowie auf seinem Pilgerhut erkennbar. Die rechte Figur hält ausgerollte Schriftbänder in den Händen. Sie wird als Prophet Ezechiel identifiziert. In der Laibung des Spitzbogens sind links und rechts die Tumba jeweils acht kleine Figuren dargestellt; mit entsprechenden Mützen und mit Schriftbändern in den Händen sind sie ebenfalls als Propheten gekennzeichnet.

Im Laufe der Geschichte wurden Teile des Grabmonuments wiederholt beschädigt z. B. im Dreißigjährigen Krieg und auch im Jahre 1796, als in der Kirche gefangengehaltene französische Soldaten, auf der Suche nach Grabbeigaben, den Steinsarg mit roher Gewalt öffneten. Die letzte Inspektion des Grabesinneren fand auf Veranlassung des badischen Landeskonservatoriums im Juni 1903 statt. Der Inhalt war: Steine, Mörtel und Geröll.

Bernhard I. ist nicht, wie in seinem ersten Testament bestimmt, in der Klosterkirche in Herrenalb begraben. Offensichtlich hatte er nach dem Tode seines Bruders Rudolf VII. und der Wiedervereinigung der Markgrafschaft seinen letzten Willen geändert und seine Beisetzung im alten Chor der Stiftskirche in Baden-Baden verfügt.

## UMBAU UND SANIERUNG DER KLOSTERKIRCHE

Zwischen 1470 und 1478 entstand ein neuer Chor. Unter Abt Nikolaus Wagenleiter von

Obertsrot wurde der Neubau mit einem spätgotischen Netzgewölbe überspannt. Die drei Schlußsteine im Scheitelpunkt des Chorgewölbes zeigen:

Im Osten das unbedeckte Jesuskind mit Lockenschopf, Halskette und einem Schriftband in den Händen „anno. d(omi)ni. 1478. ih(es)u. nazareno“, im Westen eine aus fünf Blütenblättern bestehende Rose, dem Wappen der Grafen von Eberstein und in der Mitte das Klosterwappen von Herrenalb mit Abtstab und dem Schrägbalken des Bernhard von Clairvaux.

Das Chorgewölbe ist reich mit Rankenwerk und Strahlenbündeln bemalt.

Trotz intensiver Forschungen konnte die Baumeisterfrage für den Chorumbau in der Klosterkirche Herrenalb bis heute nicht eindeutig geklärt werden. Die sorgfältige Bearbeitung und das Versetzen der Natursteine sowie die Verwendung sehr fortschrittlicher Architekturelemente läßt die Zuschreibung der Baumaßnahme zu einem bedeutenden Baumeister der Spätgotik zu. Frau Seelinger-Zeiss versucht in ihren „Studien zur Architektur der Spätgotik in Hirsau“, aufgrund von zum Teil gleichen Steinmetzzeichen und besonderer Stilformen wie z. B. Astwerk am Mittelfenster im Maßwerkbereich in der Pfarrkirche in Zaberfeld und an den gekreuzten Gewölbeanfängern im Kreuzgang des Klosters Hirsau, die Ausführung des neuen Chors dem badischen Hofbaumeister Hans Spryß von Zaberfeld zuzuordnen. Das Steinmetzzeichen des Baumeisters ist in Herrenalb nicht nachzuweisen. Stimmen aber Steinmetzzeichen und bestimmte Architekturelemente wie z. B. Maßwerkkonstruktionen überein, so handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um die gleiche Bauhütte. Unbestritten ist, daß sehr enge Beziehungen zwischen den Bauelementen in Herrenalb und im Kreuzgang des ehemaligen Klosters Hirsau sowie im Chor der Stiftskirche in Baden-Baden bestehen. Der Chor der Herrenalber Klosterkirche war Vorbild für die spätgotische Frauenkirche in Mühlacker-Lienzingen, erbaut zwischen 1476 und 1482.

Im Bauernkrieg 1525 wurde das Kloster Herrenalb geplündert und verwüstet. Im Dreißigjährigen Krieg, anno 1642 brannten die Schweden das Kloster nieder. Nur der spätgotische Chor der Kirche und das Fürstengrab



Abb. 4 Bad Herrenalb, Grabmal für Bernhard I. Markgraf von Baden, Zustand vor der Restaurierung 1903

Foto: Landesdenkmalamt (LDA) Baden-Württemberg, Außenstelle Karlsruhe

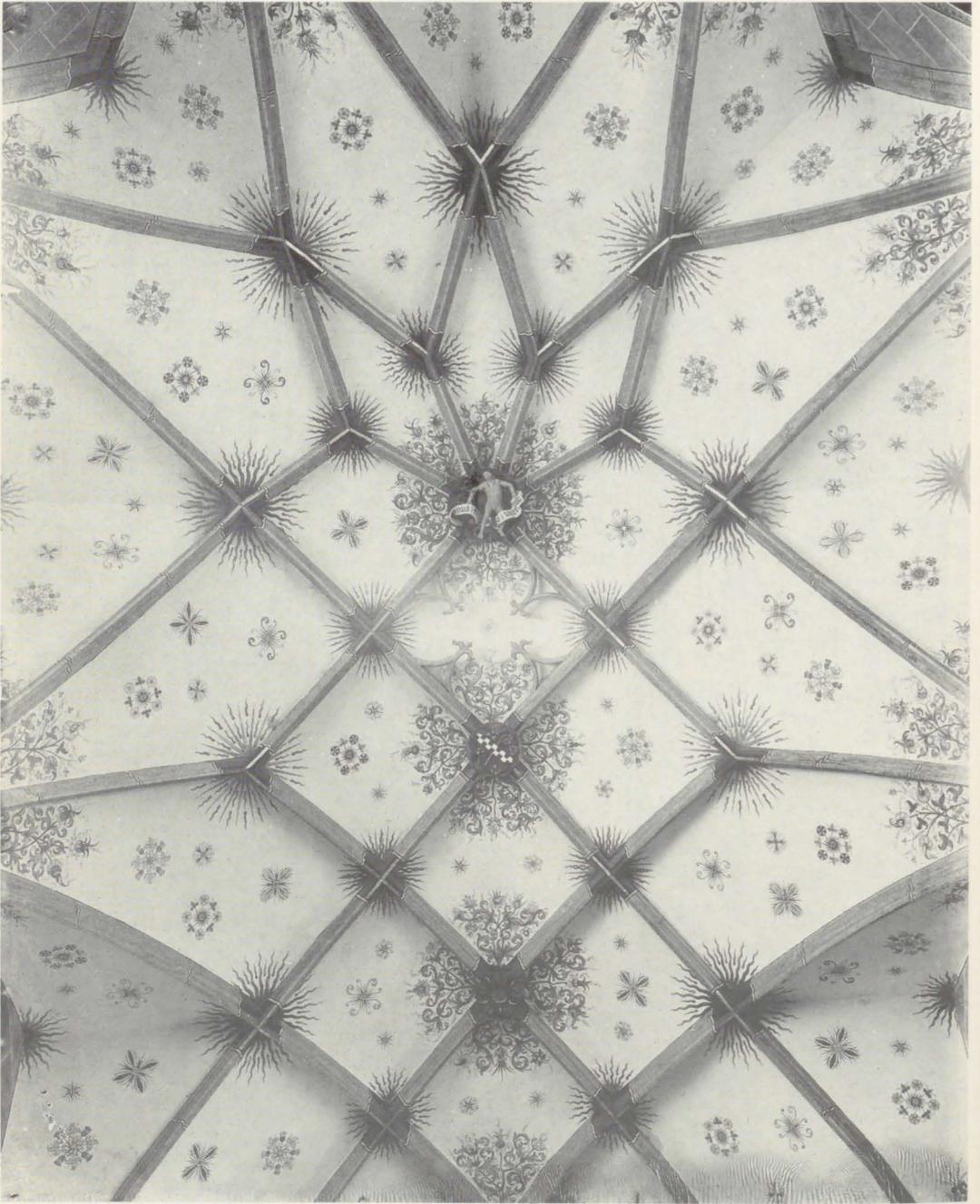


Abb. 5 *Bad Herrenalb, Klosterkirche, Netzgewölbe im Chor von 1478*

Foto: Landesdenkmalamt (LDA) Baden-Württemberg, Außenstelle Karlsruhe

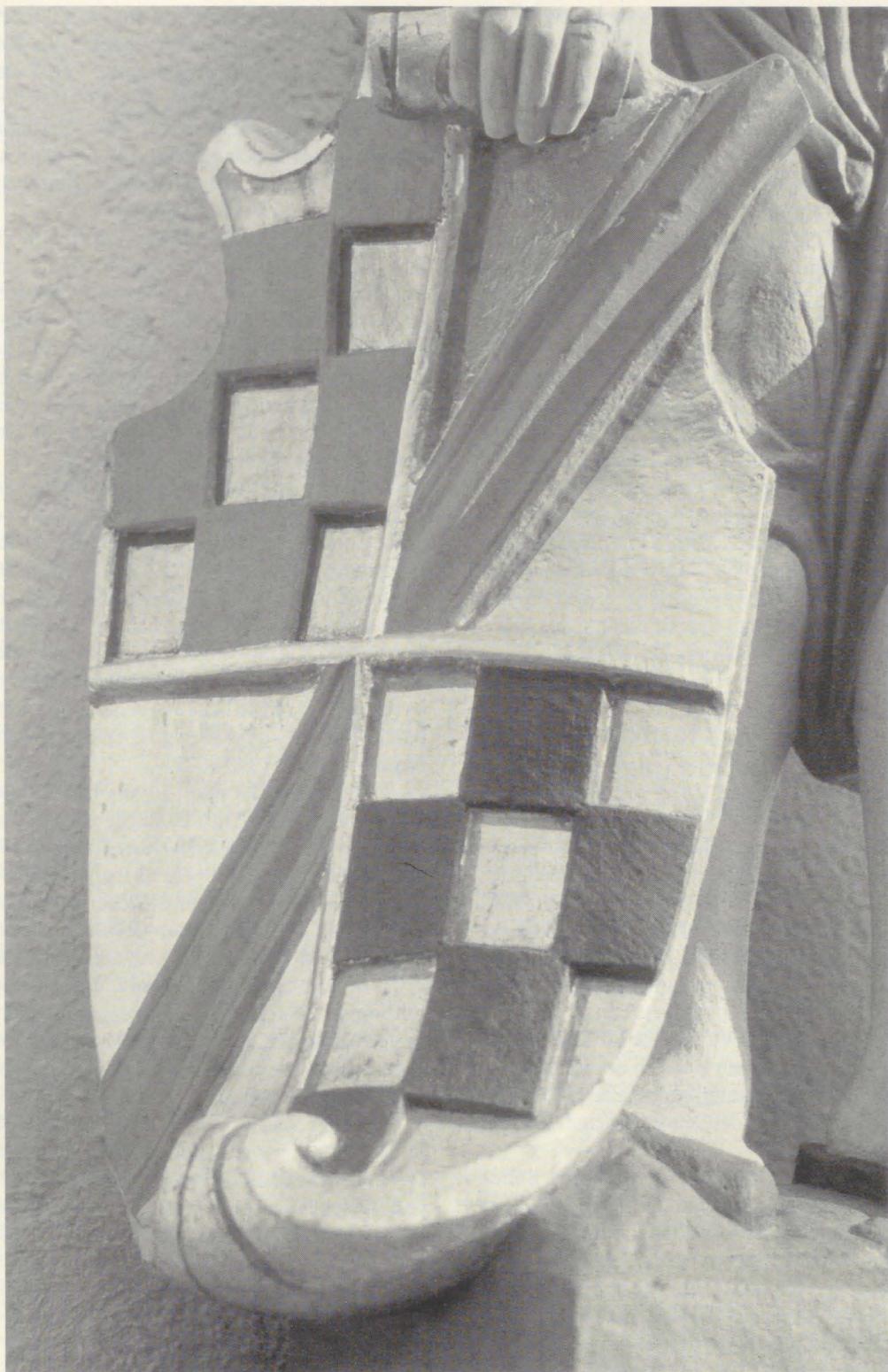


Abb. 6 Wappenschild Baden-Sponheim, 15. Jahrhundert

Foto: Gerhard Kaiser

blieben leicht beschädigt erhalten. Erst 1739 konnte die stark zerstörte Langhausruine abgebrochen und gekürzt, d. h. vom Paradies weit abgesetzt, wieder aufgebaut werden. Dabei fügte man auf der Westseite einen Turm in barocken Formen an.

Die letzte farbige Fassung des Grabdenkmals geht auf die Restaurierungen in den Jahren 1903–1904 zurück. Die Farben sind Mittelblau, Weinrot und Russischgrün, ergänzt durch die Vergoldung einzelner Teile, wie z. B. der Rüstung des Markgrafen. Auch die Helmzier und die Löwen zu Füßen des Fürsten sowie die Flügel der Engel wurden vergoldet. In einem Brief des Pfarrers Stöckel von Herrenalb an das Geheime Kabinett des Großherzogs heißt es hierzu: „Die patinierende Manier der Bemalung entspricht dem Alter des Monuments und dem wertvollen Steinmaterial in glücklicher Weise“. Die Sanierungsarbeiten standen unter der Leitung von Professor Ratzel, Hofbaumeister in Karlsruhe. Die Kosten der Instandsetzung des Grabdenkmals übernahm Friedrich Großherzog von Baden.

## **BERNHARD I. UND RUDOLF VII. VON GOTTES GNADEN MARKGRAFEN VON BADEN**

Die Eltern der beiden Brüder waren Rudolf VI. Markgraf von Baden und Mechthild, die Tochter des Grafen Johann von Sponheim. Als Heiratsgut brachte sie die Hälfte der Grafschaft Sponheim in die Ehe ein. Nach dem Tode seines Oheims vereinigte Markgraf Rudolf VI. wieder alle Badischen Lande. Im Jahre 1362 wurde Rudolf VI. von Kaiser Karl IV. von Luxemburg, an dessen Hof sich der junge Markgraf von Baden häufig aufgehalten hatte, mit dem „Fürstentum der Markgrafschaft Baden“ belehnt.

1372 starb der Vater. Die beiden Söhne kamen unter die Vormundschaft des Kurfürsten Ruprecht I. von der Pfalz. Am 16. 10. 1380 schlossen die Brüder in Heidelberg einen Hausvertrag ab. Danach sollte die Markgrafschaft nie unter mehr als zwei Erben männlichen Geschlechts geteilt werden und das Recht der Erstgeburt gelten.

Als der jüngere Markgraf Rudolf VII. ebenfalls volljährig geworden war, teilten die Brüder, nach vier Jahren gemeinsamer Regierung, die Markgrafschaft Baden. Rudolf VII. nahm die Landeshälfte Baden mit dem Residenzschloß Hohenbaden, Bernhard I. wählte als Regierungssitz die beiden Städte Pforzheim und Durlach. Grenzfluß wurde die Alb.

Im Jahre 1391 starb unvermählt Rudolf VII. Das Land Baden wurde wiedervereint und Bernhard I. stand an der Spitze des Fürstenhauses Baden. Er begann nunmehr Baden-Baden als Herrschaftssitz auszubauen. Auf der Burg Hohenbaden entstand der nach ihm benannte „Bernhardsbau“, die bedeutendste Erweiterung des bis 1479 als Residenz dienenden Schlosses der Markgrafen von Baden.

Im Jahre 1400 wählten die Kurfürsten seinen einstigen Vormund, Ruprecht I. von der Pfalz, zum Deutschen König. Nach dessen Tod förderte Bernhard I. 1411 die Wahl Sigismund von Luxemburg zum Deutschen König. Im Anschluß an die Krönungsfeierlichkeiten begleitete er diesen zum allgemeinen Konzil nach Konstanz. Die Zusammenkunft der wichtigsten Vertreter des christlichen Abendlandes zählt zu den bedeutendsten Ereignissen des 15. Jahrhunderts.

1415 kaufte Bernhard I. von Baden, dem letzten Markgrafen Otto II. aus der Linie Hachberg, die Herrschaften Hachberg und Höhingen sowie das Schloß Usenberg um 80 000 Gulden ab. Zuvor hatte er die Ebersteinischen Ortschaften Neu-Eberstein, Gernsbach, Mugensturm und Gochsheim für 8000 Gulden erworben. So mehrte Bernhard I. das Territorium seines Landes und machte damit die Markgrafschaft Baden zu einem wichtigen und einflußreichen Bestandteil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

In erster Ehe war Bernhard I. von Baden mit Margaretha, Tochter des Grafen Rudolf von Hohenberg vermählt. Von ihr ließ er sich scheiden. Anschließend heiratete der Markgraf Anna Gräfin von Öttingen. Er hatte sieben Töchter und drei Söhne. Bernhard I. regierte sein Land 59 Jahre lang; er starb am 5. Mai 1431. Nachfolger an der Spitze des Fürstenhauses wurde sein Sohn Jakob I. von Baden.

*Literaturverzeichnis*

Genealogie des Gesamthauses Baden, Eugen von Chris-  
mar, 1892  
Die Kunst- und Altertumsdenkmale im Königreich  
Württemberg, Schwarzwaldkreis, Dr. Eduard Paulus,  
1897  
Geschichte Badens, Band I, Berthold Sütterlin, 1968

Die Bauten und die Ausstattung des ehemaligen Zister-  
zienserklosters Herrenalb, Manfred Kohler

Anschrift des Autors:  
Gerhard Kaiser  
Damaschkestraße 7  
76275 Ettlingen

---

Am Institut für Landeskunde und Regionalforschung der Universität Mannheim ist als Band 19 der „Südwestdeutschen Schriften“ folgender Titel erschienen:

WOLFGANG V. HIPPEL, Maß und Gewicht im Gebiet des Großherzogtums Baden am Ende des 18. Jahrhunderts

Der Band umfaßt 470 Seiten. Er enthält einleitend eine Übersicht über die Grundzüge von Maß und Gewicht im Untersuchungsraum während des 18. Jahrhunderts und eine ausführlichere Darstellung über die Vereinheitlichung von Maß und Gewicht im Großherzogtum Baden bis um 1830. Ein zweiter Titel bietet für rd. 200 ehemalige Eichstätten detailliert die jeweils verfügbaren Maß- und Gewichtsangaben (Hohlmaße für Flüssigkeiten und für Getreide, Längen- und Flächenmaße, Gewichte, Brennholzmaße); Teil III sortiert die Maß- und Gewichtsangaben von Teil II nach ihrer Größe; Teil IV weist für sämtliche Orte des Großherzogtums Baden die dort üblichen Hohlmaße und Gewichte nach. Teil V bietet ergänzende Angaben zu Längen- und Flächenmaßen für eine Serie weiterer Orte, und Teil VI liefert für jeden Ort des Großherzogtums die dort gültigen Längen- und Flächenmaße.

Der Band kann ab sofort zum Preis von DM 36,— bestellt werden bei:

Institut für Landeskunde und Regionalforschung der Universität Mannheim, Universität Mannheim, 68131 Mannheim.

Die Lieferung erfolgt ohne Porto- und Verpackungskosten frei Haus.

Hingewiesen sei auch auf den vergleichbar gestalteten Band 16 der „Südwestdeutschen Schriften“:

WOLFGANG V. HIPPEL, Maß und Gewicht im Gebiet von Bayerischer Pfalz und Rheinhessen (Departement Donnersberg) am Ende des 18. Jahrhunderts, Mannheim 1994, 132 S., Nettopreis DM 30,— (Lieferung ebenfalls ohne zusätzlichen Aufschlag für Verpackung und Versand frei Haus, zu bestellen bei derselben Adresse).



# Badische Heimat

Landesverein e. V. für Heimatkunde und Heimatpflege,  
Natur- und Denkmalschutz, Volkskunde und Volkskunst,  
Familienforschung

Der Landesverein „Badische Heimat“ darf mit Stolz auf seine Leistungen in der Vergangenheit zurückblicken.

Schönster Lohn und Ansporn ist es, wenn jedes Mitglied

**1 neues Mitglied**

wirbt und damit unsere Bestrebungen fördert.

Herzlichen Dank für Ihre  
Mitarbeit!

**Jeder Badener wird Mitglied!**

# Hartmannus Hartmanni von Eppingen d. Ä. (1495—1547)

Ein Leben im Dienste der Kurpfalz und des Deutschen Reiches

## 1. DIE JURISTENFAMILIE HARTMANNI

Vor ca. 500 Jahren wurde Hartmannus Hartmanni von Eppingen d. Ä. geboren. Er entstammt der Eppinger Juristenfamilie Hartmanni, die im 15. und 16. Jahrhundert in drei Generationen fünf für die damalige Zeit namhafte Juristen hervorbrachte. Diese Familie zeigt beispielhaft den Aufstieg einer bürgerlichen Familie in höchste Ämter an der Universität, in der Kirche und am Hof der Kurfürsten von der Pfalz. In der ersten Generation lehrte Andreas Hartmanni über 30 Jahre lang als Professor an der Universität Heidelberg, deren Rektor er siebenmal war. Sein gleichnamiger Vetter war Kanonikus und Generalvikar am Bistum Straßburg. In der zweiten Generation brachte es Hartmannus Hartmanni d. Ä., der Sohn des Professors, schließlich bis zum Kanzler der Kurpfalz, und dessen gleichnamiger Vetter wirkte als Kanonikus am Heilig-Geist-Stift in Heidelberg. In der dritten Generation übte der Sohn des Kanzlers, Hartmannus Hartmanni d. J., 19 Jahre lang als Hofrichter, Faut und Oberrat ebenfalls höchste Ämter in der Kurpfalz aus, nachdem er vorher 11 Jahre deren Vertreter am Reichskammergericht in Speyer war<sup>1</sup>.

Der ursprüngliche Familienname der Juristenfamilie Hartmanni war Becker. Das geht aus den Matrikelbüchern der Universität Heidelberg und aus anderen Schriftzeugnissen hervor. Danach immatrikulierte sich am 27. 6. 1448 Andreas Hartmanni, der spätere Professor, als „Hartmannus (Bekker)“ an der Univer-

sität Heidelberg<sup>2</sup>. Zwei Jahre später schrieb sich für das Sommersemester 1550 (zusammen mit Johann Erbermann und einem Wendelinus, beide ebenfalls aus Eppingen) Jakobus Pistoris an der Universität Heidelberg ein<sup>3</sup>. Am 15. April 1459 nahm „Andreas Pistoris de Eppingen“, der spätere Straßburger Canonicus, in Heidelberg sein Studium auf<sup>4</sup>. „Pistor“ ist die lateinische Bezeichnung für „Bäcker“ (mhd. becker). In den Rektorats- und Dekanslisten der Universität Heidelberg wird auch der Professor Andreas Hartmanni gelegentlich „Becker“ oder „Pistoris“ genannt<sup>5</sup>. Offenbar übersetzten die Hartmanni der ersten Generation ihren ursprünglichen Familiennamen Becker, sobald sie an der Universität waren, in den wohlklingenderen lateinischen Namen Pistoris. Im damaligen Zeitalter des Humanismus war es bei Studenten und Professoren ein weitverbreiteter Brauch, den deutschen Familiennamen ins Lateinische oder ins Griechische zu übersetzen. So übersetzten z. B. der Straßburger Reformator Wolfgang Capito seinen deutschen Namen Köpflin ins Lateinische und der aus Bretten stammende Philipp Melanchthon seinen deutschen Namen Schwarzerd ins Griechische. Gelegentlich kam es auch vor, daß sich Studierende jener Zeit auch völlig neue Namen zulegten.

Wie aber ist zu erklären, daß der ursprüngliche Familienname Becker / Pistoris schließlich ganz wegfiel und durch den neuen Nachnamen Hartmanni ersetzt wurde? Eine Hilfe bei der Klärung dieser Frage bietet der Vergleich der Namensformen des Professors Andreas Hartmanni in den Urkunden und Listen der Dekane und Rektoren der Universität Heidel-

berg. Dort finden wir die Bezeichnungen „Hartmannus de Eppingen“, „Hartmannus Becker“, „Hartmannus Becker (Pistoris) de Eppingen“ und schließlich „Andreas Hartmanni de Eppingen“<sup>6</sup>. Vermutlich ließ Andreas Hartmanni sich zunächst unter dem selbstgewählten Beinamen Hartmannus, der latinisierten Form von „hartman“ = mhd. „kühner Mann“, immatrikulieren. Warum er sich als junger Student gerade diesen Namen ausgesucht hat, darüber können wir allenfalls spekulieren. Als Professor setzte er dann hinter diesen selbstgewählten Beinamen den ursprünglichen Familiennamen Becker oder die lateinische Form Pistoris. Schließlich ließ er den alten Familiennamen ganz fallen, machte seinen Beinamen in der latinisierten Genitivform „Hartmanni“ zu seinem Nachnamen und verband ihn mit seinem Vornamen Andreas. Der gleichnamige Straßburger Kanonikus Andreas Becker (Pistoris) folgte seinem Beispiel und nannte sich fortan ebenfalls nur noch Andreas Hartmanni. Der Stipendienstifter Hartmannus Hartmanni ließ sich schon als junger Student nur unter dem Namen Hartmanni immatrikulieren<sup>7</sup>.

Die Familie Becker ist seit dem 14. Jahrhundert zunächst in verschiedenen Stiftungsurkunden faßbar<sup>8</sup>. Sie gehörte sicher zu den wohlhabenderen, „ehrbaren“, d. h. ratsfähigen Familien. Fritz Becker und Wolf Becker wurden in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts sogar von Kurfürst Ludwig V. mit dem Stadtschultheißenamt betraut<sup>9</sup>. Spätestens im 30jährigen Krieg starb die Familie in Eppingen aus.

## 2. JUGENDZEIT UND LEHRTÄTIGKEIT AN DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG

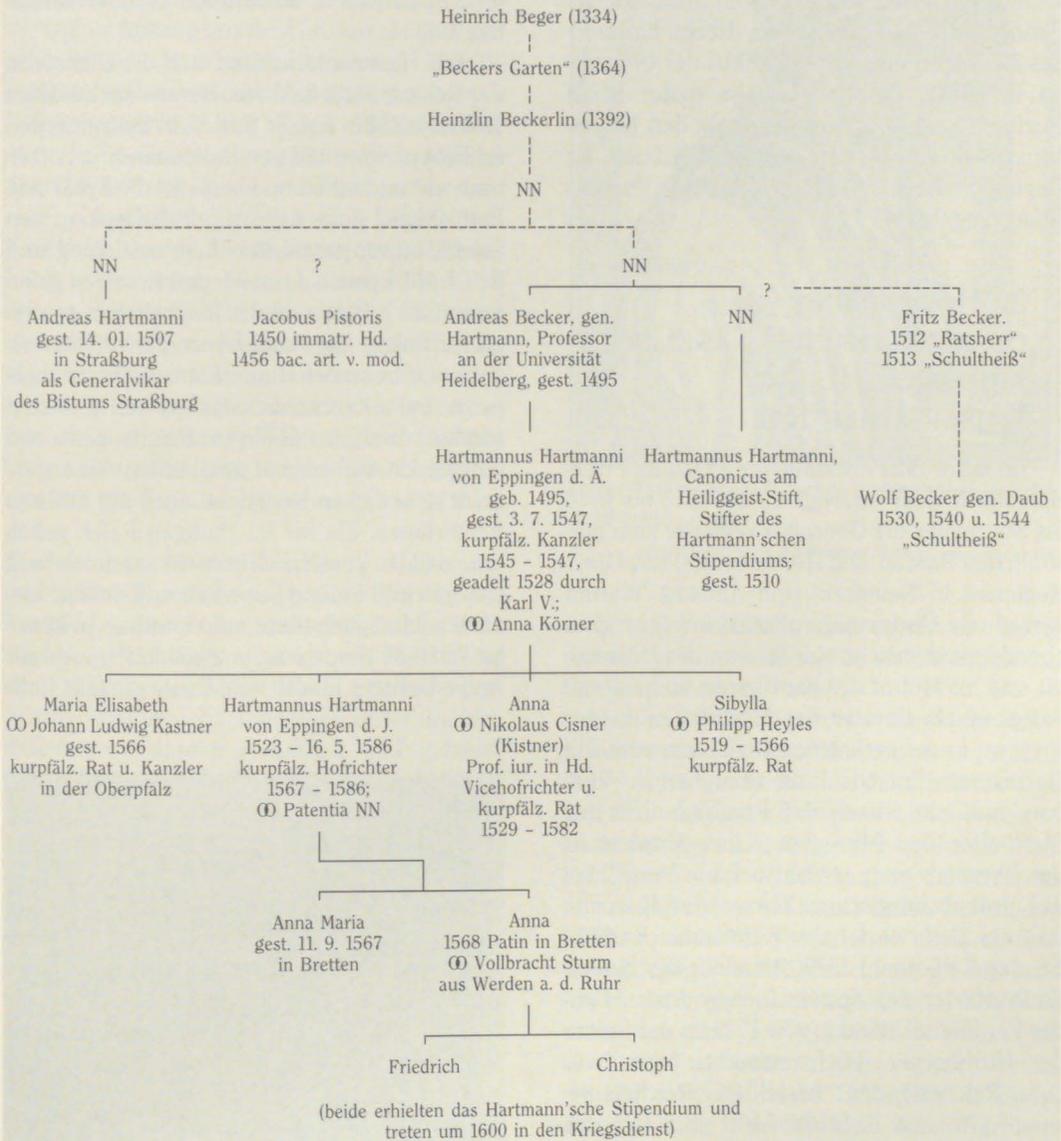
Hartmannus Hartmanni d. Ä. wurde 1495 wohl in Heidelberg geboren. Ob sein Vater Andreas Hartmanni, der vor dem 13. Mai 1495 gestorben sein muß, seine Geburt noch erlebt hat, ist ungewiß. Dieser war schon über 60 Jahre alt, als er sich verheiratete, denn solange er Rektor der Universität war, mußte er unverheiratet sein<sup>10</sup>. Wie die Mutter hieß und aus welchen Kreisen sie stammte, ist nicht überliefert. Auch wo Hartmannus Hartmanni d. Ä. aufwuchs und wo er die Lateinschule besuchte,

wissen wir nicht. Aber vieles spricht dafür, daß er seine Kindheit in Eppingen verbracht (vielleicht in der Familie des Eppinger Verwandten Fritz Becker, des Ratsmitglieds und späteren Stadtschultheißen, der die verwitwete Mutter in seine Familie aufgenommen haben könnte) und dort auch die Lateinschule besucht hat. Jedenfalls wurde bei seiner Immatrikulation an der Universität Heidelberg am 27. Februar 1509 als Herkunftsort Eppingen eingetragen<sup>11</sup>.

Im Jahre 1512, nachdem er bereits einen Teil seines Studiums absolviert hatte und sich „der freyen künsten meyster“ nannte, kam er als erster in den Genuß des Hartmann'schen Stipendiums. Dieses hatte sein gleichnamiger Vetter, der Kanonikus am Heiligen-Geist-Stift in Heidelberg, vor seinem Tod 1510 gestiftet. Es war mit 500 fl. ausgestattet und am St. Michaels-Stift in Sinsheim angelegt. Aus seinem Zinsertrag sollten ein Sproß der Familie Hartmanni oder, falls keiner geeignet sei, zwei Eppinger Bürgersöhne acht Jahre lang ein Stipendium in Höhe von jährlich 10 fl. für das Studium an der Universität Heidelberg erhalten<sup>12</sup>. Da Hartmannus Hartmanni offenbar erstaunt war, daß ihm sein Verwandter eine Zuwendung gemacht hatte, ließ er sich von amtlicher Stelle eine Verfügungsurkunde ausstellen, die das Stipendium bestätigte<sup>13</sup>.

Wie sein Vater strebte Hartmannus Hartmanni zunächst eine Gelehrtenlaufbahn an. Bereits 1519 erscheint er als Dekan der Artistenfakultät<sup>14</sup>. Neben seiner Lehrtätigkeit an der Artistenfakultät, aus der die heutige philosophische Fakultät hervorging und an der damals die Studienanfänger das Grundstudium, die septem artes liberales (= die sieben freien Künste), absolvieren mußten, bevor sie mit dem Studium der Theologie, der Rechtswissenschaften oder der Medizin begannen, scheint er juristische Studien betrieben zu haben; 1521 promovierte er jedenfalls zum Doktor beider Rechte. Eine Begebenheit, die in den Regesten der Heidelberger Universität überliefert ist<sup>15</sup>, zeigt, daß er schon als junger Gelehrter recht selbstbewußt und zielstrebig auftrat. Als am 13. 1. 1522 die Universität bestimmte, daß die drei Bewerber für die „lecture codices“ Dr. Hartmanni, Dr. Simeon und lic. jur. Kilian der Reihe nach je einen Monat bis Johannis lesen und sie dafür wöchentlich ein Pfund heller

## Stammtafel der Eppinger Juristenfamilie Hartmanni (Becker/Pisteris)



----- vermutet  
 ————— gesichert

erhalten sollten, da die juristische Fakultät keinen allein bezeichnen wollte, weigerte sich Hartmanni, darauf einzugehen, während die beiden anderen Bewerber das Angebot annahm. Das Warten lohnte sich; im darauffolgenden Jahr wurde er zum Professor der Pandekten (= auf römischem Recht basierendes Zivilrecht) und zum Syndikus der Universität ernannt<sup>16</sup>. Bereits ein Jahr später berief Kurfürst Ludwig V. von der Pfalz den jungen Juristen in den Hofrat, dem damals auch der Eppinger Rechtsprofessor Johann Pavonis (Pfau) angehörte<sup>17</sup>.

### 3. HOFRAT UND OBERPFÄLZISCHER KANZLER FRIEDRICHS II. UND KAISERLICHER RAT

Im Jahre 1527 ernannte ihn Pfalzgraf Friedrich, der Bruder Ludwigs V., der 1518 bis 1544 als Statthalter die Oberpfalz regierte, zum persönlichen Berater und Hofrat beim Oberpfälzer Regiment in Neumarkt und Amberg. Warum verzichtete Hartmanni auf seine erfolgversprechende akademische Karriere an der Universität und als Hofrat des Kurfürsten und zog die Tätigkeit als Berater des Pfalzgrafen in der Provinz, in der entlegenen Oberpfalz, vor? Um Hartmannis Entscheidung verstehen zu können, muß man wissen, daß Friedrich nicht nur Statthalter und Mitregent seines Bruders in der Oberpfalz war; er war auch ein Verfechter des prohabsburgischen Kurses der Kurpfalz und ein Befürworter der Kandidatur Karls V. bei der Kaiserwahl 1519. Als einer der beiden Stellvertreter des Kaisers (neben dessen Bruder Ferdinand) stand er seit 1521 an der Spitze des Nürnberger Reichsregiments, einer von den Reichsständen bestellten Reichsregierung<sup>18</sup>. Er war dadurch nicht nur mit der Verwaltung des bayerischen Teils der Kurpfalz befaßt, sondern auch, weil Karl V. zwischen 1521 und 1530 nicht in Deutschland weilte, immer wieder in der Reichspolitik tätig. Insofern war Hartmannis Wechsel zu Friedrich II. nach Amberg kein Abstieg, er bot in Wirklichkeit die Möglichkeit zu einem weiteren Aufstieg, die Chance, den Boden der Reichspolitik zu betreten. Und tatsächlich bediente sich

Friedrich II. bei seinen Vorstößen in der Reichspolitik und bei seinen vielen diplomatischen Missionen in ganz Europa im Dienst des Kaisers vor allem Hartmannis und seines Sekretärs Hubert Leodius, der in seiner Biographie Friedrichs II. ausführlich darüber berichtete<sup>19</sup>.

Für Hartmanni zahlten sich die Dienste in der Reichspolitik bald aus. Bereits am 30. März 1528 erhob ihn Kaiser Karl V. in Speyer in den erblichen rittermäßigen Adelsstand: „... Darumb wir angesehen und betracht die Erbar und Redlichkait, gute tugent, adliche sytten, vernunft, kunst, geschicklichkait, erfahrung und Erlich Herkomen, darin wir den Ersamen gelereten unseren Rath und des Reichslieben getreuen Hartmann Hartmanj lerern der rechten begabt sein befunden und erkant. auch die angenehme und nutzliche dienst, so er uns in unsern sondern und des Heiligen Reichs gemainen obligenden sachen und geschefften, als an unserm kaiserlichen Regiment, auch auf etlichen Reichstagen, die wir Im Hailigen Reich gehalten, und zu andern Zeitten In mannich weg trewlich und fleissig bewießen und erzaigt hat, auch noch teglich thuot, und hinfüran In künfftig Zeit woll thuon mag und soll. Haben wir mit wolbedachtem muoth und auch guetem Rath



Grabplatte der Anna Maria Hartmann in der Bachkapelle der Stiftskirche in Bretten. Das Wappen links oben ist vermutlich das Familienwappen.

und Rechtem wissen. aus aigner bewegnuß Ime und seyne ehemalige leibs erben In den Standt und gradt des adels erhebt gewirdigt und Edel gemacht. darzu Ime, seyn Wappen und Claynat mit ainem Turniershelm, gnediglich geziert und gepessert . . .<sup>20</sup>,

Dieser Auszug aus dem im damals üblichen schwülstigen Kanzleistil gehaltenen Bestätigungsschreiben, das nach dem Regensburger Religionsgespräch am 12. Juli 1541 von der kaiserlichen Kanzlei ausgestellt wurde und von dem der Entwurf im Österreichischen Staatsarchiv noch erhalten ist, läßt auch erkennen, daß Karl V. Hartmanni bereits vor seiner Adelserhebung wegen seiner Dienste für das Reich bereits zum kaiserlichen Rat ernannt haben muß und daß er mit der Adelserhebung gleichzeitig auch ein Wappen verlieh. Der Zusatz zu seinem Namen „von Eppingen“ ist seit dieser Zeit bei ihm wie auch später bei seinem gleichnamigen Sohn nicht mehr eine Herkunftsbezeichnung, sondern ein Kennzeichen seines adligen Standes.

Zwei Jahre später ließ Karl V. Hartmanni und seiner Familie eine weitere Ehrung zukommen, indem er ihn und seine Familie während des Reichstags zu Augsburg 1530 unter den besonderen kaiserlichen „Schutz und Schirm“ stellte, d. h. „Inen auch unser und des Reichs frey starckh sicherheit und gelaidt“ (= *Salva guardia*) gewährte und ihn „von newen zu unßerm Rath“ ernannte<sup>21</sup>. Weitere zwei Jahre später, am 1. Juni 1532, verlieh ihm Karl V. das Palatinat, d. h. das Amt und den Titel eines „comes palatinus“ (= Pfalzgraf), das mit dem Recht, Notare und Richter des Reiches einzusetzen, verbunden war<sup>22</sup>. Inwieweit allerdings mit diesem Titel des Pfalzgrafen echte Aufgaben verbunden waren oder es sich nur um ein Ehrenamt bzw. einen Ehrentitel handelte, müßte noch näher untersucht werden. Ähnliches gilt auch für die Gewährung des kaiserlichen Schutzes und Schirms. Aber auch wenn es nur Ehrentitel waren, bedeuten sie dennoch eine hohe Auszeichnung, eine Anerkennung für Hartmannis Dienste für das Reich.

Während all dieser Jahre blieb Hartmanni engster Berater Pfalzgraf Friedrichs. Als der Oberpfälzer Kanzler Melchior Soiter starb, ernannte Friedrich II. 1534/5 Hartmanni zu dessen Nachfolger und brachte damit die besonde-



Kaiser Karl V., der Hartmanni in den erblichen Adelsstand erhob

(Porträt von einem unbekanntem flämischen Meister der Zeit)

re Vertrauensstellung zum Ausdruck, die er seit seiner Übersiedlung in die Oberpfalz bei ihm eingenommen hatte<sup>23</sup>.

Schon früh hatte sich Hartmanni der Reformation angeschlossen. Von Anfang an förderte er die Anhänger Luthers in der Oberpfalz und galt als ihr erklärter Protektor<sup>24</sup>. Dies ist um so erstaunlicher, als er selbst sich als kaiserlicher Rat Karls V., der von Anfang an die Reformation entschieden bekämpft hatte, verbunden wußte und sowohl Friedrich II. als auch Kurfürst Ludwig V. mit Rücksicht auf die besonderen Beziehungen der Kurpfalz zum Kaiser es vermieden, sich der Reformation anzuschließen (allerdings unternahmen sie auch wenig, um die reformatorische Bewegung in ihrem Territorium zu unterdrücken). Wann Hartmanni sich der evangelischen Lehre anschloß, ist nicht überliefert. Doch darf man mit großer Sicherheit annehmen, daß er Luther am 26. April 1518 bei seiner Heidelberger Disputation erlebte, die, wie wir heute wissen, nicht im Augustinerkloster, sondern im Hörsaal der Artistenfakultät stattfand und der sowohl Theologen als auch viele Laien beiwohnten<sup>25</sup>. Gerade unter den jungen Studenten wie Johannes

Brenz, Martin Bucer, Martin Frecht, Theobald Billicanus, Erhard Schnepf u. v. a., die alle später eine zentrale Rolle in der süddeutschen Reformation spielten, fand Luther begeisterte Zuhörer<sup>26</sup>. In verschiedenen Berichten wird überliefert, daß gerade in der Heidelberger Artistenfakultät, der Hartmanni damals angehörte und deren Dekan er 1519 war, Luther einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Von ihr gingen auch die Versuche einer Universitätsreform aus, namentlich des Studiums der artes liberales. Daß Hartmanni daran beteiligt war, ist mehr als wahrscheinlich. Vielleicht gehörte er bereits zu jenen heimlichen Anhängern Luthers in Heidelberg, von denen Bucer in einem Brief an Luther vom 23. Januar 1520 spricht<sup>27</sup>.

Unter dem Einfluß Hartmannis zeigte Friedrich II. Neigungen zum Protestantismus, wengleich er es aus Gründen der Staatsräson noch nicht wagte, diese offen zu bekennen. Immerhin erschien er 1541 auf dem Reichstag zu Regensburg mit seinem protestantisch gesinnten Kanzler Hartmanni. Während dieses Reichstags fand ein Religionsgespräch zwischen je drei Vertretern der katholischen Kirche und den Protestanten (Bucer, Melancthon, Pistorius) statt, das von Pfalzgraf Friedrich II. als Präsidenten geleitet wurde<sup>28</sup>.

Hartmanni scheint mehr dem oberdeutschen, von Martin Bucer geprägten Protestantismus, der in der Abendmahlslehre eine vermittelnde Position zwischen Luther und Zwingli vertrat, nahegestanden zu sein<sup>29</sup>. Bucer nannte jedenfalls mehrfach Hartmanni in seinen Briefen<sup>30</sup>. Sie werden sich wohl nicht erst auf dem Regensburger Reichstag, sondern bereits während der gemeinsamen Universitätsjahre in Heidelberg kennengelernt haben.

Durch seine evangelische Gesinnung wäre Hartmanni 1535 bei einer Reise nach Spanien beinahe der Prozeß durch die Inquisition gemacht worden. Leodius, der Sekretär und Biograph Friedrichs II., der ihn auf dieser Reise zu Kaiser Karl V. begleitete, berichtete darüber<sup>31</sup>. Als sie dem Kaiser von Saragossa aus nach Barcelona, wo dieser über Ostern weilte, nachreisten, übernachteten sie vom Karfreitag auf Karsamstag im Kloster Montserrat. Den Übernachtungsgästen pflegten die Mönche dort Brot, Essig, Wein und Öl zu geben, wozu diese

sich dann den Salat kaufen konnten. Sie gaben es aber den beiden Reisenden nur ungern; denn in ihrem Kloster war es Brauch, vom Karfreitagabend bis zum Karsamstagmorgen durchzufasten. Hartmanni gab sich aber mit diesem Essen nicht zufrieden. Obwohl ihn Leodius widerriet, verlangte er von den Mönchen unbeirrt und hartnäckig einige Eier. Die Mönche aber waren dazu nicht bereit, ja sie verdächtigten ihn, er sei ein Lutheraner und müsse daher der Inquisition angezeigt werden. Leodius erkannte die Gefahr und versuchte, die Mönche zu beruhigen. Schlagfertig, wenn auch nicht gerade vornehm, nannte er seinen Begleiter Hartmanni eine „flämische Sau“, die weder an Gott noch etwas anderes glaube. Auf diese Weise rettete er aber die bedrohliche Situation und bewahrte Hartmanni vor der Anklage wegen Ketzerei vor dem Inquisitionsgericht.

#### 4. KANZLER DER KURPFALZ

Als im März 1544 Kurfürst Ludwig V. starb, erhielt Pfalzgraf Friedrich das Kurfürstenamt und nahm Hartmanni als seinen engsten Berater mit nach Heidelberg, zunächst jedoch nur als Mitglied des Hofrats. Erst im folgenden Jahr, nachdem der von Ludwig übernommene altgläubige Kanzler Heinrich Hase in kaiserliche Dienste getreten war, wurde Hartmanni zum Kanzler der Kurpfalz ernannt und rückte damit an die Spitze der kurpfälzischen Hofämter.

Mit der Ernennung Hartmannis zum Kanzler gewannen ganz eindeutig die Protestanten im Hofrat die Oberhand. In einem Brief an Landgraf Philipp von Hessen vom 10. Mai 1545 zählte Bucer Kurfürst Friedrich II. noch nicht zu den Freunden des Evangeliums, wohl aber seine „vornehmsten Ratgeber“, den Kanzler Hartmanni von Eppingen, den Hofmeister Konrad von Rechberg und Marschall Franz Konrad von Sickingen, den Sohn des berühmten Franz von Sickingen<sup>32</sup>. Hartmanni und Philipp von Helmstadt, der seit Ende 1545 mit einem der wichtigsten Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, dem Straßburger Jakob Sturm, in Verbindung stand, waren auch die entschiedensten Vertreter einer antipäpstlichen Richtung in der kurpfälzischen Politik und traten, beson-

ders nach der Verständigung Kaiser Karls V. mit König Christian III. von Dänemark auf dem Reichstag von Speyer im Mai 1544, die die Hoffnungen Friedrichs II. auf den dänischen Thron endgültig zunichte machte, für eine Hinwendung der Kurpfalz an den Schmalkaldischen Bund ein.

Um den Jahreswechsel 1545/46 bekannte sich auch schließlich Friedrich II. öffentlich zur Reformation, als er in verschiedenen Erlassen begann, einzelne Mißbräuche in der Kirche zu beseitigen, und damit, wenn auch noch zaghaft, andeutete, daß er mit der alten Kirche zu brechen beabsichtigte. Auf einer Hofratssitzung am 3. März 1546 drängte vor allem Kanzler Hartmanni mit Nachdruck zum Weiterstreiten auf den Bahnen der Reformation: „Habe man nun das Evangelium angenommen, so müsse es auch lauter gepredigt werden, und deshalb müßten die Messe und andere Papistereien fallen“<sup>33</sup>. Ebenso plädierte er für die Einführung einer Kirchenordnung: „Eine Ordnung ist schon im stillen erstellt“<sup>34</sup>. Einig war man sich darüber, daß durch die Aufgabe der bisherigen Neutralität in der Religionsfrage die Beziehungen zum Kaiser belastet würden und man sich deshalb dem Schmalkaldischen Bund anschließen müsse. Diese Frage wollte der Hofrat aber nicht allein, sondern nur zusammen mit dem am 7. April 1546 nach Heidelberg einberufenen Lehentag entscheiden.

In seiner Proposition an die Lehensleute<sup>35</sup> erklärte Friedrich II. auf diesem Lehentag, daß durch die Wiederentdeckung des heiligen Evangeliums in Deutschland ein Zwispalt hervorgerufen worden sei, der nun schon über zwanzig Jahre bestehe. Die bisherigen Versuche, durch Reichsversammlungen die neue Lehre zu unterdrücken, hätten das Gegenteil bewirkt und „dahin geraten, daß diese Religion aus dem Wort und Befehl des Herrn gepflanzt, ye lenger, ye mer bey hohen und nidern Stenden zuegenomen und gefruchtet“. Die Spaltung könne nur durch ein gemeines, freies christliches, unparteiisches Konzil oder durch eine Nationalversammlung der deutschen Nation beigelegt werden. Infolge des Scheiterns des Konzilgedankens seien einige Stände durch die Einführung der Reformation zur Selbsthilfe geschritten. Da sich die Gegensätze im Reich immer mehr zuspitzten, sehe er sich ge-

zwungen, seine bisherige vermittelnde unparteiische Haltung aufzugeben und, seinem Gewissen folgend, seinen Untertanen die Segnungen der Reformation zuteil werden zu lassen. Zwar versicherte Friedrich, daß dies kein feindlicher Schritt gegen den Kaiser sei; doch ist diese Versicherung eher als politische Rücksichtnahme, als ein Versuch der Beschwichtigung der kaiserlichen Partei, zu verstehen. Denn gleich darauf erwähnt er die Bitte der in Frankfurt versammelten Schmalkaldener an die Kurpfalz, ihrem Bund beizutreten. Die Nachrichten aus Italien, wonach durch Einmischungen des Auslands die deutsche „Libertät“ in Gefahr sei, und der mit den deutschen Reichstagsabschieden nicht zu vereinbarende Beginn des Trienter Konzils, das die Wiederherstellung der päpstlichen Herrschaft in Deutschland beabsichtigte, hätten ihn bestärkt, sich dem Schmalkaldener Bund anzuschließen. Da er aber aus eigenen Mitteln die vom Bund geforderte finanzielle Unterstützung nicht aufbringen könne, wolle er wissen, welche Hilfe er von den versammelten Lehensleuten erwarten dürfe.

Im Gegensatz zur bisherigen Politik, aber auch zu den Vorberatungen der Räte im März, enthielt diese Proposition eine präzise Analyse der Lage, eine entschlossene Haltung und ein offenes Bekenntnis zur evangelischen Lehre. Ihr Initiator war wohl Kanzler Hartmanni<sup>36</sup>. Das Echo darauf war begeistert. Man forderte, die letzten katholischen Zeremonien abzuschaffen und dem Bund beizutreten, aber keine offensiven Ziele zu verfolgen. Damit hatte die Kurpfalz die notwendige Rückendeckung bei den eigenen Landständen und Lehensleuten, und so konnte Friedrich energischer als vorher die Reformation vorantreiben. Innerhalb weniger Wochen erließ er eine vorläufige lutherische Kirchenordnung sowie eine Polizeordnung, berief lutherische Pfarrer und schloß die Heidelberger Klöster.

Kanzler Hartmanni und Philipp von Helmstadt, die beiden entschiedensten Befürworter auf dem Lehentag für den Anschluß der Kurpfalz an den Schmalkaldischen Bund, wurden beauftragt, mit diesem die Verhandlungen zu führen. Wenn diese nicht zum endgültigen Beitritt führten, ist dies weniger auf das Verhandlungsgeschick der beiden Unterhändler als viel-

mehr auf die zu hohen Forderungen zurückzuführen, die die Kurpfalz erfüllen sollte.

Obwohl die Pfalz noch kein Mitglied des Schmalkaldischen Bundes war, wurde sie schon wenige Monate später in den Strudel des Schmalkaldischen Krieges hineingezogen, den der Kaiser innerhalb weniger Monate für sich entscheiden konnte. Kurfürst Friedrich und mit ihm sein Kanzler Hartmanni wurden im Dezember 1546 auf den Reichstag in Schwäbisch Hall vorgeladen, um sich vor ihm zu rechtfertigen und vom Protestantismus loszusagen. Es bedurfte eines großen Geschicks bei den Verhandlungen mit dem Kaiser, um Schlimmeres für die Kurpfalz zu verhüten, wie Hartmanni an Pfalzgraf Ott-Heinrich am 13. Dezember 1546 schrieb: „(Es ist) vill mehr und gefeulicher, dann wir zuvor gedacht haben. Es sein wunderliche Practicen vorhanden, der Allmechtig schick all ding zum besten<sup>37</sup>.“ Einen besonderen Kniefall vor dem Kaiser mußte angeblich Kanzler Hartmanni als wichtigster Verfechter der protestantischen Politik der Kurpfalz machen<sup>38</sup>. Zwar behielt Friedrich II. seine Kurwürde, die ihm ursprünglich Kaiser Karl V. wegnehmen wollte, doch unter dem Druck des Kaisers mußte er die reformatorischen Neuerungen wieder zurücknehmen.

Besondere Verdienste erwarb sich Kanzler Hartmanni auch bei der Reform der Heidelberger Universität, die noch an alten Lehrtraditionen und am alten Glauben festhielt. Sie hatte damals ihren früheren guten Ruf verloren. Ebenso fehlten in dem Lehrkörper markante Persönlichkeiten. Zwar gelang es Friedrich II. auf Betreiben Hartmannis, den evangelischen Prediger an der Heiliggeistkirche Heinrich Stoll gegen den Willen der Professoren zum Rektor der Universität zu ernennen und den Straßburger Pfarrer Paul Fagius (Büchlein) vorübergehend an die theologische Fakultät zu holen, doch die Berufung Philipp Melancthons nach Heidelberg mißlang, da dieser seine Wirkungsstätte in Wittenberg nicht verlassen wollte. Lediglich mit der Reform der Artistenfakultät und des Collegiums principis (Fürstenschule) hatten Stoll und Hartmanni Erfolg: „Durch die Macht integrer und ebenso höchst gelehrter Männer (gemeint sind Hartmanni und Stoll) wurde hauptsächlich die Reform der Artistenfakultät und des Collegiums

principis durchgeführt“, heißt es in den Universitätsakten<sup>39</sup>. Der Hauptgrund des Scheiterns der Universitätsreform lag aber in den Auswirkungen des Schmalkaldischen Krieges auf die Kurpfalz und in der 1547 grassierenden Pest, die auch Kanzler Hartmanni am 3. Juli 1547 allzufrüh im Alter von etwa 52 Jahren hinwegraffte.

## 5. FAMILIE HARTMANNIS

Seine Familie setzte ihm an seinem Grab in der Heiliggeistkirche einen Epitaph, über dem ein Bild der Auferstehung hing, mit folgender Inschrift: „Dem Herrn Hartmannus Hartmanni von Eppingen, Doktor beider Rechte, dem Kanzler des erlauchten Fürsten Friedrich, Pfalzgrafen bei Rhein, Herzog von Bayern und Kurfürsten, einem Manne, der sich in allen Geschäften durch hervorragende Sinnesart und Einsicht auszeichnete, einem eifrigen Beschützer der Wahrheit und des Rechts. Die Liebe der Gattin und die ehrfurchtvolle Anhänglichkeit der Kinder setzten dem teuersten Gatten und Vater wehmutsvoll dieses Denkmal . . .“<sup>40</sup>.

Kanzler Hartmanni war mit Helena Körner verheiratet. Ihrer Ehe entstammten vier Kinder, nämlich der Sohn Hartmannus und drei Mädchen, die alle mit bedeutenden pfälzischen Beamten verheiratet waren: Anna mit Nikolaus Cisner (Kistner) aus Mosbach (1529–83), der als Professor an der Universität lehrte und gleichzeitig dem Hofrat angehörte, dann ans Reichsgericht nach Speyer ging und schließlich als Vize-Hofrichter 1580 nach Heidelberg zurückkehrte; Sibylla mit dem Hofrat Philipp Heyles (1515–1566) und Maria Elisabeth mit Johann Ludwig Kastner (gest. 1566), der ebenfalls zunächst Hofrat war und zuletzt als Kanzler in Amberg in der Oberpfalz amtierte. Helena Körner hatte ihr Grab in der Peterskirche. Ihr Todesjahr ist unbekannt, wohl aber Monat und Tag: „... den 2. Tag Aprilis ist verschieden die Erbar und Tugendsame Fraw Helena Körnerin / so deß Ehrnhafften Hochgelerten Herrn Doctor Hartmans Hartmanni der Churfürstlichen Pfaltz Rhat/ eheliche Haußfraw gewesen“<sup>41</sup>.

Das große Ansehen Hartmannis d. Ä. am Heidelberger Kurfürstenhof wird nicht nur da-



Kurfürst Friedrich II., der Dienstherr Kanzler Hartmannis

(Radierung von Jost Amman)

durch unterstrichen, daß seine Töchter mit pfälzischen Hofräten verheiratet waren, sondern auch dadurch, daß sein gleichnamiger Sohn nach Abschluß seines Studiums des römischen und des kirchlichen Rechts mit der Promotion in Bologna (1547) ebenfalls einflußreiche Stellungen unter vier Kurfürsten innehatte. Als Hofrat wechselte er für 11 Jahre als Vertreter der Kurpfalz an das Speyerer Reichskammergericht und übte von 1567 in Personalunion als Leiter des Hofgerichts, Mitglied des Oberrats und als Faut (zunächst des Oberamts Bretten, ab 1569 des Oberamts Heidelberg) bis zu seinem Tod 1586 zentrale Funktionen am Heidelberger Hof aus<sup>41a</sup>.

## 6. BEURTEILUNG HARTMANNIS D. Ä. DURCH ZEITGENOSSEN UND NACHWELT

Hartmannis plötzlicher Tod wurde von seinen Zeitgenossen allseits bedauert. Die Heidelberger Universität bezeichnete ihn als einen schweren Verlust für Religion und Wissenschaft<sup>42</sup>. Paul Fagius beklagte am 26. Juli 1547 in einem Brief an den Konstanzer Reformator Ambrosius Blaurer: „Zu all diesem und dem schrecklichen Unglück kommt hinzu, daß die Pest den gelehrtesten, frömmsten und gottesfürchtigsten Mann, den Kanzler (von Eppingen) des Fürsten von uns riß, von dem allein die Reform sowohl der Schule (Universität) und der Kirche abzuhängen scheint“<sup>43</sup>. Der ehemalige Heidelberger Philosophieprofessor und Ulmer Reformator Martin Frecht schrieb in einem Kondolenzbrief wegen des Todes Hartmannis an seinen Heidelberger Freund Martin Menradus: „... der damit in warheit Hartmann genannt ist worden ...“<sup>44</sup>. Und David Chyträus, der in Menzingen aufgewachsene Rostocker Reformator, nannte Hartmann einen „hochberühmten Doktor ...“, durch dessen Weisheit, Gelehrsamkeit und unermüdlige Treue der Staat viele Jahre lang glücklich regiert worden ist ...“<sup>45</sup>. Hartmannis Ansehen bei seinen Zeitgenossen war so groß, daß ihn einige wegen seiner Weisheit und Integrität als „pfälzischen Solon“ bezeichneten<sup>46</sup>.

Lediglich Hubert Thomas, genannt Leodius, der Sekretär und Biograph Friedrichs II.,

äußert sich gelegentlich kritisch, wenn auch nicht feindselig, über Hartmanni. So berichtet er, daß Hartmanni auf einer Gesandtschaftsreise nach Italien eine vortreffliche Rede gehalten habe, die er selbst aufgesetzt habe und die von spanischen Staatsmännern, besonders dem kaiserlichen Rat und späteren Kanzler Karls V. Granvella, gepriesen worden sei; während Hartmanni gelobt und mit einem Kleid beschenkt worden sei, sei er leer ausgegangen<sup>47</sup>. Gerade diese Episode zeigt, daß, wie Volker Press meint, zwischen Hartmanni und Leodius eine Rivalität bestanden habe und daß Leodius, der altgläubig geblieben war, mit einem gewissen Neid den Aufstieg Hartmannis zum kurpfälzischen Kanzler betrachtet habe, während er selbst bei der Übersiedlung nach Heidelberg in seiner alten Stellung als Sekretär geblieben sei<sup>48</sup>. Im Gegensatz zu Friedrich II., seinem Dienstherrn, dem man Unstetigkeit, Verschwendungssucht und Mangel an Durchsetzungsvermögen nachsagt und den Volker Press, einer der besten Kenner der kurpfälzischen Geschichte des 16. Jahrhunderts, „keinen Staatsmann großen Formats“<sup>49</sup> bezeichnet, wird Kanzler Hartmannus Hartmanni von Eppingen auch von der Geschichtswissenschaft durchweg positiv beurteilt. Ludwig Häusser, der beste Kenner der pfälzischen Geschichte im 19. Jahrhundert, nennt ihn den „einflußreichsten Ratgeber“ des Kurfürsten Friedrich II.<sup>50</sup>. Nach Hans Rott übte Hartmanni den „größten Einfluß auf Friedrich in politischer und religiöser Hinsicht aus“<sup>51</sup>. Und Volker Press ist sogar der Auffassung, daß „dem Hofrat . . . seit dem Tod des Kanzlers Hartmanni . . . der wirklich führende Kopf (fehlte), wenn er auch nicht tüchtiger Männer entbehrte“<sup>52</sup>. Diese Urteile sind um so bemerkenswerter, als sie alle übereinstimmend feststellen, daß Hartmanni in den zwei Jahren seiner Kanzlerschaft in Heidelberg der pfälzischen Politik seinen Stempel aufdrücken konnte.

#### Anmerkungen:

1 Der voranstehende Beitrag stützt sich auf wesentliche Teile des Aufsatzes, den der Verfasser unter dem Titel „Die Eppinger Juristenfamilie Hartmanni – ein Beispiel für den Aufstieg bürgerlicher Juristen

im 15. und 16. Jahrhundert“ in: „Eppingen – Rund um den Ottilienberg“, Bd. 3 (1985), S. 363 ff., veröffentlicht hat. Einige neuere Funde zur Geschichte der Familie wurden eingearbeitet.

- 2 G. Toepke, Die Matrikel der Universität Heidelberg von 1386–1662, Bd. 1, 1884, S. 256
- 3 G. Toepke, a. a. O., S. 264; vgl. auch R. Hauke, Eppinger Studenten an deutschen Universitäten (1386–1648), in: Eppingen – Rund um den Ottilienberg, Bd. 2, 1982, S. 66; Jakobus Pistoris war sicherlich auch ein Sproß der Familie Becker. Ob er allerdings ein Bruder des Professors Andreas Hartmanni oder ein Bruder des Straßburger Kanonikus war, läßt sich nicht mehr feststellen. 1456 wurde er Baccalaureus artium v. m. Sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Daher wird hier auch nicht mehr weiter auf ihn eingegangen.
- 4 G. Toepke, a. a. O., S. 297
- 5 H. Weissert, Die Rektoren der Ruperto Carola zu Heidelberg und die Dekane ihrer Fakultäten 1386–1968, 1968, S. 12 f.
- 6 H. Weissert, a. a. O., S. 12
- 7 G. Toepke, a. a. O., S. 398; R. Hauke, a. a. O., S. 67
- 8 H. Wirth, Kirchengeschichte der Stadt Eppingen, Karlsruhe 1879, S. 3, S. 4 und S. 5
- 9 F. Gehrig, Die Ämter der Stadt Eppingen und ihre Inhaber, in: Eppingen – Rund um den Ottilienberg, Bd. 2 (1982), S. 27; die Ernennungsurkunde Wolf Beckers zum Stadtschultheißen von Eppingen durch Kurfürst Ludwig V. ist ebenfalls dort S. 25 abgedruckt.
- 10 J. Fr. Hautz, Geschichte der Universität Heidelberg, Bd. 1, 1862, S. 452
- 11 G. Toepke, a. a. O., S. 469; Hartmanni ließ sich zusammen mit Michael Cretz aus Sulzfeld immatrikulieren, mit dem er auch am 11. 7. 1510 das Baccalaureat art. v. m. ablegte. Das gleiche Immatrikulationsdatum spricht für diese These.
- 12 A. Neureuther, das Hartmann'sche Stipendium, in: Eppingen – Rund um den Ottilienberg, Bd. 1 (1979), S. 93 ff.
- 13 StA Epp. A 2440
- 14 H. Weissert, a. a. O., S. 80; V. Press, Hartmann Hartmanni d. Ä., in: Neue Deutsche Biographie, 1953 ff., Bd. 8, S. 5
- 15 E. Winkelmann, a. a. O., Bd. 2, Nr. 710
- 16 ebd.
- 17 V. Press, Calvinismus und Territorialstaat. Regierung und Zentralbehörden der Kurpfalz 1559–1619, 1970, S. 175
- 18 ebd., S. 181; Fr. Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1964, S. 22 f.
- 19 H. Thomas Leodius, Ein Fürstenspiegel. Denkwürdigkeiten des Pfalzgrafen-Kurfürsten Friedrich II. beim Rhein, hrsg. v. E. v. Bülow, 1849
- 20 Österreichisches Staatsarchiv Wien, Reichsakten VB 4075; K.-F. Frank, Standeserhebungen und Gnadenakte für das Deutsche Reich bis 1806, 1970, S. 167; bisher war unbekannt, wann und wo Hart-

- manni in den Adelsstand erhoben wurde, vgl. V. Press in: NDB, Bd. 8, S. 6
- 21 ÖStA ebd.
- 22 K. Fuchs / H. Raab, dtv-Wörterbuch zur Geschichte, Bd. 2, München 1976, S. 615
- 23 V. Press, Calvinismus und Territorialstaat, S. 182
- 24 J. B. Götz, Die religiöse Bewegung in der Oberpfalz von 1520–1560 1914, S. 14
- 25 W. Henß, Die Anfänge der evangelischen Bewegung in Kurpfalz, in: Martin Luther. Die Anfänge der evangelischen Bewegung in Kurpfalz Katalog zur Ausstellung der Universitätsbibliothek Heidelberg, 1983, S. 14
- 26 ebd., S. 16; H. Scheible, Luther und die Anfänge der Reformation am Oberrhein, in: Luther und die Reformation am Oberrhein. Ausstellungskatalog, hrsg. von der Bad. Landesbibliothek, 1983, S. 27
- 27 wie Anm. 25, S. 17
- 28 H. Rott, Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz und die Reformation, 1904, S. 4
- 29 M. Lenz (Hrg.), Briefwechsel Landgraf Philipps des Großmütigen von Hessen mit Bucer, 1880 ff., Bd. II, S. 348 u. ö.
- 30 K. Brandi, Kaiser Karl V., ND 19/9, S. 372
- 31 Leodius, a. a. O., Bd. II, S. 94
- 32 M. Lenz (Hrg.), a. a. O., S. 348
- 33 GLA 381/85 (Generallandesarchiv Karlsruhe)
- 34 GLA 381/62 f.
- 35 GLA 381/113 ff.; abgedruckt bei A. Hasenclever, Die kurpfälzische Politik, in den Zeiten des Schmalkaldischen Krieges, 1905, S. 160 ff.
- 36 V. Press, Calvinismus und Territorialstaat . . . , S. 190
- 37 zit. nach A. Hasenclever, a. a. O., S. 142 Anm. 345
- 38 A. Hasenclever, a. a. O., S. 140, Anm. 337
- 39 J. Fr. Hautz, Geschichte der Universität Heidelberg, 1864, Bd. I., S. 414 mit Anm. 14
- 40 R. Neumüllers-Klausner (Bearb.), Die Inschriften der Stadt und des Landkreises Heidelberg (= Die Deutschen Inschriften, Bd. 12), 1970, Nr. 253
- 41 ebd., Nr. 255
- 41a Über Hartmanni d. J. vgl. den Beitrag des Verfassers: „H. Hartmanni d. J. von Eppingen und die kurpfälzische Politik 1567–1586“, in: Die Kraichgauer Ritterschaft in der frühen Neuzeit, hrsg. von St. Rhein, Bretten 1993, S. 197–213.  
Daß Vater und Sohn als Spitzenbeamte einem Landesherrn dienten, ist sehr selten; deswegen und wegen ihrer Namensgleichheit wurden sie nicht nur bei den Geschichtsschreibern des 17. Jahrhunderts, sondern auch bei einigen Historikern des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts gelegentlich verwechselt. So schreibt beispielsweise Melchior Adam, daß Hartmannus d. Ä. vor seiner Ernennung zum Kanzler 12 Jahre lang am Speyrer Reichskammergericht tätig gewesen sei (*Vitae Germanorum iure con sutorum* . . . , 1620). Dort wirkte aber nur Hartmanni d. J. Diesen Fehler übernahmen dann Jöchers „Allgemeines Gelehrtenlexikon“ (1750, Bd. 2, S. 1382) und die „Allgemeine Deutsche Biographie“ (Bd. 10, S. 680). Völlig durcheinander kam dann schließlich Otto Becher in seinem Kommentar zu der Rede des David Chyträus „Das Kraichgau . . .“ (S. 146 Anm. 107). Er läßt den Kanzler Hartmanni gleich zweimal, nämlich 1547 und 1586, sterben und ordnet die beruflichen Stationen des Hofrichters einfach dem Vater zu: „Dr. Hartmann, gewöhnlich Hartmannus Hartmanni genannt, hat seine Studien in Heidelberg gemacht und seiner Hochschule von 1523–1527 als Lehrer angehört . . . 1567 war er Vogt in Bretten; 1569 Vogt in Heidelberg, zugleich Assessor bei der kaiserlichen Kammer und Kirchenratspräsident. Ihm, der seit Jahren Friedrichs vertrauter Begleiter und bis zu seinem Tode 1547 dessen einflußreichster Ratgeber war, . . . Hartmann, . . . starb zu Heidelberg im Jahre 1586.“
- 42 H. Rott, a. a. O., S. 74
- 43 ebd., Anm. 173
- 44 ebd.
- 45 D. Chyträus, Das Kraichgau und seine Bewohner zur Zeit der Reformation, übers. und hrsg. von O. Becher, 1908, S. 145 ff.
- 46 V. Press, Calvinismus und Territorialstaat . . . , S. 187 Anm. 30; er beruft sich auf Quirinus Reuter, *Vitae . . . Cisneri . . . discriptio*, in: N. Cisner, *Opuscula*, 1648
- 47 L. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, Bd. I, 1845, S. 564; Leodius, a. a. O., S. 234
- 48 V. Press, Calvinismus . . . , S. 182
- 49 ebd., S. 181
- 50 L. Häusser, a. a. O., S. 609
- 51 H. Rott, a. a. O., S. 4
- 52 V. Press, a. a. O., S. 197

Anschrift des Autors:  
Bernd Röcker  
Geranienstr.19  
75031 Eppingen

Das passende Geschenk für jeden Anlaß

ein  
Geschenk-Abonnement der  
Zeitschrift „Badische Heimat“

*für die Eltern,  
für die Großeltern,  
Tanten und Onkeln,  
alle Freunde,  
die guten Nachbarn,  
die netten Kollegen.*

Bestellen Sie das Geschenk-Abonnement bei der Geschäftsstelle des Landesvereins Badische Heimat, Hansjakobstraße 12, 79117 Freiburg, Tel.: 07 61/7 37 24

Geben Sie Ihren Namen und Namen und Anschrift des zu Beschenkenden an.

Sie erhalten dann den Geschenk-Gutschein mit der Rechnung über 50.– DM. Dafür erhält der Beschenkte ein Jahr lang kostenlos unsere Hefte (4 Ausgaben).

*Mit einem Geschenk-Abonnement der Badischen Heimat machen Sie immer ein hochwertiges Geschenk!*

# „Dieser Stolz mußte gebeugt werden“

Zum Freiburger Metzgerstreik von 1838

*Trina, die Köchin Trina (...) war plötzlich zu unverhüllter Empörung übergegangen. Zum großen Verdrusse der Konsulin unterhielt sie seit einiger Zeit eine Freundschaft, eine Art von geistigem Bündnis mit einem Schlachtergesellen, und dieser ewig blutige Mensch mußte die Entwicklung ihrer politischen Ansichten in der nachteiligsten Weise beeinflußt haben.*

*Thomas Mann, Buddenbrooks*

Es ließen sich viele Beispiele dafür finden, daß der Beruf einst einmal denen, die ihn ausübten, ein besonderes, bestimmtes, allgemein bekanntes Gepräge gab. So galten, jeweils aus gutem Grund, die Weber als Sinnierer und Sektierer; die Schuster darüber hinaus als Politisierer und Aufwiegler; die Schneider als Aufschneider und Angeber; die Müller als Diebe, denen auch sonst alles zuzutrauen war; die Waschfrauen als Schwatzbasen und Lästermäuler . . . und so weiter. Diese typischen Mentalitäten sind mit den Berufen selber untergegangen, oft auch vergessen worden; nur selten hinterließen sie eine lesbare Spur.<sup>1</sup>

## CHRONIQUE SCANDALEUSE ODER: WAS VORAUSGING

Die Metzger galten als gewalttätig, grob und roh – was sich aus ihrem blutigen Geschäft von selbst erklärt.<sup>2</sup> Und es ist gerade die Geschichte der Stadt Freiburg, die davon noch manches weiß; schon als sich, im Jahre 1299, die Freiburger mit ihrem Grafen Egeno entzweiten, weshalb dann dessen Schwager, der Bischof Konrad von Straßburg, mit seinem Heer die Stadt berannte, „do lieffen aus der stadt heraus viel frischer knecht unnd dapfere burger, die stachen mit den feinden, unnd als

der Bischoff sein volck im heer anweist, do waget sich ein burger von Freyburg, der was ein metzger, der lieff in die feindt unnd stach ein spieß in den Bischoff, als das geschach, do zog menigklich unnd der ganze hauff aller gleich von dannen ab und wardt der krieg geendet, als der Bischoff erstochen war“<sup>3</sup>. Der starke Mann soll Hauri geheißen haben (wie noch etliche andere, urkundlich feststellbare Mitglieder der Metzgerzunft). Am alten Weg von Freiburg nach Lehen erinnerte seither das sogenannte Bischofskreuz an seine Tat.

Wer mit den Metzgern zu tun hatte, brauchte ein dickes Fell. In der Zunftordnung, die sie sich in Freiburg 1466 selber gaben, heißt es ausdrücklich, daß keiner unziemlich jauchzen, schreien, fluchen oder lügen, auch „keiner dem andren sin fleisch schelten“<sup>4</sup> solle. Nicht selten wurden auch die Kunden mit „Schmähworten und anderen Verunglimpfungen“<sup>5</sup> überschüttet; aus diesem Grunde mußte sogar der Zunftmeister Andreas Horber, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts amtierte, eine Geldstrafe zahlen, und seinen Nachfahren Bartholome, ebenfalls Zunftmeister, und Xaver erging es ebenso.<sup>6</sup> Zu den Delikten, für die die Metzger ein Strafgeld in die gemeinsame Kasse legen mußten, zählten vor allem Beschimpfungen, Bedrohungen und Beleidigungen, Streitereien und Raufereien. Das „gräuliche Fluchen und Schwören im Schlachthaus“<sup>7</sup> wurde von Mal zu Mal verboten, ohne daß eine Besserung eintrat. „Durch die gross Metziz ohne Spott,/Der hat eine grosse Gnad vor Gott!“<sup>8</sup> hieß es in Straßburg, aber anderswo wohl auch.

Daß mit den Metzgern nicht gut Kirschen essen war, wurde auch der Obrigkeit immer wieder schmerzhaft bewußt. Es war wieder jener Zunftmeister Andreas Horber, der sich einen langjährigen Prozeß auf den Hals lud,

# Der Metzger.



Hieher/ wer Fleisch nit kan gerahten/  
Zu Sieden / Kochen vnd zu Brahten/  
Von Ochsen/ Kalber/ Schaffen vñ Schwein/  
Gut / feist/ die frisch gestochen seyn/  
Gut vorricht/ Kalbsköpff / Füß vnd Kröß/  
Ruttelfleck / Ochsenmägen sind nit böß/  
Welcher mir bar Gelt zelet auff/  
Dem wil ich geben guten Kauff.

Abb. 1 Der Metzger

Aus dem „Ständebuch“ von Jost Amman und Hans Sachs (1568)

indem er den Vogt der Wiehre böse beleidigte – wo er doch, eben als Zunftmeister, zu vorbildlichem Verhalten verpflichtet war.<sup>9</sup> Die Zunftgenossen waren gewiß nicht besser, und die Zunft als ganze schon gar nicht. Als etwa, an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, der Rat der Stadt den Metzgern einen Zoll für Viehverkäufe auferlegen wollte, „ist ein mercklich unwill in inen entstanden“<sup>10</sup>; sie wollten unter solchen Umständen nicht mehr metzgen und meinten, der Rat solle es selber tun; und es dauerte einige Zeit, bis der Streit beigelegt war. Aber schon 1520 wanderten viele Metzger nach Breisach aus, weil der Rat keine höheren Fleischpreise genehmigte; ihn kränkten sie dann, aus sicherer Entfernung, durch „unbillige Reden“<sup>11</sup> schwer. Zur Festungszeit gab es Ärger mit den Militärmetzgern, bis diese unliebsame Konkurrenz beseitigt war; doch noch 1736 drohte die Regierung, sie wieder zuzulassen, wenn sich die Fleischversorgung der Soldaten nicht bessere.

Viele Streitfälle wurden vor Ort ausgetragen und beigelegt, andere vor höhere und höchste Instanzen geschleppt. So protestierten die Metzger 1810 gegen das vom Magistrat beanspruchte Recht, beim Tod eines Zunftgenossen dessen Bank (also den Stand, an dem er seine Ware zum Verkauf ausgelegt hatte) neu und frei zu vergeben und für die Vergabe eine Gebühr zu erheben<sup>12</sup>; oder 1830 gegen die Konkurrenz auswärtiger Metzger, die angeblich nicht dieselben Pflichten hatten, weshalb sich die Freiburger benachteiligt fühlten<sup>13</sup>. Andererseits protestierte die Stadt von 1820 an gegen verschiedene Mißbräuche, die bei den Metzgern eingerissen waren, und gegen ihr eigensinniges Beharren auf dem Althergebrachten und ihren Widerstand gegen alles Neue.<sup>14</sup>

## WORUM ES GING

Aber erst 1838 kam es zu einer eigentlichen Eskalation und zu einem Eklat, der ohne Beispiel war. Worum es – ursprünglich – ging, steht in dem Bericht, den die Großherzoglich Badische Regierung des Oberrheinkreises verfaßte und unterm 9. 1. 1838 dem Ministerium des Innern in Karlsruhe vorlegte.

„Das Stadtamt Freiburg hat unter dem 20. Octbr. v. J. eine Verordnung erlassen, wo-

nach beim Fleischverkauf die mehr als 1/10 Zugabe beigewogen werden und diese Zugabe, wie viel auch immer das Quantum des verkauften Fleisches betragen möge, nur aus Fleisch von der selben Viehgattung bestehen darf, und wobei ferner nicht gestattet ist, Kopf, Füße, Lunge, Leber, Stücke vom Hals, oder andere geringe Stücke als Zugabe beizugeben, oder Fleisch ohne Zugabe um einen höheren Preis zu verkaufen.

Diese Verfügung, durch vielseitige Beschwerden des Publicums hervorgerufen, hatte zum Zweck, dahier in dieser Hinsicht die gleiche Ordnung wie in den übrigen Hauptstädten des Landes einzuführen, und fand um so mehr die verdiente Anerkennung, als es nicht wohl einzusehen war, warum das hiesige Publicum nicht die gleiche billige Behandlung von Seiten der Metzgermeisterschaft wie z. B. in Karlsruhe und Mannheim anzusprechen haben sollte.

Wie natürlich, verlangten die Metzger bei ihrer früheren Übung, oder besser Unordnung, belassen zu werden, und baten im Wege der Beschwerde um Zurücknahme dieser ihnen unbequemen Neuerung; allein wir nahmen keinen Anstand, das stadtamtl. Verfahren unter Verwerfung des dagegen ergriffenen Recurses zu bestätigen, besonders da die angefochtene Verfügung eigentlich nur – wie die diesseitigen Acten genügend ausweisen – eine Republication früher hier bestandener, in Conformität mit den Metzsigordnungen vieler andern Städte erlassener Polizeivorschriften enthält, welche übrigens ihrer Zeit die gleichen Klagen der Metzger über den unvermeidlichen Ruin ihres Gewerbes hervorriefen, und Gegenstände weitläufiger Erörterungen und Recurs-Verhandlungen abgaben.

Die in der Recursvorstellung v. 31. Octbr. v. J. umständlich behandelten Beschwerdepunkte,

- a. daß die ausgeschlossenen Stücke einen zu beträchtlichen Theil des ganzen Schlachtviehes ausmachen würden,
- b. daß alle diese Stücke auf andere Weise als durch Zuwägen als Zugabe nicht verwerthet werden können,
- c. daß aber alle diese Stücke dem Landmann beim Vieh-Einkaufe wie anderes Fleisch bezahlt, und endlich



Abb. 2 Schweineschlachten im Dezember

Monatsdarstellung aus dem Langhaus der ehemaligen Dominikanerkirche in Freiburg; jetzt auf der Michaels-empore im Münster

d. daß sie auch größten Theils veraccist werden müssen,  
beruhen auf Verhältnissen, die im Lande überall die gleichen sind, und die also für die hiesigen Metzger dieselben Consequenzen nach sich ziehen müssen wie für ihre Gewerbsgenossen in Karlsruhe und Mannheim. Auch ist es gleichviel, ob die Fleischpreise durch die Polizei oder die

Metzger selbst regulirt werden, da hier wie da die Accise und dasjenige, was nicht verkäuflich ist, bei der Berechnung in Anschlag genommen werden müssen.

Das Vorbringen, daß hier geringe Fleischstücke schwerer verkäuflich seien als in anderen Landestheilen, ist eine vage, unerwiesene Behauptung so wie, daß die hiesigen Metzger

deßhalb übler daran seien, weil sie die Concurrenz der schweizerischen und französischen Metzger zu bestehen hätten.

Wir wiederholen und bestätigen vollkommen die Äußerungen des Stadtamtes, daß man überall anderwärts beßeres und meistens wohlfeileres Fleisch antreffe als hier, und daß die (. . .) Klage der Metzger gegen jede das Publicum wider sie schützende Maßregel über ihren unvermeidlichen Ruin hinreichend dadurch widerlegt sei, daß immerhin das Metzger-Gewerbe zu denen gehöre, welche ihren Mann am reichlichsten ernähren.

Wir tragen daher auf Verwerfung des vorliegenden Recurses geziemend an.“

Am 26. 1. 1838 gab das Ministerium der Kreisregierung recht und wies den Einspruch ab; und dabei blieb es trotz einer weiteren Eingabe der Freiburger Metzgermeister, die schon am 17. 12. 1837 dem Gemeinderat vorgelegt, von ihm am 19. 1. 1838 beglaubigt und dann von der Kreisregierung am 30. 1. 1838 weitergeleitet wurde.

In dieser Eingabe verbreiten sich die Metzger wortreich über ihre wirtschaftliche Lage, die vor allem dadurch beeinträchtigt werde, „daß der Mehrtheil der Einwohner eigene Liegenschaften besitze u. sich den Bedarf an Früchten, Gemüse etc. selbst baue; daß weiter die ärmeren Klassen sich die meiste Zeit ohne Fleisch mit dem meist selbstgebauten Früchten begnüge, daß sie insbesondere viel eher zum Nachteßen etwas Wärmes, Suppe u. Kartoffeln u. Milch etc. nehmen, als daß sie etwas beim Metzger oder Wurster hohlen“. Außerdem klagen sie wieder über die Konkurrenz der Schweizer, besonders der Basler Viehhändler auf dem Wald und im ganzen Oberland und über die der französischen, besonders der Straßburger, im Unterland und auf dem nahen Gebirge.

## WIE ES BEGANN, UND WIE ES BEENDET WURDE

Doch damit, daß auch diese Eingabe nichts half, wollten sich die Metzger durchaus nicht zufrieden geben. Also mußte der Kommandant der Freiburger Gendarmerie am 24. 3. 1838 nach Karlsruhe melden, das Großherzogliche Stadtamt wolle „nach mündlicher Mittheilung

gegen die hiesige Metzger ernstliche Maßregeln ergreifen, wogegen sich die Metzgerzunft sträubt“; diese hätte sogar „dem Amt erklärt, von Morgen an, kein Fleisch mehr auszuhauen, worauf die Behörde den Metzgern in der Umgegend, die Erlaubniß erteilte, nun in hiesiger Stadt Fleisch verkaufen zu dürfen, dem zufolge aber die hiesigen Metzger mit jenen auf dem Lande Verabredung getroffen haben sollen, von dieser Erlaubniß keinen Gebrauch zu machen, was diese dem Vernehmen nach, theils aus der Ursache, und theils aus Furcht vor den hiesigen Metzgern, auch nicht thun werden“. (Da hielten dann selbst die sonst so verfeindeten Stadt- und Landmetzger zusammen, auch weil, auch unter Zunftgenossen, die Fäuste und die Messer locker saßen.) Ein Einsatz der Gendarmerie werde, wie es heißt, befürwortet und vorbereitet.

Auch am 25. 3. 1838 mußte der Kommandant nach Karlsruhe melden, daß die Metzger sich nicht fügen wollten, ja sogar schon den Fleischverkauf eingestellt hätten. „Das Großherzogliche Stadtamt eröffnete ihnen hierauf, daß außer der Geldstrafe welche die Widerspenstigen trifft, noch andere strengere Maaßregeln gegen sie ergriffen werden müßten, wenn sie nicht zum Gehorsam zurückkehren, welche darin bestehen, daß endlich von polizeywegen geschlachtet wird, der etwaige Ausfall auf die Metzger fiele, jeder Metzger ein Gendarm als Execution ins Haus bekäme, dem täglich 4 f. bezahlt werden müßte, und am Ende fremden Metzgern das Metzgerrecht in hiesiger Stadt erteilt würde u.s.w. Aber auch diese Ermahnung und Belehrung half nichts, indem die Metzger auf ihrem Starrsinn bestehen blieben.“ Im selben Schreiben heißt es, „daß der größte Theil der hiesigen Einwohner für diese wohlthätigen Maßregeln ist“. Die Gendarmerie wartete schon auf den Einsatzbefehl.

Und in der Tat, es wurde ernst. Am 26. 3. 1838 teilte das Gendarmerie-Kommando in Karlsruhe dem dortigen „hochpreißlichen Ministerium des Innern“ mit, „daß 13 Gendarmen zur Unterstützung der Amtsbehörde außerordentlich nach Freiburg einbeordert worden sind“. Und noch am selben Tag kam die Meldung aus Freiburg, „daß nun die hiesige Metzger wegen Widerspenstigkeit, jeder um 15 f.

gestraft worden ist, welche Strafe sogleich in Vollzug gesetzt wurde. — Sodann wurden 8 der vorzüglichsten Metzger einem jeden ein Gendarm als Execution gegen eine tägliche Gebühr von 4 f. eingelegt. — Übrigens hat die Polizey heute früh wirklich den Anfang gemacht, Mastochsenfleisch aushauen zu lassen, welche Maßregel auch wie es scheint den gewünschten Fortgang nimmt. Das Publikum zeigt sich bey den Vorkehrungen bis jetzt ruhig, und selbst die Metzger haben sich wenigstens bisher noch nicht erlaubt, einem Gendarmen grob zu begegnen, wovon wohl die ihr kräftig gegenüber stehende öffentliche Macht mehr, als ihre Nachgiebigkeit Ursache seyn mag.“

Am folgenden Tag, dem 27. 3. 1838, brach der Aufstand schon zusammen. Gendarmeriekommandant Freiburg an Korpskommando Karlsruhe: „Die hiesigen Metzger haben gestern Abends zum Theil, und heute früh sämtlich denen gegen ihre Widerspenstigkeit ergriffen wordenen Maßregeln nachgegeben und sich sämtlich erklärt, nach den neuen Anordnungen wieder Fleisch auszuhauen, was auch heute schon statt hatte. Dieses Einschreiten auf dessen Ausgang das ganze hiesige Publicum um so mehr gespannt war, als die Metzger sich äußerst starrsinnig zeigten, unter sich gleichsam eine Verschwörung hatten, den Anordnungen nicht nachzugeben, an sich rohe Leute sind, und mit ihren Knechten außer denen vielen Verwandten 70 bis 80 Köpfe zählen, hatte bey dem größten Theil der Einwohner eine freudige Stimmung hervorgebracht, indem man von diesen allenthalben das Wohlgefallen über den hier der Polizey gewordenen Sieg, ausgesprochen hört, welche Durchgreifung auch andern Gewerbsleuten zum Beispiel dienen wird. — Es ist einmal an der Zeit, daß den Gewerbsleuten überhaupt Grenzen gesetzt werden, was dem ordnungsliebenden Bürger auch nur erwünscht seyn kann.“ Die Gendarmen hatten sich also erübrigt und konnten am 29. 3. 1838 — laut Meldung vom selben Tag — auf ihre angestammten Stationen zurückkehren, nachdem das Stadtamt am Vortag noch mitgeteilt hatte, daß „die Metzger dahier in jeder Beziehung zum Gehorsam zurückgetreten sind“. Lobend hob der Kommandant hervor, „daß die Mannschaft durch ihr braves Benehmen in jeder

Beziehung überall die volle Zufriedenheit erlangt hat“.

## WAS NOCH NACHKAM

Wer freilich meint, die Angelegenheit hätte sich so erledigen lassen, der kennt die Metzger schlecht. Schon am 6. 4. 1838 mußte die Kreisregierung, zusammen mit dem Bericht und den Unterlagen des Stadtamts, auch eine „Recurs-Beschwerde der hiesigen Metzger gegen die wider sie angeordneten polizeilichen Zwangsmaßregeln“ einreichen. Dabei führte sie eben jene Angelegenheit noch einmal auf ihre Anfänge zurück, „nämlich auf die Unbotmäßigkeit der Metzger, welche sammt und sonders, nach vorheriger Verabredung zu gemeinschaftlichem Widerstand, ihren festen Willen, mit Schlachten aufzuhören, vor dem Stadt-Amte zu Protokoll erklärten. — Dieser Stolz mußte gebeugt, zugleich auch schnelle Vorkehr getroffen werden, damit die Stadt mit einem unentbehrlichen Nahrungs-Mittel, das schon zu mangeln begann, versehen werde.“ Daher sei die Beschwerde der Metzger als unberechtigt zu bezeichnen: „Wahr ist darin die Schilderung des Geistes, welcher diese Zunft hier beseelt, und ihres Trotzes. Unsere Acten, die in frühe Zeiten zurückgehen, enthalten hiefür die Belege.“

Also wies das Ministerium die Beschwerde am 1. 6. 1838 ab. Aber schon am 12. 6. 1838 bat die Kreisregierung darum, daß das Steueramt den Metzgern eine Zahlungsfrist gewähren möge — denn diese hatten, unterm 4. 6. 1838, eine weitere Beschwerde eingereicht, wenn auch wieder eine, die nichts Wesentliches vorbrachte, sondern etwa nur, es sei „der Meisterschaft und der ganzen Stadt bekannt geworden, wie in der Unordnung des Verkaufs vielfach das doppelte des verlangten und bezahlten Gewichtes dem Käufer zugewogen, eine Menge Fleischstücke ordnungswidrig weit unter dem Preise verkauft worden“ und andere Nachrichten ähnlicher Art. Auch diese Beschwerde wurde, am 24. 8. 1838, von der Kreisregierung mit den gesamten Kreis- und Stadtakten an das Innenministerium weitergeleitet, das sich davon aber nicht beeindruckt ließ; denn wie es noch gut genug wußte, waren an jenem Tag im Monat März „wirklich alle Metzgerläden geschlossen, und diejenigen Einwohner Frei-

burgs, welche sich nicht den Tag vorher mit Fleisch versehen hatten, waren gezwungen, diesen Tag ohne Fleisch zu leben“. Fazit: „Eine solche Widerspänstigkeit darf und kann aber im Staate nicht geduldet werden.“ Die Beschwerde wurde also abgewiesen.

Doch auch damit war die Angelegenheit noch nicht erledigt. Am 18. 1. 1839 leitete die Kreisregierung dem Innenministerium ein Gnadengesuch der Metzger zu, dem sie ihre Unterstützung gleichwohl versagte. Denn wenn, wie die Petenten wollten, die Kosten von der Amts- oder der Gemeindekasse übernommen würden, dann hieße dies, daß „die Strafe statt den Schuldigen die unschuldigen Steuerpflichtigen in jenem Falle, in dem letztern aber gerade diejenigen treffen müßte, zu deren Schutze gegen die Eigenmacht der hiesigen Metzger die polizeilichen Anordnungen getroffen worden waren“. Also ließ auch das Ministerium sich nicht erweichen, auch nicht, als die hartnäckige Metzgerschaft am 22. 5. 1839 nochmals die „untertänigste Bitte“ vorbrachte, jenem vom ihr am 3. 1. 1839 eingereichten Gesuch stattzugeben.

Aber offenbar war das Ministerium jetzt doch müde und der ganzen Sache müde geworden; denn am 14. 12. 1839 verfügte es, daß den Metzgern die Hälfte der Kosten gnadenhalber zu erlassen sei. Dies wollte nun wiederum der Kreisregierung nicht gefallen, die am 1. 2. 1840 darauf hinwies, daß die Amtskasse die Geldstrafen bei den Verurteilten schon eingetrieben habe; wobei aber eben diese Strafen „nicht sämtlich in Geld einbringlich gemacht, sondern die bei einigen Metzgern wegen Zahlungsunfähigkeit rückständig gebliebenen Strafposten durch Umwandlung in Gefängniß abgebußt worden sind“; was durch eine detaillierte Abrechnung bewiesen wurde. Und was konnte der Gnadenakt denen, die ihre Strafe schon abgesessen hatten, nachträglich noch nützen? Also nahm ihn, wie es scheint, das Ministerium am 18. 2. 1840 wieder zurück.

## WIE ES SOWEIT KOMMEN KONNTE

Und damit endete die Sache, irgendwie; jedenfalls schweigen von nun an die Akten. Aber in diesem so schnell aufwallenden, dann

so langsam verebbenden und versandenden Streit wurde etwas sichtbar, was weit über ihn hinauswies. Da war der Widerwille der ehemals vorderösterreichischen Stadt Freiburg gegen den badischen Staat, dem sie 1805 zugeschlagen und dessen straffer Organisation sie unterworfen wurde. Karlsruhe war jetzt das neue, ungeliebte Zentrum und die Zentrale, die die südbadischen Kreisregierungen vorzugsweise mit nordbadischen, protestantischen Beamten bestückte, die erst einmal richtig Ordnung schaffen sollten und zwar eine, die im ganzen Lande gleichermaßen galt.<sup>15</sup> Da war weiterhin der Widerwille der Zunft gegen die neue Zeit: jetzt wehte ein anderer, kälterer Wind, denn der „Herbst des Alten Handwerks“<sup>16</sup> war angebrochen. (Und in der Tat wurden 1859 die Zünfte definitiv aufgehoben; die Gewerbefreiheit kam 1862.)

Diese landes- und standespolitischen Entwicklungen mögen manches zu den Reibungen und Spannungen beigetragen haben, wie sie sich im vorliegenden Fall so spektakulär entluden. Aber da war schließlich, wie gesagt, auch noch die notorische Mentalität der Metzger: ihre (auch in den vorliegenden Akten oft genug beschworene) Grobheit, Roheit und Widerspenstigkeit, ihr Starrsinn und ihr aufbrauchendes Wesen.<sup>17</sup>

Zwar nicht in Freiburg, aber doch im nahen und nahverwandten Straßburg spielt „Die Kindermörderin“, ein Schauspiel von Heinrich Leopold Wagner, Goethes Jugendfreund; mit seiner sozialen Dichte und Schärfe hat es nicht seinesgleichen.<sup>18</sup> In ihm tritt ein Metzger namens Humbrecht auf, der sich nur zu oft zu Kraftworten, aber auch zu Tätlichkeiten an Amtspersonen hinreißen läßt – ein waschechter Vertreter seiner Zunft. So muß er sich von einer höheren Amtsperson schließlich sagen lassen: „Herr Humbrecht! sie sind ein hitziger wilder Kopf! hüten sie sich und machen sie keine halsbrechende Arbeit. – so viel zur Warnung!“<sup>19</sup> Doch die Warnung bleibt ungehört, in Straßburg und in Freiburg dann auch.

---

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Johannes Werner, „Du Müller, du Mahler, du Mörder, du Dieb!“ Berufsbilder in der deutschen Literatur. München 1990.

- 2 Genau auf diesen Punkt zielte ja die ironische Spitze eines Buches von Erich Kästner (Die verschwundene Miniatur oder auch Die Abenteuer eines empfindsamen Fleischermeisters. Basel/Wien/Mähr. Ostrau 1936). – Einen ähnlichen Habitus hatten, aus ähnlichen Gründen, die Flößer ausgebildet (vgl. Johannes Werner, Köhler und Flößer. Ein physiognomischer Versuch. In: Die Ortenau 75 [1995], S. 334–344).
- 3 Zit. n. Karl Hartfelder, Die Zunft der Metzger und Fischer in Freiburg i. B. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Alterthums- und Volkskunde von Freiburg, dem Breisgau und den angrenzenden Landschaften 4 (1878), S. 449–499; hier S. 452.
- 4 Zit. n. ebd., S. 488.
- 5 Zit. n. Ursula Huggle, „Hansen Horbers Seligen Verlassen Kind“. Aus dem Leben einer Metzgerfamilie. In: Heiko Haumann/Hans Schadek (Hrsg.), Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau. Bd. 2 (=Vom Bauernkrieg bis zum Ende der habsburgischen Herrschaft). Stuttgart 1994, S. 311–332; hier S. 325.
- 6 Vgl. ebd.
- 7 Zit. n. Hermann Flamm, Die Geschichte des Metzgergewerbes in Freiburg im Breisgau seit Gründung der Stadt bis zur Gegenwart. In: Festschrift zum XXVIII. Deutschen Fleischer-Verbandstag in Freiburg im Breisgau (2. bis 11. Juli 1905). Freiburg 1905, S. 1–75; hier S. 35.
- 8 Zit. n. Erich Schmidt, Heinrich Leopold Wagner, Goethes Jugendgenosse. 2. Aufl. Leipzig 1879, S. 85.
- 9 Vgl. Huggle, a. a. O. S. 320.
- 10 Zit. n. Hartfelder, a. a. O. S. 453.
- 11 Zit. n. Flamm, a. a. O. S. 46.
- 12 GLA Karlsruhe 236/6540.
- 13 GLA Karlsruhe 236/6539.
- 14 GLA Karlsruhe 236/6542; aus dieser umfangreichen Akte auch alles Folgende.
- 15 Vgl. z. B. Wolfgang Hug, Die Region in ihrer Geschichte. In: Alexander Schweickert (Hrsg.), Südbaden (=Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Bd. 19). Stuttgart 1992, S. 36–99; hier S. 69.
- 16 Vgl. Michael Stürmer (Hrsg.), Herbst des Alten Handwerks. Quellen zur Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts. München 1979.
- 17 Noch einmal nahm die Stadt im Jahre 1895, angesichts der stark gestiegenen Preise, selber die Fleischversorgung in die Hand, was „leider zu einer nicht gerade glücklichen Kundgebung des Unwillens der Metzger führte“ (Flamm, a. a. O. S. 72).
- 18 Vgl. Johannes Werner, Gesellschaft in literarischer Form. H. L. Wagners „Kindermörderin“ als Epochen- und Methodenparadigma (=Literaturwissenschaft-Gesellschaftswissenschaft Bd. 28). Stuttgart 1977.
- 19 Heinrich Leopold Wagner, Die Kindermörderin. Ein Trauerspiel. Hrsg. von Jörg-Ulrich Fechner. Stuttgart 1975, S. 71.

Anschrift des Autors:  
 Dr. Johannes Werner  
 Steinstraße 21  
 76477 Elchesheim

# Über die Grenzen

## Kardinal Tisserant und seine badische Verwandtschaft

*Jugendeindrücke verlöschen nicht,  
auch in ihren kleinsten Teilen.  
Goethe, Wilhelm Meisters Lehrjahre  
(VIII,2)*

Wenn das Leben zu Ende geht, denkt mancher an den Anfang zurück; und manches fällt ihm wieder ein, was nur er noch weiß und nach ihm niemand mehr. So sind auch die folgenden Erinnerungen an den Tag gekommen, wenn auch zunächst fast unbemerkt in einem unscheinbaren Brief. Es sind Erinnerungen, die sich gleich mehrfach mit badischen Dingen verknüpfen; sogar geweckt wurden sie, ungewollt, von einem Badener, nämlich von Otto Karrer.

### OTTO KARRER

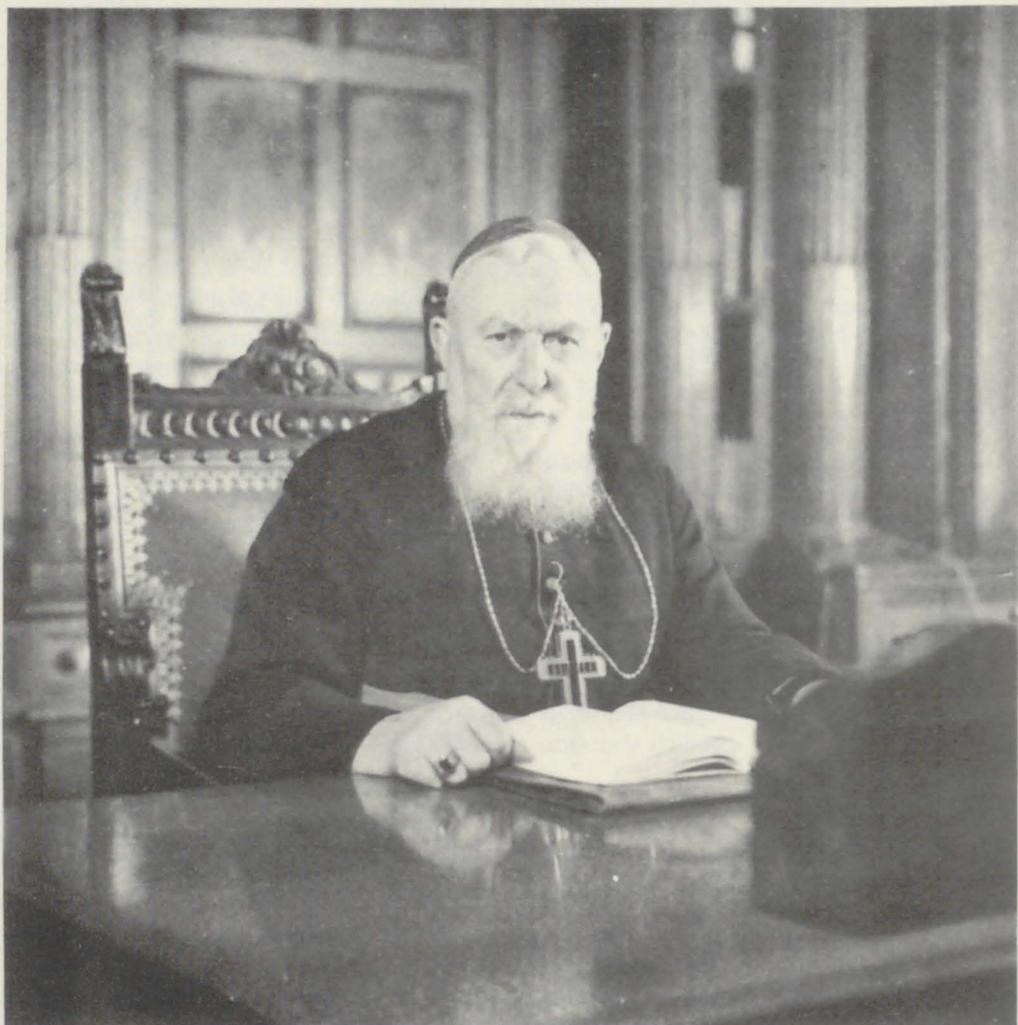
Otto Karrer<sup>1</sup> wurde am 30. 11. 1888 geboren. „Mein Heimatdorf Ballrechten im badischen Breisgau gehört zu den ältesten alemannischen Siedlungen am Oberrhein, von denen sich mehr als 1100 Jahre zurückliegende Kunde erhalten hat. Auf einem Hügel an der Neigung des Schwarzwaldes zur weiten Ebene hin gelegen, ragt der hohe Kirchturm des Dorfes zwischen Rebbergen weithin sichtbar über das schöne Land, das sich zwischen dem Schwarzwälder und dem ‚welschen‘ Belchen (in den Vogesen) hinzieht. Die Dorfbewohner sind an strenge Arbeit gewöhnt, ein gesunder Menschenschlag von ernstem, doch keineswegs melancholischem Grundzug. Die katholische Religion ist ihnen, von zugewanderten Flüchtlingen der letzten Jahre abgesehen, geradeso wesenseigen, wie die benachbarten Markgräfler Ortschaften vom Protestantismus geprägt sind. Die Beziehungen zwischen katholischen und protestantischen Nachbargemeinden waren nicht unfreundlich, aber doch sehr ver-

schieden von dem herzlichen, durch manche Verwandtschaftsbindungen vertieften Gemeinschaftsgefühl, das die Gemeinden der gleichen Konfession verband. Doch es gab Ausnahmen; mein Vater zum Beispiel fand sich durch den katholischen Glauben durchaus nicht gehindert, auch mit evangelischen Familien des Markgräfler Landes gute und zum Teil freundschaftliche Beziehungen zu pflegen.“<sup>2</sup>

Wie so oft<sup>3</sup> wurde der Dorfpfarrer auf die Begabung des Bauernbuben aufmerksam; er und sein Nachfolger bereiteten ihn auf das Gymnasium vor, das er dann in Freiburg besuchte. Und wie nicht anders zu erwarten, entschloß sich Karrer, Theologie zu studieren und Priester, ja sogar Jesuit zu werden; sein Studium, das durch das ordensübliche Zwischenspiel am Kolleg in Feldkirch unterbrochen wurde, führte ihn nach Innsbruck, Valkenburg, München und Rom. Dort jedoch kam es zum Konflikt mit dem Orden, der von seinem jungen Mitglied eine Darstellung des Ordenstheologen Bellarmin verlangte und damit zugleich eine eindeutige Stellungnahme in dem konfessionellen Kampf, in dem dieser sich seinerzeit hervorgetan hatte.

Karrer trat aus dem Orden und fast auch aus der Kirche aus. Schließlich gelang es ihm, in Luzern als Seelsorger und freier theologischer Schriftsteller, zumal als Übersetzer und Exeget, wieder Fuß zu fassen. (Dabei half ihm vor allem sein bisheriger Provinzial, der spätere Kardinal Augustin Bea.<sup>4</sup>) Durch das, was er schrieb, hat Karrer eine unabsehbare Wirkung gehabt, und am meisten dadurch, daß er den Dialog zwischen den Konfessionen in Gang brachte und damit dem Zweiten Vatikanischen Konzil den Weg bereitete.

Erst im Alter wurden Otto Karrer die Ehren zuteil, die ihm gebührten. Zu seinem 70. Geburtstag erschien eine Festschrift; in ihr wur-



*Eugène Card. Tisserant*

Abb. 1 Eugène Tisserant (ca. 1964)

den die wichtigsten theologischen Themen aufgegriffen, und zwar – was in jenem Jahr 1959 keine kleine Sensation war – jeweils von einem katholischen und einem evangelischen Verfasser zugleich; dem Ganzen ging eine autobiographische Äußerung des Jubilars voraus, aus der hier schon zitiert wurde.<sup>5</sup> Diese Festschrift wurde, verständlicherweise, viel gelesen und viel besprochen; und sogar in Rom setzte sich der alte Kardinal Tisserant an seine Schreibmaschine und schrieb, am 12. 2. 1960, an Otto Karrer einen langen Brief.<sup>6</sup>

## DER BRIEF

Der Kardinal schreibt, daß er das Buch durch den Prälaten Josef Höfer erhalten habe, der deutscher Botschaftsrat beim Vatikan und ein Freund Karrers war; und daß er den ökumenischen Geist begrüße, aus dem es entstand. Dann fährt er fort:

„Mit Interesse habe ich gelesen, was Sie über Ihre Jugend im Breisgau schreiben. Eine meiner Urgroßmütter, nämlich die Großmutter väterlicherseits meines Vaters, wurde in Untereprechtal geboren. Sie kam 1787 nach Frankreich, wo sie mit ihren Brüdern zusammentraf, die als Müller in Chatel-Nomexy (Vosges) lebten. Mein Vater hatte während seiner Studenzeit die Ferien immer im Großherzogtum Baden verbracht, und zwar auf Einladung eines Vettters, der ‚Schulmeister‘ war. Dieser Vetter, Karl Kramer, hatte an den revolutionären Bewegungen von 1848 teilgenommen – er war damals etwa 20 Jahre alt – und war mit einer zweijährigen Landesverweisung bestraft worden, die er bei meinem Großvater, einem Tierarzt in Charmes-sur-Moselle, verbrachte; damals war mein Vater, der 1839 geboren wurde, etwa zehn Jahre alt. Zwischen dem großen Vetter, der unverheiratet blieb, und meinem Vater, der zwei Schwestern, aber keine Brüder hatte, bestand ein wahrhaft brüderliches Verhältnis.

Nach dem Krieg von 1870 wollte der Vetter aufgrund eines seltsamen Angstgefühls nicht mehr nach Frankreich kommen. Aber als ich zwölf Jahre alt war, wollte mein Vater, daß ich ihn kennenlerne. Und so machte ich 1896 meine erste Reise nach Deutschland. Der alte

Vetter, der in den Ruhestand gegangen war, lebte bei einem gleichnamigen Neffen, einem Färber in Elzach und Vater von vier oder fünf Töchtern und von einem Sohn, der sich auf das Priestertum vorbereitete. Als wir nach Freiburg kamen, konnten wir, während einer Erholungspause, am Hoftor des Gymnasiums einige Minuten lang mit Gustav Kramer sprechen. Gustav Kramer machte 1896 oder 1897 sein ‚habitur‘.

Ich bin in den Sommerferien weiterhin nach Elzach gekommen, und zwar 1898 auf etwa zehn Tage mit einer meiner älteren Schwestern, und 1900 auf eine gleiche Zeitspanne mit meinem jüngeren Bruder, der, in der Kongregation vom Heiligen Geist, Missionar geworden ist. Wir hatten mit Gustav Kramer verabredet, uns in weiteren Ferien zu treffen, aber er starb in St. Georgen einige Tage vor dem Termin, an dem er zum Subdiakon geweiht werden sollte. Danach bin ich erst 1908 wieder nach Deutschland gekommen, als meine Fahrt von Nancy nach Holland über Köln führte, und 1931, um einige Bibliotheken zu besuchen: Frankfurt am Main, Berlin, Leipzig und München.“

Der Kardinal entschuldigt sich schließlich dafür, daß er alle diese Einzelheiten erzählt hat. Aber im Großherzogtum Baden habe er damals davon gehört, daß Katholiken und Protestanten dieselben Kirchen benutzten, und damit habe seine „Vorbereitung auf ein gewisses ökumenisches Bewußtsein“ eigentlich begonnen; in Jerusalem und in Paris habe es sich dann weiter gefestigt. Der Kardinal erwähnt noch die verheißungsvollen Begegnungen des derzeitigen Papstes, Johannes XXIII., mit andersgläubigen Geistlichen, um seinen Brief dann nochmals mit Dank und mit den besten Wünschen zu schließen.

## DIE FAMILIE KRAMER

Die sogenannten Simultankirchen waren es also, die dem Kardinal, der damals noch längst keiner war, einen so bleibenden und bestimmenden Eindruck machten. Noch 1909 gab es ihrer 26 in Baden<sup>7</sup> – und eine in nächster Nähe von Elzach, nämlich in Oberprechtal.<sup>8</sup> Davon mochte Tisserant um so eher gehört haben, als seine Urgroßmutter ja angeblich aus Unter-

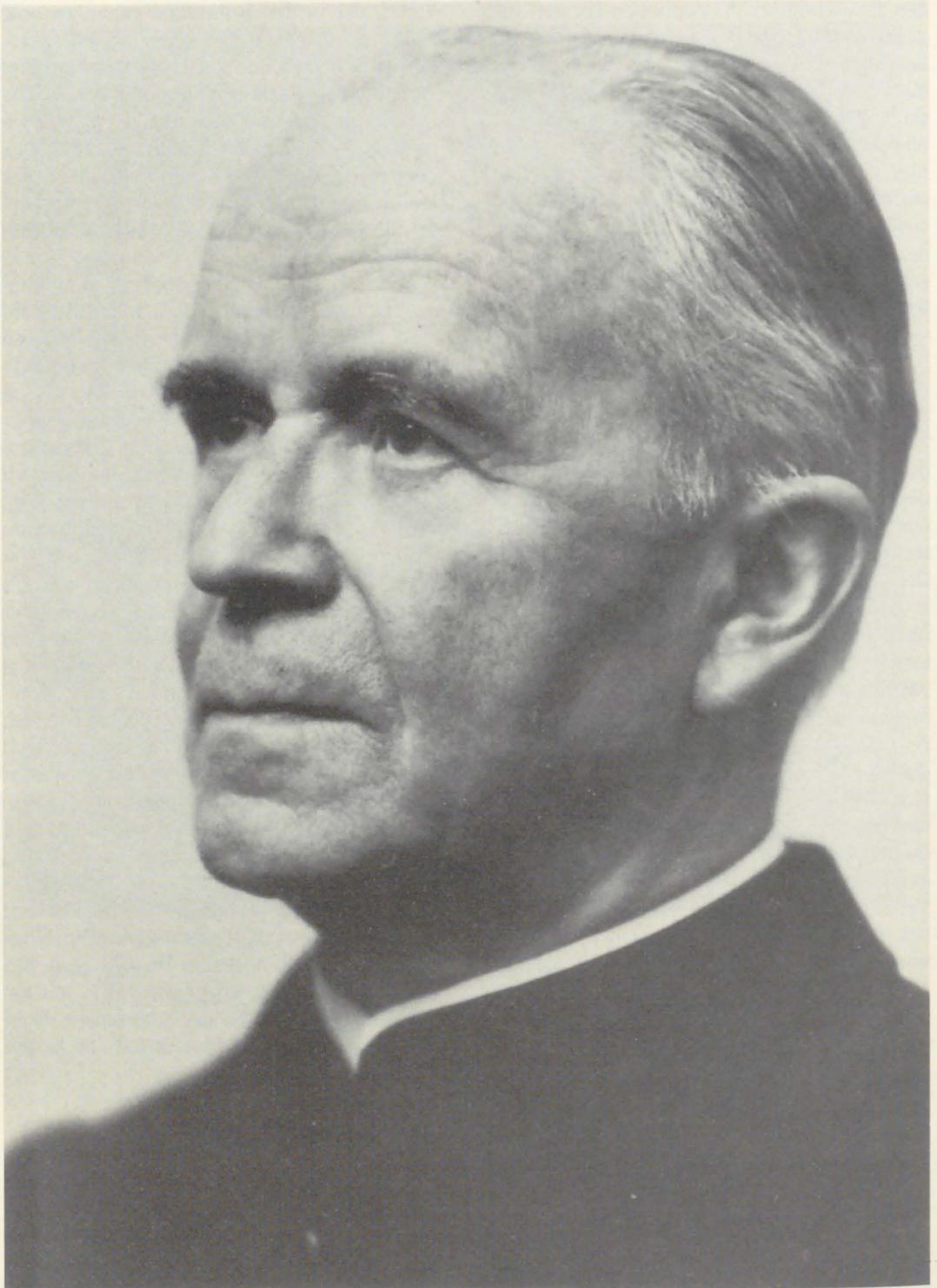


Abb. 2 Otto Karrer (ca. 1959)

prechtal stammte. Daß sie aber dann, noch vor der Französischen Revolution, nach Lothringen ging, ist seltsam genug, und auch, daß ihre Brüder schon dorthin gegangen waren. Vielleicht hatte sie, da sie ja Müller waren, die Wanderlust dorthin gelockt.

Jedenfalls müßte diese sonst unbekannte Urgroßmutter eine Schwester des Joseph oder Franz Joseph Kramer gewesen sein, der in Elzach das Färberhandwerk trieb. Noch ist in der Hauptstraße 28 das einst von ihm bewohnte Haus erhalten, die sogenannte „untere Farb“, an deren rückwärtigem Eingang sich auch noch die Inschrift „FJK 1817“ befindet.<sup>9</sup> Von Joseph gingen Beruf und Betrieb auf den Sohn Xaver über, der 1809 oder 1810 geboren wurde und 1883 starb.

Der Schulmeister Karl Kramer muß wohl ein Bruder des Xaver – und somit ein Vetter von Großvater Tisserant – gewesen sein. Auch seine Spur hat sich, trotz seiner revolutionären Machenschaften, ganz verloren; denn wenn er mit dem Lehrer Kramer von Offenburg<sup>10</sup> identisch wäre, der eines Kassenraubs beschuldigt wurde und sich noch 1850 als politischer Flüchtling in Reinach bei Basel aufhielt, wo er die Operationen der Freischärler leitete: dann wäre er kaum so glimpflich davongekommen.

Auf Xaver folgte sein Sohn Karl, der wohl ein Patensohn des revolutionären Lehrers war. Er lebte von 1840 bis 1923 und hatte, wie Tisserant noch wußte, vier Töchter, nämlich Zezilia (1870–?), Theresia (1872–1909), Maria (1875–1951) und Bertha (1877–1917); einen Sohn Xaver (1883–1888) und einen weiteren namens Gustav, von dem im Brief ausführlicher die Rede ist.

Gustav Kramer, dessen Ur-Urgroßeltern also auch die des Kardinals gewesen sein müssen, wurde am 5. 6. 1880 in Elzach geboren. Gewiß ging er in Freiburg ins Gymnasium, wohnte wohl auch – wie nach ihm Karrer – im Erzbischöflichen Knabenkonvikt. Im Wintersemester 1898 trat er, wiederum in Freiburg, in das Collegium Borromaeum ein; nach dem Gesundheitszeugnis eines gewissen Dr. Gassert, das er dabei vorlegte, hatte er einen schlechten Brustkorb, war aber sonst gesund. In Freiburg brachte er auch das Theologiestudium hinter sich, und da er nach dessen Abschluß noch nicht das zur Priesterweihe erforderliche

Alter erreicht hatte, studierte er noch ein weiteres Jahr in Fribourg in der Schweiz. Im Herbst 1902 trat er in das Priesterseminar in St. Peter ein. Am 11. 2. 1903 heißt es in einem Gutachten des Seminararztes Dr. Federer, Kramer habe „nach zwei Rückfällen seiner im letzten Sommer durchgemachten (vielleicht tuberculösen) Rippenfellentzündung gegenwärtig eine Lungenentzündung zu überstehen, nach deren Ablauf mit Sicherheit wohl der Ausbruch von Lungentuberculose zu befürchten ist“. Doch schon am 21. desselben Monats meldete der Regens des Seminars an das Ordinariat in Freiburg, „daß Herr Alumnus Gustav Kramer, der während der letzten Ferien an einer Rippenfellentzündung erkrankt war, am Montag d. 15. Febr. früh ½5 Uhr an Lungentuberculose gestorben ist, nachdem er bloß 14 Tage eigentlich schwer krank und bettlägerig war. – Wir verlieren an ihm einen ebenso begabten als bescheidenen und frommen Zögling. – Die Leiche wurde am Mittwoch d. 17. I. M. in Elzach beigesetzt.“

Mit ihm starben die Kramer, Färber in Elzach, in der männlichen Linie aus; und mit seiner Schwester Maria dann auch in der weiblichen. Und mit ihm verlor Tisserant einen Freund, der ihm auf dem Weg zum Priestertum ein Stück vorangegangen war. Nun mußte er allein weitergehen – und er tat es auch, und wie!

## EUGÈNE TISSERANT

Eugène Tisserant<sup>11</sup> wurde am 24. 3. 1884 als Sohn eines Tierarztes in Nancy geboren. Dort auch besuchte er verschiedene kirchliche Schulen und das Priesterseminar, dann das Institut Catholique in Paris und die Schule der Dominikaner in Jerusalem. Schon früh beschäftigte er sich intensiv mit der Bibel, weshalb er sich die dafür dienlichen Sprachkenntnisse aneignete: außer dem angestammten Französisch und Deutsch lernte er Lateinisch, Griechisch, Hebräisch, Syrisch, Assyrisch, Äthiopisch, Arabisch, Koptisch, Ägyptisch, Armenisch und Russisch.

Gleich nach seiner Priesterweihe erhielt er in Rom, am Päpstlichen Seminar St. Appolinaris, einen Lehrstuhl für Assyrisch und das Amt eines Scriptoris für orientalische Sprachen an

Verwandtschaft Kramer-Tisserant (Übersicht)

KRAMER	KRAMER Leopold Stiftsdekan 1758-1803		
KRAMER Franz Joseph Färber	KRAMER		TISSERANT
KRAMER Xaver Färber 1809/10-1883	KRAMER Karl Schulmeister ca.1828-		TISSERANT Tierarzt
KRAMER Karl Färber 1840-1923			TISSERANT Hippolyte Tierarzt 1839-
KRAMER Gustav stud. theol. 1880-1903			TISSERANT Eugène Kardinal 1884-1972
			TISSERANT Charles Missionar 1886-1962

Abb. 3

der Päpstlichen Bibliothek; zu deren Pro-Präfekt stieg er nach dem Ersten Weltkrieg auf, an dem er freiwillig und als hervorragender Offizier teilnahm und in dem er auch verwundet wurde. Es folgten mehrere Forschungsreisen in den Orient, nach Afrika und Amerika, sowie Aufgaben als Berater und Vertreter des Heiligen Stuhls. Tisserant wurde Sekretär für die mit Rom unierten orientalischen Kirchen, Kardinal, Titular-Erzbischof von Iconium, Bischof von Porto und Santa Rufina sowie von Ostia, Dekan des Kardinalskollegiums, Bibliothekar und Archivar der Römischen Kirche, Mitglied des Präsidiums des Zweiten Vatikanischen Konzils, Mitglied der Académie Française, Großoffizier der französischen Ehrenlegion mit Großkreuz und Schulterband, Ehrendok-

tor mehrerer Universitäten; er trat mit vielen Veröffentlichungen hervor. Zu seinem 80. Geburtstag wurde auch ihm eine Festschrift gewidmet, die sieben Bände umfaßte und Beiträge von rund 200 Wissenschaftlern aus aller Welt enthält.<sup>12</sup> Eugène Tisserant starb am 21. 2. 1972 in Rom (und Otto Karrer am 8. 12. 1976 in Luzern; beide wurden rund 88 Jahre alt).

### CHARLES TISSERANT

Doch da gab es noch einen jüngeren Bruder, der damals mit nach Elzach kam; das war Charles Tisserant.<sup>13</sup> Er wurde am 14. 10. 1886 geboren, trat nach dem Schulabschluß in die Kongregation vom Heiligen Geist ein und ging

als Missionar nach Oubangui-Chari in Äquatorialafrika; dort wurde er vor allem als Botaniker, Linguist und Ethnologe bekannt. Seine Forschungen, die sich in zahlreichen Veröffentlichungen niederschlugen, trugen ihm Ruhm und hohe Ehren ein. Er starb am 28. 9. 1962, ein Jahrzehnt vor seinem älteren Bruder, dem er auffallend ähnelte.

## ÜBER DIE GRENZEN

Es will etwas heißen, daß sich Eugène Tisserant noch am Ende seines langen Lebens, in dem er gewiß genug erlebt hatte, an die Elzacher Episode erinnerte; es scheint, daß sie für ihn von bestimmender Bedeutung war, und ihm selbst schien es offenbar auch so. Vielleicht lehrte sie ihn ein für allemal, daß Grenzen nicht trennen müssen; daß z. B. Franzosen mit Deutschen, Katholiken mit Protestanten leben können, wenn sie einander in ihrer Eigenart gelten lassen. (Am Ende seines hier zitierten Briefes klagt er über die Engstirnigkeit der italienischen Geistlichen, „die nie ins Ausland gereist sind“.) Vielleicht nicht zufällig bestand das Lebenswerk des Kardinals darin, daß er die mit Rom unierten orientalischen Kirchen in ihrer Eigenart schützte und davor bewahrte, von Rom gleichgeschaltet zu werden.

Wie in Elzach erzählt wird, erschien Tisserant um 1953 auf dem dortigen Friedhof, um das Grab seiner Verwandten zu besuchen, das aber kurz vorher aufgelassen worden war. Er sprach mit den anderen Friedhofsbesuchern und spendete ihnen den bischöflichen Segen. Da erinnerte man sich daran, daß er, bei seinen früheren Ferientaufenthalten, im Chorgestühl der Pfarrkirche am Gottesdienst teilnahm; und daß er dabei – à la française – die Arme verschränkte, „was damals in Elzach auffiel“.<sup>14</sup>

## DANKSAGUNG

Paul Hess von der Zentralbibliothek Luzern machte den Brief des Kardinals zugänglich; Josef Weißer vom Bürgermeisteramt Elzach und Josef Weber, ebenfalls Elzach, gaben ausführliche Auskünfte über die Familie Kramer; Heinrich Raab, Karlsruhe, sah seine Kartei nach Karl Kramer durch; Dr. Franz Hunds-

nurscher vom Erzbischöflichen Archiv Freiburg half mit Informationen und Dokumenten über Gustav Kramer; P. Vincent O'Toole C. S. Sp. vom Archiv der Congregazione dello Spirito Santo in Rom sandte den gedruckten Nachruf auf Charles Tisserant; das Bureau des Archives de l'Evêché de Nancy et de Toul übermittelte den Eintrag von Eugène Tisserant im Taufbuch der Pfarrei St. Sebastien von Nancy. Ihnen allen sei an dieser Stelle aufs herzlichste gedankt.

---

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Liselotte Höfer, Otto Karrer. 1888–1976. Kämpfen und Leiden für eine weltoffene Kirche. Freiburg/Basel/Wien 1985.
- 2 Otto Karrer, Autobiographisches. In: Maximilian Roesle/Oscar Cullmann (Hrsg.), Begegnung der Christen. Studien evangelischer und katholischer Theologen. Stuttgart/Frankfurt a. M. 1959, S. 13–24; hier S. 13f. (Die im Anschluß abgedruckte Bibliographie der Schriften Karrers nennt 468 Titel.)
- 3 Vgl. z. B. Johannes Werner, Respektspersonen. Pfarrer und Lehrer im Dorf. In: Allmende 26/27 (1990), S. 165–172.
- 4 Vgl. Höfer, a. a. O. S. 99–105. Bea kannte Karrer schon von früher her, blieb ihm verbunden und kam ihm später, im Zeichen des Ökumenismus, sogar noch näher; auch er hatte schon als Kind den Konflikt zwischen den Konfessionen kennengelernt: in Konstanz (vgl. Stjepan Schmidt, Augustin Bea. Der Kardinal der Einheit. Graz/Wien/Köln 1989, S. 35–37).
- 5 Vgl. Anm. 2.
- 6 Dieser Brief ist bisher erst auf Französisch, im Auszug und mit einigen stillschweigenden Änderungen veröffentlicht worden (in: Otto Karrer, Streiflichter. Aus Briefen an mich. 1933–1975. Frankfurt a. M./Stuttgart 1976, S. 138–140); Übersetzung vom Verf. – Wer entsprechende kuriale Korrespondenzen kennt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Tisserant diesen Brief eigenhändig schrieb. Eines seiner offiziellen Schreiben ist z. B. wiedergegeben in: Nikolaus Liesel/Heinrich Kunkel, Die Liturgien der Ostkirche. Die Eucharistiefeyer der orientalischen Katholiken. Fulda 1956, S. 7.
- 7 Vgl. Karl Stiefel, Baden 1648–1952. Bd. 1. Karlsruhe 1977, S. 734.

Roma, 4, Via Giovanni Prati, le 12 février 1960



ISSERANT *Suisse, Cardinal*

Monsieur le Professeur,

*Théologie '1908-1911*

Monseigneur Josef Höfer m'a remis ~~il y a quelques semaines,~~  
le volume pour lequel vous avez eu la bonté d'écrire une dédicace: Begegung der Christen.

J'ai admiré l'idée qu'ont eu vos amis de vous offrir un livre auquel ont collaboré, sur les mêmes thèmes, théologiens catholiques et théologiens protestants. C'est un bel hommage à l'esprit de haute compréhension, (que vous avez démontré au cours de votre vie, et une agréable manifestation de ce qui devrait avoir lieu plus souvent, alors qu'une même tâche s'impose à tous les chrétiens, de s'unir pour la lutte contre toutes les formes du néo-paganisme. Veuillez agréer, pour l'hommage que vous m'avez fait, mes remerciements, mes félicitations et mes vœux de bonne santé et de féconde activité.

J'ai lu avec intérêt ce que vous avez écrit de votre jeunesse dans le Breisgau. Une (de mes arrière-grand-mères) grand-mère paternelle de mon père, était née à Unterprechtal. Elle vint en France en 1787, rejoignant des frères, qui étaient meuniers à Chatel-Nomexy (Vosges). Mon père avait pris des vacances dans le Grand-duché de Bade pendant toute sa jeunesse estudiantine, invité par un cousin, qui était Schulmeister. Ce cousin, Karl Kramer, avait participé aux mouvements révolutionnaires de 1848, ayant alors une vingtaine d'années, et avait été puni par un exil de deux ans, qu'il avait passé chez mon grand-père, vétérinaire à Charmes-sur-Moselle, alors que mon père, né en 1839, avait environ dix ans. Entre le grand cousin, qui ne se maria pas, et mon père, qui eut deux soeurs, mais pas de frères, il y avait des liens de véritable fraternité.

Après la guerre de 1870, le cousin ne voulut jamais plus venir en France, mu par un étrange sentiment de peur. Mais, lorsque j'eus atteint l'âge de 12 ans, mon père voulut me le faire connaître. Et voilà comment je fis mon premier voyage en Allemagne, en 1896. Le vieux cousin, qui avait pris sa retraite, vivait chez un neveu, de même nom et prénom que lui, teinturier à Elzach, père de quatre ou cinq filles et d'un fils qui se destinait au sacerdoce. Allant à Freiburg, nous pumes parler quelques minutes avec Gustav Kramer, à la porte de la cour du lycée, pendant une récréation. Gustav Kramer eut son habitur en 1896 ou 1897.

Abb. 4

Je suis allé de nouveau à Elzach, pendant les vacances d'été, pour une dizaine de jours en 1898 avec une de mes soeurs aînées, et pour une période égale en 1900 avec mon frère cadet, qui est devenu missionnaire dans la Congrégation du Saint-Esprit. Nous avons fait le projet avec Gustav Kramer de nous retrouver à d'autres vacances, mais il est mort à Sankt Georgen, quelques jours avant la date fixée pour son sous-diaconat. Après quoi je ne suis plus allé en Allemagne qu'en 1908, traversant par Cologne pour aller de Nancy en Hollande, et en 1931, pour visiter quelques bibliothèques: Frankfurt-am-Main, Berlin, Leipzig et München.

Je m'excuse de vous avoir raconté tous ces détails. Mais c'est dans le Grand-duché de Bade que j'ai entendu parler de l'usage commun des églises entre catholiques et protestants. Ce fut le début d'une préparation à une certaine conscience œcuménique, à laquelle le séjour que j'ai fait à l'Ecole des PP. Dominicains de Jérusalem en 1904-05 a donné plus de consistance. A Paris, en 1906-08, j'ai fréquenté le cercle d'études de M. Portal, où je référais sur la revue du Patriarcat Grec de Constantinople.

Le Pape Jean XXIII a eu de 1925 à 1944 de nombreuses occasions de rencontrer des prêtres et prélats dissidents. A Constantinople il voyait volontiers le curé anglican, à qui il envoya une photographie autographiée lorsqu'il fut nommé patriarche de Venise. Sa Sainteté peut donc avoir des idées personnelles sur certaines questions qu'ignorent pratiquement la plupart des membres du clergé italien qui n'ont pas voyagé à l'étranger. Prions pour que de cette expérience personnelle dérive quelque bien pour la communauté chrétienne et humaine.

En vous répétant mes remerciements et mes vœux, je vous prie de vouloir bien agréer, Monsieur le Professeur, l'expression de mes sentiments de respectueux et religieux dévouement.

*J. Louis Card. Tisserant*  
*év. d'Orléans, Paris et Santa Rufina*

8 Vgl. Realschematismus der Erzdiözese Freiburg. Freiburg 1863, S. 124. — Dieses Simultaneum bestand bis 1976 (vgl. Josef Weber, Zur Geschichte der Stadt Elzach. Elzach 1978, S. 182).

9 Die Inschrift bezieht sich nur auf den Bau oder Umbau des Hintergebäudes; das Haupthaus geht schon auf das Jahr 1655 zurück und gilt als Elternhaus des Waldkircher Stiftsdekans Leopold Kramer (1758–1803), der ein Onkel der Urgroßmutter gewesen sein dürfte. Wieso sie dann aber in Unterprechtal geboren wurde, ist unklar.

10 Vgl. GLA Karlsruhe 313/3861; 236/8572; 48/3078; 49/2413.

11 Vgl. Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 18. 3. 1972 – Lieferung 11/72 – K – 1976\*a. – Auf intimer Kenntnis scheint die Schilderung zu beruhen, die Roger Peyrefitte von Tisserant gab (Die Schlüssel von St. Peter. Roman. Karlsruhe 1956, S. 177–181 und passim); sie ist freilich wie fast alles, was dieser Autor schrieb, mit Vorsicht zu genießen. — Übrigens fiel Tisserant damals dadurch auf, daß er einen Bart trug, was katholischen Klerikern nur

ausnahmsweise erlaubt war (vgl. Johannes Werner, Warum manche Mönche Bärte trugen. In: Erbe und Auftrag 1/1996, S. 49–53).

- 12 Mélanges Eugène Tisserant. Bd. 1–7 (= Studi e Testi Bd. 231–237). Città del Vaticano 1964. – Bibliographie in Bd. 1, S. VII–XVIII.
- 13 Vgl. Fr. Pellegrin, In memoriam: Le R. P. Charles Tisserant, botaniste et ethnologue (1886–1962). In: Bulletin Général 207 (Januar 1963), S. 482–489; m. engl. Übersetzg.
- 14 Dies wird in Elzach noch heute erzählt – und auch, daß die Mutter des Kardinals eine Kramer aus

Elzach gewesen sei, was jedoch nicht zutrifft: seine Mutter war, laut Taufbuch, eine gewisse Octavie Léonie Héloïse Connard.

Anschrift des Autors:  
Dr. Johannes Werner  
Steinstraße 21  
76477 Elchesheim

# Gewerbeförderung und technische Bildung im Großherzogtum Baden

– eine Skizze zum 19. und frühen 20. Jahrhundert

Als in den frühen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der badische Staat zur Reorganisation der inneren Verhältnisse ansetzte, fehlte einer koordinierten Wirtschaftspolitik noch jegliche Dimension. Der heutige Wirtschaftsbegriff war nicht einmal annähernd existent, wodurch Handel, Gewerbe, Manufakturen, Fabriken und der Agrarsektor relativ unvermittelt nebeneinander standen. Demnach verfolgte der Staat im Rahmen überhaupt erster Regulierungen die Förderung der Erwerbstätigkeit im allgemeinen – eine gezielte Strukturpolitik, oder gar standortbezogene Überlegungen, gingen deutlich über das zeitgenössische Denken jener Epoche hinaus. Mit der Lockerung der Gewerbekonzession, der Liberalisierung des Zollwesens und schließlich erster Akzentsetzungen in der gewerblich-technischen Bildung griff man in dieser Epoche Bereiche heraus, die flankierend den Gang der Wirtschaft belebten.

Wesentlich intensiver und vor allem gezielter ging Baden nach der Jahrhundertmitte auf das Kapitel der Gewerbeförderung zu. Erstmals berücksichtigte man mit dem Handelsministerium eine Behörde, deren vordringliche Aufgabe in der Koordination der nun differenzierter wahrgenommenen Wirtschaftssektoren bestand. Die Durchsetzung der Gewerbefreiheit und hiermit in Verbindung die Gründung der Landesgewerbebehörde folgten.

Jenen Maßnahmen der 1860er Jahre schloß sich nach der Reichgründung der weitere Ausbau der gewerblich-technischen Bildung an. Hier war es vor allem die fortschreitende Industrialisierung, die zur Notwendigkeit einer gründlichen Qualifizierung anhielt. Zwar initiierten verschiedentlich nun auch regionale

oder gar standortbezogene Überlegungen die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen, insgesamt jedoch vermißte man eine das gesamte Land umspannende Disposition – einzig das Verkehrswesen mit dem Schwerpunkt des Eisenbahnbaus folgte am ehesten noch landesweit gesteckten Koordinaten.

## DIE VEREINHEITLICHUNG DER GWERBEKONZSSION

Überhaupt erst in Richtung der Gewerbeförderung weisende Aktivitäten resultierten aus der Tatsache, daß territorial das 1806 geschaffene Großherzogtum nun auch eine Reihe zuvor eigenständiger Herrschaftsgebiete umspannte. Hierdurch existierten zunächst landesweit recht verschiedenartige Gewerbekonzessionen nebeneinander, deren Spektrum vom strikten Zunftzwang bis hin zur vollkommenen Gewerbefreiheit reichte.

Vor diesem Hintergrund setzte die Regierung bereits 1808 zu einer Vereinheitlichung an, die gleichzeitig aber auch als Synthese konzipiert, der Pluralität der eingebrachten Regelwerke Rechnung trug – so galt zum einen für das Kleingewerbe eine gemäßigte Zunftverfassung fort, während andererseits Konzessionszwang für alle sonstigen Gewerbetreibenden herrschte.

Allerdings folgte Baden bei der Konzessionsvergabe zusehends wirtschaftsliberal – akzentuierten Grundsätzen, so daß sich vermehrt Interessenskollisionen zwischen dem traditionellen Handwerk und der aufstrebenden Industrie einstellten. Aber auch Produktinnovation und Verdrängungswettbewerb gingen mit dieser Entwicklung zum Vorteil des

Verbrauchers und zugunsten der wirtschaftlichen Leistungskapazität einher.

## DER BEITRITT ZUM DEUTSCHEN ZOLLVEREIN

Weitaus gravierender als die genannten Reglementierungen der Gewerbekonzession behinderten die zwischenstaatlichen Zollschranken die weitere Prosperität der Wirtschaft, da diese Barrieren, wenn auch modifiziert, so doch nach dem Ende des Ersten Kaiserreiches fortbestanden. Abhilfe erhofften die Staaten über die Konföderation des 1815 gebildeten Deutschen Bundes zu erreichen, dessen Verfassung nach Artikel 19 die Liberalisierung von Handel und Verkehr ausdrücklich vorsah. Dennoch blieb in dieser Richtung eine allgemeinverbindliche Lösung länger noch aus.

Mit dem Preußischen Zollverband (1818), dem Bayerisch-württembergischen Zollverein, dem zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt abgeschlossenen Zollverein und dem Mitteldeutschen Handelsverein (alle 1828) hatte es zwar diverse Vorformen auf dem Weg zum innerdeutschen Freihandel gegeben, die Übereinkunft zum sog. Deutschen Zollverein sollte jedoch erst zwei Jahrzehnte nach der Abgabe der ursprünglichen Absichtserklärung Gestalt annehmen.

Einzig Baden hielt sich in diesem komplexen Verhandlungsgeschehen eher bedeckt, obwohl auch hier liberal gesonnene Zeitgenossen immer wieder Handlungsbedarf reklamiert hatten. Skepsis dagegen artikulierten insbesondere solche Kreise, die vom Transithandel via Schweiz und Frankreich profitierten. Auch zahlreiche Vertreter der Industrie meldeten ihrerseits grundsätzliche Bedenken an, da man speziell die in Preußen und Sachsen ansässige Eisenproduktion als existentielle Gefährdung empfand. Selbst der Kaufmannsstand und der Handel hegten einen erheblichen Vorbehalt.

Als schließlich die Verfechter der wirtschaftsliberalen Doktrin 1835 mit dem Eintritt des Landes in den Deutschen Zollverein am Ende dann doch die Oberhand gewannen, hatte sich die weitsichtigere Partei durchgesetzt. Der Zollverein sollte indes auch auf lange Sicht verlässliche Rahmenbedingungen vermitteln,

die gerade den Aufbau der größeren Industrie wirksam begleiteten.

Auch für den wenig später beginnenden Eisenbahnbau war der Beitritt zum Zollverein von hohem Nutzen, da man in der Erschließung über Landesgrenzen hinweg gezielter zu kooperieren nun in der Lage war. In der Summe schließlich bewirkte der Beitritt zum Zollverein einen Modernisierungsschub, der den Übergang von der agrarisch-kleingewerblichen Wirtschaft zur modernen Industriegesellschaft merklich beschleunigte.

## DIE ANFÄNGE DES GEWERBLICH-TECHNISCHEN SCHULWESENS

Mit der aufkeimenden Industrialisierung hatte sich zunehmend die Notwendigkeit einer verbesserten gewerblichen und höheren technischen Schulung gezeigt. Punktuell und relativ lose nahmen sich die Einzelstaaten des Deutschen Bundes dieser Aufgabe an.

Baden setzte erstmals 1803 zu einer noch fakultativen Regelung über, die in den größeren Städten zur Etablierung eines technologischen Unterrichts anregte – Mannheim, Lahr, Bruchsal und Rastatt führten daraufhin einen sonntäglichen Unterricht für das Bauwesen ein. Weitergehende Maßnahmen blieben allerdings wegen beengter Finanzen vorerst noch aus.

Nachdem aber mit dem Fall der Kontinentalsperre 1818 vermehrt englische Waren Deutschlands Märkte erreichten und sich hierdurch das Gewerbe einer verschärften Konkurrenzsituation gegenüber sah, setzte Baden schließlich zu nachhaltigeren Aktivitäten über – in Karlsruhe entstand 1825 mit dem Polytechnikum eine Höhere Technische Lehranstalt, ergänzt und flankiert durch eine richtungweisende die Gewerbeschule betreffende Reform.

## DAS KARLSRUHER POLYTECHNIKUM

Mit dem Karlsruher Polytechnikum legte der badische Staat den eigentlichen Grundstein zum gewerblich-technischem Bildungssy-

stem. Nach der Ausbildungskonzeption existierte das Institut als Vollzeitschule mit einem auf 24 Stunden bemessenen Wochenunterricht. Das Eintrittsalter rangierte anfänglich noch bei 13 Jahren, und erst nach Absolvierung der obligatorischen Vorklasse begann für den sog. Polytechniker der eigentliche Fachunterricht.

Da in dieser Frühphase gleichermaßen noch den Interessen von Handwerk und Industrie entsprochen werden sollte, vermochte man die Durchmischung von niederer und höherer Bildung nicht zu verhindern. Um dieses Defizit zu beheben, gliederte 1832 das Direktorium das Gewerbeschulwesen aus. Gleichzeitig berücksichtigte man ein stärker an den diversen Fachrichtungen orientiertes Organisationssystem, das jeweils die Bereiche Maschinenkunde, Wasser- und Straßenbau, Bauwesen, Forstwirtschaft und eine Handelsabteilung berücksichtigte. Nach dem Studienplan ließ das neue Schulstatut bereits Züge einer akademischen Organisation erkennen.

Das nachfolgende Organisationsstatut von 1865 räumte dem Polytechnikum bereits weitgehende Rechte der Universitäten ein – Berufungsverfahren, Selbstverwaltung und Senatsverfassung. Später 1878 folgte das Habilitationsrecht, und schließlich signalisierte 1885 die offizielle Umbenennung in „Technische Hochschule Karlsruhe“ einen den Universitäten gegenüber gleichwertigen Rang. Das Promotionsrecht erlangte Karlsruhe demgegenüber erst 1899.

Unter dem wirkungsgeschichtlichen Aspekt, d. h. als Pflanzstätte eines qualifizierten Berufsnachwuchses, erreichte die Anstalt einen zweifelsfrei übergeordneten Stellenwert. Die TH Karlsruhe wies hinsichtlich des sog. Akademisierungsprozesses auch den übrigen in Deutschland existenten Polytechniken den Weg (d. h. deren formaler Rangangleichung an die Universitäten), und avancierte selbst im Ausland zum vielbeachteten Institut.

## DAS GEWERBESCHULWESEN

Älter noch als das Polytechnikum als Stätten der höheren technischen Bildung waren im hierarchischen Gebäude der technischen Bil-

dung die sog. Fortbildungsschulen, die es in ersten Ansätzen bereits seit 1806 auf der Ebene der niederen technischen Qualifikation gab. Allerdings lösten im Laufe der Zeit die gewichtigeren Gewerbeschulen jene Vorläufer zusehends ab.

Eine erste Regelung datierte hier aus dem Jahre 1834, wonach in den gewerbereicheren Städten des Landes die Einführung der Gewerbeschule anstelle der Fortbildungsschule ermöglicht wurde. Im Gegensatz zur relativ unspezifischen Allgemeinbildung der Fortbildungsschulen, die kaum mehr als eine Vertiefung des Elementarwissens boten, praktizierten die Gewerbeschulen schon eher einen unmittelbar an den Lehrberufen orientierten Unterricht. Und da der auf zwei Jahre angelegte Gewerbeschulbesuch im Gegensatz zu den Fortbildungsschulen zusätzlich noch obligatorischen Charakter trug, gelang bereits über diese Reform eine erste nachhaltigere Aufwertung der handwerklichen Qualifikation.

Bis zu Anfang der 1860er Jahre hatte bereits jeder zweite badische Amtsbezirk die Gründung einer Gewerbeschule vollzogen. Mit der Gewerbefreiheit (1862) aber, und damit in Verbindung der Aufhebung des gewerblichen Schulzwanges, ging zunächst die Frequentierung bedenklich zurück. Dennoch ergänzten im Laufe der folgenden Dekade nochmals zehn Gewerbeschulen den bereits erreichten Stand.

Der Fehlentwicklung infolge der Gewerbefreiheit schob die Reichsgewerbeordnung von 1872 einen Riegel vor, insofern die uneingeschränkte Reetablierung der Gewerbeschulpflicht wieder Anbindung fand. Nochmals zehn Gewerbeschulgründungen notierte die amtliche Statistik bis 1913, so daß jetzt ein jeder badischer Amtsbezirk über jeweils eine eigene Gewerbeschule verfügte.

Mit der Verdichtung der Gewerbeschulstandorte im Lande gingen aber auch eine Reihe innerschulischer Fortschritte einher, deren Realisierung insbesondere im Zuge der beginnenden Hochindustrialisierung erfolgte. So hielt man schon ab 1898 erstmals überhaupt auch ungelernte Tätige der Altersstufe von 14 bis 16 Jahren zum Besuch der Gewerbeschulen an.

Neues praktisches  
**Badisches Kochbuch,**

oder

vollständige und bewährte

**Anleitung**

zur schmackhaftesten und wohlfeilen Zubereitung aller Suppen, Gemüse,  
Fleisch-, Fisch-, Mehl- und Eierspeisen, Backwerke, Pasteten, Gélées,  
Crêmes, Compots, warmen und kalten Getränke, des Eingemachten u. s. w.

---

Mit einem

**Speisezettel für's ganze Jahr**

und einem Anhang

nützlicher Haus- und Wirthschaftsmittel.

---

**Zwölfte verbesserte Auflage.**

---

**Karlsruhe.**

Druck und Verlag von **Malsch & Vogel.**

**1887.**

*Neues praktisches Badisches Kochbuch aus dem Jahr 1887 mit einer Umrechnungstabelle für Maß und Gewicht –  
Ausdruck der Zentralisierung nach der Reichsgründung 1871*

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

## Verwandlung

des neuen Maaßes und Gewichtes in das frühere  
badische Maaß und Gewicht,

soweit es in diesem Buche zur Anwendung kommt.

### I. Gewicht.

4	Gramm	=	1	Quentchen ( $\frac{1}{4}$ Loth).
15,6	"	=	1	Loth.
125	"	=	$\frac{1}{4}$	Pfund (8 Loth).
250	"	=	$\frac{1}{2}$	Pfund (16 Loth).
375	"	=	$\frac{3}{4}$	Pfund (24 Loth).
500	"	=	1	Pfund (32 Loth).
1000	" oder 1 Kilogramm	=	2	Pfund.
50	Kilogramm	=	1	Centner.

### II. Flüssigkeitsmaaß.

$\frac{3}{16}$	Liter	=	$\frac{1}{2}$	bad. Schoppen.
$\frac{3}{8}$	"	=	1	" "
$\frac{3}{4}$	"	=	2	" "
$1\frac{1}{8}$	"	=	3	" "
$1\frac{1}{2}$	"	=	4	" " (1 Maaß).
$1\frac{7}{8}$	"	=	5	" "
$2\frac{1}{4}$	"	=	6	" "
$2\frac{5}{8}$	"	=	7	" "
3	"	=	8	" " (2 Maaß).
$3\frac{3}{8}$	"	=	9	" "
$3\frac{3}{4}$	"	=	10	" "
150	"	=	100	" Maaß (1 Ohm).

Letzte, einer umfassenden Gewerbebildung entgegenstehende Lücken beseitigten Verordnungen der Jahre 1904 und 1907, wonach jetzt auch Lehrlinge beiderlei Geschlechts selbst außerhalb ihrer Gemeinde zum Besuch der Gewerbeschule verpflichtet werden konnten – vereinzelt existierten die Fortbildungsschulen ja noch fort. Ferner berücksichtigte man die Separierung zu ausgesprochenen Fachklassen, womit eine nochmalige Intensivierung der Berufsqualifikation gelang.

In der Summe schritt Baden nicht nur als Pionier einer zeitgemäßen Gewerbeschulbildung voran, sondern flankierte mehr noch den Aufbau der mittelständischen Industrie und erleichterte dem Handwerk die Nutzung des technischen Fortschritts.

## DAS HANDELSMINISTERIUM

Die fortschreitende Industrialisierung verwies nach der Mitte des 19. Jahrhunderts verstärkt auf die Notwendigkeit zur Berücksichtigung einer staatlichen Leitstelle. Zu diesem Zweck etablierte Baden 1860 das Handelsministerium, um sämtliche Handels- und Gewerbeangelegenheiten leitend zu gestalten, den koordinierten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu betreiben und den Kontakt zum Gewerbe zu institutionalisieren. Der Aufgabenbereich umfaßte Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, Binnenschifffahrt, Flößerei, Wasser- und Straßenbau, Maß- und Gewichtssystem, Eisenbahn, Post, die Rhein- und Bodenseeschifffahrt – die Behörde war somit Wirtschafts-, Agrar- und Verkehrsministerium unter einem Dach.

Mit der Einrichtung des Handelsministerium nahm der Staat eine Steuerungsfunktion wahr. Direkteingriffe in das Wirtschaftsgeschehen entsprachen demgegenüber nicht dem liberalen Eigenverständnis. Da nach der Reichsgründung von 1871 jedoch verstärkt zentralisierende Maßnahmen das Zusammenwachsen der Einzelterritorien beschleunigen sollten, löste Baden per Weisung das Handelsministerium als eigenständige Einrichtung 1881 wieder auf. Die Kompetenzen gingen an das Innen- und Finanzministerium über, dies dann allerdings zu Lasten der sektoralen Koordinierung.

## DIE EINFÜHRUNG DER GEWERBEFREIHEIT

Die Einführung der Gewerbefreiheit von 1862 führte unmittelbar zur Ablösung des aus dem Spätmittelalter herrührenden und zu Beginn des frühen 19. Jahrhunderts dann modifizierten Zunftwesens. Der Substanz nach bewirkte die Gewerbefreiheit, daß praktisch jedermann jede Tätigkeit mit beliebigem Volumen und Produktionstechnik betreiben konnte. Lediglich einige besondere Berufe wie Ärzte, Apotheker und Wirte bedurften weiterhin des Befähigungsnachweises.

Eine Reihe früherer Auflagen und Beschränkungen wurden mit der Durchsetzung der Gewerbefreiheit gegenstandslos: Vorbildungsbeschränkung, Gewerbekonzessionierung, Kapazitätsbeschränkung und die Preisbeschränkung zählten in erster Linie hierzu. Das Handwerk versuchte daraufhin mit der Schaffung fakultativer Innungen dieser Herausforderung zu begegnen.

Schließlich führten weitere Bemühungen des Kleinhandwerks in Verbindung mit einer staatlich intendierten Existenzabsicherung des Berufszweiges 1897 zur gesetzlichen Verankerung von Zwangsinnungen. Dadurch entledigte man die Gewerbefreiheit wieder ihrer konstituierenden Substanz. Die Niederlassungsfreiheit blieb zwar erhalten, aber die eigentliche Berufsausbildung hatte der Staat abermals vom Befähigungsnachweis abhängig gemacht.

## DIE LANDESGEWERBEHALLE

Die Gründung der Landesgewerbehalle von 1865 korrespondierte unmittelbar mit der Einführung der Gewerbefreiheit, da der bisher vorrangig der Industrie zugängliche technische Fortschritt verstärkt nun auch dem Handwerk zugeführt werden sollte. Ohnehin war die Industrie viel eher zu weitreichenden Investitionen in der Lage und genoß darüber hinaus die Förderung durch das Karlsruher Polytechnikum.

Durch die Landesgewerbehalle beabsichtigte der Staat einen Beitrag zur besseren Systematisierung der Gewerbeförderung zu leisten und versprach sich dadurch, jedenfalls auf lan-

# Großherzoglich Badisches Regierungs-Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch den 24. September 1862.

Inhalt.

Gewerbegesetz für das Großherzogthum Baden.

## Gewerbegesetz für das Großherzogthum Baden.

Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden,  
Herzog von Zähringen.

Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

### Artikel 1.

Gewerbefreiheit und Freizügigkeit.

Alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts sind zum Betrieb von Gewerben im ganzen Umfang des Großherzogthums berechtigt.

### Artikel 2.

Umfang der Gewerbebefugniß.

Die Berechtigung zum Gewerbebetrieb enthält die Befugniß, verschiedenartige Geschäfte, insbesondere Handwerk, Fabrikation und Handel, gleichzeitig, an mehreren Orten und in mehreren Lokalitäten desselben Ortes zu betreiben, von einem Gewerbe zum anderen überzugehen und Hilfspersonen aus verschiedenartigen Gewerbszweigen in beliebiger Anzahl in und außer dem Hause zu beschäftigen.

### Artikel 3.

Ausländer.

Die Gewerbebefugnisse eines Inländers kommen auch den Angehörigen anderer Staaten zu. Ebenso haben Aktiengesellschaften, welche in andern Staaten errichtet sind, das gleiche Recht zum Gewerbebetrieb wie die inländischen, insofern sie den gesetzlichen Bedingungen genügen, welchen die inländischen unterworfen sind.

Durch Regierungsverordnung kann eine Ausnahme von dieser Bestimmung in Bezug auf die Angehörigen, beziehungsweise die Aktiengesellschaften derjenigen Staaten angeordnet werden, in welchen eine, von dem gegenwärtigen Gesetz grundsätzlich verschiedene, die Freiheit des Erwerbs und

48

# Badische Gewerbezeitung.

Monatsblatt der großherzogl. Landesgewerbehalle.

Redigirt von Prof. Dr. S. Weidinger.

Nr. 1.

Karlsruhe, den 15. Januar.

1867.

**Abonnementsbedingungen:** Dies Blatt erscheint am 15. jeden Monats im Umfang von 16 bis 24 Seiten und mit Abbildungen. — Pränumerationspreis jährlich, in Karlsruhe: 42 fr. mit Zuträgerlohn; im übrigen Baden, frei ins Haus: durch Buchhandlungen oder Subscribentensammler bezogen 48 fr.; durch die Post 1 fl. [Subscribentensammlern wird das Blatt zu 36 fr. franco geliefert, auch erhalten sie noch auf je 20 Exemplare 6 in 8 frei; ihre Aufträge werden jedoch nur für mindestens 10 Exemplare und bei sofortiger Mittheilung des Betrags franco durch Posteingahlung entgegengenommen.] In Karlsruhe nimmt das Bureau der Landesgewerbehalle die Bestellungen auf; auswärts die Post, jede Buchhandlung und Subscribentensammler. Im übrigen Deutschland kostet das Blatt durch den Buchhandel 54 fr.; durch die Post 30 fr. ohne Bestellgebühr.

**Inhalt.** S. 1—24: Unsere Aufgabe. — Die Pariser Universalausstellung. — Holz oder Kohlen? — Rauchverzehrende Feuerungen. — Kleinere Mittheilungen: Reinigen des Werkzeuges von Flecken. Schutz von Eisen und Stahl gegen Rost. Aufbewahrung von Eis. — Neues in der Ausstellung und Bibliothek. — Brief- und Fragekasten.

## Unsere Aufgabe.

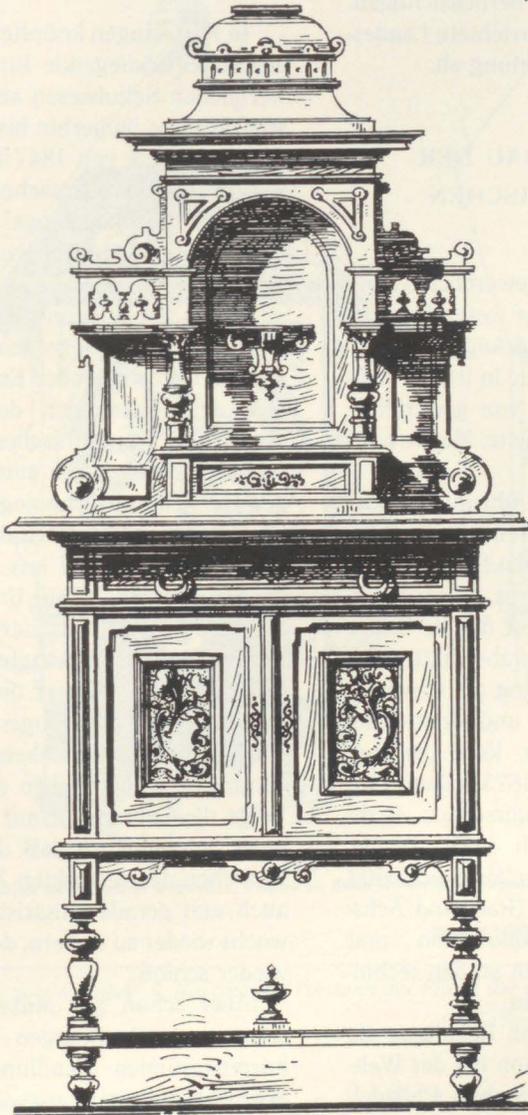
Die Landesgewerbehalle besteht jetzt anderthalb Jahre. Die Erfolge, welche sie in dieser kurzen Zeit aufzuweisen hat, dienen als genügende Rechtfertigung für ihre Gründung. In jeder Richtung der ihr vorgezeichneten Thätigkeit hat sie eine reiche Wirksamkeit entfaltet. Sie entwickelt sich immer mehr zu einem Mittelpunkt für alle technisch-gewerblichen Interessen des Landes. Nach der Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums vom 1. März 1865 soll ihr Zweck ein doppelter sein: einmal die Angehörigen des Großherzogthums mit den Fortschritten der Industrie im Allgemeinen bekannt zu machen und dadurch zu weiterer Entwicklung der Industrie im Lande anzuregen, und sodann der heimischen Industrie zu vermehrtem Absatz ihrer Erzeugnisse zu verhelfen. — Zu Erreichung dieses Zwecks bedient sie sich der folgenden Mittel: 1) einer permanenten Ausstellung; 2) einer Bibliothek; 3) einer Sammlung gewerblicher Adressen; 4) der Ertheilung technischen Rathes; 5) öffentlicher Vorlesungen.

\*) Sie wurde eröffnet am 23. Mai 1865.

ge Sicht, ein gleichgewichtigeres Wachstum zwischen Handwerk und Gewerbe. Die Einrichtung, die als Landesanstalt in der Residenzstadt Karlsruhe Anbindung fand, umfaßte in der Tat ein recht differenziertes Informations-

angebot. Die Palette reichte von einer Musterausstellung jüngster Investitionsgüter über die Präsentation wenig bekannter ausländischer Rohstoffe bis hin zu einer Bibliothek und Zeichnungssammlung. Zusätzlich gab man die

Tafel 45.



**Bierschrank** ( $\frac{1}{10}$  nat. Gr.).  
Entworfen von E. Hansen in Berlin.

Beilage zur Badischen Gewerbezeitung Nr. 45.  
Jahrgang 1891.

*In der Badischen Gewerbezeitung wurden vorbildliche Produkte zur Nachahmung abgebildet – hier ein sog. Bierschrank nach einem Entwurf von E. Hansen/Berlin*

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

„Badische Gewerbezeitung“ heraus, die aktuelle Entwicklungen und Tendenzen aus der Welt der Technik dem interessierten Publikum zur Kenntnis brachte.

Trotz eines relativ bescheidenen Etats trug die Landesgewerbebehörde mit dazu bei, das Verständnis für die wesentlichen Zusammenhänge der Industrialisierung zu fördern und orts erzielte Fortschritte zu berücksichtigen. Ab 1905 löste dann das neu errichtete Landesgewerbeamt die ältere Einrichtung ab.

## DER WEITERE AUSBAU DER GEWERBLICH-TECHNISCHEN BILDUNG

Der weitere Ausbau der gewerblich-technischen Bildung resultierte sehr wesentlich aus einer Ende der 1870er Jahre in Angriff genommenen Gründungsoffensive, die in letzter Konsequenz auf die Einrichtung von gewerblich-technischen Fachschulen abzielte. Motive hierfür gab es mehrere.

Schon bald nach der Einführung der Gewerbefreiheit hatten, wie bereits angemerkt, maßgebliche Kreise den rückläufigen Besuch der Gewerbeschulen ausgemacht. Dieses spezifische Problem blieb zumindest für die Dauer einer Dekade bestehen. Kaum aber hatte man im Kontext der Reichsgründung die Gewerbeschulpflicht wieder eingeführt und somit weiterer Erosion Einhalt geboten, löste die sog. Gründerkrise der Jahre nach 1873 reihenweise Insolvenzen und selbst Konkurse aus. Erste Verunsicherung machte sich breit. Weiter spitzte sich die Problematik zu, als gleichzeitig auch noch Eisenbahnunfälle (Rad- und Achsbrüche), Dampfmaschinenexplosionen und Brückeneinstürze den Glauben an den technischen Fortschritt erschütterten.

Als schließlich 1877 Franz Reaullaux als Leiter der deutschen Delegation bei der Weltausstellung im nordamerikanischen Philadelphia auf die scharfe Kritik aufmerksam machte, mit der das Fachpublikum die heimischen Industriewaren überzog, schienen endgültig Reaktionen an der Zeit. Reichsweit kam vor dem Hintergrund der benannten Szenarien schließlich die Gründung sog. technischer Mittelschulen (Fachschulen) in Gang, die in der Hier-

archie des technischen Schulwesens zwischen Gewerbeschule und Technischer Hochschule Position bezogen. Vom Prinzip her blieb diese Dreigliederung des technischen Schulwesens bis weit in das 20. Jahrhundert bestehen.

## DIE FURTWANGER UHRMACHERSCHULE

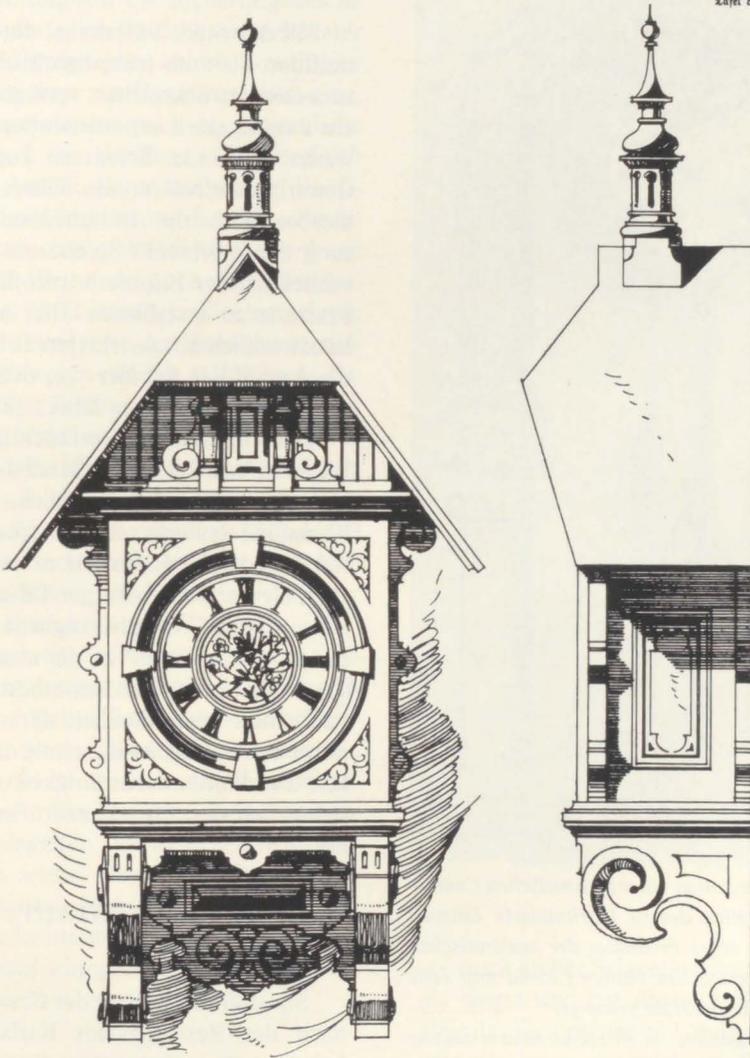
In Furtwangen knüpfte der Staat an bereits weiter zurückliegende Entwicklungen im gewerblichen Schulwesen an, da hier die frühesten Ansätze immerhin bis zu den Spätfolgen der Agrarkrise von 1847 ff. zurückreichten – Überbesatz im Uhrmacherhandwerk und erhebliche Qualitätsmängel beim Schwarzwälder Traditionsgewerbe veranlaßten zur Korrektur.

Schon seit längerem klagte das Furtwanger Uhrmachergewerbe wegen schleppendem Absatz und schwindender Exportfähigkeit – insbesondere Frankreich dominierte nun den Markt. Die Hauptursachen machte der kritische Betrachter in der mittlerweile rückständigen Herstellungstechnologie und damit in Verbindung mangelnder Attraktivität und Funktionalität der Produkte aus. Letztendlich liefen die Strukturdefizite auf Unzulänglichkeiten in der beruflichen Qualifizierung hinaus.

Zur Korrektur besagter Defizite entstand 1850 staatlich initiiert die Uhrmacherschule Furtwangen, die der Jugend eine mehrjährige Qualifizierungsmöglichkeit zum Lehrberuf des Uhrmachers bot. Und in der Tat stieß in der Folge die Lehranstalt auf ein ausgesprochen reges Interesse, so daß die Regierung nach Erreichen des gesteckten Zieles, dem Gewerbe auch und gerade langfristig den Berufsnachwuchs wieder zu sichern, den Lehrbetrieb 1864 wieder schloß.

Aber schon zur Mitte der 1870er Jahre signalisierte Furtwangen abermals aus Konkurrenzgründen Handlungsbedarf. Zunächst aber gab der Staat zur verlässlichen Klärung der Ursachen ein Gutachten in Auftrag. Im Fazit forderte die Expertise zur Behebung erneuter Ausbildungsmängel umgehend und ohne Aufschub die Wiedereröffnung der Uhrmacherschule ein.

Der Staat reagierte hierauf 1877 mit der Präsentation eines erweiterten Schulkonzept-



## Uhrgehäuse.

Entworfen von Architekt R. Bischweiler, Vorstand der Filiale der Großh. Landesgewerbehalle in Furtwangen.

Beilage zur Badischen Gewerbezeitung 1900 Nr. 86.

*Uhrgehäuse, entworfen von Architekt R. Bischweiler, Vorstand der Filiale der Großherzoglichen Landesgewerbehalle in Furtwangen*

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

tes, das über die handwerkliche Lehre hinausgehend auch die Fortbildung des Gesellen zum Techniker ermöglichen sollte. Sukzessiv weite Furtwangen bis zur Jahrhundertwende das Spektrum der Fachabteilungen um die Gebiete Feinmechanik und Elektrotechnik aus und folgte damit ausgesprochen zukunftsorientierten Zeichen der Zeit.

Als Lehrlingsanstalt konzipiert existierte ebenfalls seit 1877 noch eine Schnitzschule am Ort. Ergänzend und in gestalterischer Überschneidung zur Uhrmacherei unterrichtete man an dieser Lehranstalt in der Technik der Feinschreinerei. Ausschließlich Landeskindern erlaubte Baden den Besuch beider in Furtwangen vorhandener Anstalten.



*Schwarzwälder Imitation einer französischen Comtoiser-Uhr, um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Beispiel für den Nachbau eines Produktes der ausländischen Konkurrenz mit einfachen Mitteln (Schild und Teile des Werkes waren aus Holz gefertigt)*

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

Mehr den Charakter und die Funktion einer Informationsbörse nahm die zusätzlich am Ort errichtete Filiale der Karlsruher Landesgewerbehalle ein. Die Offerte umspannte die Beratung der Gewerbetreibenden einschließlich der Bereitstellung aktueller Branchennachrichten. Musterschauen brachten neueste Investitions- und Gebrauchsgüter zur Kenntnis und ermunterten das Gewerbe zur deren systematischen Gebrauch. In der Summe liefen die für den Schwarzwald skizzierten Maßnahmen auf die Kategorie der Regionalförderung hinaus.

## DIE PFORZHEIMER BIJOUTERIE

Mit der Stadt Pforzheim, deren Bijouterietradition bis zum frühneuzeitlichen Manufakturwesen zurückreichte, verfügte Baden über ein zweites stark exportorientiertes Spezialgewerbe im Lande. Schon im Zuge der ersten Gewerbeschulereform des Jahres 1834 nutzte diesbezüglich die Pforzheimer Stadtverwaltung den eröffneten Spielraum, um eine ausschließlich der Bijouterie verpflichtete Gewerbeschule zu installieren. Hier an dieser rein handwerklich ausgerichteten Lehranstalt stieg die Anzahl der Schüler von 602 für 1865 bis auf 1477 Zöglinge des Jahres 1890 an.

Die Weiterbildung von tüchtigen Arbeitern, Werkführern, Zeichnern, Modelleuren, Graveuren und Ziseleuren im Blick, gründete die Kommune des weiteren 1877 eine rein kunstgewerblich an der Bijouterie orientierte Lehranstalt, die nach zehnjähriger Tätigkeit unter der Bezeichnung „Großherzogliche Kunstgewerbeschule Pforzheim“ in die staatliche Trägerschaft überging. Die Gewerbeschule und die Fachschule einschließlich der noch 1905 errichteten Goldschmiedeschule trugen wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit und Standort-sicherung des Pforzheimer Spezialgewerbes bei.

## DIE RESIDENZSTADT KARLSRUHE

Sonstige im Kontext der Gewerbeförderung nach der Residenzstadt Karlsruhe verlegte Lehranstalten überragten die in Furtwangen und Pforzheim gesetzten Akzente um ein Vielfaches. Aus der Mitte der Landesgewerbehalle heraus entstand zunächst 1877 die „Großherzogliche Kunstgewerbeschule Karlsruhe“, die auf der Grundlage einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung Innenarchitekten, Bildhauern, Ziseleuren, Dekorateuren, Keramikern und Zeichenlehrern weitergehende Qualifikationsmöglichkeiten bot. Durch die Einrichtung jener Landesanstalt beabsichtigte der Staat dem damals im Gewerbe ausgeprägten Hang zur künstlerischen Ästhetisierung der Produkte eine professionellere Basis zu eröffnen.

Mit der 1878 gegründeten „Großherzoglich Badischen Baugewerkschule“ plazierte der

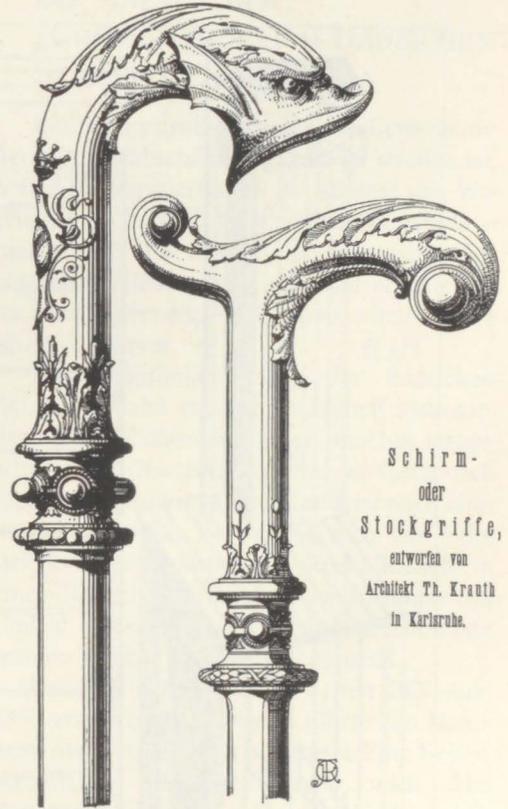
Staat in Karlsruhe eine zweite Landesanstalt, die gemäß Auftrag auf die Sicherung des öffentlichen Bedarfs im Baufach ausgebildeter Techniker und Architekten abhob. Soweit hier der Blick überhaupt zur Privatwirtschaft ging, interessierte am ehesten noch der gewerbliche Mittelstand und das Handwerk. Im Vergleich zu den die Anstalt konstituierenden Baufachern wies das Direktorium dem Maschinenbau (ab 1884) eine sichtlich nachgeordnete Bedeutung zu. Weit mehr noch charakterisierte dies die erst 1903 etablierte Elektrotechnik.

Insgesamt finanzierte der Staat das technische Fachschulwesen mit der Hälfte jenes Betrages, den die Technische Hochschule zur Unterhaltung erforderte. Unter regionalem Aspekt flossen dabei allein 90 Prozent der Fachschulmittel nach der Residenzstadt ab. Furtwangen und Pforzheim erhielten hälftig den Rest. An der Besucherfrequenz gemessen hielten sich in der Summe die Fachschulen mit der Technischen Hochschule die Waage.

Überhaupt kristallisierte sich Karlsruhe unter Berücksichtigung sonstiger dort im Bereich von Kunst und Kultur verankerter Einrichtungen (Landesmuseum, Theater, Kunstakademie, Konservatorium) immer mehr zum Landeszentrum heraus – in Residenzkreisen vorhandene Neigungen spiegelten sich in diesen Institutionalisierungen wider. Freilich stellte der für Baden zu registrierende Zentralismus keine singuläre Erscheinung dar sondern charakterisierte die Entwicklungen in Residenzstädten schlechthin.

## MANNHEIM – PRIVATINITIATIVE ALS KORREKTUR

Trotz des skizzierten Gründungsseifers hatte die badische Fachschulpolitik eine Reihe weißer Flecken auf der Landkarte hinterlassen. Zwar übte auch einst der gewichtige Handelsplatz Mannheim mit seiner bereits aufkeimenden Industrie einen gewissen Einfluß auf die Standortvergabe der Baugewerkschule aus, letztlich aber hielt man in den Parlamentsdebatten dem Vergleich mit der Residenzstadt Karlsruhe nicht stand – die geographische Randlage des Mitbewerbers erwies sich nun einmal als Nachteil ganz spezifischer Art.



Schirm-  
oder  
Stockgriffe,  
entworfen von  
Architekt Th. Krauth  
in Karlsruhe.

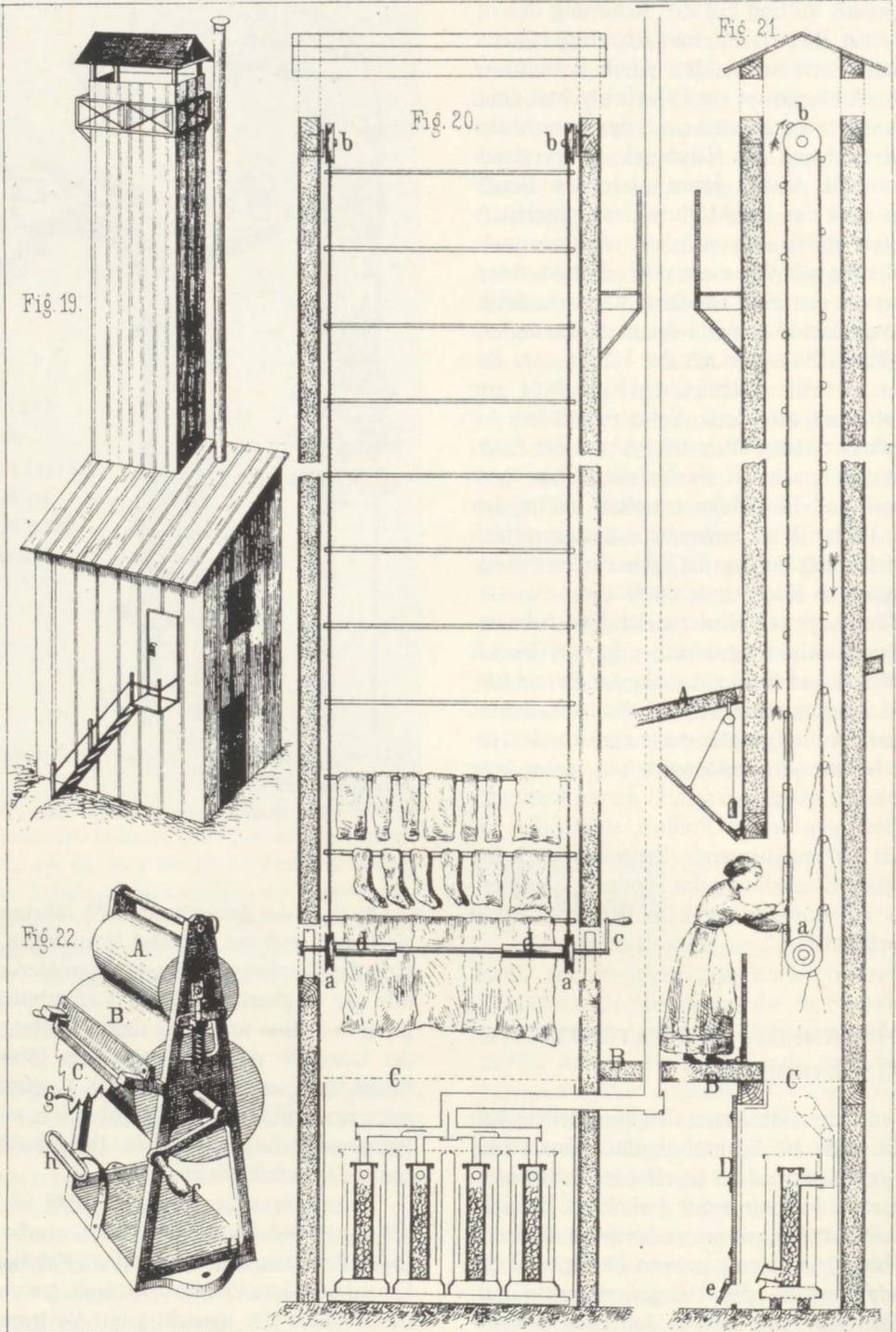
*Schirm- oder Stockgriff, Beispiel der Ästhetisierung gewerblicher Produkte*

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

Auch an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, als längst und mit Abstand Mannheims Industrie das Geschehen im Lande dominierte, dauerte die ungleichgewichtige Fachschulversorgung in Baden fort. Dies nahm in Mannheim der Gewerbe- und Industrieverein 1896 zum Anlaß, um vor den Karlsruher Landständen mit einer Petition für die Vergabe einer zweiten Baugewerkschule zu werben. Die erhoffte Resonanz jedoch blieb aus.

Ein weiteres Gesuch sollte 1898 folgen – mit der Handelskammer, dem Gewerbe- und Industrieverein, dem Allgemeinen Fabrikantenverein und dem VDI-Bezirksverein traten nunmehr gleich die wichtigsten Vertreter der örtlichen Wirtschaft hervor. Nicht zuletzt Oberbürgermeister Dr. Otto Beck trug sich in die lange Reihe der Petenten ein.

Abermals fanden die Mannheimer Wünsche



Badische Gewerbezeitung 1870 & 1871.

W. Creuzbauer's Drucker Karlsruhe.

Turm zum Wäschetrocknen für die Wäscherei des Karlsruher Lazarett, konstruiert von Heinrich Meidinger, dem ersten Vorstand der Landesgewerbehalle Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

kein Gehör. Der ministeriellen Ablehnung entnahm man den Hinweis, daß die Stadt schließlich die Ansiedlung einer privaten Ingenieurschule erwarte – der Bedarf an einer Fachschule sei somit völlig ausreichend gedeckt.

Und in der Tat hatte der Ingenieur und Privatschulunternehmer Paul Wittsack im Frühjahr 1898 dem Mannheimer Oberbürgermeister die Absicht unterbreitet, den Standort seiner drei Jahre zuvor in Zweibrücken eröffneten Ingenieurschule nach dem nordbadischen Industriezentrum zu verlegen. Geringe Belegzahlen und das kaum halbherzige Engagement der Zweibrücker Stadtverwaltung hatten den Angaben des Schulunternehmens zufolge die Hinwendung nach Mannheim bewirkt.

Zum Wintersemester 1898 eröffnete die „Ingenieurschule Mannheim“ als „städtisch subventionierte höhere technische Lehranstalt“ mit 121 Studenten in der Hafengegend den Betrieb. Als Studienfächer offerierte man von Beginn an die Fächer Maschinenbau und Elektrotechnik, und 1901 trat die Hüttenkunde und ab 1907 zusätzlich noch das Baufach hinzu. Das Ausbildungskonzept rückte die Qualifikation des Ingenieurs, dessen Tätigkeit im Vorfeld der Produktion und in den Konstruktionsälen der Industrie ansetzen sollte, in den Vordergrund. Die Studiendauer umfaßte fünf Semester.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges registrierte die Direktion schließlich mehr als 350 Studenten. Unter Berücksichtigung der seit Beginn kontinuierlich steigenden Studienplatznachfrage und mehr noch der späteren beruflichen Karriere der Absolventen existierte die Einrichtung vollkommen zurecht. Dieser Tatsache hatte auch die Kommune schon früh Rechnung getragen, indem sie bereits 1901 ein modernes Schulgebäude im Innenstadtkvadrat N6, 4 1/2 kostenfrei zur Verfügung stellte und darüber hinaus die Anstalt mit Vereinbarungen des Jahres 1907 langfristig auf den Standort verpflichtete.

In Südbaden eröffnete zudem 1906 das „Technikum Konstanz“ als zweite Privatanstalt den Betrieb, so daß per Privatinitiative am Ende das im Lande vorhandene Ungleichgewicht der Fachschulversorgung doch noch die nötige Korrektur erfuhr. Beide Privatanstalten gingen später in staatliche Regie über.

## DIE ANLAGE DER „GROSSHERZOGLICH BADISCHEN STAATSEISENBAHN“

Ein letztes großes Kapitel der Gewerbeförderung, das abschließend noch zu streifen ist, betraf Modernisierungen im Kontext des Warenaustauschs und des Personentransports – hierbei gab die Anlage der Eisenbahn das eigentliche Hauptereignis ab und brachte unter räumlichem Aspekt durchaus auch diverse Spezifika hervor.

Die Hauptlinienführung der Badischen Staatseisenbahn erfolgte anfänglich insbesondere unter Einbeziehung der ohnehin fortgeschrittenen Gewerbestandorte, wodurch sich räumliche Disparitäten der Tendenz nach eher noch verstärkten. So vollzog sich der industrielle Wachstumsprozeß ausschließlich in einem Bereich von vier bis sechs Kilometern im Umfeld der Bahnlinie. Verkehrsknotenpunkte wurden hierbei besonders begünstigt.

Die älteste Linie, die zwischen 1838 und 1855 erstellte Rheintalbahn, führte von Mannheim über Heidelberg nach Basel. Eine Seitenvernetzung der Rheintalbahn nach dem Kraichgau, dem Schwarzwald und zuletzt dem Odenwald mit Querverbindungen zu den Anrainerstaaten ab den 1860er Jahren folgte.

Bereits in der Phase des Nebenbahnbaus seit 1860 ff. nahm der Staat die Streckenplanung unter dem Aspekt der räumlichen Akzentuierung vor. Während hierbei die Schwarzwaldbahn einen bereits vorhandenen Verkehr übernehmen und fördern sollte, wollte man durch die Linie Heidelberg – Würzburg einem „verkümmerten und zurückgebliebenen“ Landesteil aushelfen. In ersten Ansätzen ergänzten somit regionalspezifische Überlegungen den Eisenbahnbau.

Den Nebenbahnen folgten seit den 1880er Jahren eine ganze Reihe an Lokalbahnprojekten. Vereinzelt, wie am Beispiel der 1904 erstellten Odenwälder Schmalspurbahn von Mosbach nach Mudau ersichtlich, kamen nun entlang dieser dritten Planungsebene staatlich vergebene Einzelsubventionen der Regionalförderung gleich. Allerdings setzte der Staatshaushalt natürlich auch hier gewisse Grenzen. Privatunternehmer schlossen vereinzelt die Lücken.

Grossherzogtum Baden

# Ingenieurschule zu Mannheim

Städtisch subventionierte



höhere techn. Fachschule



## STUDIENDAUER

für Ingenieure 2½ oder 3 Jahre † für Techniker 1½ oder 2 Jahre  
je nach Vorbildung.

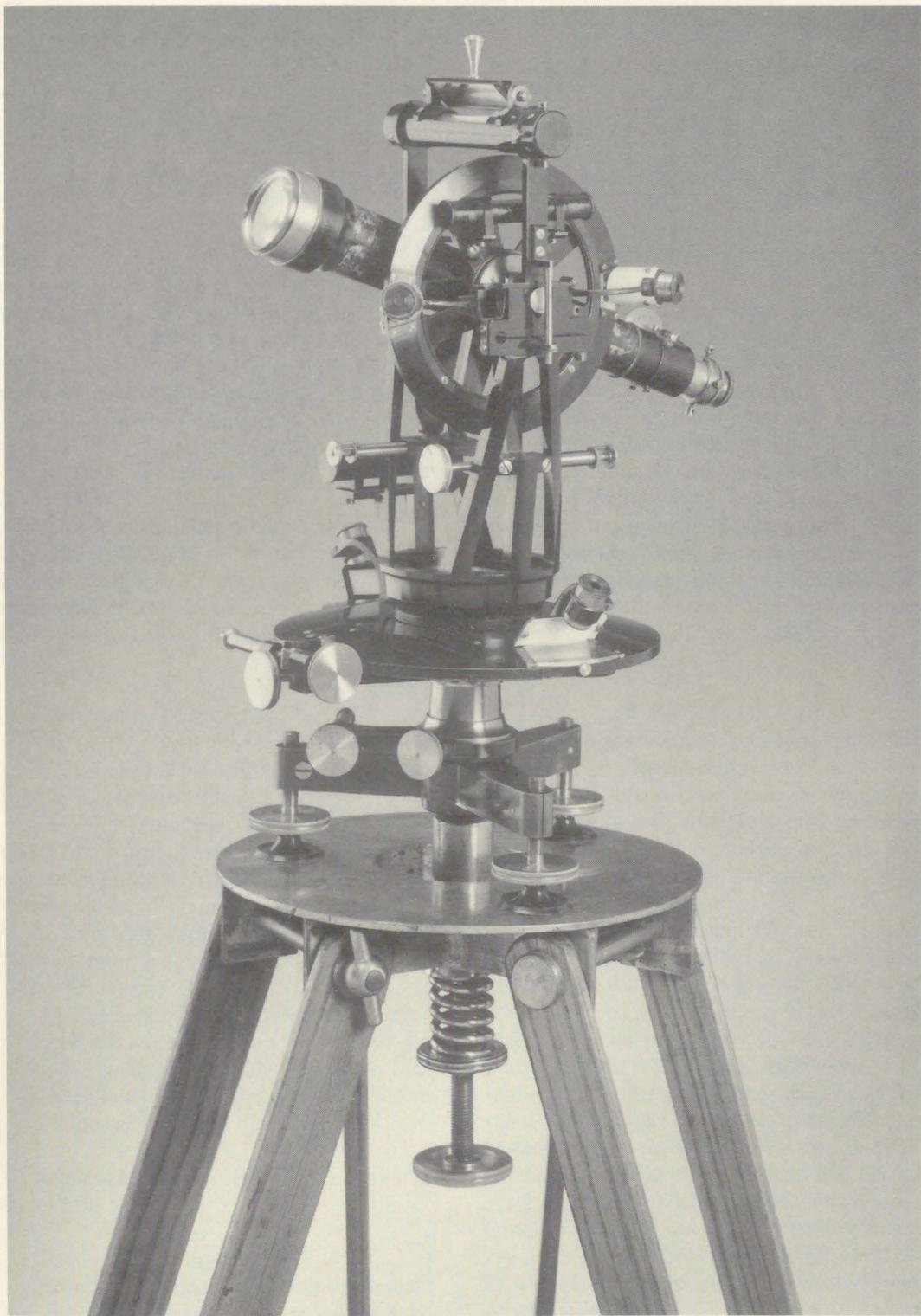
**Besondere Fachabteilungen für Maschinenbau,  
Elektrotechnik, Hüttenkunde und technische Chemie.**

Elektrotechnisches und chemisches Praktikum  
Lehrwerkstätte für Mechanik und Elektrotechnik.

Buchdruckerei Carl Belz · Mannheim 1902.

*Gebäude der privaten Mannheimer Ingenieurschule im Innenstadtkvadrat N6, 4 1/2. Die Einrichtung war von dem Privatschulunternehmer Paul Wittsack nach Mannheim verlegt worden, nachdem seine Zweibrücker Vorgängereinrichtung wegen zu geringer Belegzahlen den Betrieb einstellen mußte.*

Foto: Fachhochschule für Technik und Gestaltung in Mannheim



*Theodolit (Sickler, Karlsruhe) der Großherzoglichen Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen – Präzisionsinstrument zur Ausführung von Geländearbeiten.*

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

## BILANZ

Baden (und Württemberg) avancierte insbesondere im Laufe des fortgeschrittenen 19. Jahrhunderts zum Leitbild der systematischen Gewerbeförderung in Deutschland. Hierbei standen die Kategorien Bildung und Information entlang eines breiten Spektrums im Vordergrund und als Adressat fungierten vorrangig der gewerbliche Mittelstand und das Handwerk.

Insgesamt zielten die Aktivitäten auf die Verbesserung der Wettbewerbschancen im Sinne der Reduzierung eines in der Frühphase durchaus markanten Entwicklungsrückstandes. Den Gang der Industrie allerdings, dies nach Standort wie nach Branchen, nahm man eigentlich mehr hin als Akzente zu setzen. Lediglich vereinzelt griffen darüber hinaus standortbezogene Überlegungen wie beispielhaft im Kontext des Fachschulwesens, dies jedoch abseits einer raumplanerischen Gesamtkomposition.

Anteilig am Staatshaushalt gemessen, fielen die Aktivitäten im Vergleich zur aktuellen Situation zwar eher bescheiden aus, mit Recht aber betrachtete der Zeitgenosse jene Bestrebungen mit Respekt, deren Akzentsetzungen in modifizierter Gestalt bis in die Gegenwart hineinwirken.

*Der Autor dankt PD Dr. Zweckbronner vom Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim für Beratung und Unterstützung bei der Illustration des Beitrages. Die hierbei zur Verfügung gestellten Materialien sind Elemente der Ausstellungseinheit „Vom Ackerbau zur Industrie. Staat und Kommunen als Förderer der Wirtschaft“.*

Anschrift des Autors:  
Dr. Wolfram Förster  
Spessartstraße 32  
68259 Mannheim

# Zur Feier des 175jährigen Jubiläums der Evangelischen Landeskirche in Baden

am 2. Juli 1996 in Karlsruhe

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landesbischof und Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland,

sehr geehrter Herr Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland,

sehr geehrter Herr Erzbischof,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine sehr verehrten Damen und Herren.

## I.

Vor 157 Jahren schlossen sich die lutherischen und reformierten Kirchen im Großherzogtum Baden zusammen.

Wie viele Ehen jener Zeit war es weniger eine Liebesheirat, sondern die Ehe war eher von außen und von oben vorbereitet und gestiftet und mit nicht geringem Druck eingesetzt.

Auf sie trifft deshalb wohl auch zu, was Martin Luther in sein Traubüchlein schrieb:

*„Denn wer (zur Trauung) Gebet und Segen begehrt, der zeigt damit an, in was für Gefahr und Not er sich (durch die Ehe) begibt, und wie er . . . des göttlichen Segens und der allgemeinen Fürbitte bedarf“.*

Heute sind wir alle stolz auf die Stabilität dieser Ehe

Gruß – Glückwunsch – Dank

Meine guten Wünsche sage ich Ihnen nicht nur für die Landesregierung, sondern auch ganz persönlich, weil ich mich Ihnen in gemeinsam christlichem Glauben verbunden fühle.

## II.

Das Verhältnis von Staat und Kirche hat sich seither wesentlich gewandelt. Der Evangelische Oberkirchenrat war vor 175 Jahren eine Abteilung des Innenministeriums.

Die seit dieser Zeit gewachsene, heute in unserer Verfassung verankerte grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche hat sich zum Vorteil beider Seiten 100fach bewährt.

## II.

Das Verhältnis Staat-Kirche beruht auf den Prinzipien der Eigenständigkeit und der Subsidiarität des Staates, aber auch weitgehender Kooperation überall dort, wo der gemeinsame Dienst an den Menschen es verlangt. An diesem partnerschaftlichen Miteinander wollen wir festhalten.

So wie Christinnen und Christen zugleich Bürgerinnen und Bürger sind, so überschneiden sich auch die Aufgabenbereiche von Kirche und Staat. Staat und Kirche stehen sich nicht isoliert und abgekapselt gegenüber. Sie leben nicht – wie es laizistischer Ideologie entspräche – in starrer Trennung und berührungsfürchtlicher Distanz. Vielmehr hebt das staatskirchenrechtliche System des Grundgesetzes an zahlreichen Stellen die Kooperation zwischen Staat und Kirche ausdrücklich hervor. Ich nenne den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, die Gewährleistung des freien Schulwesens, die Kirchensteuer, die Staatsleistungen und die Militär- und Anstaltsseelsorge.

Der baden-württembergische Verfassungsgeber hat das staatskirchenrechtliche System

im Geiste der Kooperation ergänzt und konkretisiert. Ich will nur zwei Punkte besonders hervorheben:

- Unsere Landesverfassung enthält eine institutionelle Garantie der kirchlichen Wohlfahrtspflege. Gerade in einem Land, das Sitzland der beiden großen caritativ-diakonischen Zentralinstitutionen, des Diakonischen Werks und des Caritasverbandes ist, kommt dieser Aussage zentrale Bedeutung zu.
- Die Landesverfassung (Art. 4) anerkennt ausdrücklich die Bedeutung der Kirchen „für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens.“ Damit wird der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen und ihre besondere Funktion für das Gemeinwesen hervorgehoben: Denn es sind die Kirchen, die ganz wesentlich für das sozialetische Fundament sorgen, ohne daß auch ein säkularer Staat nicht existieren kann.

### III.

Von Christinnen und Christen wird heute ein Glauben erwartet, der seinen Sitz im Leben hat, die Erwartung richtet sich auf praktizierte Solidarität nach einem Mehr an Gerechtigkeit und nach überzeugenden gesellschaftlichen Perspektiven.

Es überzeugt heute mehr die Tatverkündigung als die Wortverkündigung.

Glaube und gesellschaftliche Verantwortung dürfen nicht getrennt werden, sondern verlangen das sensible Gespür für die inneren Zusammenhänge.

Sie betreffen jene Voraussetzungen, aus denen heraus eine pluralistische Gesellschaft lebt, die sie aber nicht selbst, aus sich heraus, zur Verfügung stellen kann.

### IV.

Man spricht heute oft von der Abwendung der Menschen von den Kirchen. Dabei wird auf die vielen Kirchenaustritte und auf den schwachen Gottesdienstbesuch verwiesen. Ich frage mich, ob dies nicht zu kurz greift. Ich bin nicht sicher, ob die Abwendung der Menschen von

den Kirchen so stark ist, wie es üblicherweise dargestellt und allgemein geglaubt wird.

Wir leben in einer freien Gesellschaft. Die Menschen regeln ihr Verhältnis zur Kirche auch in ihrem alltäglichen Verhalten eigenständig.

Formen und Gewohnheiten kirchlicher Teilnahme ändern sich. Die Kirchenbindung – nicht nur der Jungen – ist heute auch geprägt von jener Institutionenskepsis, die der Staat genauso wie die Kirchen zu spüren bekommt. Ist dies schon gleichbedeutend mit einer Abwendung von den Kirchen?

Ich meine nein. Die Orientierungssuche und Gottessehnsucht der Jungen ist so stark wie in früheren Generationen. Sie äußert sich anders, manchmal diffuser, aber nicht weniger nachhaltig.

Auf diese Orientierungssuche und Gottessehnsucht zu antworten, halte ich heute für den wichtigsten Dienst der Kirche.

Nachdem erfreulicherweise der Streit des 16. Jahrhunderts überwunden ist, nachdem erfreulicherweise die Lehrunterschiede des 19. Jahrhunderts bereinigt sind, nachdem wir eine ganz neue ökumenische Offenheit leben im Geist und versöhnter Verschiedenheit, nachdem selbst diese Verschiedenheit durch Dialog und Gnade den Rang des Kirchentrennenden verloren hat, nachdem die Rechtfertigungslehre heute nicht mehr kirchentrennend ist, was durch mehrere offizielle Dokumente von beiden Seiten bestätigt wurde, müssen die Kirchen ihre ganze Kraft von der Binnensicht nach draußen wenden und wieder zu missionarischer Kraft und prophetischer Sprache finden, damit sie den Menschen außerhalb des Kirchenraumes erreichen. Theologie muß aus dem Filigran der Dissertationen heraus und keine Nebensache verkünden, sondern die Hauptsache, das, was jeden Menschen unbedingt angeht: nämlich „Gott, die alles bestimmende Wirklichkeit“ unseres Daseins.

Einer Gesellschaft, die auf Leistung setzt und die gar nichts anderes kann als auf Leistung zu setzen, wenn sie im Wettbewerb bestehen will, muß die andere Wirklichkeit gesagt werden, daß es letztlich nicht auf die eigene Leistung ankommt, sondern auf das Ja Gottes zu den Menschen und auf sein Erbarmen.

Wenn Christen, wenn christliche Gemeinden hier, im Vorletzten vorleben, daß man leben kann aufgrund eines unbedingten Vertrauens und Glaubens auf den gnädigen und barmherzigen Gott, dann hat reformierte Kirche und lutherische Kirche auch für die nächsten 175 Jahre einen Auftrag mitten in der Welt.

Freilich muß diese Botschaft über die Kerngemeinde und über den Kirchenraum hinausdringen und die Plätze und in die Räume, in denen modernes Leben sich abspielt.

Zwei Voraussetzungen muß sie dafür erfüllen, damit sie bei den Menschen ankommt:

erstens müssen Sprachbarrieren und Verständnisbarrieren abgebaut werden

und zweitens muß ein Miteinander und füreinander sichtbar werden ganz im Sinne Dietrich Bonhoeffers:

Gemeinde ist nur dann Gemeinde Christi, wenn sie Gemeinde für andere ist.

Ich wünsche der Evangelischen Landeskirche Baden, daß ihr die Inkarnation ins Heute und in diese Gesellschaft gelingt durch den, der unserem Wollen längst voraus ist, ich wünsche ihr Gottes Segen.

Staatsministerium  
Baden-Württemberg  
Pressespiegel

# — Konstanzer Kunstwochen 1946

## Eine Ausstellung der Städtischen Wessenberg-Galerie Konstanz

„Bekanntnis zu Europa – Bekanntnis zur Kultur“ – das war das Motto der Konstanzer Kunstwochen, die zu den großen Kulturereignissen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland zählten. Vom 1. bis 13. Juni 1946 fand in der Grenzstadt Konstanz am Bodensee eine vierzehntägige Veranstaltungsreihe statt, die als einer der ersten Treffpunkte eines internationalen geistigen Austauschs im besiegten Deutschland richtungsweisende Impulse setzen sollte.

Nach den positiven Erfahrungen, die man in Überlingen bereits 1945 kurz nach Kriegsende mit der Ausrichtung der Ausstellung „Deutsche Kunst unserer Zeit“ gemacht hatte, ergriff der Konstanzer Stadtrat und Leiter des Kulturdezernats Dr. Bruno Leiner die Initiative und regte bei den französischen Besatzern die Durchführung einer Konstanzer Kulturwoche an. Da Konstanz im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Städten von Kriegszerstörungen weitgehend verschont geblieben war, waren wesentliche Rahmenbedingungen zur Durchführung von kulturellen Veranstaltungen vorhanden. Leiners Vorschlag stieß auf große Zustimmung und bereits im März 1946 konnte man eine erste Konzeption für die Konstanzer Kunstwochen vorlegen. Bis die Kunstwochen dann aber termingerecht am 1. Juni 1946 mit einem großen Festakt eröffnet werden konnten, galt es noch manche Schwierigkeit zu überwinden, waren es doch nicht zuletzt die kriegsbedingt mangelnde Infrastruktur, die den Organisatoren die Arbeit wesentlich erschwerte.

Im Mittelpunkt der Konstanzer Kunstwochen stand eine umfangreiche Ausstellung mit dem Titel Neue deutsche Kunst. Zugleich fand eine kleinere Schau mit Werken französischer Künstler statt, die bereits damals zur klassischen Moderne zählten. Daneben gab es eine Reihe von Theateraufführungen, darunter Brechts Mutter Courage, die in Konstanz ihre deutsche Erstaufführung erlebte. Auch die deutsche Premiere des französischen Films Die Kinder des Olymp (Les enfants du paradis) fand im Rahmen der Kunstwochen statt. Es wurden Dichterlesungen, wissenschaftliche Vorträge (u.a. referierten Franz Roh, Hans Hildebrandt, Oskar Waelterlin, Alfred Roth) sowie zahlreiche Konzerte geboten. Sogar eine Modenschau des Pariser Couturiers Marcel Rochas fand auf der Hofterrasse des Insel-Hotels statt.

Neben den Tagen, die ausschließlich der Präsentation deutscher Kunst und Kultur gewidmet waren, hatten die Organisatoren auch vier Tage für die Auseinandersetzung mit englischem, russischem, amerikanischem und Schweizer Kunstschaffen vorgesehen. Die Franzosen schließlich stellten zwischen

dem 7. und 11. Juni ihr Land in allen künstlerischen Sparten vor.

Konstanz wurde während der Kunstwochen für 14 Tage zum kulturellen Zentrum Deutschlands. Interessierte aus allen Besatzungszonen reisten zu Tausenden an, um sich mit denjenigen Werken, Bildern und Musikstücken vertraut zu machen, die während der Zeit des „III. Reichs“ von den Nationalsozialisten als „entartet“ diffamiert worden waren. Auch die Grenzen zur Schweiz wurden erstmals geöffnet und es heißt, daß bis zu 40 000 Eidgenossen in jenen Tagen nach Konstanz kamen. Jeder Schweizer durfte ein Pfund Lebensmittel, Zigaretten und 5 Kilo getragene Kleider mitbringen, was merklich zur Verbesserung der Versorgungslage der Konstanzer Bevölkerung beitrug.

50 Jahre nach den Konstanzer Kunstwochen erinnert die von der Städtischen Wessenberg-Galerie konzipierte Ausstellung „Konturen neuer Kunst. Konstanzer Kunstwochen 1946“ an jenen denkwürdigen Neubeginn. Zugleich hinterfragt sie den damaligen kulturellen Modernitätsanspruch sowie die Wirkungen der Konstanzer Kunstwochen.

Dabei gelangen alle Aspekte der damaligen Kulturveranstaltung zur Darstellung. Neben informativen Text- und Bildtafeln und der Präsentation von Originaldokumenten liegt der Ausstellungsschwerpunkt jedoch im Bereich der Bildenden Kunst. Die 1945 gezeigten Gemälde, Graphiken und Plastiken von ursprünglich mehr als 120 Künstlern, die vor allem aus den französischen und amerikanischen Besatzungszonen zusammengetragen wurden, werden soweit als möglich wieder zusammengebracht. Unter den Künstlern befinden sich bekannte Namen wie Max Ackermann, Ernst Barlach, Otto Dix, Edgar Ende, Wilhelm Imkamp, Ida Kerkovius, Ernst Wilhelm Nay oder Fritz Winter. Daneben gibt es aber auch Werke von Künstlern zu entdecken, die heute zu Unrecht weitgehend in Vergessenheit geraten sind.

Zur Ausstellung ist ein Katalog zum Preis von DM 20.– erschienen (115 Seiten mit zahlreichen Abbildungen).

Ein Rahmenprogramm begleitet die Ausstellung.

Öffnungszeiten:

Mo–So 10–18 Uhr

Städtische Museen Konstanz

Wessenberg-Galerie

Wessenbergstraße 41 (Rückgebäude)

78462 Konstanz

Telefon 0 75 31/9 00-2 46

Fax 0 75 31/9 00-6 98

# Auszug aus dem Geschäftsbericht des Landesvorsitzenden

Für die Zeit vom 15. Juni 1994 bis 9. Juni 1996

## I. DEN LANDESVEREIN SELBST BETREFFEND

In der Berichtszeit wurden 4 Vorstands- und 4 Vorstands- und Beiratssitzungen abgehalten. U. a. wurden dabei folgende Themen behandelt:

1.) Die Bemühungen um den Erwerb von Kunstschätzen aus dem Besitz des Markgrafen von Baden.

Es ging darum, unersetzbares und in Jahrhunderten angewachsenes Kulturgut des Kunsthandwerkes und aus der bedeutenden Kunstkammer des Markgrafen geschlossen zu erhalten und sie in die badischen Schlösser zurückzuführen, wohin sie gehörten. Der Landesverein veranstaltete eine Unterschriftenaktion, die praktisch über ein Wochenende 1500 Unterschriften brachte. Der Landesvorsitzende schrieb zwei Briefe an den Herrn Ministerpräsidenten, um eine maximale Lösung des Ankaufs durch das Land zu unterstützen. Wenn auch der Erwerb des Neuen Schlosses in Baden-Baden samt den Kunstschätzen nicht möglich war, so konnte doch im Zusammenwirken vieler Kräfte der Ausverkauf des Hauses Baden in alle Welt sehr eingeschränkt werden.

2.) Um die Bücherei, Archiv, Schriften des Landesvereins zu ordnen, den Bestand festzustellen und abrufbar zu machen, laufen zwei ABM-Maßnahmen. Zwei Damen mit entsprechender Vorbildung und EDV-Kenntnissen arbeiten nun ein Jahr lang, konnten aber die Arbeiten in diesem Zeitraum nicht abschließen. Wir haben deshalb beim Arbeitsamt Freiburg eine Verlänge-

rung der Verträge um ein halbes Jahr beantragt. Hunderte von unseren Heften fast aller Jahrgänge lagern nun im Keller und können an Interessenten spottbillig abgegeben werden. Die Mitglieder sind aufgefordert, von diesem Angebot Gebrauch und auch Antiquariate aufmerksam zu machen, um die wertvollen Hefte vor der Vernichtung zu bewahren.

3.) Das Haus Badische Heimat steht auf einem Grundstück, das der Stadt Freiburg gehört. Da der Erbpachtvertrag 1995 auslief, mußten wir einen neuen für 25 Jahre abschließen. Dabei wurde der Erbpachtzins durch die Stadt drastisch angehoben. Er wurde von DM 2333,- auf beinahe DM 10 000,- erhöht. In 10 Jahren sind das DM 100 000. Diese Summe ist so enorm, daß wir uns überlegen müssen, ob wir das Grundstück kaufen sollten. Für die 911 qm müßten wir bei einem Quadratmeterpreis von DM 600 rund DM 546 000 aufbringen. Wir könnten bei einem Erwerb mit der Unterstützung des Landesdenkmalamtes und des Kuratoriums der Denkmalstiftung rechnen. Trotzdem müßte der größte Anteil von den Mitgliedern erbracht werden. Eine so hohe Summe kann nicht in Kürze gesammelt werden. Das würde ein paar Jahre dauern, aber ein längerer Zeitraum darf uns nicht veranlassen, das Ziel außer acht zu lassen. Vorstand und Beirat werden das Problem beraten. Vorschläge der Mitglieder dazu sind willkommen.

4.) Mitgliederbewegung:

Der Landesverein hat in der Berichtszeit 286 Mitglieder verloren und 171 gewonnen. Das ergibt ein Minus von 115 Mitgliedern.



*Ludwig Vögely bei seinem Vortrag*

Foto: H. Hauß

Hier spiegelt sich die Altersstruktur wider und in den Austritten von Schulen, Ämtern, Gemeinden, die teilweise seit Jahrzehnten Mitglieder waren, die leeren Kassen. Der Landesverein hat einen Bestand von rund 3000 Mitgliedern.

5.) Um den strukturbedingten Mitgliederschwund abzufangen, ist folgendes notwendig:

a) Verstärkte persönliche Werbung durch unsere Mitglieder.

b) Förderung der Öffentlichkeitsarbeit durch nahe Verbindung zur Presse. Bei manchen Ortsgruppen klappt das vorzüglich, andere haben Nachholbedarf. Die Ortsgruppen haben seit langem den Auftrag, enger mit den Medien zusammenzuarbeiten und eine Persönlichkeit zu finden, welche die Verbindung aufrecht erhält. Für den Landesverein ist dies Rektor i. R. Peter Henn, Östl. Rheinbrückenstr. 27, 78187 Karlsruhe.

c) Wir müssen zeigen, was unsere Ortsgruppen leisten und dabei alle Bescheidenheit ablegen. Wir müssen in der Öffentlichkeit Initiative beweisen und Freunde und Bekannte um ihre Mitgliedschaft bitten. Der Vorstand ist für jede Anregung dankbar. Es gibt unter unseren Mitgliedern doch sicher Personen, welche etwas von der Öffentlichkeitsarbeit (Management) verstehen und Vorschläge machen können, was der Landesverein noch tun kann.

6.) In der Berichtszeit hat sich dank der Initiative von Herrn Dr. Kronemayer in Wiesloch eine Ortsgruppe neu gebildet. Damit hat sich die Anzahl unserer Ortsgruppen auf 15 erhöht. Der Landesvorstand dankt herzlich den Herren, welche die neue Ortsgruppe leiten und wünscht ihnen viel Erfolg. Dieser Dank gilt allen, die in den Ortsgruppen ehrenamtliche Arbeit leisten und ihre Freizeit in deren Dienst stellen. In den Ortsgruppen hat sich eine „Wachablösung“ vollzogen, und wir haben nun Vorsitzende im besten Alter, welche die Gewähr für eine kontinuierliche Weiterarbeit bieten.

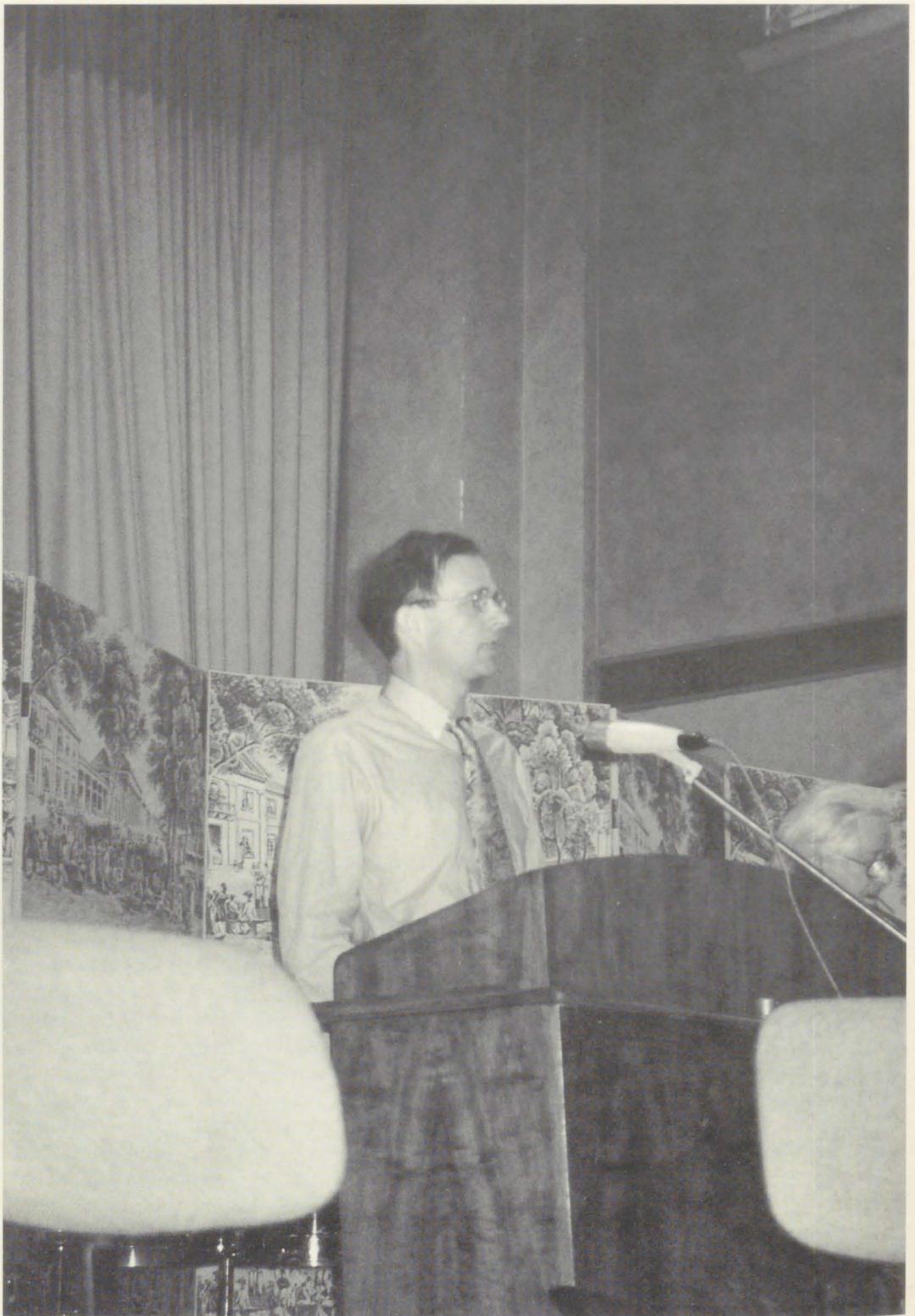
7.) Manche Ortsgruppen sind z. Zt. dabei, sich umzubenennen in Bezirksgruppe, Bezirksverband usw., obwohl der Name „Ortsgruppe“ seit 1909 in unserer Satzung steht. Die

Bezeichnung Ortsgruppe scheint ihnen einerseits nicht mehr zeitgemäß, andererseits spiegeln die neuen Namen das Ausgreifen der Ortsgruppen in umliegende Gemeinden wider. Generell muß dieses Problem im Vorstand und Beirat abschließend diskutiert werden.

8.) Das Band, das nach wie vor alle Mitglieder verbindet und den Landesverein Badische Heimat weit über die Grenzen des alten Landes Baden hinaus zu Ansehen verholfen hat, sind unsere Hefte. Das hohe Niveau zu halten, erfordert Anstrengung und viel Arbeit. Diese Arbeit leistet seit dem Jahre 1982 unser Schriftleiter, Oberstudiendirektor Heinrich Hauß, der dafür herzlich bedankt wurde.

## II. ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN ORGANISATIONEN UND VERBÄNDEN

1.) Der Landesvorsitzende ist kraft Amtes Mitglied des Präsidiums des Deutschen Heimatbundes in Bonn, Dachverband aller 18 Landesverbände der Bundesrepublik mit über drei Millionen Mitgliedern. In der Berichtszeit fanden 4 Tagungen statt (Bremen, Rostock, Horn-Bad Meinberg, Elgersburg, Thüringen), die Tagung im Oktober 96 richtet der Landesverein in Karlsruhe aus. Der DHB besitzt 7 Fachgruppen: 1. Ländlicher Raum und Dorferneuerung, 2. Baukultur und Denkmalpflege, 3. Jugend und Medien, 4. Umwelt und Naturschutz, 5. Landschaft und Denkmal, 6. Trachten u. Brauchtumpflege, 7. Heimatzeitschriften. Der DHB ist Gesprächspartner aller Bonner Ministerien und beeinflusst die Gesetzgebung z. B. für den Denkmalschutz und als hervorragender Naturschutzverband für den Naturschutz ganz allgemein. Er initiiert viele Maßnahmen, die von allgemeinem Interesse sind, so z. B., die Erfassung historischer Gärten und Parks oder der historischen Friedhöfe, er veranlaßte 1995 die Aktionen „Naturschutz rund ums Haus“ und „Pflanz mit“, um nur ein paar Beispiele zu nennen.



*Der Stellvertretende Vorsitzende Kronemeyer*

Foto: H. Hauß

- 2.) 1995 feierte die Denkmalstiftung Baden-Wttbg. ihr zehnjähriges Bestehen. Diesem Kuratorium gehört der Landesvorsitzende seit Beginn als vom Innenministerium berufenes Mitglied an. Das Kuratorium unterstützt Vorhaben der Denkmalpflege, wenn die Mittel der staatlichen Denkmalpflege nicht ausreichen oder diese nicht helfen kann. Die Gelder, die zur Verfügung stehen, kommen vom Land Baden-Wttbg., welches das Stiftungskapital auf 50 Millionen DM festgelegt hat, und von Stiftungen der Industrie und Wirtschaft. Der Landesvorsitzende nannte viele Beispiele großzügiger Förderung im Landesteil Baden.
- 3.) Die Zusammenarbeit mit dem Schwäbischen Heimatbund wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Anlaß dazu waren die Bestrebungen des SHB, als Naturschutzverband anerkannt zu werden, der aber das ganze Staatsgebiet abdecken muß und deshalb die Mitwirkung des Landesvereins notwendig ist. Über den Fortgang dieser wichtigen Angelegenheit werden wir in unseren Heften berichten. Es wurde ferner vereinbart, eine Expertengruppe zu bilden und uns jährlich mindestens einmal im Wechsel zu besuchen, um gemeinsame Probleme zu besprechen.
- 4.) Nachzutragen ist noch, weil es bei der Mitgliederversammlung nicht zur Sprache kam, daß der Schriftführer des Landesvereins, Herr Notariatsdirektor Gräßlin, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Heimatpflege Nordbaden ist. Damit ist die Badische Heimat in diesem Gremium bestens vertreten.

#### *Die öffentliche Festversammlung*

anläßlich der Mitgliederversammlung des Landesvereins Badische Heimat am 9. Juni 1996 im Weinbrennersaal des Kurhauses Baden-Baden

Die öffentliche Festversammlung fand – wie auch die Mitgliederversammlung – im schönen Weinbrennersaal des Kurhauses statt, den uns die Stadtverwaltung liebenswürdigweise für die Tagung zur Verfügung gestellt hatte.

Der Landesvorsitzende konnte zahlreiche Gäste begrüßen: Herrn Bürgermeister Liebenstein, der den Oberbürgermeister vertrat, die Damen und Herren des Gemeinderates, darunter MdL Frau Lazarus, den Direktor der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe, Herrn Dr. Eberle, Herrn Leis, Vorsitzender des Arbeitskreises Stadtgeschichte Baden-Baden, Herrn Dr. Gut, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Geschichtliche Landeskunde am Oberrhein, Karlsruhe, Herrn Oberbürgermeister Dietz, Lahr, der dem Landesverein freundschaftlich verbunden ist, die Vertreter der Ämter, Institutionen, der Geistlichkeit und Schulen und besonders Herrn Dr. Haehling von Lanzenauer, der den Festvortrag bereitwillig übernommen hat.

In seiner Ansprache zog der Landesvorsitzende die kritische Bilanz des Naturschutzjahres 1995.

Herr Dr. Haehling von Lanzenauer bot in seinem vielbeachteten Vortrag „Die Literaten von ‚Baden-Baden‘“, ein facettenreiches Bild nicht nur Baden-Badener, sondern auch deutscher und europäischer Literaturgeschichte. Wir haben den hervorragenden Festvortrag in Heft 2/1996 veröffentlicht.

Die musikalische Umrahmung der Feierstunde übernahm die Clara-Schumann-Musikschule Baden-Baden. Das Blockflötenensemble unter der Leitung von Frau Sanden und das Percussion-Ensemble unter der Leitung von Herrn Riemer legten mit ihren Darbietungen den Beweis ihres hohen Ausbildungsstandes ab und erfreuten die Zuhörer durch ihr frisches Musizieren.

Zum Anschluß der schönen und gut besuchten Feierstunde dankte der Landesvorsitzende allen an dem Gelingen Beteiligten: Herrn Oberbürgermeister Wendt für die Überlassung des Weinbrenner-Saales, Herrn Bürgermeister Liebenstein für sein Grußwort, Herrn Dr. Haehling von Lanzenauer für den Festvortrag, Herrn Siegwarth, Direktor der Clara-Schumann-Musikschule und nicht zuletzt Herrn Baeuerle, Vorsitzender der Ortsgruppe Baden-Baden, für seine Unterstützung bei der Organisation der Mitgliederversammlung.



*Landesredner Rolf Kohler und Frau Ruth Schmitt*

Foto: H. Haus



*Frau Maria Beck und Herr Rolf Kohler*

Foto: H. Hauß

# Buchbesprechungen

Publikationen des Badischen Landesvereins Karlsruhe zusammengestellt von Ludwig Vögely

Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Dr. Wolfram Metzger, Hrsg. Wolfgang Heck/Wolfram Metzger: Und ewig ticken die Wälder. Uhren aus Schwarzwaldstuben. 230 S., 192 Farbabb., DM 52,- Info-Verlag Karlsruhe, 1995

Die Wälder des Schwarzwaldes ticken tatsächlich in Rußland, Amerika, Südamerika, in der Türkei, in Japan u. a. Ländern. Sie ticken in Form der Kuckucksuhr, dem stilisierten und mit Schnitzwerk geschmückten Bahnwärterhäuschen, Begriff der Schwarzwalduhr schlechthin. Und sie werden „ewig ticken“, so lange der Touristenstrom, hauptsächlich aus Japan, anhält und Kuckucksuhren vom Trip nach Old Germany als typisches Andenken mit nach Hause genommen werden. Zusammen mit dem geräuchernten Schinken, Kirschwasser und dem Bollenhut bildet die Kuckucksuhr das unzerstörbare Symbol des Schwarzwaldes. 600 000 Exemplare der Schwarzwalduhr gingen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in alle Welt, die Uhren waren der Exportschlager des Großherzogtums. In dieser Hinsicht haben sich die Zeiten gewaltig geändert, und Länder des fernen Ostens bringen mit ihren Touristen auch tonnenweise die ohne Skrupel nachgebauten und billigen Kuckucksuhren in unsere Andenkenläden. Heute bedarf die Schwarzwalduhr der aktiven Freundeskreise, um die Stagnation zu überwinden, das Ansehen wieder aufzupolieren und den Export anzukurbeln. So war es wohl angebracht, daß im Schloß Bruchsal, Außenstelle des Bad. Landesmuseums, die bislang umfassendste Schau über die Geschichte der Schwarzwalduhr in Szene gesetzt wurde, die mit 350 ausgewählten Stücken, größtenteils Unikate, die Herstellung und Vielfalt der Uhren von der Frühzeit an zeigt.

Die Idee dieser Präsentation stammte von Dr. Metzger, Leiter der Volkskundeabteilung des Bad. Landesmuseums. Es ist immer wieder erstaunlich, was dieser kenntnisreiche, engagierte, organisationsfähige und anscheinend alle Sammler dieser Welt kennende Wissenschaftler an volkskundlichen Ausstellungen bietet. Erinnert sei an die umfassende Präsentation des Fächers „Der Schönen Blicke Zügel“, oder „Die Puppenküche im Wandel der Zeiten“, „Vom Marktstand zum Supermarkt. Puppenwelt und Wirklichkeit“, „Drehorgeln. Schaurig, Schön“, „von erd bin ich gemacht“ (Ofenwandplättchen und Feierabendziegel), alles Beispiele hervorragender Präsentation von Volkskultur und Kulturgeschichte. Die Ausstellung „Und ewig ticken die Wälder“ schloß sich nahtlos dieser beachtlichen Reihe als ein neuer Höhepunkt an, zumal in Wolfgang Heck, anerkannter Uhrenrestaurator, ein Fachmann bei der Konzeption der Ausstellung zur Verfügung stand.

Die Ausstellung ist längst vorbei, was aber bleibt, ist der ausgezeichnete Katalog, der seine Bedeutung behalten wird.

Dr. Metzger bietet mit seinem Aufsatz „Und ewig ticken die Wälder. Aspekte einer Ausstellung“ eine breit angelegte Betrachtung u. a. über Land und Leute des Schwarzwaldes in früherer Zeit, Legende und Mythos des Uhrengewerbes, Wesensart, Wanderbetrieb, Niedergang, Maßnahmen der Regierung usw. So entstand nicht nur eine historische Abhandlung über die Schwarzwalduhr, sondern auch eine Sozialgeschichte der Menschen des Waldes. Helmut Kahlert referiert über das Uhrengewerbe, u. a. über die Uhrmacherschule Furtwangen, Hausgewerbe und Uhrenhändler, die berühmten Lackschilder, Uhrengattungen, Uhrenindustrie. In einem weiteren Beitrag behandelt er das Marketing auf altschwarzwälder Art, kleine Handelsgesellschaften, das Leben auf Straßen und Märkten, Massenartikel Schwarzwalduhr. Ulrike Schwarz schreibt über die Geschichte der Schwarzwälder Kuckucksuhr: Herkunft, Konstruktion, Aussehen, Fertigung, Erfolg. Das Nachwort lieferte Dr. Peter Rastätter.

Die Zwischentexte zu den Bildteilen stammen von Wolfgang Heck. Sie dienen vollkommen der Information des Lesers, weil sie anhand der Fotografien alles Wesentliche der Schwarzwalduhren in faßlicher Form darstellen: Holzräderuhren (Balkenwag, kurzes Vorderpendel, langes Hinterpendel), Langpendeluhren (Lackschild, Struckschild), Uhren mit Schottenwerk (Schilder-, Rahmen-, Kastenuhren), kleine Wanduhren (Jockele und Sorguhren), Musikuhren (Glas- und Metallglocken, Hackbrett- und Flötenuhren), Uhren mit Automaten (Figurenbewegung, vom Schlag, vom Gang, von Extrawerken), Schwarzwalduhren mit besonderen Zeitangaben, die Schwarzwalduhr als Exportartikel, außergewöhnliche Uhren aus dem Schwarzwald.

Die Exponate sind hervorragend fotografiert und reproduziert. Sie bieten einen ästhetischen Genuß und vereinigen sich mit den Texten zu einem Band, der in die Hand eines jeden Volkskundlers, Uhren- und Heimatfreundes gehört.

Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Prof. Dr. Harald Siebenmorgen Hrsg., Redaktion Dr. Rosemarie Stratmann-Döhler: für Baden gerettet. Erwerbungen des Badischen Landesmuseums 1995 aus der Sammlung der Markgrafen und Großherzöge von Baden. 272 S., ca 275 Farbabb. ca. 150 s/w Abb., gebunden, DM 58,- Braun-Verlag Karlsruhe, 1996

Dieser Katalog gibt in eindrucksvoller Weise Rechenschaft über die Erwerbungen des Badischen Landesmuseums bei der Versteigerung der markgräflichen Kunstschatze durch Sothebys im Neuen Schloß zu Baden-Baden. Über die Vorgänge, die den

Markgrafen veranlaßt haben, den Kunstbesitz des Hauses Baden zu veräußern, braucht hier nicht gesprochen werden, sie sind hinlänglich bekannt, ebenso der Kampf um den Einsatz staatlicher Mittel und der Gewinnung vielfacher, großzügiger Sponsoren. Was für Baden gerettet wurde, ist viel, wenn auch leider nicht alles. 512 Objekte insgesamt konnten erworben werden, 342 im Verkauf des Landes und 170 während der Auktion. 300 davon konnten ausgestellt werden. Der Öffentlichkeit zu zeigen, was an wertvollen und bedeutenden Kunstschätzen ins Landesmuseum gekommen war, war eine zwingende Verpflichtung, der man gerne nachkam. Sie machte aber einen Kraftakt sondergleichen im Hinblick auf den Zustand des Erworbenen und in der Kürze der Zeit, die zur Verfügung stand, notwendig. Hier wurde unter Zeitdruck hervorragende Arbeit geleistet. Dies gilt sowohl für die Restaurierung der Objekte als auch für die termingerecht Fertigstellung des Kataloges. Frau Dr. Stratmann-Döhler, in deren Händen als zuständige Abteilungsleiterin Kunstgeschichte seine wissenschaftliche Bearbeitung lag und die wissenschaftlichen Referenten des Landesmuseums Frau Brigitte Heck M. A., Frau Dr. Brigitte Herrbach-Schmidt, Herr Dr. Reinhard Sänger, Herr Peter Schmitt M. A., leisteten Außerordentliches. Sie schufen zusammen mit den anderen Verfassern der Katalogtexte ein Buch, dessen Bedeutung weit über einen herkömmlichen Katalog hinausreicht. Es zeigt nicht nur die hervorragend fotografierten Kunstobjekte mit ihren adäquaten Texten, es stellt eine Kulturgeschichte eigener Art vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert dar. Wenn man die Objekte sieht und den Text dazu liest, begreift man den engagierten Einsatz des Museumsdirektors und all seiner Mitarbeiter, um für das Landesmuseums eine andere staatliche Institutionen, eben für Baden, zu retten, was zu retten war. Und er erreichte es dann auch, eine repräsentative Auswahl, besonders aus der Kunstammer, erwerben zu können. In seinem informierenden Beitrag zu „Ausstellung und Katalog“ stellt Prof. Dr. Siebenmorgen die ganze Entwicklung des Verkaufes, dessen Schwierigkeiten und Schwerpunkte dokumentarisch dar.

Der Band hat folgende Einteilung:

I. Die Kunstammer von Baden (Dr. Brigitte Herrbach-Schmidt)

II. Kunst-, Kultur- und Landesgeschichte (Dr. Rosemarie Stratmann-Döhler)  
Mittelalter und Renaissance  
Barock

Kunst und Ausstattung an Baden-Durlacher Hof von Markgraf Friedrich VII, bis Karl Friedrich (1680–1811)

Kunst und Ausstattung unter den Großherzögen Karl, Ludwig und Leopold (1811–1852)

Kunst und Ausstattung unter den Großherzögen Friedrich I. und Friedrich II. (1852–1918)

Jubiläumsfeiern – Jubiläumsgeschenke (1856–1910)

III. Als Bestandteil der Zähringer-Stiftung an das Badische Landesmuseum überstellt. (Brigitte Heck M. A.) Hier ist die Pieta von Josef von Kopf, 1827–1903, gemeint.

Schließlich enthält der Band noch die Liste aller weiteren erworbenen Stücke, die nicht ausgestellt werden konnten.

Um wenigstens einige Objekte des nationalen wertvollen Kulturgutes aus der Kunstammer anzuführen, die erworben werden konnten, seien genannt: Das spätkarolingische Elfenbeinrelief „Himmelfahrt Christi“, ein spätgotisches Trinkhorn „Greifenklau“, ein Bergkristallpokal „Jamnitzerburg“, das „Praunsche Käuzchen“ und der sog. „Margrafenpokal“. Hinzu kommen die Lichtenthaler Glasmalereien, der Petershauser Kalender des Magisters Marcus Schinnagel von 1489, ein kleines Strigel-Gemälde „Christus am Ölberg“ (für die Staatl. Kunsthalle Karlsruhe), ein früherer Röntgen-Schreibstisch. Weitere bedeutende Erwerbungen sind das historische Tafelsilber von 1885–88, die Sammlung der Kabinettglasscheiben, ehemals aus Burg Staufenberg, die landesgeschichtlich so wichtigen Gemälde nach dem Festzug des badischen Landes 1881 vor dem Karlsruher Schloß von Tutiné/Issel und weitere Objekte des Kunsthandwerks aus den Schlössern Karlsruhe, Bruchsal, Konstanz, Meersburg, Gochsheim. Das kunstgeschichtlich bedeutendste Werk, das an das Landesmuseum kam, sind die Tafelgemälde des Salemer Marienaltars von Bernhard Strigel. Das Landesmuseum ist besonders froh darüber, „daß dadurch die erworbenen Tafelbilder mit dem bereits 1881 in unserem Haus befindlichen geschnitzten Schrein wieder zusammengeführt werden und alle Teile dieses bedeutenden Flügelaltars vereinigt werden können – ein Glücksfall in der Geschichte jedes Museums“ (H. Siebenmorgen, S. 15)

Es wird im Zeitalter der drastischen Sparmaßnahmen des Landes, welche das Badische Landesmuseum besonders hart treffen, in der Zukunft wohl kaum mehr möglich sein, einen solchen Katalog herauszubringen. Deshalb ist die Dankbarkeit für dieses Werk besonders groß. Der Verlag Braun, Karlsruhe, hat sich dem hohen Standart des Inhaltes in Form und Gestaltung mustergültig angepaßt.

**Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Hrsg.: Funde aus der Erde erzählen Geschichte; Kinderführer der Ur- und Frühgeschichte. 68 S., 120 Farbabb., Schweizer Broschur, DM 26,-. Braun-Verlag Karlsruhe, 1996**

Schon vom Äußeren her ist dieser Kinderführer etwas ganz besonders Ästhetisches. Der Einband, und das ist wohl einmalig, ist mit echter, ausgeschlammter Erde im Siebdruckverfahren bedruckt. Da ist ein wirklich aufwendig gestaltetes Heft für einen sehr geringen Preis zu erwerben.

Den Autoren ist zu gratulieren. Was sie an didaktischem und methodischem Können eingesetzt haben, macht diese Reise von der Altsteinzeit bis zu den Kelten mit Stationen am Michelsberg oder Bodensee zu einer sehr effektiven Handhabe für alle, welche Kinder Archäologie interessant und zur Selbsttätigkeit anregend darbieten wollen. Dies geschieht mit einer Fülle von Zeichnungen, durchsichtigen Folien und Fotos, modernen Medien also, die von Fachleuten mustergültig eingesetzt werden. Entsprechende Aufgabenstellungen können mit dieser Hilfe und mit Hinweisen auf die ausgestellten Objekte

te im Landesmuseum von den Jugendlichen gelöst werden. Sehr hilfreich ist ein archäologisches Lexikon und Anleitungen zum Basteln einer Muschelkette, zum Anfertigen eines Lederbeutels, zum Töpfern eines Gefäßes, Backen von Fladenbrot, Anfertigen eines Korbes aus Gras usw. In diesem Führer wird Geschichte spannend und lebendig, weil Funde zum Sprechen gebracht werden und vom Leben der Menschen in jenen fernen Zeiten, ihrem Kampf ums Überleben, vom Fortschritt der technischen Möglichkeiten mit der Entdeckung des Metalls usw. erzählen. Hier haben die Museumspädagogen ein hervorragendes Instrument zur Einführung von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen zur Archäologie und zum Museum geschaffen, das vom Verlag ebenso hervorragend in der Gestaltung des Buches umgesetzt wurde.

**Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Arthur Mehlstäubler Hrg.:** Gartenmöbel des Jugendstils-Künstlermodelle für Beißbarth und Hoffmann, Mannheim-Rheinau. Großformat, 128 S., 169 Abb., broschiert, DM 32,-. Braun-Verlag Karlsruhe, 1996

Die Jugendstilbewegung erreichte um 1900 ihren Höhepunkt. Ihre Bemühungen um die Stärkung des Handwerksarbeit hatte ihre Grenzen in deren Preis und damit im Absatz ihrer Fertigungen. So begann auch für die weißgestrichenen Holzmöbel für den Garten die kostensparende Maschinenfertigung. Die erste Spezialfabrik war die Firma Beißbarth u. Hoffmann in Mannheim-Rheinau, die 1907 mit der Fertigung einfacher Sitzmöbel begann. Es war das Verdienst des Direktors Hoffmann, daß bald prominente Künstler anspruchsvolle Modelle entwarfen, so Paul Behrens, Max Laeuger, Otto Prutscher, Emanuel von Seidel, Max Littmann u. a. Die von ihnen entworfenen Gartenmöbel fanden eine weitere Verbreitung im südwestdeutschen Raum, und dieser Erfolg war nur im Zusammenhang mit der Auswertung des Gartens zu sehen. Der ländliche Raum bildete den positiven Gegensatz zu der Industrialisierung und der Verelendung der Menschen zum Proletariat in den Städten, die nach damaligem Begriff keine Heimat sein konnten. Die aufkommenden Heimatschutzbewegung sah die heile Welt in der Natur, im Dorf und damit auch in den Gärten. Gartenstädte entstanden (Dresden-Hellerau, Karlsruhe-Dammerstock). Der wohlhabende Bürger baute sich nach Möglichkeit eine Villa in stadtnaher schöner Umgebung und leistete sich einen dem Stil der Zeit entsprechenden Garten. Hier fanden die schönen Entwürfe der Künstler ihre Realisierung und würdigen Platz.

Nun waren die Jugendstilmöbel aus Holz nicht unbegrenzt haltbar. Arthur Mehlstäubler ist mit detektivischer Akribie jeder Spur nachgegangen und hat in jahrelanger Sucharbeit eine doch respektable Anzahl bedeutender Gartenmöbel des Unternehmens Weißbarth u. Hoffmann aufgefunden und in einer Ausstellung im Landesmuseum gezeigt. Direktor Harald Siebenmorgen sagte dazu: „Die

meist in Villengärten, deren Besitzer selbst nichts vom Rang ihres alten Mobiliars wußten, in aufwendigen Suchaktionen aufgespurten Objekte können mit historischen Firmenunterlagen zum lebendigen und vielfältigen Bild einer Produktion verbunden werden, die in Vergangenheit geraten war.“ Schon deshalb behält der hervorragend bebilderte Katalog einen bleibenden Wert. Dabei ist die Firmengeschichte mit Produktion, Werbemittel, Absatz sehr interessant, und der Objektkatalog vermittelt ein sehr eindrucksvolles Bild von der Integration dieser Jugendstilmöbel in den häuslichen Bereich des großbürgerlichen Lebens.

**Die elektrisierte Gesellschaft. Katalog zur Ausstellung des Badischen Landesmuseums in Zusammenarbeit mit dem Badenwerk aus Anlaß seines 75jährigen Jubiläums im Karlsruher Schloß (6. 7.–13. 10. 1996).** Reich bebildertes Kataloghandbuch, 230 S., DM 28,- Braun-Verlag, Karlsruhe, 1996

Unter Frau Dr. Gisela Grasmück, Ausstellungsleitung und Katalogredaktion, entstand in effektiver Teamarbeit der vortrefflich Ausstellungskatalog, der ein Thema aufarbeitet, das in der Zukunft immer mehr in das Interesse der Öffentlichkeit treten wird. Die Elektrizität bestimmt unseren Alltag, Kultur und Wirtschaft sind von ihm abhängig. Das ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht redet, auch wenn man etwa mit seiner Herstellung (Kernenergie) nicht einverstanden ist. Rund 130 Objekte aus dem elektrischen und vorelektrischen Alltag werden gezeigt, und es wird deutlich, in welchem Maße sich die Welt durch den Einsatz der Elektrizität verändert hat. Der elektrische Strom eröffnete dem Menschen unwahrscheinliche Möglichkeiten, denn er lieferte nicht nur Kraft, Wärme und Licht, sondern wurde auch für die Schönheit und Gesundheit eingesetzt. So wurde das 20. Jahrhundert „enthusiastisch als elektrisches Säculum“ begrüßt. (Pressemitteilung) Der Katalog spricht auch dieses Problem an und untersucht, ob die Träume wahr wurden und sich in Alpträume gewandelt haben. Natürlich sind auch Außenbeleuchtung, Landwirtschaft und Heimgewerbe, Medizin und Haushalt Themenbereiche, an denen Fortschritte und negative Seiten des Einsatzes der Elektrizität aufgezeigt werden.

Das Kataloghandbuch kann man in drei Abschnitte einteilen: 1. Elektrifizierung Badens, 2. Chronik des Badenwerkes mit angehängter Zeittafel, 3. Kulturgeschichtliche Aspekte der Elektrifizierung. Dem dienen die profunden Aufsätze von K. Kül, A. Haus, F. Schumacher, Th. Herzog, Th. Ranger. Die Autoren der Objektbeschreibungen, die Objekte sind hervorragend fotografiert, leisten einen wesentlichen Beitrag zu dieser bemerkenswerten Veröffentlichung, die ihren Wert behalten wird, wann immer es um Elektrizität geht.

**Leopold Ziegler: Der europäische Geist. Die neue Wissenschaft. Zwei vergessene Schriften.** Hrsg. von Sophie Latour. Die Graue Edition, Zug (Auslieferung durch: Hermann Leins GmbH, Postf. 1152, D-72125 Kusterdingen) 1995, 227 S., 34,- DM

Geboren am 30. April 1881 in Karlsruhe, gestorben am 25. November 1958 in Überlingen am Bodensee, war Leopold Ziegler, obwohl er keine Universitätsprofessur bekleidete, sondern ausschließlich als (von einem mitteldeutschen Mäzen großzügig geförderter) freier Schriftsteller wirkte, in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen einer der berühmtesten Denker Deutschlands.

Sein Name wurde damals in einem Atemzug mit Ludwig Klages, Hans Blüher, Martin Buber, Rudolf Otto, Romano Guardini, Graf Keyserling, Rudolf Pannwitz und Oswald Spengler genannt. Anfänglich von Eduard von Hartmann und Arthur Drews beeinflusst, gelangte er zu einem anspruchsvollen „religiösen Atheismus“, den er in zwei monumentalen Werken grundlegte: „Gestaltwandel der Götter“ (1920) und „Der ewige Buddha“ (1922). Für seine geschichtsphilosophische Arbeit „Das Heilige Reich der Deutschen“ (1925) erhielt er als dritter nach Stefan George und Albert Schweitzer den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt. Bewundert von Hermann Hesse, Walther Rathenau, Ludwig Marcuse, Max Horkheimer, Walter Nigg, Rheinhold Schneider und dem 1934 von den Nationalsozialisten ermordeten „Revolutionär-Konservativen“ Edgar Julius Jung, näherte sich Ziegler später in der Nachfolge Jakob Böhmes, Friedrich Schellings und Franz von Baaders der christlichen Überlieferung, welche er jedoch niemals im konfessionell-kirchlichen Sinne verstand. Vielleicht kann man seine religiöse Position am angemessensten mit den paradox klingenden Ausdrücken umschreiben: katholisch-evangelisch, christlich-überchristlich, ökumenisch-traditional, gnostisch-theosophisch. Sie kommt insbesondere in Leopold Zieglers reifsten Werken zum Ausdruck: „Überlieferung“ (1936), „Menschwerdung“ (1948) und „Lehrgespräch vom Allgemeinen Menschen“ (1956). In ihnen enthüllt sich eine heute selten gewordene Weite des Geistes und Universalität der Interessen. Völkerkunde, Mythenforschung, Symbolik, Anthropologie, Biologie, Ästhetik und Wirtschaftsphilosophie – es gibt kaum ein Fach, in dem sich Ziegler nicht ausgekannt, zu dem er nicht originelle Einsichten oder Gesichtspunkte beigetragen hat. Obwohl ihm nach dem Zweiten Weltkrieg von Männern wie Theodor Heuß, Martin Heidegger und dem Marburger Religionshistoriker Ernst Benz hohe Anerkennung gezollt wurde, ist Ziegler heute auch in seiner engeren Heimat ein beinahe Unbekannter. Daran hat auch die Ziegler-Gedächtnis-Ausstellung der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe (1978/79) und die von Martha Schneider-Fassbaender verfaßte Lebensdarstellung (erschienen 1978 im Neske-Verlag, Pfullingen) etwas geändert. Gerüchtweise heißt es, daß es eine Ziegler-Gesellschaft irgendwo in Baden gebe. Doch von nennenswerten Aktivitäten derselben ist in den letzten Jah-

ren nichts bekannt geworden. Keines der im vorangehenden genannten Hauptwerke Zieglers ist im Buchhandel erhältlich.

Nun hat die in Bordeaux lebende französische Religionsphilosophin und Ideenhistorikerin Sophie Latour zwei kleinere Arbeiten Zieglers in einem Band zusammengefaßt neu herausgegeben: „Der europäische Geist“ (1929) und „Die neue Wissenschaft“ (1951). Erschienen ist er in der „Grauen Edition“ der Prof. Dr. Alfred Schmid-Stiftung in Zug (Schweiz). Die Auslieferung erfolgt jedoch einzig und allein durch die Hermann Leins GmbH in Kusterdingen. Sophie Latour, die schon seit etwa zwanzig Jahren immer wieder mit ebensoviel Nachdruck wie Einfühlungsvermögen durch Vorträge und Zeitschriftenbeiträge auf den geistigen Rang und die Aktualität des „Weisen vom Bodensee“ hingewiesen hat, bemerkt in ihrer Einleitung, daß die beiden mehr als zwanzig Jahre auseinander liegenden Schriften in höchstem Maße geeignet seien, allen Interessierten einen Einstieg in das Denken des badischen Grüblers, Sehers und Selbstdenkens zu gewähren.

„Der europäische Geist“ ist kennzeichnend für Zieglers Übergang von den „Mysterien der Gottlosen“ (wie er selbst sie nennt) zur integralen Tradition, zur Überzeugung, daß eine Uroffenbarung sämtlichen Mythen, Weisheitslehren und Religionen zugrundeliege. Für Ziegler ist die weltgeschichtliche Eigenart und Einmaligkeit Europas in der Art und Weise begründet, in der hier das Christentum Wurzel gefaßt habe. In den Heiligen Augustinus und Thomas von Aquin erblickt er geradezu die geistigen Schöpfer dessen, was man „Abendland“ im emphatischen Sinne nennen kann. Er gelangt am Ende einer umfassenden Bestandsaufnahme zu dem Fazit, daß trotz der Krisen und Katastrophen, denen die Kirchentümer heute ausgesetzt seien, „die Religion an und für sich eine unsterbliche Tendenz der Menschheit sei und höchstens mit dem Leben der Menschheit selbst verschwinden könne.“

In seinem Traktat „Die neue Wissenschaft“ entwirft Ziegler die Grundzüge einer europäischen Universität, welche dieses Namens wahrhaft würdig wäre. Indem er den Prometheus-Mythos aufrollt, an Goethes „Wanderjahre“ erinnert, sich mit Ernst Jünger auseinandersetzt und zentrale Gedanken Heraklits, Platons, aber auch Einsteins und Sigmund Freuds ins Spiel bringt, gewinnt Ziegler einen Standort, der es gestattet, alle wirklichen Errungenschaften der Neuzeit zu bewahren und dennoch in schöpferischer Weise auf die mystische Überlieferung (eingeschlossen die der Russen und des Orients) zurückzugreifen. „Alle Erkenntnis ist Selbsterkenntnis und die Welt unteilbar Eine“ und „Die vielschichtige Ein- und Ganzheit der Welt gründet in der vielgliedrigen Einstämmigkeit der Welt Schlüsselzeichen“ (oder Symbole) – so lauten die Kernsätze des späten Ziegler. Sophie Latour umschreibt sein Grundanliegen mit den Ausdrücken Offenheit, Konkretheit, Verantwortung, Universalismus und Ökumene.

Ein Denker ist zu entdecken, der sich jeder der gängigen Etikettierungen entzieht und dessen Gesamtwerk sich auf keinen „-ismus“ reduzieren läßt. Nicht zufällig waren es einige Dichter, die schon früh

die Bedeutung dieses sprachgewaltigen Außenseiters der deutschen Philosophie anerkannt haben. Zu ihnen zählt auch Reinhold Schneider, der dem greisen Ziegler bescheinigte: „Ihr Werk hat sich aus dieser Zeit herausgehoben, unbeirrbar wie ein aufsteigendes Gebirge. Ein Leiden, das nicht behoben werden kann und soll, ist darin beschlossen. Aber die Gipfel ruhen im Licht.“

Zu diesen Gipfeln führt die verdienstvolle, bibliophile und dennoch leicht erschwingliche Neuausga-

be der „Grauen Edition“, in der auch bedeutsame Arbeiten des Freiburger Philosophen Franz Vonesen („Signaturen des Kosmos“, „Das Unglaubliche der Wahrheit“), des im Schwarzwald lebenden Wiener Essayisten Kaltenbrunner („Johannes ist sein Name: Priesterkönig, Gralshüter, Traumgestalt“) und eine zweibändige Ausgabe von „Sokrates-Studien“ (hrsg. von H. Kessler) erschienen sind.

G.-K. Kaltenbrunner (Kandern)

# Der Büchertisch

von Ludwig Vögely

**Karl Banghard: Der Kraichgau. Landschaft und Alltagsleben in alten Photographien.** 120 S., 100 Abb., DM 38,-, Braun-Verlag Karlsruhe, 1996

Landschafts- und Ortsbücher nach alten Ansichten sind, z. Zt. in Mode. Dabei kommt es aber immer darauf an, wie solche Bilder gemacht werden, d. h. ob sie den Besonderheiten und Einmaligkeit einer solchen Landschaft mit ihren Bewohnern gerecht werden, oder ob sie sich in die Gleichförmigkeit solcher Publikationen einreihen. Das von Banghard vorgelegte Buch vermeidet eingefahrene Geleise. Der Autor ist ein guter Kenner des Kraichgaus, seine Texte sind deshalb fundiert und mit gewandter Feder geschrieben. Sie geben den Abschnitten „Nicht nur Burgen und Schlösser – jahrhundertlang Land der Bauern – Industrie hatte es nicht nicht eilig – Kraichgau, Kriege, immer wieder Kriege – Kraichgau, fünf Städte, fünf Schicksale“ Gerüst und Klammer.

Die alten Photographien sind sehr gut reproduziert und zeigen eindrucksvoll das Leben in den Dörfern und Städtchen, Alltag, Feiern, schwere Arbeit auf dem Acker und in der Fabrik, im Steinbruch, alte Handwerke usw. etwa in der Zeit zwischen 1890 und 1960. Sie zeigen die Vielgestaltigkeit des Lebens in der schönen Landschaft des Kraichgaus.

Die Entdeckung alter Photographien läßt die Herzen der Historiker und Volkskundler höher schlagen. Sie sind gültige Eintrittskarten in die Vergangenheit aus der wir alle kommen.

**Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg, Band 6.** Herausgegeben von der Landesstelle für Volkskunde Freiburg, vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe, von der Landesstelle für Volkskunde Stuttgart und vom Württembergischen Landesmuseum Stuttgart. 496 S. mit zahlreichen Abb., DM 30,-, Tehiß-Verlag Stuttgart, 1996

Man wartet immer wieder gespannt auf den nächsten Band der „Beiträge zur Volkskunde.“ Nun ist der 6. Band erschienen und bietet dem interessierten Leser eine Reihe vorzüglicher Aufsätze, die ein breites Spektrum repräsentieren. Diese Beiträge zeigen die Bandbreite volkskundlicher Arbeit und reichen von „Tracht und Tracht – das Gegensätzliche im Gleichen“, „Anmerkungen zum Osterei“, „Entstehungsgeschichte von volkskundlicher Fotosammlungen“, wenn man so will „klassischen“ volkskundlichen Untersuchungen bis hin zu modernen Forschungen, welche auch die soziale Seite der Volkskunde abdecken. Hierzu gehören z. B. die Beiträge über Wohnstile von Facharbeitern, Brannt-

weinkonsums im 19. Jahrhundert in Südwestdeutschland, zur Feminisierung der Stadt in der Frauengeschichtsschreibung. Rund 15 Aufsätze orientieren vielseitig.

Buchbesprechungen, Berichte und eine volkskundliche Bibliographie runden den wieder gestaltlich und inhaltlich gut gelungenen Band ab.

**Friedrich A. Schiler, Hrsg.: Das entführte Kamel und andere Geschichten aus Baden-Württemberg.** 320 S., Jubiläumspreis DM 35,-, Theiß-Verlag Stuttgart, 1996

Dieses literarische Lesebuch mit 62 Geschichten und Gedichten aus sechs Jahrhunderten führt den Leser an sicherer Dichtershand durch das Land. Die Reise beginnt mit der Flußfahrt Mark Twains auf dem Neckar, Texten zu Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Gebiet. Es folgen Ostwürttemberg, das Unterland, der Schwarzwald und die ganze Rheinschiene von Karlsruhe bis zu Hebels Wiesental. Natürlich fehlen Stuttgart und sein altwürttembergisches Umland von Ludwigsburg bis Tübingen nicht, die Schwäbische Alb folgt, Oberschwaben, das Allgäu, und an des Bodensees Gestanden endet die Reise.

Wenn man beschaulich wandert entdeckt man vieles. Erfreut begrüßt man alte Bekannte und lange nicht mehr Gelesenes, das man gerne wieder aufnimmt. Und Neues belebt jede Reise. Auf die Dichter und Schriftsteller bezogen heißt dies, daß neben den Klassikern Goethe, Schiller, Mörike, Uhland auch Peter Härtling und Martin Walser vertreten sind. Hölderlin, Emil Strauß, Max Barrak, J. P. Hebel, Peter Bamm, Scheffel mit der köstlichen Maulbronner Fuge, Hansjakob, Feuchtwanger, Bert Brecht mit seiner unwürdigen Greisin, Viktor Hugo, Marie Luise Kaschnitz usw, sie sind alle und viele Ungenannte bereiten uns ein willkommenes Lesevergnügen. Rafik Schamir, der glänzende Erzähler, lieferte mit einer Geschichte von der Entführung eines Kamels aus dem Heidelberger Zoo den Titel des Buches.

**Erich Roth: Novellen der Liebe.** 96 S., DM 14,80, Verlag Frieling und Partner, Berlin, 1996

Dr. Erich Roth hat in seinem hohen Alter noch einmal einen Erzählband herausgebracht, welcher die große menschliche Reife des Theologen wieder spiegelt. Wie ein roter Faden zieht sich durch diese Geschichten die „Moral“, nämlich menschliches Verstehen; man kann dies Liebe nennen, denn diese

Geschichten sind Liebesgeschichten eigener Art und an ganz verschiedenen Orten und Zeiten angesiedelt. Erich Roth erweist sich dabei wie in seinen vorhergegangenen Erinnerungsbüchern, es sei an „Kalche und Malche“ oder „Aus der Amtsstube eines Pfarrers“ erinnert, als ein Erzähler mit hintergründigem Humor. Menschenkenntnis, gesammelt in einem langen Pfarrersleben, spricht aus jeder Zeile, ebenso Verständnis und Einfühlen in die Verhaltensweisen der Menschen. Das verleiht den Geschichten ihren ganz eigenen Reiz. Am Schluß des Bändchens steht der Novellenkranz „Die Undankbaren“, in dem der Autor sieben kleine biblische Geschichten zusammenfaßt.

Die „Novellen der Liebe“ werden sicher viele Freunde finden und von der Lesergemeinde Erich Roths dankbar aufgenommen werden.

**Kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul Burbach, Hrsg.:** Kirche in Burbach. Erinnerungsbuch zum 150-jährigen Bestehen der Pfarrkirche St. Peter und Paul in Marxzell-Burbach, 1846–1996. Kraft Druck und Verlag Ettlingen-Oberweier, 1996

Die Kirchengemeinde St. Peter und Paul hat zum 150-jährigen Jubiläum ihrer Pfarrkirche in Burbach ein schönes und dem Anlaß gerecht werdendes Buch herausgebracht. Von dem idyllisch im Albtal gelegenen Marxzell, das der Gemeinde den Namen gab, lohnt sich ein Spaziergang hinauf nach dem 700 Jahre alten Burbach allemal, in dem beherrschend die Kirche St. Peter und Paul steht. In dem sehr gut bebilderten Band, die Zeichnungen stammen von Emil Kunz, wird Geschichte lebendig. Der Schilderung der Anfänge folgt das sehr wichtige Kapitel über „500 Jahr Dorf- und Kirchengeschichte unter dem Krummstab 1287–1803.“ Es zeigt die Gründung des Klosters Frauenalb und Burbach als Klosterdorf mit seinen engen Abhängigkeiten von der Benediktinerinnen-Abtei, die Auswirkungen der Reformation und die Aufhebung des Klosters. Damit sind die Weichen für die weiteren Abhandlungen gestellt: Die kirchliche Ordnung im Kirchspiel Marxzell-Burbach, Phasen der Burbacher Kirchengeschichte, Pfarrei-Dekanat-Bistum, Strukturebenen kirchlicher Ordnung und pastoraler Lebensräume, Kirchen und Pfarrhäuser in Burbach, Zeugen des kirchlichen Lebens im Dorf bis hin zu der sozialen Dimension der Pfarrgemeinde und ihr Weg durch das Kirchenjahr. Ein gutes Buch, das nicht zur Kirchengeschichte aufarbeitet und vorbildlich gestaltet ist.

**Josef Weber:** Elzacher Fasnet in alten Bildern. 160 S. Großformat, sehr viele, z. T. farbige Abb. Waldkircher Verlag, 1996

Der mit der Elzacher Fasnet tief verbundene Autor hat mit diesem Bund ausgezeichnete Arbeit geleistet und der Elzacher Narrenzunft und der Fasnet überhaupt einen großen Dienst erwiesen. Ihm kam dabei seine profunde Kenntnis der Geschichte der Elzacher Fasnet zugute, und es ist erstaunlich,

wie viele alte Fotografien und Bilder er noch zusammentragen konnte. J. Weber hat seinem Bildband folgende Gliederung gegeben: Die Elzacher Fasnet und ihre Narrengestalten, die Elzacher Revolutionsfasnet im Jahr 1920, mit Sublodere und Schuddigschere, die Fasnet, die Larven, das Narrenbuch. Damit hat er alle Seiten der altherwürdigen Elzacher Fasnet und des übrigen Schuddigs abgedeckt, des Schuddigs, der sich unverlierbar dem ins Gedächtnis einprägt, der ihn einmal bei seinem Treiben erlebt hat. Alle die den Abschnitten vorgegebenen Texte informieren den Leser und stimmen ihn auf den Bildteil ein. Die Fotos und Bilder sind sehr gut reproduziert, mit Unterschriften versehen und begleiten adäquat die historische Entwicklung der Elzacher Fasnet, denn auch eine so traditionsreiche Fasnet wie die Elzacher ist Entwicklungen unterworfen und Einflüssen der Zeit ausgesetzt. Mit besonderem Vergnügen beschaut man die Illustrationen von dem Maler und Bildhauer Erwin Krumm im Narrenbuch. Fazit: Ein schöner und guter Bildband, zu dessen Gelingen der Verlag das Seine beigetragen hat.

**Paul Tremmel:** 1000 Worte pälzisch mit Schimpfwörterlexikon. 136 S., Titelzeichnung von Otto Dill, 10 Karrikaturen von Eres, DM 24,80. Meininger Verlag, Maximilianstr. 7–17, 67433 Neustadt/Weinstraße

Wenn ein solches Buch seit 1965 in der neunten völlig überarbeiteten und ergänzten Auflage erscheinen kann, sagt dies wohl alles aus. Es ist ganz einfach ein klassisches pfälzisches Nachschlagewerk, das einen Wortschatz bringt, der von dem Mundartdichter Tremmel genau unter die Lupe genommen wurde. So entstand zwar kein wissenschaftliches Werk, aber eines, das in der Tasche mitgenommen werden kann und Auskunft über alles gibt, was der Liebhaber der Pfalz als Tourist, Festbesucher oder Weinschlötzer in einem der schönen Pfälzer Weindörfer wissen will oder wissen muß. Das geschieht in drei Abschnitten: Pälzisch von A bis Z, Pälzisches Schimpfwörterlexikon, Pälzer Orte-Grafie. Ausgerüstet mit diesen „1000 Worten Pälzisch“ wird die liebenswerte „Palz“ zu einem Erlebnis und Vergnügen.

**Traudl Schucker:** Zwischen Großherzogtum und Wirtschaftsrunder. Durlacher Alltagsleben in Bildern. 80 S., 70 Duotone-Abb., DM 29,- Braun-Verlag Karlsruhe, 1996

Die Autorin Traudl Schucker ist eine Journalistin, die mit Argusaugen über die unter Denkmalschutz stehenden alten Gebäude in den charakteristischen Gassen Durlachs wacht und mit spitzer Feder für deren Erhaltung kämpft, und dies auch in Karlsruhe selbst. Sie sieht klar, welche Mittel angewandt werden, um diese Gebäude abreißen und neue dafür bauen zu können. Die eingefleischte Durlacherin leistet damit dem Denkmalschutz große Dienste, indem sie die Öffentlichkeit sensibilisiert und auf

entstehende Verluste hinweist, die nicht mehr gut zu machen sind. So wundert es nicht, daß T. Schucker sich in dem vorliegenden Band der alten Bilder annimmt, welche Durlach, die Mutter Karlsruhes, in der Zeit etwa zwischen 1890 und 1960 zeigen.

Als Einleitung zu den Bildern schrieb Frau Schucker eine sehr interessante historische Abhandlung, welche den Wechsel der Zeiten und deren Auswirkungen auf Stadt und Bürger beschreibt. Als die Dampfbahn noch durch Durlach fauchte, drei Generationen unter einem Dach, mit Hurra in die Katastrophe, die rote Hochburg färbt sich braun, Zwangsehe mit Karlsruhe bilden die Eckpfeiler dieses Berichts, der auch die sozialen Probleme der Arbeiter mit einbezieht, die bei der Ritter AG, führend im Zahnarztbedarf, der Lederfabrik Herrmann

und Ettliger, der Zündholzmaschinenfabrik Seibold und vor allem in der Nähmaschinenfabrik Gritzner arbeiten und einen großen Teil der Bevölkerung ausmachten. Die Autorin hat für den gesetzten zeitlichen Rahmen einmalige Bilder zusammengetragen, und es ist fast ein Wunder, daß diese noch existieren. So entstand ein Bildband, ein echtes Durlacher Porträt, der das Zusammenleben der Menschen in allen Höhen und Tiefen und ihre Abhängigkeit von den politischen und damit wirtschaftlichen Gegebenheiten zeigt. Es ist ein schöner Bildband, weitab von eingefahrenen Geleisen, der rechtzeitig zum Durlacher Stadtjubiläum erschienen ist. Da vom Verlag Braun Robert Dreikluft die Gestaltung des Buches übernommen hatte, war von vornherein ein gutes Gelingen selbstverständlich.

# Autoren dieses Heftes

*Dr. Christoph Bühler*

*Dr. Bernd Boll*

*Pater Norbert Bossle*

*Dr. Wolfram Förster*

*Ludwig Merz*

*Prof. Jürgen Miethke*

*Gerhard Kaiser*

*Adolf Schmid*

*Dipl.-Ing. Heinz Schumacher*

*Prof. Dr. Joachim B. Schultis*

*Bernd Röcker*

*Dr. Roland Vetter*

*Ludwig Vögely*

*Dr. Johannes Werner*

Die Anschriften der Autoren finden Sie jeweils am Ende des Aufsatzes